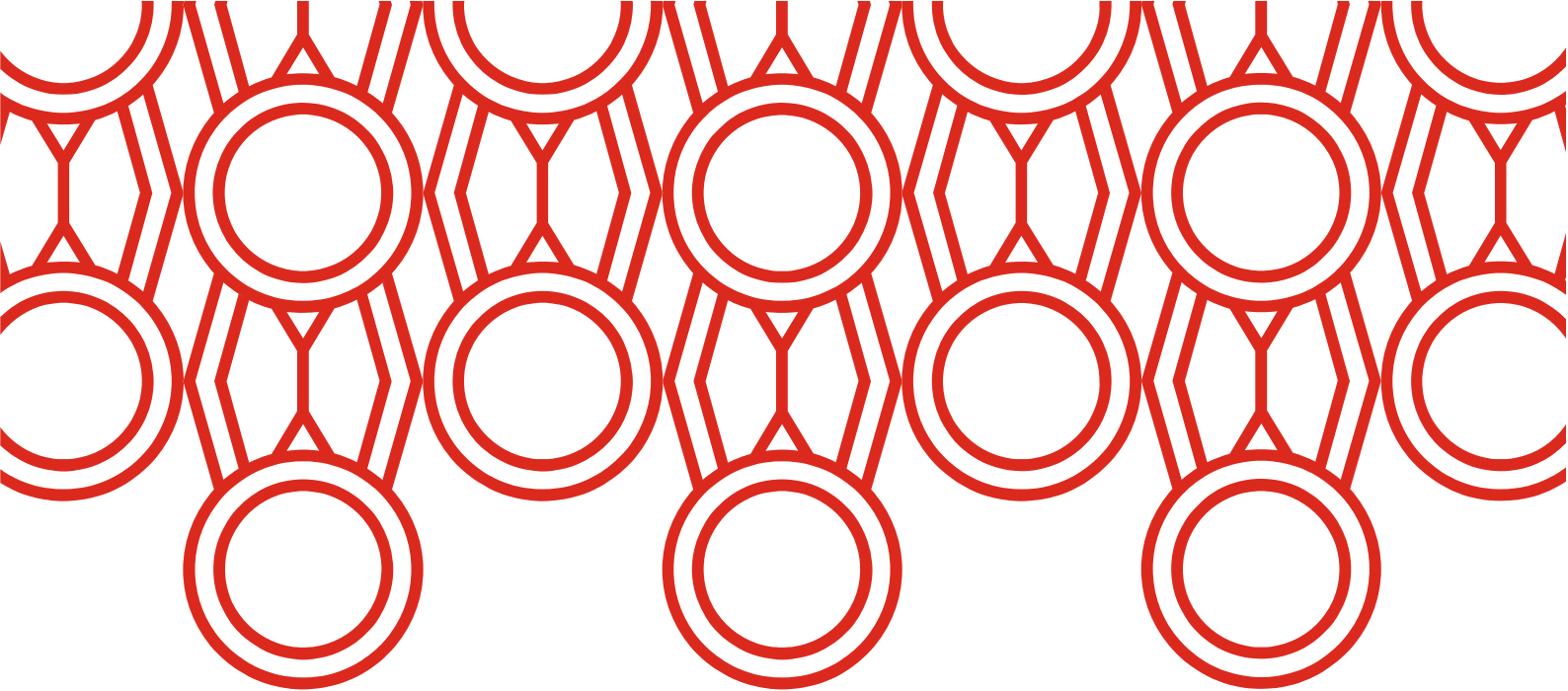




Geschäftsbericht des Regierungsrats 2024

Genehmigt durch den Kantonsrat am 23. Mai 2025



Kanton
Obwalden

Inhaltsverzeichnis

1.	Landammann und Regierungsrat an den Kantonsrat	4
2.	Regierungsrat	6
2.1	Einleitung	7
2.2	Zur Lage des Kantons am Ende des Jahres 2024	7
2.3	Ziele des Regierungsrats für das Jahr 2024	14
2.4	Strategische Kennzahlen 2024	19
2.5	Verzeichnis der Mitgliedschaften 2024 von Regierungsmitgliedern	51
2.6	Vernehmlassungen an den Bund	53
2.7	Beschwerdeentscheide des Regierungsrats	61
3.	Kantonsrat	63
3.1	Kantonsratssitzungen und -geschäfte im Amtsjahr 2023/24	65
3.2	Bericht über die überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Anmerkungen	66
4.	Staatskanzlei und Departemente	74
4.1	Staatskanzlei	75
14	Staatskanzlei	76
16	Rechtsdienst	79
17	Staatsarchiv	84
18	Finanzkontrolle	88
4.2	Finanzdepartement	90
20	Departementssekretariat	92
22	Personalamt	95
24	Finanzverwaltung	98
28	Steuerverwaltung	103
4.3	Sicherheits- und Sozialdepartement	108
30	Departementssekretariat	111
31	Amt für Justiz	114
32	Kantonspolizei	121
35	Sozialamt	126
36	Staatsanwaltschaft	134
38	Gesundheitsamt	136
4.4	Volkswirtschaftsdepartement	142
40	Departementssekretariat	144
41	Volkswirtschaftsamt	148
42	Amt für Arbeit	161
43	Amt für Landwirtschaft und Umwelt	176

4.5	Bildungs- und Kulturdepartement	185
50	Departementssekretariat	187
53	Amt für Volks- und Mittelschulen	190
54	Amt für Berufsbildung	196
55	Amt für Kultur und Sport	201
4.6	Bau- und Raumentwicklungsdepartement	205
60	Departementssekretariat	209
61	Tiefbauamt	212
62	Amt für Wald und Landschaft	220
63	Amt für Raumentwicklung und Energie	229
64	Hochbauamt	236
5.	Rechnung Gerichte	242
6.	Kantonsratsbeschluss	244
7.	Anhang	246
7.1	Organigramm Gesamtverwaltung	247
7.2	Organigramme Departemente und Ämter	248

1. Landammann und Regierungsrat an den Kantonsrat



Können Sie sich noch an Ihre Schulzeit erinnern? Insbesondere an die Pausen auf dem Schulhausplatz? Neben dem obligaten Fussballmatch und dem Znüni war das sogenannte «Abnehmerspiel» oder auch «Fadenspiel» bei uns der Hit. Durch das Hin und Her zwischen den Spielenden wächst das Netz, entstehen neue Figuren. Man entwickelt etwas gemeinsam, und hat erst noch Spass dabei. Ich finde es symbolisch ein schönes Spiel, denn man kann noch so geschickte Finger haben, allein noch so gut sein, es braucht immer ein Gegenüber, welches den Faden hält und mir gibt. Es ist ein lustvolles Zusammenarbeiten von zwei gleichgestellten Personen; Partnerinnen und Partner, die gemeinsam das Netz spinnen, verändern und weiterentwickeln. Wir – Parlament und Regierungsrat – werden im kommenden Jahr bei den Geschäften auch eine Form dieses Spiels spielen. Der Regierungsrat erarbeitet mit der Verwaltung, berät, vernehmlasst mit Ihnen, überarbeitet und verabschiedet und übergibt Ihnen danach das Geschäft. Sie nehmen das von uns gespannte Netz auf, übernehmen es, passen es an oder weisen es zurück. Ich freue mich, dieses Spiel ernsthaft, verlässlich und mit hohem Engagement zu spielen. Ich freue mich auf den partnerschaftlichen, zielorientierten Dialog. Ich freue mich, zusammen mit Ihnen als Partnerin oder Partner Teil eines tragfähigen Netzwerkes zu sein – eines Netzwerkes mit dem Namen Obwalden.

Christian Schäli an der Eröffnungssitzung vom 28. Juni 2024, Auszug aus der Ansprache nach seiner Wahl zum Landammann

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Regierungsrat legt Ihnen Rechenschaft über die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit im Jahr 2024 ab. Mit dem Bericht zum Amtsjahr geben wir Ihnen einen vertieften Einblick in die Umsetzung der kurz-, mittel- und langfristigen Schwerpunkte und Massnahmen, die sich nach der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2024 bis 2029, der Amtsdauerplanung 2022 bis 2026 sowie der Langfriststrategie 2032+ richten.

Im Jahr 2024 wurden von der Verwaltung unter anderem erste Fäden für drei wichtige Netze gezogen, die in den kommenden Jahren ein wichtiges tragfähiges Netz für den Kanton und die Bevölkerung bilden werden. Die Bildungsgesetzgebung wurde an die Schulrealität angepasst und den Schulen ermöglicht sie Entwicklungsperspektiven für die nächsten Jahre. Das 2024 revidierte kantonale Planungs- und Baugesetz führt unter anderem zu nutzerfreundlichen Vereinfachungen und schafft die nötigen rechtlichen Grundlagen für das digitale Baubewilligungsverfahren. Das Spitalgesetz definiert die rechtliche Voraussetzung für den Anschluss des Kantonsspitals an die Verbundlösung mit der LUKS-Gruppe.

An weiteren Projekten und Herausforderungen für unsere Mitarbeitenden sowie für das Parlament und die Bevölkerung wird es in den kommenden Jahren nicht mangeln. Mit Engagement werden wir dazu jeweils erste Fäden spannen und mit Interesse und Neugier beobachten, wie diese übernommen und weitergesponnen werden. Mit dem Ziel, gemeinsam für den Kanton Obwalden ein stabiles Netz zu schaffen, das alle trägt.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, den Geschäftsbericht sowie die Staatsrechnung 2024 zu genehmigen.

Sarnen, im März 2025

*Im Namen des Regierungsrats
Landammann: Christian Schäli
Landschreiberin: Nicole Frunz Wallimann*



2. Regierungsrat



2.1 Einleitung

Aus den strategischen Basisdokumenten Langfriststrategie 2032+ und Amtsdauerplanung 2022 bis 2026 wird jährlich die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) abgeleitet. Die darin enthaltenen Ziele und Schwerpunkte des Regierungsrats, der Departemente und der Ämter bilden im Wesentlichen die Grundlage für den vorliegenden Bericht des Regierungsrats zum Geschäftsjahr 2024.

Der Langfriststrategie 2032+ liegt folgende Vision zugrunde:

Wir sind Obwalden – stets im Mittelpunkt

OW – WO Menschen sich wohl, sicher und zu Hause fühlen.

OW – WO Wirtschaft, Forschung und Bildung einen attraktiven Standort finden.

OW – WO Mut, Selbstvertrauen und Engagement gelebt werden.

OW – WO das Herz der Schweiz pulsiert.

Die Amtsdauerplanung 2022 bis 2026 basiert auf der Langfriststrategie 2032+. Die Obwaldner Bevölkerung steht sowohl bei der Amtsdauerplanung als auch bei der Langfriststrategie 2032+ im Zentrum. Die Handlungsfelder und Ziele der Langfriststrategie 2032+ sowie die Schwerpunktbereiche und Massnahmen der Amtsdauerplanung 2022 bis 2026 sind so ausgerichtet, dass die hohe Lebensqualität und die Standortattraktivität des Kantons Obwalden weiterentwickelt werden. Eine grosse Herausforderung bleibt das sich stark und rasch wandelnde Umfeld, das von Politik und Verwaltung eine hohe Reaktionsfähigkeit verlangt. Die erfolgreiche Bewältigung der vergangenen Legislatur zeigt, dass die Behörden in der Lage sind, die Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung zu meistern.

2.2 Zur Lage des Kantons am Ende des Jahres 2024

Der Regierungsrat nimmt an dieser Stelle eine Beurteilung darüber vor, wie sich der Kanton am Ende des Jahres 2024 darstellt. Die Beurteilung erfolgt dabei in erster Linie mit Blick ins „Innere“ des Kantons, aber - wo sinnvoll - auch in Bezug auf das zentral-, gesamtschweizerische und internationale Umfeld.

Allgemein: Rahmenbedingung und politisches Klima

Internationale Lage im Jahr 2024

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die russische Kriegspropaganda blieben auch 2024 das grosse Dauerthema. Die Schweiz veranstaltete im Juni 2024 auf dem Bürgenstock eine Friedenskonferenz, diese wurde von den westlichen Staaten sehr begrüsst.

Die israelische Gegenoffensive auf den Terroranschlag der radikal-islamischen Terrororganisation Hamas von Anfang Oktober 2023 dauerte 2024 mit unverminderter Härte an. Im Sommer 2024 intensivierte die schiitische libanesische Hisbollah-Miliz ihre Raketenangriffe auf Israel. Es folgten eine Reihe von israelischen Gegenschlägen.

Auch das Thema Künstliche Intelligenz sorgte regelmässig für Schlagzeilen. Das Elefantenrennen der Techgiganten Amazon, Apple, Google, Meta, Microsoft, X und weiterer um die erfolgreichsten KI-Anwendungen setzte sich fort.

Der Klimawandel schritt fort und wurde bei einer Reihe von extremen Wetterereignissen weltweit spürbar. Kennzeichnend war dabei eine Zunahme der Häufigkeit sowie der Intensität. Die Klimaschutzmassnahmen hingegen kamen nur schleppend voran.

Wirtschaftliches Klima

Die Weltwirtschaft wuchs 2024 insgesamt verhalten. Anfang 2024 kam es zu einigen wirtschaftlichen Turbulenzen, vor allem im Zusammenhang mit steigenden Zinsen und geopolitischen Spannungen. Diese Entwicklungen führten zu Schwankungen auf den globalen Märkten. Die Inflationsdynamik beschleunigte sich kurzfristig. Im Zuge der volatilen Inflationsentwicklung blieben die Zentralbanken im Fokus. In der Schweiz überraschte die Inflationsrate bereits zu Jahresbeginn positiv. Sie lag innerhalb des Zielbands der SNB. Der starke Franken minderte die durch höhere Rohstoffpreise importierte Inflation. Die SNB senkte darum den SNB-Leitzins mehrmals.

Die Schweizer Konjunktur wurde wie die Jahre zuvor durch eine schwache Auslandsnachfrage, einen starken Franken und globale Unsicherheiten gebremst. Die Schweizer Wirtschaft gewann im zweiten Quartal 2024 an Schwung. Das Wachstum des Bruttoinlandprodukts beschleunigte sich aufgrund einer ungewöhnlich kräftigen Expansion des pharmazeutischen Sektors im Vorquartalsvergleich von 0,3 auf 0,5 Prozent. Die übrige Industrie setzte ihren rezessiven Kurs jedoch fort und die Dienstleistungen expandierten nur schwach.

Der Schweizer Exportsektor litt unter dem schwierigen globalen Umfeld und der Aufwertung des Schweizer Frankens. Für den Dienstleistungssektor wiesen die Umfragen bei Einkaufsmanagerinnen und Einkaufsmanagern tendenziell auf eine weitere Abkühlung hin, wozu auch der zuletzt verstärkte Anstieg der Arbeitslosigkeit beitrug.

Die konjunkturbelastenden Faktoren des Jahres 2024 waren auch im Kanton Obwalden spürbar. Wie in der Gesamtschweiz war die exportorientierte Obwaldner Wirtschaft durch die schwache Nachfrage aus dem Ausland in Verbindung mit dem starken Franken herausgefordert. Der Tourismus hingegen wuchs auch 2024 deutlich und wirkte sich positiv auf die Obwaldner Konjunktur aus. Das Grossprojekt Tunnel Kaiserstuhl und kleinere Bauvorhaben stützten die Obwaldner Bauwirtschaft im Jahr 2024.

Gemäss Umfrage des Gewerbeverbandes Obwalden im Oktober 2024 beurteilen die Obwaldner Unternehmen die aktuelle Geschäftslage grundsätzlich als gut. Jedoch scheint die in den vergangenen zwei Jahren beobachtete Aufbruchstimmung abzuflachen. Nur noch 18 Prozent beurteilen die Geschäftslage besser als im Vergleich zum Vorjahr (im Herbst 2023 waren es noch 25 Prozent). Fehlendes Fachpersonal, die Bürokratie und Preiserhöhungen gehörten auch Ende 2024 zu den häufigsten Sorgen. Jedoch scheint sich die Fachkräftesituation gegenüber den vergangenen Umfragen verbessert zu haben.

Gesundheitspolitische Sicht

Ende 2024 mussten die Prämien 2025 für die Grundversicherung der Krankenkasse in der Schweiz ein weiteres Mal um durchschnittlich 8,7 Prozent (Kanton Obwalden um durchschnittlich 5,4 Prozent) angehoben werden, um damit die stark steigenden Kosten für medizinische Behandlungen ausgleichen zu können. Im ersten Halbjahr 2024 stiegen die Kosten in der Grundversicherung gesamtschweizerisch um mehr als eine Milliarde Franken an; pro Kopf um über vier Prozent. Diese starken Kostensteigerungen fielen vor allem in der Pflege aber auch im Bereich des Einzelleistungstarifs Tarmed ins Gewicht. Sie sind hauptsächlich auf den medizinisch-technischen Fortschritt und die Zunahme des Leistungsvolumens zurückzuführen.

An der eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Juni 2024 lehnte das Schweizer Stimmvolk gleich zwei Vorlagen im Gesundheitsbereich ab: Die Volksinitiative „Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)“ wurde mit 62,77 Prozent abgelehnt. Es kam der indirekte Gegenvorschlag zustande, wonach der Bundesrat die Aufgabe hat, Kostenziele für jeweils vier Jahre festzulegen. Auch die Prämien-Entlastungs-Initiative wollte den steigenden Prämien entgegenwirken, indem maximal zehn Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien hätten ausgegeben werden sollen. Sie wurde mit 55,47 Prozent abgelehnt.

Mit 53,4 Prozent stimmten die Stimmberechtigten in der Schweiz am 24. November 2024 für eine einheitliche Finanzierung des Gesundheitswesens (Efas, einheitliche Finanzierung ambulant und stationär). In Zukunft werden alle Leistungen des Gesundheitswesens gleich finanziert werden, unabhängig davon, ob sie ambulant oder stationär erbracht werden.

Wichtige Geschäfte

Versorgungsstrategie im Akutbereich

Der Regierungsrat entschied, zur Sicherung des Spitalstandorts Obwalden eine Verbundlösung mit der Luzerner Kantonsspital AG (LUKS Gruppe) anzustreben. Mit dem Spitalgesetz wird die Grundlage für eine Verbundlösung geschaffen. So soll der Bevölkerung des Kantons Obwalden weiterhin eine qualitativ hochstehende und wirtschaftliche medizinische Grundversorgung zur Verfügung stehen und der Spitalstandort Sarnen langfristig gesichert werden. Der Regierungsrat legte den Entwurf des neuen Spitalgesetzes zur Vernehmlassung vor. Mit dem Entwurf wurde ausserdem die Grundlage dafür geschaffen, dass das Kantonsspital in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft umgewandelt werden kann.

Digitalstrategie

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden verabschiedete die Digitalstrategie 2025–2028. Sie definiert die zentralen Grundsätze und Handlungsfelder, um die digitale Transformation in der kantonalen Verwaltung umzusetzen. Ziel der Strategie ist es, der Bevölkerung und den Unternehmen einen einfachen Zugang zu digitalen Dienstleistungen zu ermöglichen. Das Kernstück der Digitalstrategie ist eine „OW-Plattform“, über die auf die digitalen Dienstleistungen der Verwaltung (Kanton und Gemeinden) zugegriffen werden kann. Der Kantonsrat nahm die Digitalstrategie an seiner Sitzung vom 31. Oktober 2024 zur Kenntnis.

Nachtrag Staatsverwaltungsgesetz – Anpassung Personalrecht

Der Regierungsrat setzte sich vor dem Hintergrund des Arbeitskräftemangels das Ziel, die Arbeitsbedingungen der Kantonsverwaltung zu verbessern, um so die Mitarbeiterbindung zu stärken und die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte zu erleichtern. Dazu hat er einen Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz zuhanden des Kantonsrats verabschiedet. Dieser beinhaltet unter anderem eine Erhöhung des Ferienanspruchs, eine Erhöhung der Treueprämie und den Anspruch auf den vollen Grundlohn während des Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubs für alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen. Ebenfalls wurde die Möglichkeit geschaffen, Dienstverhältnisse in begründeten Fällen über das ordentliche Rentenalter hinaus zu verlängern oder einzugehen. Der Kantonsrat erliess den Nachtrag am 31. Oktober 2024.

Strategie für Menschen mit Behinderungen

Eine Projektgruppe erarbeitete eine kantonale Strategie für Menschen mit Behinderungen mit betroffenen Personen, Organisationen und Gemeinden. Ziel ist eine zukunftsgerichteten Behindertenpolitik gemäss Behindertenrechtskonvention, welche alle Lebensbereiche (Arbeit, Bildung, Finanzen, Wohnen, öffentlicher Raum, Freizeit, usw.) umfasst.

Steuerstrategie

Der Bericht zur Schussevaluation der Steuerstrategie fiel insgesamt positiv aus: Die Steuerlast für die Bevölkerung und die Unternehmungen konnte reduziert und die Attraktivität des Kantons Obwalden als Wohnort und Unternehmensstandort gesteigert werden. Die Schlussevaluation wies jedoch auch auf kritische Punkte und verschiedene Herausforderungen hin. Eine neue und breit abgestützte Standortstrategie soll erarbeitet und 2026 vom Regierungsrat verabschiedet werden.

Bildungsgesetz

Das Bildungs- und Kulturdepartement überprüfte in den letzten beiden Jahren in Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden, den Schulen sowie weiteren Schulpartnern die Bildungsgesetzgebung, erarbeitete Anpassungsvorschläge und überarbeitete das Bildungsgesetz sowie die Verordnungen inhaltlich und formal. Damit reagierte es auf die Herausforderungen, welche die Schulen und die Gesellschaft in den letzten Jahren beschäftigt hatten.

Zentrale Revisionspunkte waren die Einführung einer frühen Sprachförderung für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen, die flächendeckende Basisstufe, der Zugang zu einem pädagogischen Medienzentrum für Lehrpersonen, die Forschungsförderung, die finanzielle Beteiligung des Kantons bei den schulergänzenden Tagesstrukturen und der kostenlose Besuch von Weiterbildungen für Lehrpersonen. Der Regierungsrat verabschiedete die Vorlage Ende 2024 zuhanden des Kantonsrats.

Planungs- und Baugesetz

Der Regierungsrat gab den Entwurf des neuen Planungs- und Baugesetzes am 6. Juni 2024 in die Vernehmlassung. Der Entwurf führt das bisherige Baugesetz und die zugehörige Verordnung in einen Erlass zusammen. Die Übersichtlichkeit wurde erhöht und damit einhergehend die Nutzerfreundlichkeit verbessert. Im Bereich der Planung sollen Verfahrensvereinfachungen helfen, Bauwillige schneller an ihr Ziel zu bringen. Bei den Bauvorschriften wurde ein Schwerpunkt bei der Flexibilisierung von Abstandsvorschriften gesetzt, um Bauland besser nutzbar zu machen.

Einführung eines neuen Corporate Design

Das Corporate Design des Kantons Obwalden wurde im Sinne der Langfriststrategie 2032+ überarbeitet und an die neuen kommunikativen Anforderungen angepasst sowie umgesetzt. Das neue Design löst

jenes aus dem Jahr 2009 ab und spricht die Menschen in Obwalden direkt an, indem die Bildsprache und -welt Mensch und Natur in den Vordergrund rückt. Ein Kernelement mit hohem Wiedererkennungswert des neuen visuellen Auftritts ist ein Muster aus den Buchstaben O und W. Im gleichen Zuge wurden die sozialen Medien definiert und für den Kanton Obwalden aufgebaut.

Wahlen und Abstimmungen

Gesamterneuerungswahlen der Gerichte für die Amtsdauer 2024 bis 2028

Für die Präsidien des Obergerichts und des Kantonsgerichts sowie die Mitglieder des Obergerichts kam es zu stillen Wahlen. Der Regierungsrat erklärte folgende Personen deshalb als in stiller Wahl gewählt:

Präsidien des Obergerichts (zwei Präsidien): Keller Stefan, 1976, Dr. iur./Rechtsanwalt, Sachseln (bisher) und Widmer Daniela, 1984, MLaw/Rechtsanwältin, Kerns (bisher).

Präsidien des Kantonsgerichts (drei Präsidien): Burch Lorenz, 1972, lic. iur./Rechtsanwalt, Kerns (bisher); Omlin Monika, 1973, lic. iur./Rechtsanwältin, Sachseln (bisher); Imfeld-Gasser Andrea, 1980, MLaw/Rechtsanwältin, Ramersberg (bisher).

Endergebnis der Gesamterneuerungswahlen der Mitglieder des Kantonsgerichts vom 3. März 2024: Für die Amtsdauer 2024 bis 2028 wurden acht Mitglieder gewählt: Monika Amstutz, 1962, Schulleiterin, Kerns (bisher) CVP; Linda Hofmann, 1962, Behindertenbetreuerin, Sarnen (bisher) CSP; Brigitta Wallimann-Hari, 1965, MTRA HF, Sachseln (bisher) SVP; Werner Dreyer, 1957, pens. Führungsfachmann, Sachseln (bisher) FDP; Johann Waser, 1952, Projektleiter, Engelberg (bisher) SVP; Martina Roder-Imfeld, 1986, Rechtsanwältin/Notarin, Engelberg (neu) GLP; Martin Röthlisberger, 1962, pens. Ingenieur ETH, Sachseln (neu) CVP; Urs Küchler, 1958, dipl. Treuhandexperte, Alpnach (neu) IG für eine saubere Justiz. Nicht gewählt ist: Werner Häfliger, 1955, pens. Sozialarbeiter, Sarnen (neu) SP.

Abstimmungen

Im Jahr 2024 hatten die Obwaldner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausserdem die Gelegenheit über eidgenössische Vorlagen und eine kantonale Vorlage abzustimmen:

Kantonale Vorlage: Am 24. November 2024 hiess die Obwaldner Stimmbevölkerung mit einem Ja-Anteil von 55,73 Prozent einen *Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz* gut. Der Kantonsrat stimmte der Vorlage im Mai 2024 mit 52 zu 1 Stimmen und 0 Enthaltungen zu und beschloss die Vorlage dem Volk zu unterbreiten. Der Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz legt die Grundlagen für die nächste Runde der alle acht Jahre stattfindenden Neuschätzungen ab 2025 fest. Die Steuerwerte der Grundstücke werden moderat erhöht und kommen wieder etwas näher an die eigentlichen Verkehrswerte zu liegen.

Eidgenössische Vorlagen: Die Obwaldner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnten am Abstimmungssonntag vom 3. März 2024 die eidgenössischen Volksbegehren für eine 13. AHV-Revision mit 59,53 Prozent und die Renteninitiative klar mit 72,76 Prozent ab. Auch die Vorlagen aus dem Gesundheitsbereich, die am 9. Juni 2024 zur Abstimmung kamen, d. h. die Prämien-Entlastungsinitiative (76,32 Prozent Nein), die Kostenbremse-Initiative (72,19 Prozent Nein) sowie die Volksinitiative „Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit“ (69,22 Prozent Nein) erfuhren klare Absagen. Das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien hingegen nahm die Stimmbevölkerung des Kantons Obwalden gleichentags mit 61,41 Prozent Ja-Stimmen-Anteil an. Die Biodiversitätsinitiative und die „Reform berufliche Vorsorge“, worüber am 22. September 2024 abgestimmt wurde, wurden wiederum mit 75,53 Prozent respektive 62,58 Prozent Nein-Stimmen-Anteil abgelehnt. Am vierten Abstimmungssonntag des Jahres, dem 24. November 2024, stimmte Obwalden der Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) zur einheitlichen Finanzierung der Leistungen mit 61,15 Prozent Ja zu und lehnte den Bundesbeschluss über den Ausbauschritt für die Nationalstrassen mit 50,78 Prozent knapp ab. Schliesslich wurde ebenfalls Ende Jahr über die beiden Mietrechtsvorlagen (Untermiete und Kündigung wegen Eigenbedarfs) abgestimmt. Beide Vorlagen nahm die Obwaldner Stimmbevölkerung mit 59,36 Prozent bzw. mit 59,15 Prozent an.

Politikbereiche: Ereignisse, Entscheide, Meilensteine

Als Ergänzung zum obenstehenden allgemeinen Rückblick des Regierungsrats sind im Folgenden – geordnet nach Handlungsfeldern der Langfriststrategie 2032+ – stichwortartig Ereignisse, Entscheide und Meilensteine aufgeführt, die dem Regierungsrat als für den Kanton von Bedeutung und somit in seinem Bericht als erwähnenswert erscheinen:

Handlungsfeld 1: Wir sorgen für Sicherheit und Stabilität

- *Finanzausgleich:* Der Regierungsrat legte die Finanzausgleichsbeiträge für das Jahr 2023 fest. Der Kanton steuerte 4,7 Millionen Franken bei, die ressourcenstarken Einwohnergemeinden Sarnen und Engelberg zusammen 7,1 Millionen Franken. Insgesamt flossen 11,8 Millionen Franken; rund 1,3 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Der Regierungsrat eröffnete die Vernehmlassung zum *Nachtrag des Finanzausgleichsgesetzes* bei den Einwohnergemeinden und den politischen Parteien. Mit der Anpassung des Gesetzes werden die Handlungsfelder gemäss Wirkungsbericht umgesetzt. Der Kantonsrat stimmte am 12. September 2024 dem Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz mit 50 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung zu.
- *Schlussbericht Gesundheitskosten Corona:* In den Jahren 2020 bis 2023 fielen in Obwalden auf Kantons- und Gemeindeebene Gesundheitskosten von gut 5,6 Millionen Franken zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie an. Eine gemeinsame Projektgruppe des Kantons und der Einwohnergemeinden trug die angefallenen Kosten zusammen und erstellte einen Schlussbericht. Die Kosten wurden je hälftig dem Kanton und den Einwohnergemeinden belastet.
- *Luzerner Psychiatrie AG (lups):* Die Erfahrungen sowohl auf Seite der Kantone als auch auf Seite der lups wurden nach acht Jahren der Zusammenarbeit durchgehend positiv beurteilt: Der Bevölkerung von Luzern, Obwalden und Nidwalden sowie den zuweisenden Ärztinnen und Ärzten stand das gesamte Leistungsangebot der lups zur Verfügung.
- *Sanierung Psychiatriegebäude:* Der Kanton Obwalden als Bauherr und die künftige Betreiberin Luzerner Psychiatrie AG (lups) feierten am Donnerstagabend, 14. November 2024 zusammen mit den Mitarbeitenden der involvierten Unternehmen das traditionelle Aufrichtefest. Die Bauarbeiten schritten planmässig voran. Der Einzug ist für Spätsommer 2025 geplant.
- *Individuelle Prämienverbilligung:* Mit dem Kantonsratsbeschluss über den Selbstbehalt bei der individuellen Prämienverbilligung in der Krankenversicherung für das Jahr 2024 (Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 20. Februar 2024) beschloss der Kantonsrat mit 50 zu 1 Stimme (ohne Enthaltungen) einen Selbstbehalt von zehn Prozent für anrechenbare Einkommen bis Fr. 35 000.–. Ab diesem Betrag steigt der Selbstbehalt pro Fr. 100.– anrechenbares Einkommen um 0,01 Prozent. Der Regierungsrat des Kantons Obwalden gab die *Nachträge zum Einführungsgesetz und zur Verordnung des Krankenversicherungsgesetzes* in die Vernehmlassung. Sie enthalten Optimierungsvorschläge aus dem Wirkungsbericht zur Individuellen Prämienverbilligung (IPV) und ergeben sich aus der Übertragung des Vollzugs der IPV an die Ausgleichskasse Obwalden.
- *Informatikinvestitionen am Kantonsspital:* Der Regierungsrat beantragte beim Kantonsrat einen Objektkredit für Informatikinvestitionen des Kantonsspitals in der Höhe von 4,22 Millionen Franken für die Jahre 2024 bis 2028. Die Informatik des Kantonsspitals muss modernisiert werden. Der Kantonsrat bewilligte am 5. Dezember 2024 mit 45 zu 1 Stimme bei 8 Enthaltungen den Objektkredit. Zudem verabschiedete der Regierungsrat seinen Antrag zu den gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) an das Kantonsspital für das Jahr 2025.
- *Kollektivunterkunft für Schutzsuchende mit Status S:* Der Bund verlängerte den Schutzstatus S für Schutzsuchende aus der Ukraine bis März 2026. Der Regierungsrat des Kantons Obwalden stellte darum sicher, dass ukrainische Flüchtlinge in der Kollektivunterkunft Giswil untergebracht und betreut sind. Das Hotel Krone in Giswil wird weiterhin als Kollektivunterkunft genutzt.
- *Programmvereinbarungen im Umweltbereich mit dem Bund (2025 bis 2028):* Der Regierungsrat beantragte 19,2 Millionen Franken für die Gefahrenabwehr sowie die Wald-, Natur- und Landschaftspflege. Auf Antrag der vorberatenden Kommission bewilligte der Rat mit 53 zu 0 Stimmen einstimmig die Umsetzung der Programmvereinbarungen.
- *Hochwasserschutzprojekt Rübibach, Melbach:* Nachdem die Kernser Bevölkerung im November 2023 dem Bruttokredit zugestimmt hatte, beantragte der Regierungsrat den Kantonsbeitrag dafür beim Parlament. Der Kantonsrat bewilligte am 24. Mai 2024 einen Beitrag an die Einwohnergemeinde Kerns für das Hochwasserschutzprojekt. Bei einem ordentlichen Bundesbeitrag von 35 bis 45 Prozent beträgt der

Kantonsbeitrag 30 Prozent, höchstens aber Fr. 950 000.–. Bei einem Bundesbeitrag von 55 bis 65 Prozent (eingeschlossen 20 Prozent Schwerfinanzierbarkeitszuschlag) beträgt der Kantonsbeitrag 21,5 Prozent, höchstens aber Fr. 680 000.–. Das Hochwasserschutzprojekt verringert die Gefahr von Ablagerung durch Schutt und Geröll bei Überschwemmungen des Melbach im Wohngebiet Sand.

Handlungsfeld 2: Wir entwickeln uns und bilden uns mit Weitsicht

- *Bildungsqualität:* Der Regierungsrat des Kantons Obwalden unterstützte in seiner Antwort die Stossrichtung der Petition für eine starke Schule und eine gute Obwaldner Bildungsqualität. Eingereicht hatte sie der Kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverein Obwalden (LVO), mit 900 Unterschriften.
- Der Kanton Obwalden passte die *Volksschulstundentafel ab Schuljahr 2025/2026* an, stärkte damit die Fächer Mathematik und Deutsch in der Primarschule, reduzierte die Zahl der Lektionen der 1. Klasse der Orientierungsschule, ermöglichte flexible Unterrichtsformen und legte eine Spanne an Wochenlektionen für das freiwillige Kindergartenjahr fest. Damit berücksichtigt er Anliegen der Schulen sowie der Politik.
- *Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität im Kanton Obwalden:* Am 5. November 2024 verabschiedete der Regierungsrat die angepassten Rechtsgrundlagen und Stundentafeln für die drei Obwaldner Gymnasien. Die Noten in Wirtschaft & Recht sowie Informatik zählen zum Bestehen der Maturität. Weiter werden die sprachlichen, mathematischen sowie überfachlichen Kompetenzen gestärkt und Themen wie politische Bildung mehr gewichtet.
- *Orts- und Flurnamenprojekt:* Der Regierungsrat sprach für das Projekt des Vereins „Kulturlandschaft – Landschaft und Kultur in Obwalden“ einen Beitrag von 170 000 Franken aus dem Swisslos-Fonds. Es dokumentiert die Orts- und Flurnamen aller Obwaldner Gemeinden nach wissenschaftlichen Kriterien und macht sie öffentlich zugänglich.
- *Kantonaler Richtplan 2019:* Der Richtplan wurde an die veränderten Verhältnisse angepasst: Die Anpassungen schaffen die Voraussetzungen für neue Wohn-, Misch- und Zentrumszonen sowie für die Entwicklung des Gebiets Bänklialp / Sprungschancen in Engelberg, den Kiesabbau Oberwald in Kerns und die Freizeitfischerei in Lungern. Der Regierungsrat gab die Richtplananpassung zur öffentlichen Mitwirkung frei.
- *Ökologische Infrastruktur:* Der Regierungsrat genehmigte die Fachplanung und das Gesamtkonzept „Naturförderung“. Gestützt auf das Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz wird im Kanton Obwalden ein zusammenhängendes Netzwerk naturnaher Flächen geschaffen, das die Biodiversität langfristig erhalten soll.

Handlungsfeld 3: Wir vernetzen uns

- *Staatspersonal:* Der Kantonsrat hiess an seiner Sitzung vom 31. Oktober 2024 einen Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz, der die Arbeitsbedingungen der kantonalen Verwaltung sowie der Lehrpersonen behandelte, in der Schlussabstimmung mit 49 zu 3 Stimmen und einer Enthaltung gut: Er sprach sich für zusätzliche Ferientage für die kantonalen Mitarbeitenden sowie der Lehrpersonen aus, indem er die Ferientage bis zum 20. Lebensjahr von 25 auf 30 Tage, ab 21 Jahren von 20 auf 25 Tage und ab 50 Jahren auf 28 Tage erhöhte. Zudem erhöhte er die Treueprämie. Ebenfalls ab Januar 2025 besteht die Möglichkeit, Arbeitsverhältnisse bis zum 72. Altersjahr einzugehen bzw. zu verlängern und ein Anspruch auf 100 Prozent des Grundlohns während des Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubs für alle Mitarbeitenden, unabhängig von der Anstellungsdauer. Es ist neu möglich, die Probezeit von einem bis sechs Monate flexibel festzusetzen. Der Kantonsrat beschloss zudem Präzisierungen und Modernisierungen der Abgangsentschädigung und Wohnsitzpflicht.
- *Neue Regionalpolitik (NRP) 2024–2027:* Per 1. Januar 2024 trat das fünfte Umsetzungsprogramm der Neuen Regionalpolitik (NRP) in Kraft. In der aktuellen Periode stehen mehr A-fonds-perdu-Mittel für Anschubfinanzierungen, die neu für Kleininfrastrukturen eingesetzt werden können, und weniger Mittel für Darlehen zur Verfügung.
- *Objektkredit für den Verkehrsknoten Kägiswilerstrasse:* Der Regierungsrat erteilte einen Kredit in der Höhe von 880 000 Franken für die Knotenumgestaltung Kägiswilerstrasse. Von Sommer bis Herbst 2024 wurde der Verkehrsknoten zwischen der Bahnhofstrasse, der Kägiswilerstrasse und der Kernserstrasse den Bedürfnissen der Verkehrsteilnehmenden angepasst.

Handlungsfeld 4: Wir gestalten den Wandel

- *Energieförderprogramm:* Der Regierungsrat verabschiedete das Förderprogramm 2024 für Energieeffizienz und die Anwendung erneuerbarer Energien im Gebäudebereich. Mit den Bundesmitteln aus der CO₂-Abgabe standen 2024 insgesamt rund 1,66 Millionen Franken für Heizungersatz und energetische Sanierungen zur Verfügung.
- *Energie- und Klimakonzept:* Der Regierungsrat des Kantons Obwalden beantragte für die Jahre 2024 bis 2029 beim Kantonsrat einen Rahmenkredit von 8,605 Millionen Franken zur Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts 2035. Er will damit die Produktion einheimischer und erneuerbarer Energien, die Energie-Versorgungssicherheit und den Klimaschutz stärken. Der Kantonsrat bewilligte am 24. Mai 2024 den beantragten Rahmenkredit für die Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts 2035 für die Jahre 2024 bis 2029.
- *Rückzug der Obwaldner Energie-Initiative:* Der Regierungsrat lehnte die Obwaldner Energie-Initiative ab, weil die Forderungen des Initiativkomitees durch das Energie- und Klimakonzept 2035 weitgehend erfüllt sind. Der Kantonsrat erklärte an seiner Sitzung vom 24. Mai 2024 das Volksbegehren für eine sichere, unabhängige Energieversorgung in Obwalden (Obwaldner Energie-Initiative) als verfassungsmässig und beschloss, es mit dem Antrag auf Ablehnung – ohne Gegenvorschlag – der Volksabstimmung zu unterbreiten. Mit Schreiben vom 10. Juni 2024 erklärte das Initiativkomitee den Rückzug des Volksbegehrens. Die obligatorische Volksabstimmung über das Volksbegehren entfiel.
- *Einfacheres Verfahren für Solaranlagen und Luft-Wärmepumpen:* Der Regierungsrat setzte per 1. Juli 2024 mehrere Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien um: Solaranlagen an Fassaden in Arbeitszonen sowie Luft-Wärmepumpen in Innenräumen ausserhalb der Bauzonen benötigen keine Baubewilligung mehr. Zudem schuf er finanzielle Anreize für die Erstellung von Solaranlagen.
- *Südufer Alpnachersee:* Der Regierungsrat des Kantons Obwalden legte dem Kantonsrat mit dem Projekt Aufwertung Südufer Alpnachersee plus (ASA+) weitere Wasserbaumassnahmen zwischen dem Sarner- und dem Alpnachersee zur Genehmigung vor. Der Rat bewilligte mit 50 zu 0 Stimmen einen Objektkredit von insgesamt fünf Millionen Franken für die Realisierung des Wasserbauprojekts zur Aufwertung des Südufers des Alpnachersees, Teilprojekt Mittlere Bucht, das Unterwasserschüttungen mit Aushubmaterial aus zwei Wasserbauprojekten vorsieht. Damit werden ökologisch bedeutsame Wasserwechselzonen im Alpnachersee wieder hergestellt und Deponiegebühren in den beiden Wasserbauprojekten eingespart.
- *Obwalden fördert klimaverträgliche Landwirtschaft:* Der Regierungsrat des Kantons Obwalden erliess die Ausführungsbestimmungen über Klimamassnahmen in der Landwirtschaft. Methanreduzierende sowie betriebs- und grünlandbasierte Fütterung und der Anbau von Kulturen für die direkte menschliche Ernährung erhalten finanzielle Unterstützung.
- *Quagga-Muschel:* Im Alpnachersee bestätigten sich Funde von Quagga-Muscheln. Proben aus dem Sarner- und Lungernsee erwiesen sich im August 2024 als negativ. Die Schiffsmelde- und Reinigungspflicht wurde eingeführt, mit rund 830 Einwasserungsbewilligungen für den Kanton Obwalden. Die Zentralschweiz etablierte ein einheitliches System.

Schlussbemerkung

Die Zusammenarbeit von Kantonsrat und Regierungsrat in Form eines konstruktiv-kritischen Dialogs ist nach wie vor von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Kantons und das Vertrauen der Obwaldnerinnen und Obwaldner in Politik und Behörden.

2.3 Ziele des Regierungsrats für das Jahr 2024

Ziel Nr.	Ziele 2024	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
1	Zur Versorgungsstrategie im Akutbereich sind auf Basis der Verbundlösung die Rechtsform, die Finanzierungsform sowie die Gesetzesgrundlagen erarbeitet und verabschiedet.	1	1.3.	1.3.1

Stand der Zielerreichung

Teilweise erreicht:

Die Konzepte Rechtsform und zukünftige Finanzierung sind erarbeitet. Die erste Lesung des Spitalgesetzes und dessen Vernehmlassung ist erfolgt.

Ziel Nr.	Ziele 2024	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
2	Die gesetzlichen Grundlagen und Konzepte für die Umsetzung der Pflegeinitiative sind erarbeitet.	1	1.3	1.3.1

Stand der Zielerreichung

Erreicht:

Das Einführungsgesetz ist seit dem 1. Juli 2024 in Kraft.

Ziel Nr.	Ziele 2024	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
3	Die Machbarkeitsstudie sowie die Vorlage „Planungskredit für das Areal Foribach“ sind erarbeitet.	2	2.3	2.3.2

Stand der Zielerreichung

Teilweise erreicht:

Die Machbarkeitsstudie ist abgeschlossen. Das Raumprogramm musste aus Kostengründen überarbeitet werden, weshalb der Kreditantrag für den Wettbewerb noch nicht erfolgen konnte.

Ziel Nr.	Ziele 2024	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
4	Die Potenzialstudie für die Nutzung der erneuerbaren Energien (Wasserkraft, Windkraft und Solarenergie) ist erarbeitet.	4	4.2	4.2.1

Stand der Zielerreichung

Teilweise erreicht:

Die Teilberichte Wind, Wasserkraft und Photovoltaik sind erstellt und die interne Vernehmlassung ist abgeschlossen. Die Erarbeitung verzögerte sich aufgrund der nationalen Abstimmung zum Referendum gegen das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, welches die gesetzliche Grundlage für den Teilbericht Photovoltaik beinhaltet. (BRD).

Ziel Nr.	Ziele 2024	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
5	Die Strategie mit den entsprechenden Massnahmen für die Umsetzung der Digitalen Transformation (Digitale Roadmap) ist ausgearbeitet.	4	4.3	4.3.1

Stand der Zielerreichung

Erreicht:

Der Kantonsrat nahm die Digitalstrategie am 28. Oktober 2024 zur Kenntnis.



Zahlen und Fakten

aus dem Berichtsjahr 2024
aus allen Departementen

93

Abstimmungsprotokolle zeigen
das Abstimmungsverhalten
der Mitglieder des Kantonsrats.

Kantonspolizei

4850 eingehende Notrufe
34930 externe Telefonate

32

ausgestellte Bildungsgutscheine
à 500 Franken stärken die Grund-
kompetenzen Erwachsener im
Lesen, Schreiben, Rechnen und
am Computer.

Die Staatsanwaltschaft erstellte

23711

Schriftstücke.

Staatsarchiv

192

Benutzungstage im Lesesaal

32487

online nutzbare
Archivalien als Text, Bild, Ton

349

bearbeitete Archivrecherchen

0,8%

zweittiefste Arbeitslosenquote der Schweiz

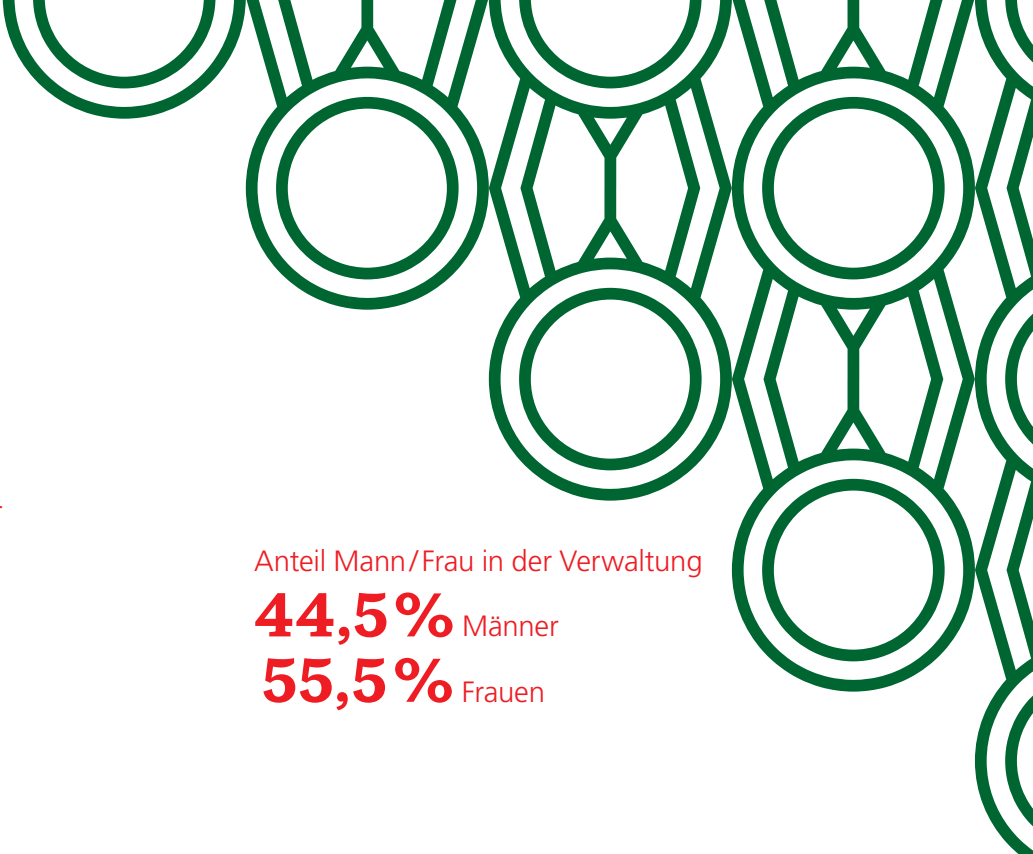
Eine neue offene Bibliothek für den Kanton mit

72h/Woche

Öffnungszeiten und

950m²

Nutzungsfläche als Treffpunkt für
Lesebegeisterte und Wissbegierige entsteht.



1500

umgesiedelte Fische wegen
den Bauarbeiten am Hochwasser-
schutzprojekt Sarneraatal

Anteil Mann/Frau in der Verwaltung

44,5% Männer

55,5% Frauen

5 von 7

Einwohnergemeinden erzielten
positive Rechnungsabschlüsse.

5200

Personen nutzten das Steuerportal und -konto aktiv.

Spitzensport

10

Sportlerinnen und Sportler
wurden gefördert.

Rodungsfläche Wald

15671m² davon

12878m² temporär, wird aufgeforstet

2793m² definitiv

Energiefachstelle

160

bearbeitete Gesuche

13

Millionen Franken Gesamtbauvolumen
für das lokale Gewerbe

166

Beratungen im neuen
Kompetenzzentrum Verhalten

6,9 ha

Schutzwald wurden gepflegt und

7,3 km

Waldränder wurden aufgewertet – für die Wald-biodiversität und Aufwertung der Lebensräume.

Gegen Grossraubtiere wurden
Herdenschutzzäune gebaut.

Diese lösten

60 000

Franken

Bundesbeiträge aus.

54,5 %

zweithöchste Erwerbsquote von
Personen mit dem Schutzstatus S

17

innovative Projekte zur Stärkung
der Wirtschaft, unterstützt durch
das 5. Umsetzungsprogramm der
Neuen Regionalpolitik 2024–2027.

97 %

der steuerpflichtigen natürlichen Personen
reichten die Steuererklärung online ein.

4 374

Handelsregistereinträge,

+ 47

gegenüber 2023



2.4 Strategische Kennzahlen 2024

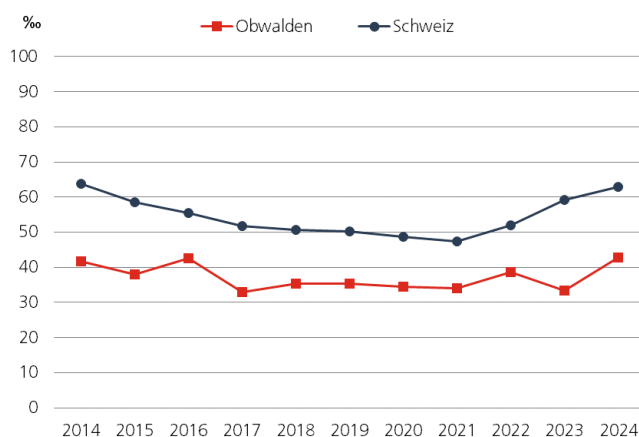
Basierend auf der Langfriststrategie 2032+ wurden die bisherigen strategischen Kennzahlen im Jahr 2023 überprüft und neu definiert. Die Neudefinition erfolgte durch die Departemente mit Begleitung des Volkswirtschaftsamts. Insgesamt wurden 59 Kennzahlen definiert, die entweder bereits in den Vorjahren im Rahmen der Langfriststrategie 2022+ eingeführt wurden oder neu sind. Sie decken die strategischen Handlungsfelder 1 bis 4 und Ziele 1.1 bis 4.2 der Langfriststrategie 2032+ ab. Für das Ziel 4.3 „Der Kanton Obwalden nutzt die Chancen und meistert die Herausforderungen der digitalen Transformation“ (Handlungsfeld 4) sind zurzeit keine statistischen Kennzahlen für den Kanton verfügbar. Sobald der Umsetzungsplan des Projekts „digitale Transformation“ konkretisiert ist, werden weitere Kennzahlen festgelegt.

Handlungsfeld 1: Wir sorgen für Sicherheit und Stabilität

Ziel 1.1: Im Kanton Obwalden ist die Bevölkerung sicher und vor Umweltgefahren geschützt. Die Infrastruktur, der Datenverkehr und die Mobilität sind zeitgemäss.

Z 1.1: Anzahl Straftaten nach Strafgesetzbuch pro 1 000 Einwohner

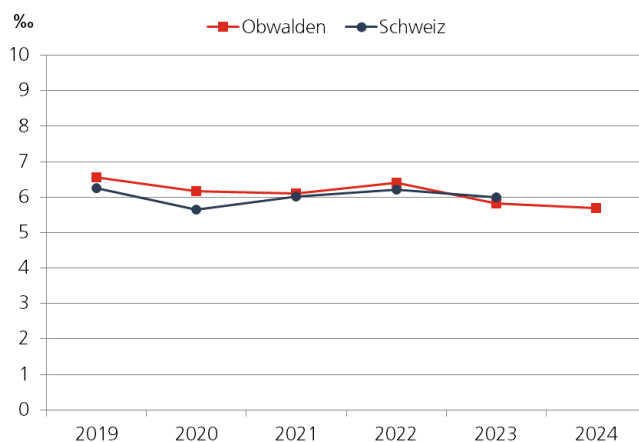
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	35,4	34,5	34,1	38,6	33,4	42,9
Schweiz	50,2	48,6	47,5	52,0	59,3	62,9



Kommentar: Die Straftaten im Kanton Obwalden stiegen stark (+28 Prozent). Dieser Trend widerspiegelte sich auch national (+8 Prozent). Für Obwalden stellen die 1 684 Straftaten den bisher höchsten Wert dar. Die Kennzahl pro Einwohner liegt weiterhin deutlich über derjenigen vergleichbarer Kantone. Im Vergleich zu 2023 stieg auch die Aufklärungsquote, die bei 54 Prozent lag. Keinen Einfluss auf die Kennzahl hatten die vielen unerledigten Pendenzen, die Ende 2024 gleich hoch wie im Vorjahr waren.

Z 1.1: Anzahl Verkehrsunfälle pro 1 000 Einwohner

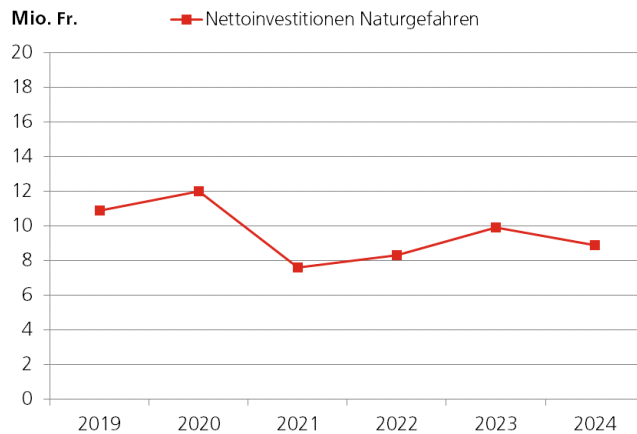
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	6,6	6,2	6,1	6,4	5,8	5,7
Schweiz	6,3	5,7	6,0	6,2	6,0	-



Kommentar: Die Einwohnerzahl der Schweiz ist für das Jahr 2024 noch nicht verfügbar. Das Unfallgeschehen auf dem Obwaldner Strassennetz entsprach 2024 demjenigen der letzten Jahre (219 rapportierte Fälle). Bezogen auf die Einwohnerzahl lag es leicht unter dem Durchschnitt der Schweiz. Verglichen mit den Unfallzahlen pro Strassenkilometer wies Obwalden hingegen gesamtschweizerisch eines der sichersten Strassennetze aus. Die Hauptursachen für die Verkehrsunfälle waren im Kanton Obwalden Ablenkung, nicht angepasste Geschwindigkeit und die Fahrfähigkeit der Fahrzeuglenkenden.

Z 1.1: Nettoinvestitionen im Bereich Naturgefahren (in Millionen Franken)

Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	10,9	12,0	7,6	8,3	9,9	8,9

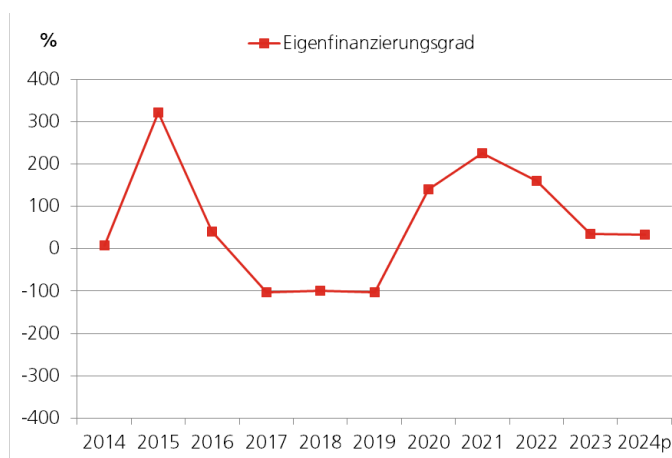


Kommentar: Die Nettoinvestitionen im Bereich Naturgefahren beliefen sich im Berichtsjahr auf 8,91 Millionen Franken und lagen somit im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht tiefer. Berücksichtigt wurden die Nettoinvestitionen für den Bereich Schutzwald, die Schutzbauten Wald und Wasser nach Grundangebot, die Einzelprojekte sowie die Projekte Hochwassersicherheit Sarneraatal.

Ziel 1.2: Der Kanton ist finanziell stabil und der finanzielle Haushalt erweitert.

Z 1.2: Eigenfinanzierungsgrad getätigter Investitionen

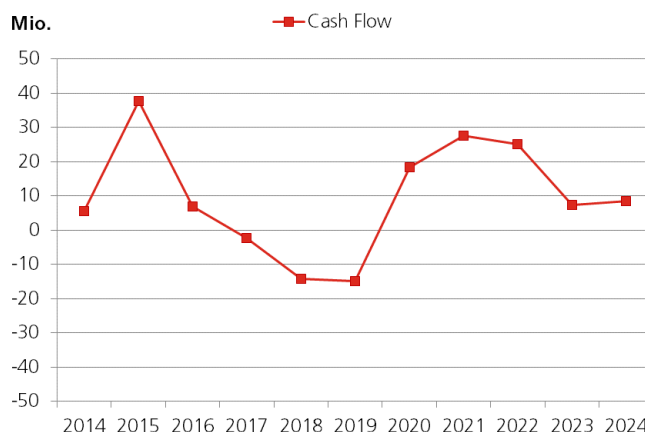
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	-102%	141%	226%	161%	36%	34%



Kommentar: Der Eigenfinanzierungsgrad fiel leicht tiefer aus als im Vorjahr. Gegenüber dem Vorjahr wird zwar ein höherer Cash Flow ausgewiesen, die Nettoinvestitionen sind rund 4 Millionen Franken höher, weshalb der Eigenfinanzierungsgrad leicht gesunken ist.

Z 1.2: Cash Flow (in Millionen Franken)

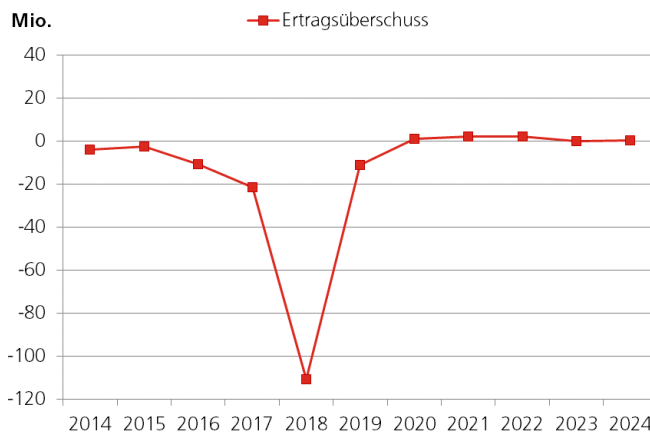
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	-14,9	18,4	27,6	25,0	7,4	8,54



Kommentar: Der Cash Flow stieg im Vergleich zum Vorjahr leicht an. Gegenüber dem Vorjahr wurden jedoch Reserven in der Höhe von 3,5 Millionen Franken aufgelöst, im Jahr 2023 war eine Auflösung von lediglich 2,5 Millionen Franken notwendig.

Z 1.2: Ertragsüberschuss laufende Rechnung (in Millionen Franken)

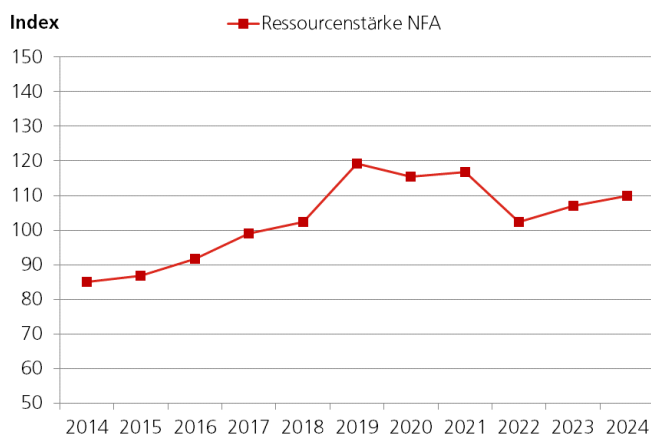
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	-11,0	1,0	2,1	2,1	0,2	0,54



Kommentar: Der Ertragsüberschuss fiel leicht höher als im Vorjahr aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden jedoch Reserven in der Höhe von 3,5 Millionen Franken aufgelöst, im Jahr 2023 war eine Auflösung von lediglich 2,5 Millionen Franken notwendig.

Z 1.2: Entwicklung Ressourcenstärke NFA (Index)

Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	119,3	115,4	116,8	102,4	107,1	109,9

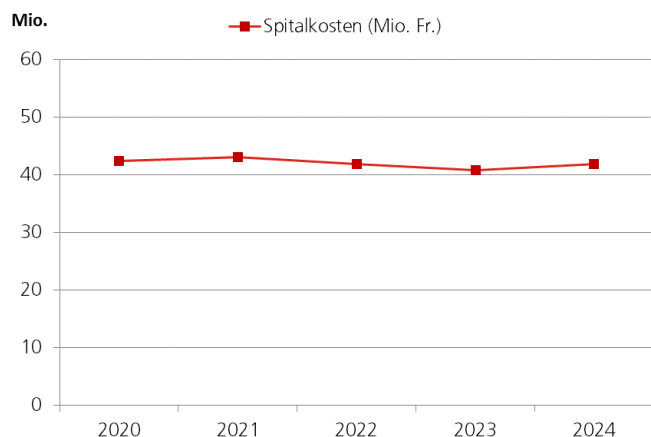


Kommentar: Die Ressourcenstärke ist starken Schwankungen unterworfen. Im Vergleich zum Vorjahr ist sie wieder gestiegen.

Ziel 1.3: Im Kanton Obwalden hat die Gesundheitsprävention einen hohen Stellenwert. Die Bevölkerung hat Zugang zu einer qualitativ zeitgemässen Gesundheitsversorgung.

Z 1.3: Entwicklung Spitalkosten Obwalden (in Millionen Franken)

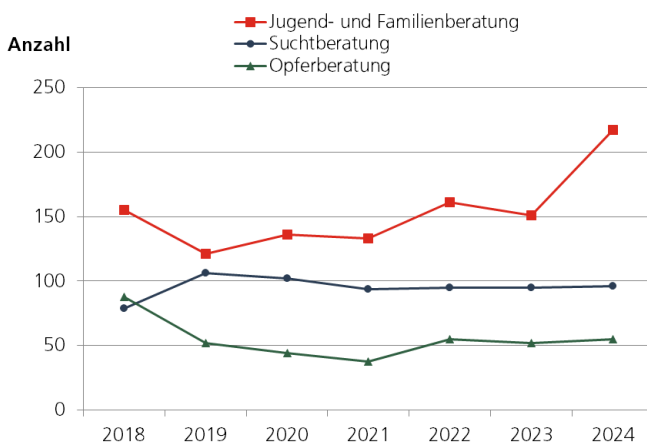
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024
Total Spitalkosten Obwalden	42,4	43,1	41,9	40,8	41,9
Regionalpolitischer Beitrag an Standorterhalt und GWL	7,9	7,7	8,6	8,3	9,2
Stationäre Leistungen OW-Patienten am Kantonsspital	10,9	10,7	10,7	10,9	9,8
LUPS (GWL and stationäre Leistungen)	3,0	3,2	3,5	2,5	4,1
Stationäre Leistungen ausserkantonale	17,8	21,5	21,5	19,1	18,8
Kreditüberschreitungen Covid-19	2,9				



Kommentar: Der Betrag 2024 „stationären Leistungen für Obwaldner Patienten“ ist deutlich tiefer als in den Vorjahren. Dies hat zwei Hauptgründe: Zum einen war der Fakturierungsrückstand grösser als in den Vorjahren, wodurch ein Teil der Rechnungen für das Jahr 2024 erst in die Staatsrechnung 2025 verbucht werden konnte. Zum anderen war das durchschnittliche Kostengewicht der Obwaldner Patienten am Kantonsspital tiefer als im Vorjahr, weshalb trotz einer leichten Zunahme an Austritten ein tieferer Betrag in Rechnung gestellt werden konnte.

Z 1.3: Anzahl Klienten Beratung und Betreuung Sozialamt Kanton Obwalden

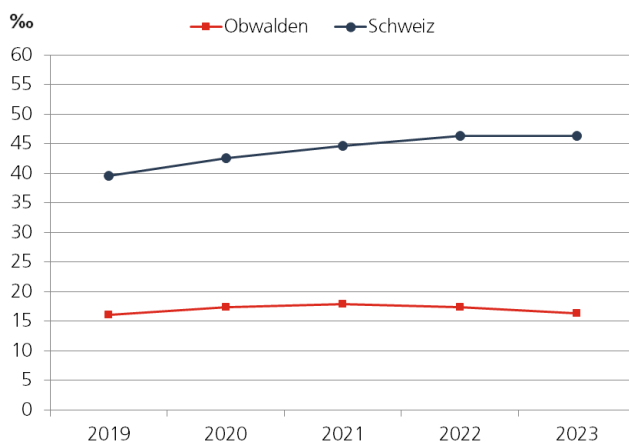
Bereich	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Jugend- und Familienberatung	121	136	133	161	151	217
Suchtberatung	106	102	94	95	95	96
Opferberatung	52	44	38	55	52	55



Kommentar: Im Jahr 2024 traten vermehrt Auffälligkeiten bei Kindern im Vorschulalter und Kindergarten auf. Dies zeigte sich auch aus den Rückmeldungen der Fachpersonen in den Einwohnergemeinden.

Z 1.3: Ambulante Pflegequote pro 1 000 Einwohner

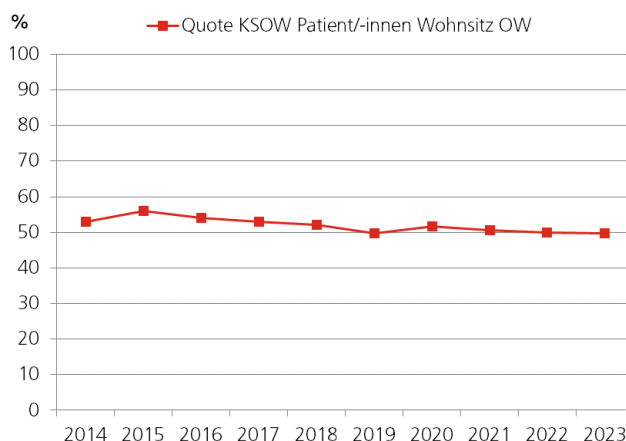
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	16,1	17,4	17,9	17,3	16,3	-
Schweiz	39,6	42,6	44,6	46,4	46,3	-



Kommentar: Die ambulante Pflegequote, d. h. die Anzahl der Krankenpflege-Leistungsverordnungs (KLV)-Klientinnen und Klienten je 1 000 Einwohner ist im Kanton Obwalden im Vergleich unterdurchschnittlich. Grundsätzlich ist in ländlich geprägten Kantonen eine tiefe Pflegequote zu beobachten. Es ist davon auszugehen, dass im Gegensatz zum urbanen Raum tragfähige Familienstrukturen, pflegende Angehörige und die Nachbarschaftshilfe einen höheren Stellenwert haben.

Z 1.3: Quote der im Kantonsspital Obwalden behandelten Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz im Kanton Obwalden

Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	49,8%	51,6%	50,6%	49,9%	49,8%	-

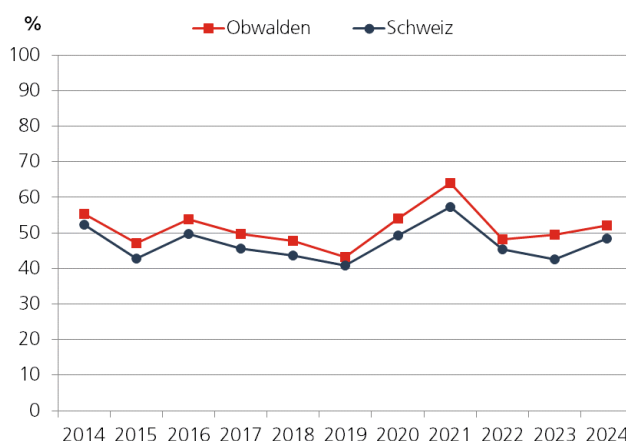


Kommentar: Der Anteil der im Kantonsspital Obwalden behandelten Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz im Kanton Obwalden ging gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte zurück. Auch im Zeitverlauf ist tendenziell eine Reduktion des Eigenversorgungsgrades festzustellen. Die ausserkantonalen Hospitalisationen umfassen sowohl Behandlungen aus medizinischen Gründen als auch jene aus freier Wahl der Patientinnen und Patienten.

Ziel 1.4: Im Kanton Obwalden sind alle Bevölkerungsgruppen sozial integriert und nehmen aktiv am kulturellen und politischen Leben teil.

Z 1.4: Stimmbeteiligung im Vergleich zur Schweiz

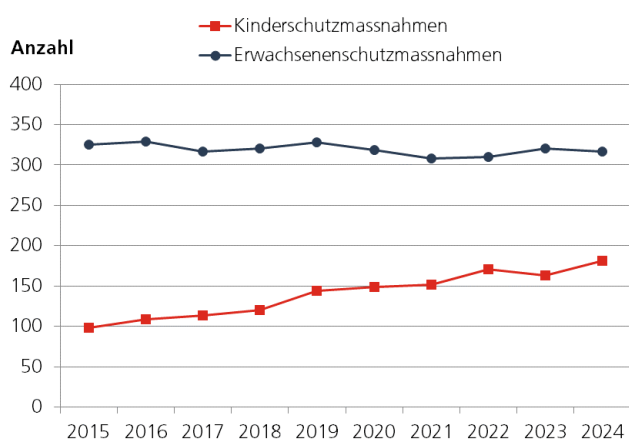
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	43,3%	54,0%	64,0%	48,2%	49,5%	52,0%
Schweiz	40,9%	49,3%	57,2%	45,4%	42,5%	48,4%



Kommentar: Im Kanton Obwalden werden kantonale Volksabstimmungen nach Möglichkeit an eidgenössischen Abstimmungsterminen durchgeführt. Weil die Stimmbeteiligung bei kantonalen Volksabstimmungen in der Regel vergleichsweise hoch ist, führt eine gleichzeitige Durchführung kantonalen und eidgenössischer Abstimmungen regelmässig auch zu einer höheren Stimmbeteiligung bei den eidgenössischen Volksabstimmungen.

Z 1.4: Entwicklung der Anzahl Schutzmassnahmen für Erwachsene und für Kinder/Jugendliche

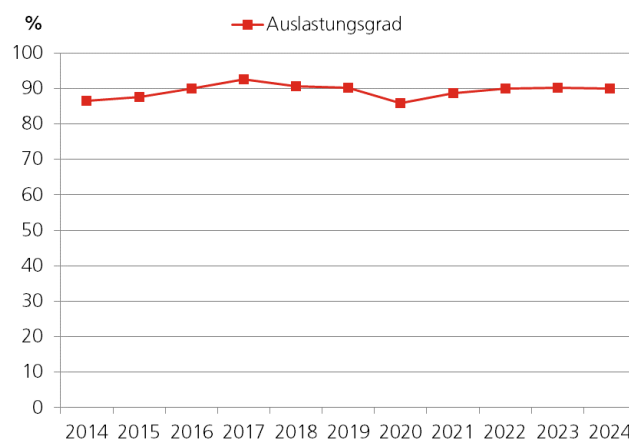
Bereich	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kinder und Jugendliche	144	149	152	171	163	181
Erwachsene	328	319	308	310	320	317



Kommentar: Die Zahl der ergriffenen Massnahmen erhöhten sich von insgesamt 483 im Jahr 2023 auf 498 im Jahr 2024. Bei leicht abnehmenden Erwachsenenenschutzmassnahmen stiegen die Kinderschutzmassnahmen im Jahr 2024 deutlich an.

Z 1.4: Auslastungsgrad von Angeboten für Menschen mit Behinderung der Bereiche Wohnen, Beschäftigung und Arbeit

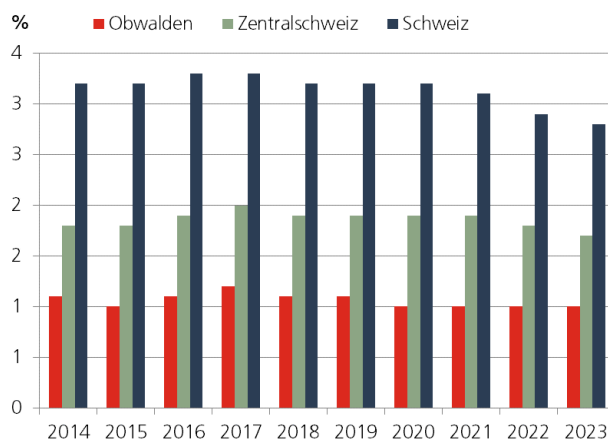
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	90,2%	85,9%	88,7%	90,1%	90,3%	90,0%



Kommentar: Der Auslastungsgrad der Angebote sank im Vergleich zum Vorjahr im Bereich Werkstätte mehrfachbehinderte Personen. In den einzelnen Bereichen bestand im Jahr 2024 folgende Auslastung: Wohnen: 89,8 Prozent, Werkstätten mehrfach behinderte Personen: 91,5 Prozent, Beschäftigung: 90,8 Prozent, Werkstätte psychisch behinderte Personen: 84,8 Prozent.

Z 1.4: Sozialhilfequote (Neu anstatt wirtschaftlicher Sozialhilfe pro Einwohner in Franken)

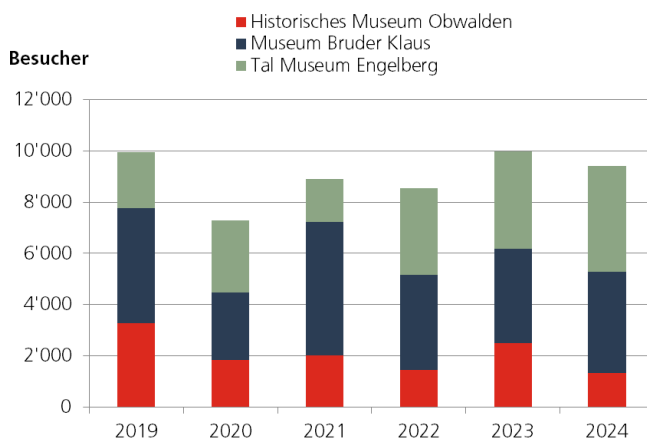
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	-
Zentralschweiz	1,9%	1,9%	1,9%	1,8%	1,7%	-
Schweiz	3,2%	3,2%	3,1%	2,9%	2,8%	-



Kommentar: 2023 wurden 370 Obwaldnerinnen und Obwaldner mit wirtschaftlicher Sozialhilfe unterstützt. Die Sozialhilfequote, welche die Sozialhilfebeziehenden zur Kantonsbevölkerung ins Verhältnis setzt, verblieb im vierten Jahr in Folge bei 1,0 Prozent. Damit weist Obwalden wie in den vergangenen Jahren die niedrigste Quote der Zentralschweiz aus. Das Bundesamt für Statistik publiziert die Zahlen für 2024 ab Mitte November 2025.

Z 1.4: Besucherzahlen in den drei grossen Obwaldner Museen

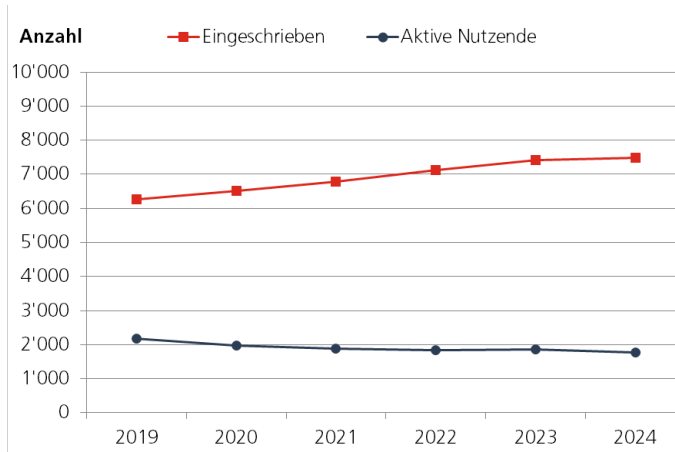
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Historisches Museum	3 280	1 839	2 004	1 455	2 497	1 320
Museum Bruder Klaus	4 500	2 619	5 219	3 700	3 696	3 972
Tal Museum Engelberg	2 178	2 833	1 687	3 380	3 788	4 128



Kommentar: Die Zahl der Eintritte in die Obwaldner Museen blieben in den letzten Jahren mit ansteigender Tendenz insgesamt stabil. Während das Museum Obwalden Eintritte einbüsste, konnte insbesondere das Tal Museum Engelberg im vergangenen Jahr viele zusätzliche Eintritte verzeichnen.

Z 1.4: Anzahl eingeschriebener Nutzerinnen und Nutzer der Kantonsbibliothek

Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Eingeschrieben	6 264	6 514	6 788	7 129	7 412	7 473
Aktiv Nutzende	2 175	1 967	1 881	1 846	1 861	1 773



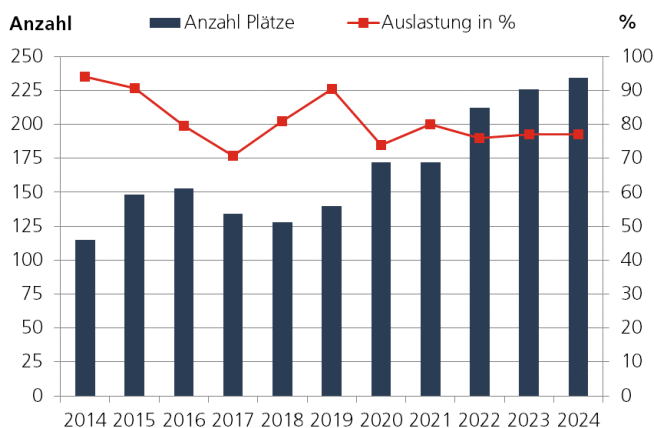
Kommentar: Von den insgesamt 7 473 eingeschriebenen Nutzerinnen und Nutzer der Kantonsbibliothek liehen im Berichtsjahr knapp 25 Prozent Nutzende Bücher aus.

Handlungsfeld 2: Wir entwickeln und bilden uns mit Weitsicht

Ziel 2.1: Der Kanton Obwalden bietet allen Generationen und insbesondere Familien attraktive Wohn-, Bildungs-, Arbeits- und Freizeitangebote

Z 2.1: Anzahl Plätze und Auslastung in Kindertagesstätten sowie Tagesfamilien

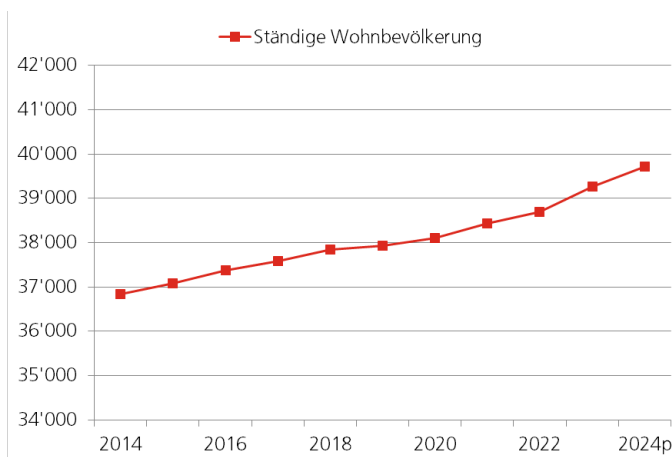
Indikator	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Anzahl Plätze	140	172	172	212	226	234
Auslastung in Prozent	90%	74%	80%	76%	77%	77%



Kommentar: Das Tagesbetreuungsangebot wird rege genutzt. Ab August 2024 hat die KiTa Mär-lischloss die Kita small Foot AG übernommen. Nach der Übernahme hat sich die Anzahl Plätze in Kinder-tagesstätten erhöht.

Z 2.1: Bevölkerungsentwicklung

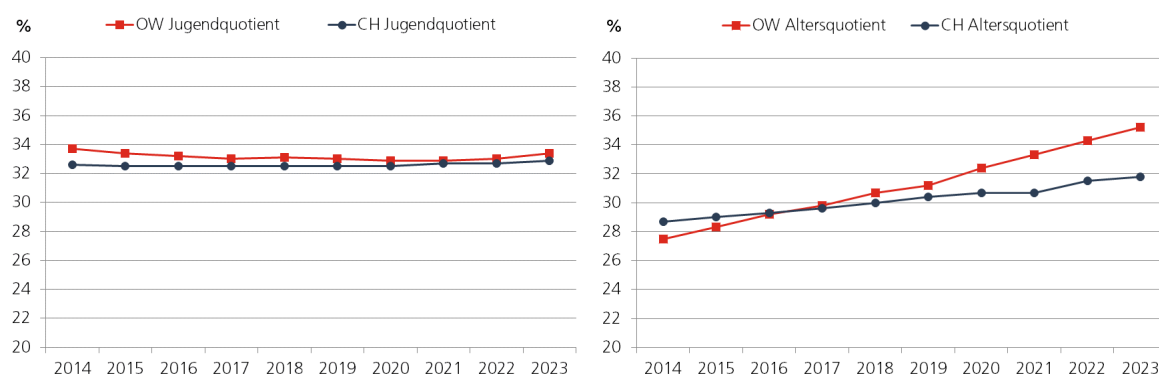
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024p
Kanton Obwalden	37 930	38 096	38 426	38 700	39 272	39 710



Kommentar: Die provisorische Bevölkerungsstatistik basiert auf den Angaben der Einwohnerkontrollen der Einwohnergemeinden, mit Stichtag 31. Dezember 2024 (ständige Wohnbevölkerung). Im Vergleich zum Vorjahr wurde eine Zunahme der Bevölkerung um 438 Personen registriert.

Z 2.1: Jugendquotient und Altersquotient

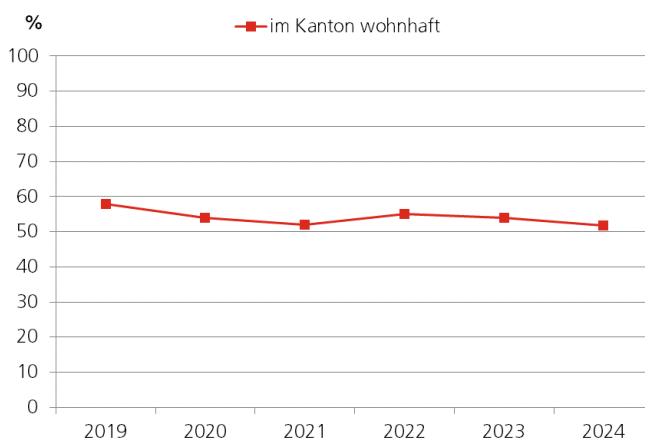
Indikator	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Jugendquotient Kanton OW	33,0%	32,9%	32,9%	33,0%	33,4%	-
Jugendquotient Schweiz	32,5%	32,5%	32,7%	32,7%	32,9%	-
Altersquotient Kanton OW	31,2%	32,4%	33,3%	34,3%	35,2%	-
Altersquotient Schweiz	30,4%	30,7%	30,7%	31,5%	31,8%	-



Kommentar: Der Altersquotient (65+-Jährige) ist im Kanton Obwalden - wie in den letzten Jahren stärker angestiegen als in der Schweiz und liegt seit 2021 über dem Jugendquotienten. Der Jugendquotient (Personen im Alter von weniger als 20 Jahren pro 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren) liegt leicht über dem Wert der Schweiz. Die Daten 2024 werden vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Sommer 2025 publiziert.

Z 2.1: Im Kanton wohnhafte Kaderleute der zehn grössten Unternehmen

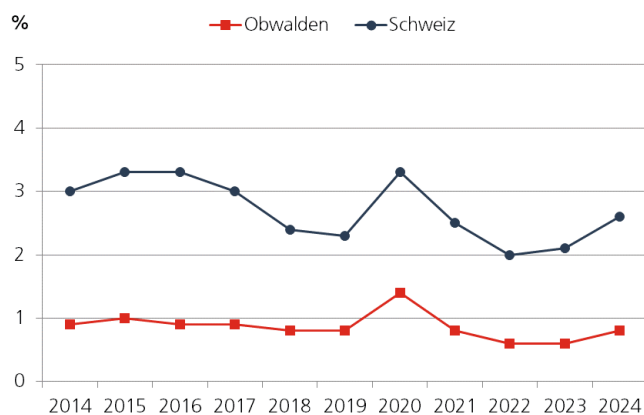
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	58%	54%	52%	55%	54%	52%



Kommentar: Der Anteil an im Kanton wohnhaften Kaderleuten der zehn grössten Unternehmen im Kanton Obwalden nahm seit 2019 leicht ab.

Z 2.1: Arbeitslosenquote im November

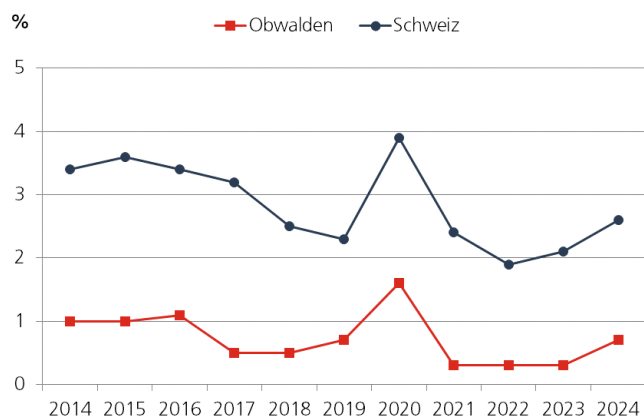
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	0,8%	1,4%	0,8%	0,6%	0,6%	0,8%
Schweiz	2,3%	3,3%	2,5%	2,0%	2,1%	2,6%



Kommentar: Im November 2024 waren 179 (Vorjahr 137) arbeitslose Personen im Kanton Obwalden gemeldet. Wie bereits im Vorjahr wies der Kanton Obwalden schweizweit die zweittiefste durchschnittliche Arbeitslosenquote auf.

Z 2.1: Jugendarbeitslosigkeit 15- bis 24-Jährige im November

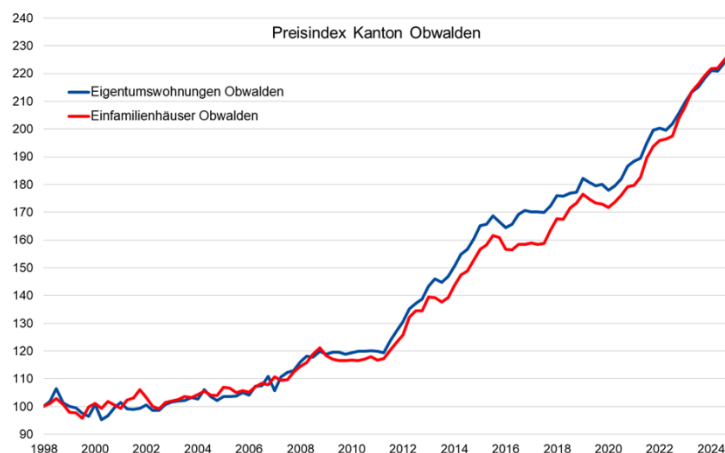
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	0,7%	1,6%	0,3%	0,3%	0,3%	0,7%
Schweiz	2,3%	3,9%	2,4%	1,9%	2,1%	2,6%



Kommentar: Die Jugendarbeitslosigkeit in Obwalden liegt deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt, dennoch ist ein markanter Anstieg sowohl bei der Jugendarbeitslosigkeit in Obwalden wie auch bei der Jugendarbeitslosigkeit der Gesamtschweiz feststellbar. Im November 2024 waren 19 Jugendliche arbeitslos.

Z 2.1: Preisentwicklung Eigenheimindex (Jahr 1998 = 100)

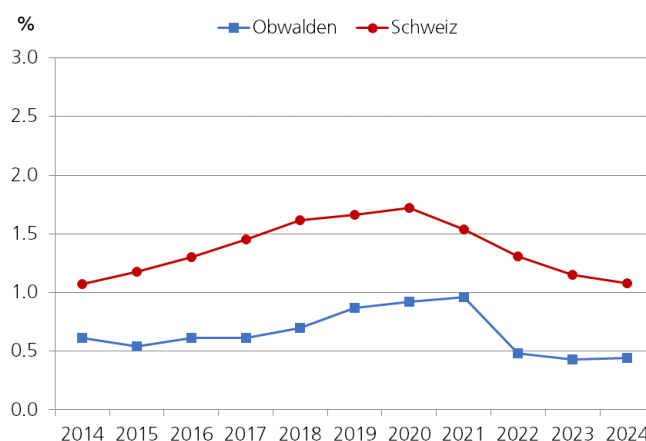
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	176,5	183,1	196,7	204,7	218,8	227,5
Schweiz	185,3	190,4	200,8	211,7	222,1	230,5



Kommentar: Die Obwaldner Eigenheimpreise sind laut den aktuellen Markttransaktionen im Herbst 2024 erneut gestiegen. Mittlerweile haben sich die Preise seit 1998 mehr als verdoppelt (+127,4 Prozent). Die Ursachen sind komplex und vielseitig, wie z. B. das knappe Bauland, geänderte Bauvorschriften, gesellschaftliche Veränderungen und die Inflation bei Baustoffen. Die Grafik ist dem Bericht der Obwaldner Kantonalbank (OKB) entnommen.

Z 2.1: Leerwohnungsziffer

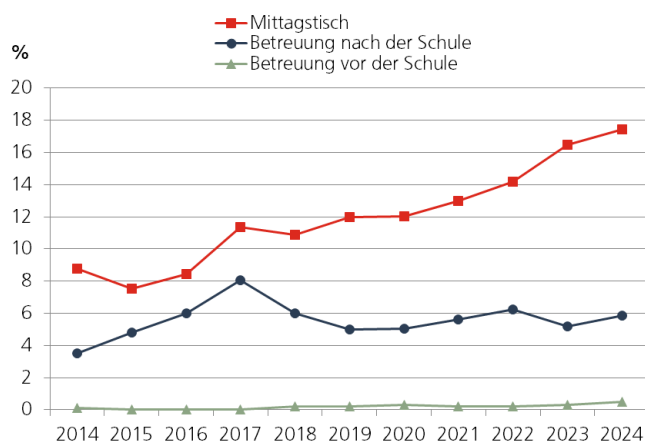
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	0,87%	0,92%	0,96%	0,48%	0,43%	0,44%
Schweiz	1,66%	1,72%	1,54%	1,31%	1,15%	1,08%



Kommentar: Im Kanton Obwalden wurden mit Stichtag 1. Juni 2024 101 leerstehende Wohnungen bei einem Wohnungsbestand von 22 778 gezählt. Schweizweit weist nur der Kanton Zug eine tiefere Leerwohnungsziffer als der Kanton Obwalden auf.

Z2.1: Nutzung schulergänzender Tagesstrukturen

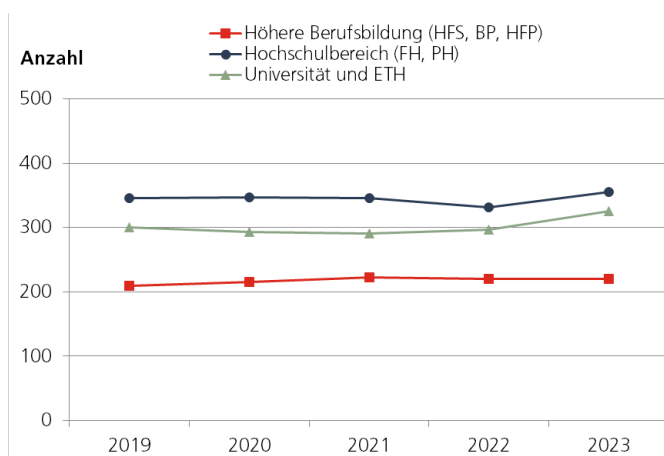
Bereich	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Mittagstisch	12,0%	12,0%	13,0%	14,2%	16,5%	17,4%
Betreuung nach der Schule	5,0%	5,0%	5,6%	6,2%	5,2%	5,9%
Betreuung vor der Schule	0,2%	0,3%	0,2%	0,2%	0,3%	0,5%



Kommentar: Die Nutzung der schulergänzenden Tagesstrukturen stieg im Vergleich zu den Vorjahren kontinuierlich an, insbesondere die Nutzung des Mittagstisches.

Z 2.1: Entwicklung Anzahl Studierenden auf Tertiärstufe

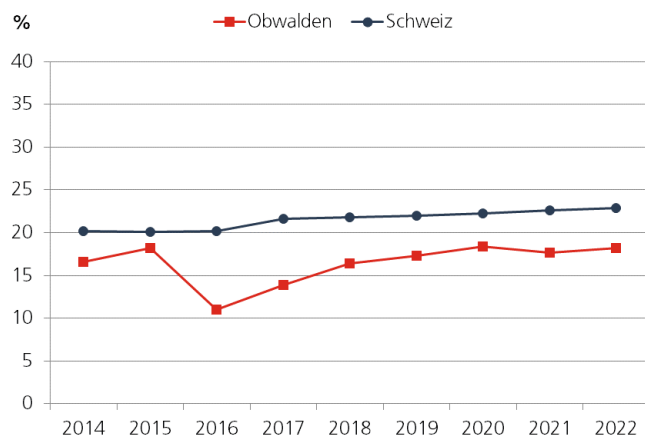
Bereich	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Höhere Berufsbildung	210	216	222	220	220	-
Hochschulbereich (FH, PH)	346	347	346	332	355	-
Universität und ETH	300	293	291	297	326	-



Kommentar: Die Verteilung der Studierenden auf die drei Bereiche (siehe Tabelle) zeigt die starke Stellung der höheren Berufsbildung und der Ausbildung an den Fachhochschulen gegenüber der Universität und ETH.

Z 2.1: Gymnasiale Maturitätsquote

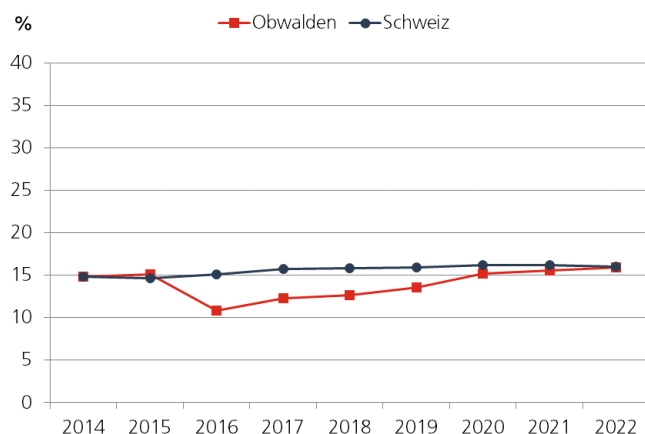
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	17,3%	18,4%	17,7%	18,2%	-	-
Schweiz	22,0%	22,2%	22,6%	22,9%	-	-



Kommentar: Die aktuellen Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) stammen aus dem Jahr 2022. Die gymnasiale Maturitätsquote Obwaldens stieg auf 18,2 Prozent. Sie unterlag aufgrund der verhältnismässig kleinen Zahl Schüler bzw. Schülerinnen starken Schwankungen. Über mehrere Jahre betrachtet bewegte sie sich unterhalb des schweizerischen Durchschnitts.

Z 2.1: Berufsmaturitätsquote

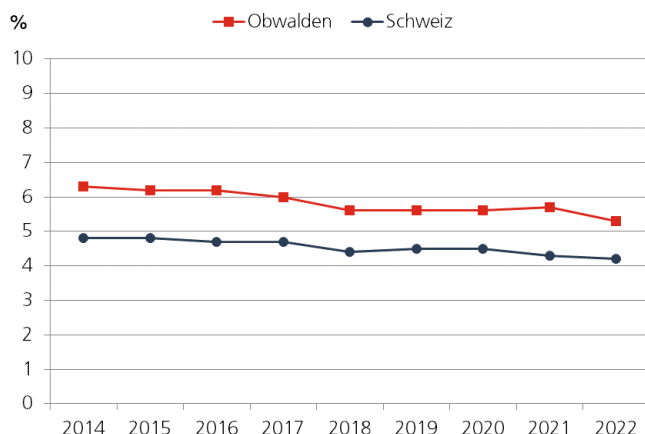
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	13,6%	15,2%	15,6%	15,9%	-	-
Schweiz	15,9%	16,2%	16,2%	16,0%	-	-



Kommentar: Die aktuellen Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) stammen aus dem Jahr 2022. Die Berufsmaturitätsquote stieg leicht auf 15,9 Prozent. Sie unterliegt aufgrund der verhältnismässig kleinen Zahl Lernender starken Schwankungen. In den vergangenen Jahren näherte sich die Quote, die der Kanton Obwalden aufweist, dem schweizerischen Durchschnitt an.

Z 2.1: Lehrstellen in Unternehmen

Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	5,6%	5,6%	5,7%	5,3%	-	-
Schweiz	4,5%	4,5%	4,3%	4,2%	-	-

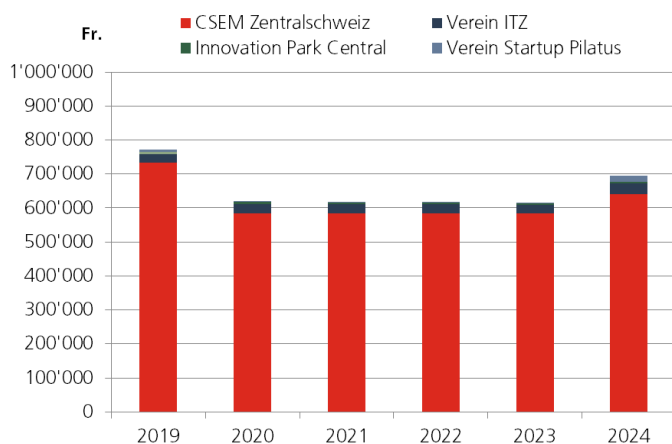


Kommentar: Diese Prozentzahlen zeigen den Anteil Lernender am Total der Vollzeitäquivalente in Unternehmen. Die aktuellen Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) stammen aus dem Jahr 2022. Die Unternehmen im Kanton Obwalden beschäftigten mit einem Wert von 5,3 Prozent im interkantonalen Vergleich überdurchschnittlich viele Lernende. Die Tendenz ist jedoch wie in der Schweiz sinkend.

Ziel 2.2: Der Kanton Obwalden ist Standort für innovative Forschungs-, Bildungs- und Kulturinstitutionen sowie Unternehmen.

Z 2.2: Kantonale Beiträge an Organisationen der Innovationsförderung (in Franken)

Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
CSEM Zentralschweiz	734 000	584 000	584 000	584 000	584 000	640 000
Verein ITZ	25 106	28 106	27 106	26 106	25 106	32 900
Innovation Park Central	5 000	5 000	5 000	5 000	5 000	5 000
Verein Startup Pilatus	8000	500	500	500	500	16 409

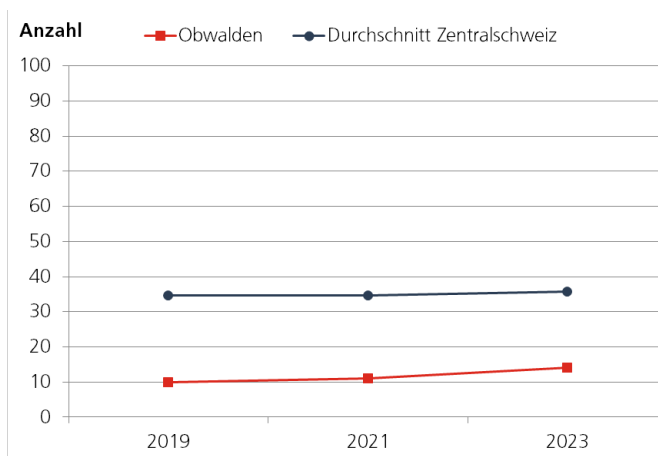


Kommentar: Der Kanton Obwalden finanzierte Organisationen, welche die Innovationsfähigkeit der regionalen KMU fördern. Mit dem Forschungs- und Entwicklungszentrum CSEM in Alpnach und dem Verein ITZ in Horw unterzeichneten die Zentralschweizer Kantone neue Leistungsvereinbarungen für die

Periode 2024 bis 2027. Daraus resultieren höhere Beträge gegenüber der letzten Periode. Die Finanzierung des Innovation Parks Central in Rotkreuz und Start-Up Pilatus in Sarnen erfolgte neben den NRP-Beiträgen an Coworking-Projekten auch mit jährlichen Mitgliederbeiträgen. Zudem finanzierte der Kanton Obwalden im Jahr 2024 ein Startup-Projekt des Vereins ITZ mit kantonalen NRP-Mitteln.

Z 2.2: UBS Kantonaler Wettbewerbsindikator – Indikator Innovation (Punkteskala 0 bis 100)

Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	10	-	11	-	14	-
Durchschnitt Zentralschweiz	35	-	35	-	36	-

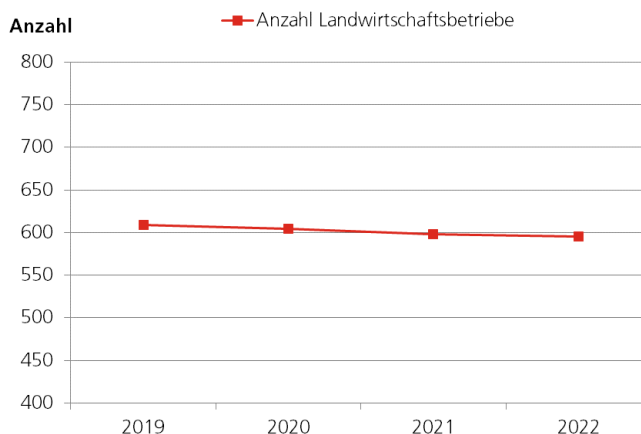


Kommentar: Der Kantonale Wettbewerbsindikator der UBS erscheint alle zwei Jahre. Die Skala „Innovation“ der Studie misst folgende Indikatoren: Vorhandene Branchencluster, Anzahl Patentanmeldungen, Höhe der Venture-Capital Investitionen, Anteil der in Forschung und Entwicklung tätigen Personen, Zahl erfolgreicher Start-Ups, Unternehmensgründungen und in diesen Unternehmen geschaffenen Stellen. Der Kanton Obwalden lag im Jahr 2023 zusammen mit dem Kanton Appenzell Innerrhoden an viertletzter Stelle. Seit dem Jahr 2019 konnte der Wert allerdings kontinuierlich verbessert werden. In der Zentralschweiz wies lediglich der Kanton Uri einen tieferen Wert (0 Punkte) auf. Der Kanton Zug liegt an der Spitze mit 100 Punkten, gefolgt vom Kanton Nidwalden (38 Punkte), Kanton Schwyz (37 Punkte) und dem Kanton Luzern (25 Punkte).

Ziel 2.3: Der Kanton Obwalden entwickelt seine Siedlungs-, Umwelt- und Landschaftsflächen nachhaltig.

Z 2.3: Anzahl Landwirtschaftsbetriebe

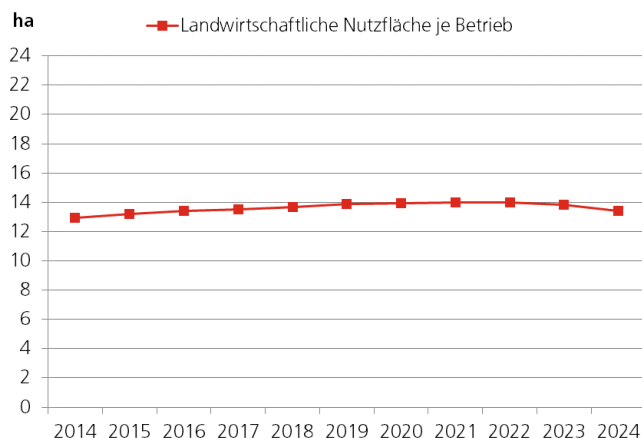
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	609	604	598	595	572	-



Kommentar: Der Rückgang der Anzahl Landwirtschaftsbetriebe ist eine Folge des Strukturwandels, vorwiegend ausgelöst durch vermehrte wirtschaftliche Herausforderungen. Grossmehrheitlich gehen die Betriebsleitenden zusätzlich einer ausserbetrieblichen Tätigkeit nach.

Z 2.3: Landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb (in Hektaren)

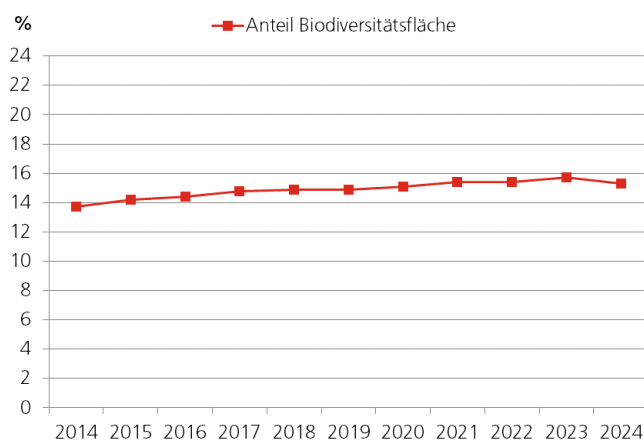
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	13,86 ha	13,96 ha	13,98 ha	13,98 ha	13,85 ha	13,39 ha



Kommentar: Die landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb sank im Kanton Obwalden im Jahr 2024 infolge Bautätigkeiten leicht.

Z 2.3: Anteil Biodiversitätsförderflächen an landwirtschaftlicher Nutzfläche

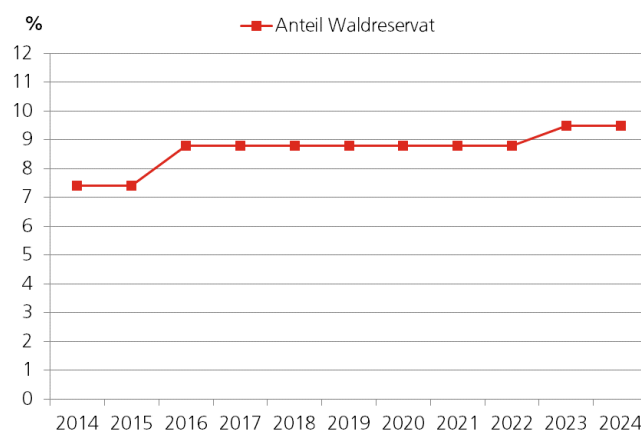
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	14,9%	15,1%	15,4%	15,4%	15,7%	15,3%



Kommentar: Nachdem in den letzten Jahren die Biodiversitätsförderflächen stetig zugenommen hatten, ist im Berichtsjahr ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die Entwicklung in den nächsten Jahren gilt es gut zu beobachten, ob der Produktivität gegenüber Aspekten der Ökologie wieder mehr an Bedeutung zugemessen wird.

Z 2.3: Anteil Waldreservat an Gesamtfläche

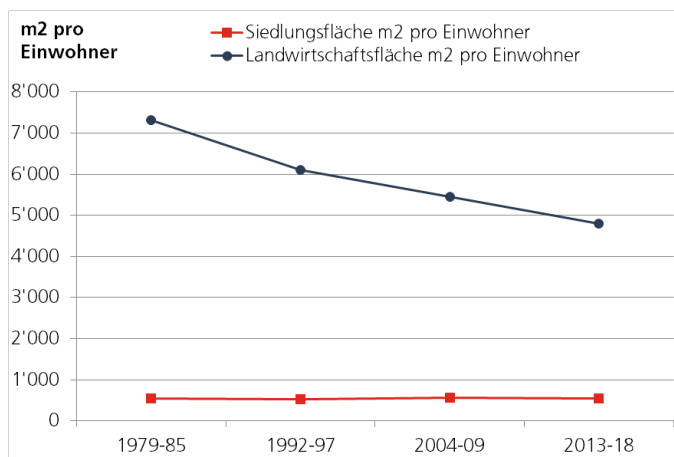
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	8,8%	8,8%	8,8%	8,8%	9,5%	9,5%



Kommentar: Der Anteil Waldreservate an der Gesamtwaldfläche lag bei 9,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich keine Veränderung. Der bis zum Jahr 2030 angestrebte Zielwert von 10 Prozent ist in Reichweite.

Z 2.3: Entwicklung Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen in Quadratmeter pro Einwohner

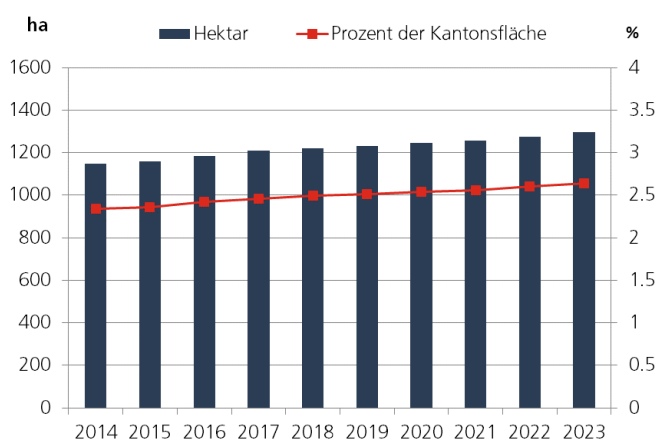
Bereich	1979-1985	1992-1997	2004-2009	2013-2018	2020-2025
Siedlungsfläche	539,3	534,3	554,1	537,4	-
Landwirtschaftsfläche	7 307,9	6 098,8	5 442,0	4 796,1	-



Kommentar: Die Siedlungsfläche pro Einwohner sank zwischen den Perioden 2004–2009 und 2013–2018 leicht von 539,3 Quadratmeter auf 537,4 Quadratmeter. Die Landwirtschaftsfläche pro Einwohner ist wegen des Bevölkerungswachstums zurückgegangen. Die Daten für die Jahre 2020–2025 werden im Jahr 2026 publiziert.

Z 2.3: Entwicklung Anteil befestigte Flächen

Indikator	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Hektar (ha)	1 233 ha	1 245 ha	1 255 ha	1 275 ha	1 295 ha	-
Prozent der Kantonsfläche	2,51%	2,54%	2,56%	2,60%	2,64%	-



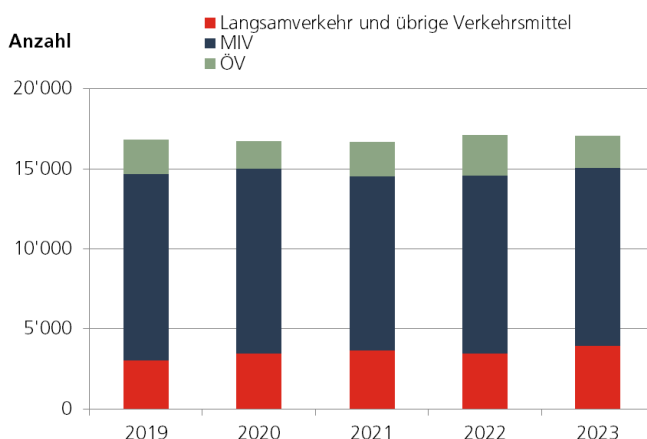
Kommentar: Im Kanton Obwalden waren Ende 2024 Flächen im Umfang von 1 295 Hektaren bzw. 1 814 Fussballfeldern versiegelt. Dies entspricht 2,64 Prozent des Kantonsgebiets und einer Zunahme von rund 12,7 Prozent innerhalb von zehn Jahren. Im Jahr 2024 wurden Flächen im Umfang von 17 Fussballfeldern versiegelt.

Handlungsfeld 3: Wir vernetzen uns

Ziel 3.1: Der Kanton Obwalden ist gut und zuverlässig im Nah- und Fernverkehr vernetzt. Er setzt auf umweltfreundliche und innovative Mobilitätsformen.

Z 3.1: Anzahl Arbeitspendelnde der Wohnbevölkerung (ab 15 Jahren) nach Hauptverkehrsmittel

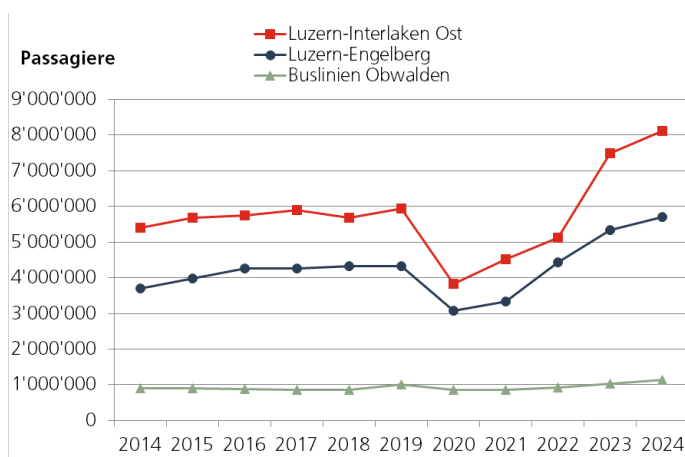
Hauptverkehrsmittel	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Langsamverkehr	3 049	3 455	3 636	3 472	3 955	-
Motorisierter Individualverkehr	11 643	11 542	10 903	11 121	11 103	-
Öffentlicher Verkehr	2 142	1 744	2 138	2 521	2 031	-



Kommentar: Insgesamt pendelten im Jahr 2022 17 125 erwerbstätige Personen der Obwaldner Wohnbevölkerung ab 15 Jahre zu ihrer Arbeitsstätte. Der grösste Anteil (65 Prozent) benutzte den motorisierten Individualverkehr, der jedoch zugunsten des Langsamverkehrs (23 Prozent) gegenüber 2022 im Verhältnis leicht abnahm. Auch die Anzahl erwerbstätiger Personen, die mit dem öffentlichen Verkehr pendelten (12 Prozent) nahm im Vergleich zum Vorjahr ab. Es gab 692 (+4,1 Prozent) mehr Wegpendelnde aus dem Kanton Obwalden als Zugpendelnde.

Z 3.1: Nachfrageentwicklung Passagiere im öffentlichen Verkehr

Verbindung	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Luzern-Interlaken Ost	5 949 751	3 830 180	4 514 325	5 116 566	7 492 139	8 118 638
Luzern-Engelberg	4 332 801	3 070 906	3 332 294	4 421 409	5 341 584	5 703 003
Buslinien Obwalden	1 011 906	867 494	855 452	925 033	1 037 671	1 127 367

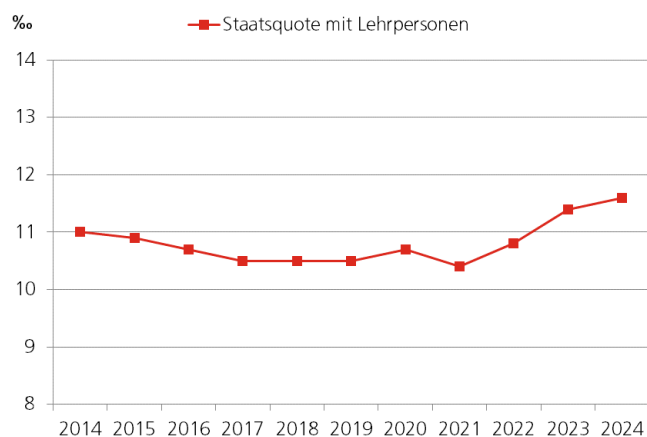


Kommentar: Die Nachfrage im öffentlichen Verkehr stieg in allen Bereichen auf neue Rekordwerte.

Ziel 3.2: Der Kanton Obwalden ist wettbewerbsfähig und steht in engem Austausch mit der Wirtschaft und dem Tourismus

Z 3.2: Anzahl Vollzeitstellen Kanton Obwalden pro 1 000 Einwohner (mit Lehrpersonen)

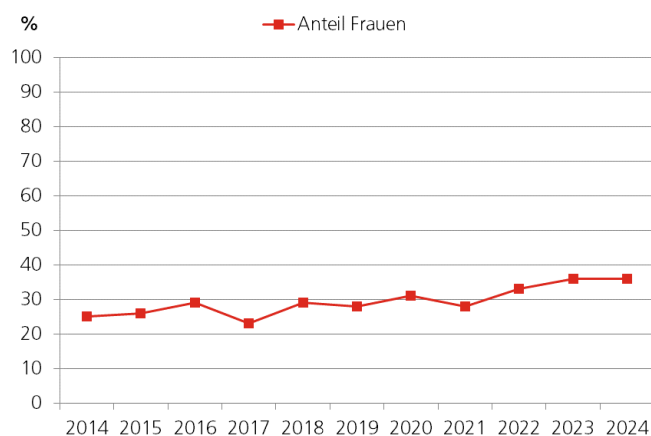
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	10,5	10,7	10,4	10,8	11,4	11,6



Kommentar: Die Anzahl Vollzeitstellen beim Kanton Obwalden (inkl. Lehrpersonen) stieg aufgrund des Stellenwachstums leicht an.

Z 3.2: Anteil Frauen in Kaderpositionen der kantonalen Verwaltung

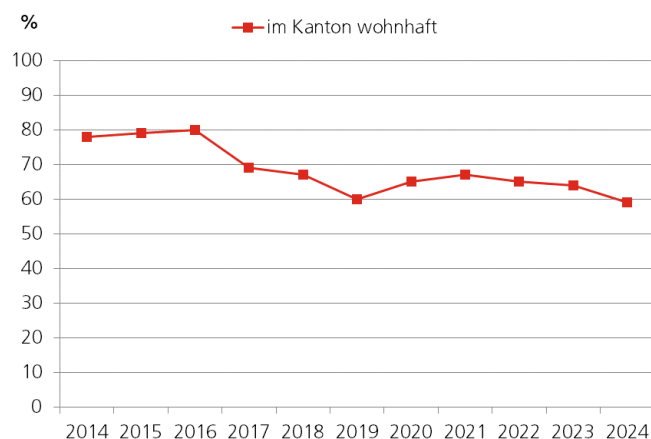
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	28%	31%	28%	33%	36%	36%



Kommentar: Der Anteil Frauen in Kaderpositionen blieb 2024 unverändert.

Z 3.2: Im Kanton wohnhafte Kaderleute der kantonalen Verwaltung

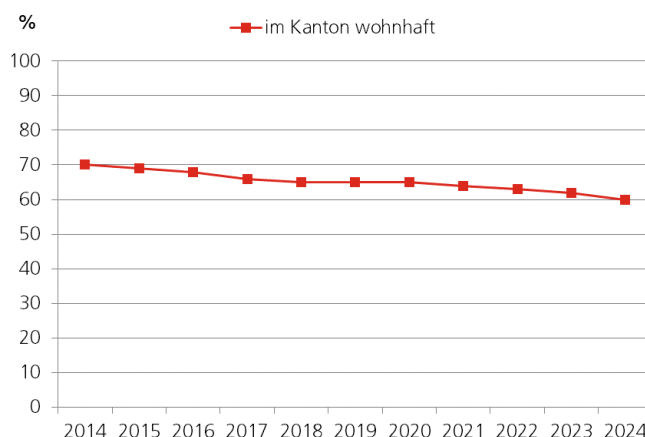
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	60%	65%	67%	65%	64%	59%



Kommentar: Der Anteil der im Kanton wohnhaften Kaderleute der kantonalen Verwaltung sank aufgrund von diversen Personalwechseln leicht.

Z 3.2: Im Kanton wohnhafte Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung

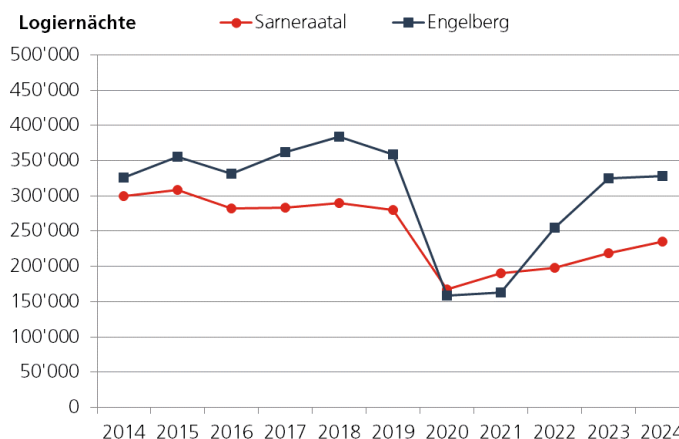
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	65%	65%	64%	63%	62%	60%



Kommentar: Der Anteil der im Kanton wohnhaften Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sank aufgrund von Personalwechseln leicht.

Z 3.2: Logiernächteentwicklung Hotels

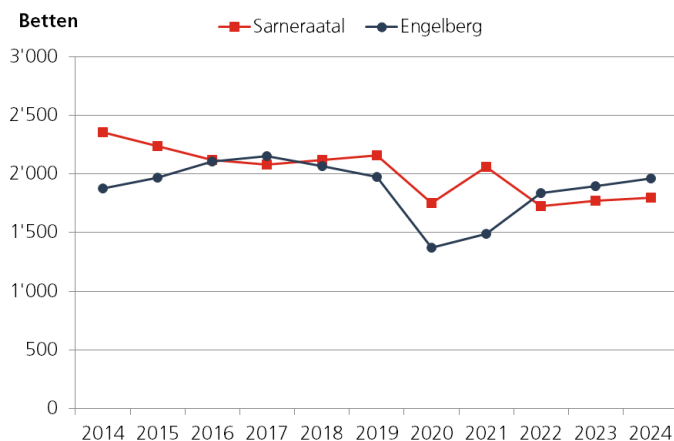
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Sarneraatal	280 050	166 773	190 289	197 681	219 194	235 093
Engelberg	358 572	158 528	162 531	254 663	324 371	328 506



Kommentar: Die Zahl der Logiernächte stieg sowohl in Engelberg als auch im Sarneraatal. Während die Anzahl an inländischen Gästen zwischen 2023 und 2024 etwa gleich blieb, ist die positive Entwicklung auf eine Zunahme an ausländischen Gästen (insbesondere aus Amerika und Asien) zurückzuführen. Im Vergleich zur Schweiz (+2,6 Prozent) nahmen die Logiernächte im Kanton Obwalden (+3,7 Prozent) zwischen 2023 und 2024 leicht stärker zu.

Z 3.2: Entwicklung der Anzahl angebotener Hotelbetten

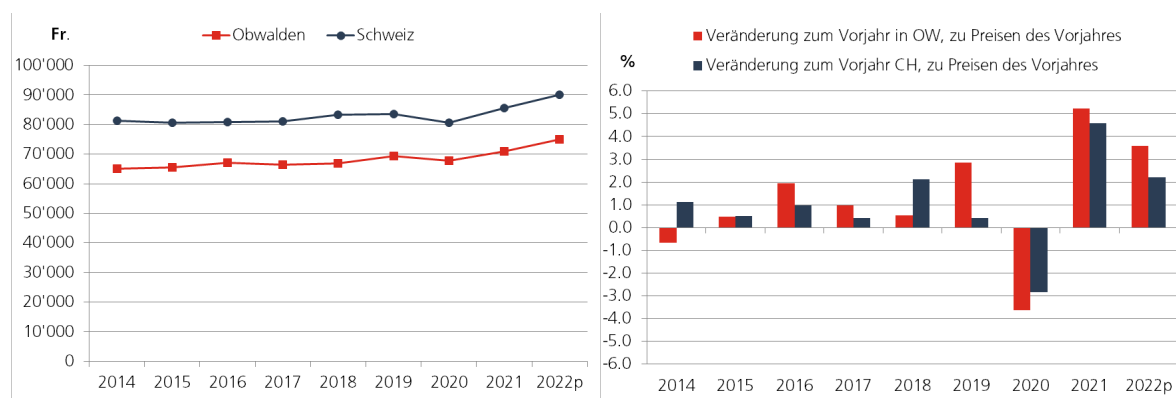
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Sarneraatal	2 157	1 750	2 059	1 727	1 773	1 797
Engelberg	1 978	1 368	1 487	1 837	1 898	1 965



Kommentar: Die Anzahl Betten der geöffneten Betriebe erhöhte sich zwischen 2023 und 2024 leicht. Die Bettenauslastung lag 2024 im Kanton Obwalden bei 42,8 Prozent (Vorjahr: 42,6 Prozent).

Z 3.2: Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf

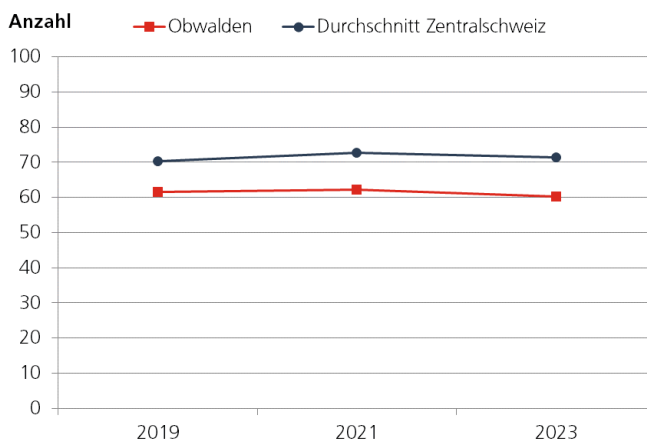
Indikator	2019	2020	2021	2022p	2023	2024
Kanton Obwalden in Fr.	69 422	67 843	70 974	74 902	-	-
Schweiz in Fr.	83 598	80 644	85 595	90 131	-	-
Veränderung zum Vorjahr, OW	2,9%	-3,6%	5,2%	3,6%	-	-
Veränderung zum Vorjahr, CH	0,4%	-2,9%	4,6%	2,2%	-	-



Kommentar: Gemäss den provisorischen Daten erholte sich das Bruttoinlandprodukt pro Kopf im Jahr 2022 nach Ausbruch der Corona-Pandemie. Es betrug im Kanton Obwalden Fr. 74 902.– pro Kopf (+3,6 Prozent gegenüber 2021). Die deutliche Zunahme in der gesamten Schweiz erfolgte in einem wachstumsfreundlichen Umfeld und war vom Aufschwung der Dienstleistungen (Verkehr, Gastgewerbe usw.), die 2021 noch unter den Folgen der Covid-19-Pandemie gelitten hatten und vom starken Wachstum des verarbeitenden Gewerbes gekennzeichnet.

Z 3.2: UBS Kantonaler Wettbewerbsindikator (Punkteskala 0 bis 100)

Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	61,5	-	62,3	-	60,3	-
Durchschnitt Zentralschweiz	70,2	-	72,7	-	71,4	-

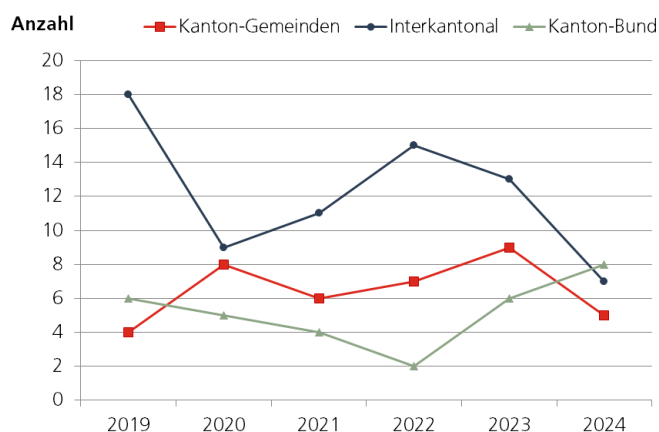


Kommentar: Der „UBS Kantonaler Wettbewerbsindikator“ erscheint alle zwei Jahre. Er gibt Aufschluss über das langfristige relative Wachstumspotenzial der Kantone. Der Kanton Obwalden befand sich 2023 auf Platz 17 und verlor im Vergleich zu 2021 zwei Plätze. Insgesamt wird die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Obwalden von der UBS als „solid“ bewertet. Negativ wirkte sich der zunehmend knappe Wohnraum, der gestiegene Altersquotient und die Annahme der OECD-Mindestbesteuerung aus. In der Zentralschweiz hatte nur der Kanton Uri einen tieferen Wert (49 Punkte). Der Kanton Zug liegt an der Spitze mit 100 Punkten, gefolgt vom Kanton Schwyz (78 Punkte), Kanton Luzern (72 Punkte) und dem Kanton Nidwalden (69 Punkte).

Ziel 3.3: Der Kanton Obwalden ist ein verlässlicher Partner und intensiviert die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Kantonen und dem Bund.

Z 3.3: Anzahl auf Regierungsebene beschlossener Zusammenarbeitsprojekte

Bereich	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton-Gemeinden	4	8	6	7	9	5
Interkantonal	18	9	11	15	13	7
Kanton-Bund	6	5	4	2	6	8



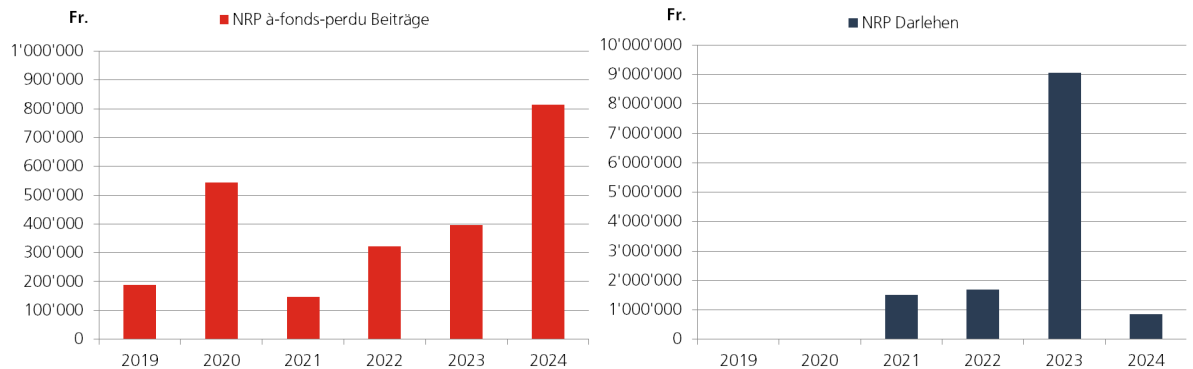
Kommentar: In der Zusammenarbeit mit den Obwaldner Einwohnergemeinden wurden im Jahr 2024 erstmals zwei Zusammenarbeitsprojekte - gestützt auf der gemeinsamen Informatikvereinbarung - initiiert.

Handlungsfeld 4: Wir gestalten den Wandel

Ziel 4.1: Der Kanton Obwalden unterstützt zukunftsgerichtete Initiativen und schafft Wertschöpfungsnetzwerke zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft.

Z 4.1: Anzahl NRP-Projekte und Zusicherung von Unterstützungsbeiträgen (in Franken)

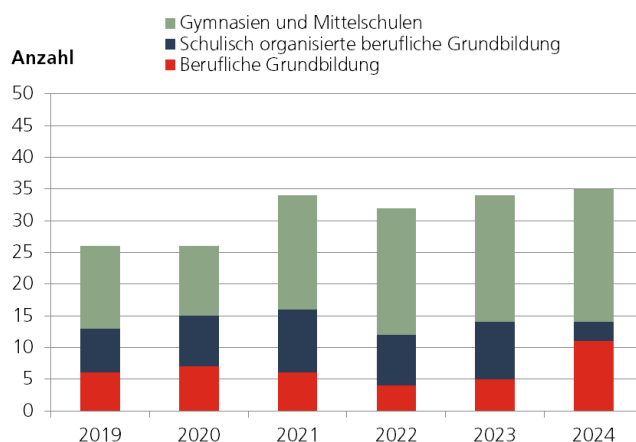
Unterstützungsart	2019	2020	2021	2022	2023	2024
NRP à-fonds-perdu Beiträge	187 400	543 500	147 500	321 705	396 750	815 000
NRP zinslose Darlehen	-	-	1 500 000	1 700 000	9 050 000	850 000



Kommentar: Im ersten Jahr des NRP-Umsetzungsprogramms 2024 bis 2027 konnten durch die Neue Regionalpolitik (NRP) insgesamt 15 innovative und wertschöpfungsorientierte Projekte unterstützt werden. Davon war eines ein Darlehensprojekt. Die finanzielle Unterstützung der NRP setzt sich je zur Hälfte aus Mitteln des Bundes und des Kantons zusammen. Zudem beteiligt sich bei einzelnen Projekten zusätzlich die Standortgemeinde mit 20 Prozent des Kantonsbeitrags. Die Grundbeiträge an die Regionalentwicklungsverbände (REV) Sarneraatal und Nidwalden&Engelberg sind nicht in der vorliegenden Kennzahl enthalten. Für die NRP-Umsetzungsperiode 2024 bis 2027 sicherte der Kanton Obwalden den REV insgesamt Fr. 277 500.– zu.

Z 4.1: Anzahl Leistungssportlerinnen und Leistungssportler in Ausbildung

Bereich	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Berufliche Grundbildung (BG)	6	7	6	4	5	11
Schulisch organisierte BG	7	8	10	8	9	3
Gymnasien und Mittelschulen	13	11	18	20	20	21

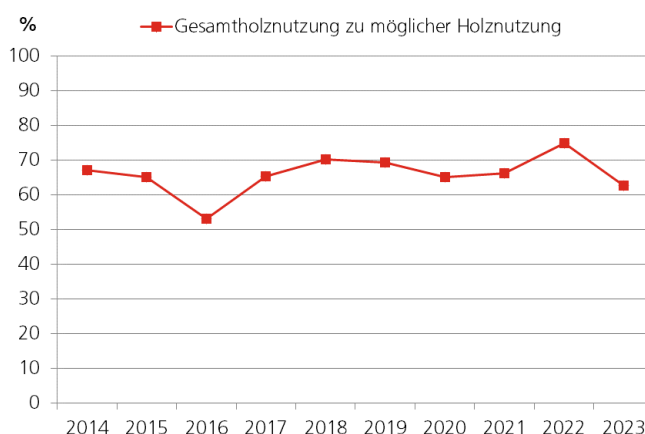


Kommentar: Während die Gesamtzahl der Leistungssportlerinnen und Leistungssportler im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleich blieb, stieg der Anteil der Lernenden in der beruflichen Grundbildung um sechs Personen an.

Ziel 4.2: Der Kanton Obwalden wird zum Netto-Null-Kanton.

Z 4.2: Verhältnis Gesamtholznutzung zu möglicher Holznutzung

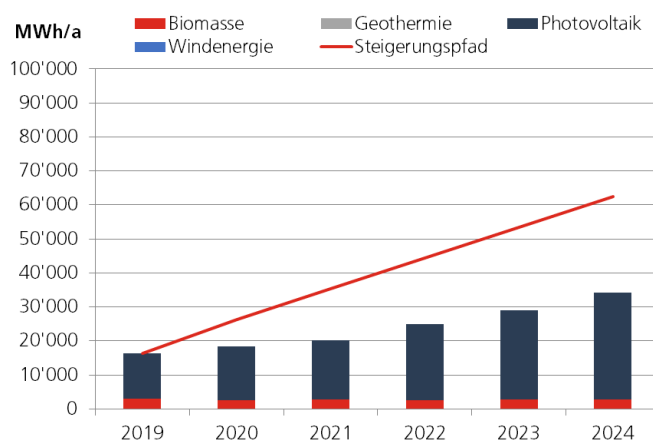
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kanton Obwalden	69,3%	65,1%	66,2%	74,8%	62,6%	-



Kommentar: Die Daten für das Berichtsjahr liegen noch nicht vor. Die Holzernte 2023 war weiterhin von der Befallssituation mit dem Buchdrucker, ein Forstschädling geprägt. Die Steigerung der Holzpreise des Vorjahres ging 2023 in eine Stagnation über. Die Holznutzung 2023 liegt leicht unter einem durchschnittlichen Jahr der letzten Dekade.

Z 4.2: Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien

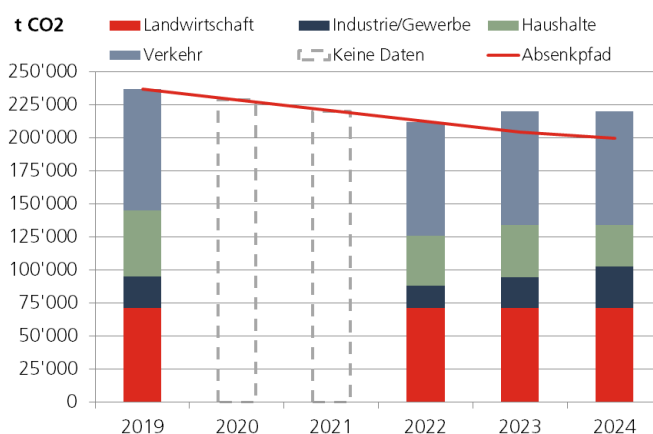
Quelle	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Biomasse	2 956	2 655	2 679	2 602	2 843	2 810
Geothermie	0	0	0	0	0	0
Photovoltaik	13 281	15 828	17 583	22 429	26 248	31 456
Windenergie	0	0	0	0	0	0



Kommentar: Seit 2019 fand im Kanton Obwalden ein Zubau von erneuerbarer Stromproduktion um rund 18 000 MWh/a statt. Um das Ziel einer Verzehnfachung bis 2035 zu erreichen, müsste die Stromproduktion jährlich um rund 9 000 MWh/a gesteigert werden.

Z 4.2: Treibhausgasemissionen im Kantonsgebiet (Tonnen CO₂)

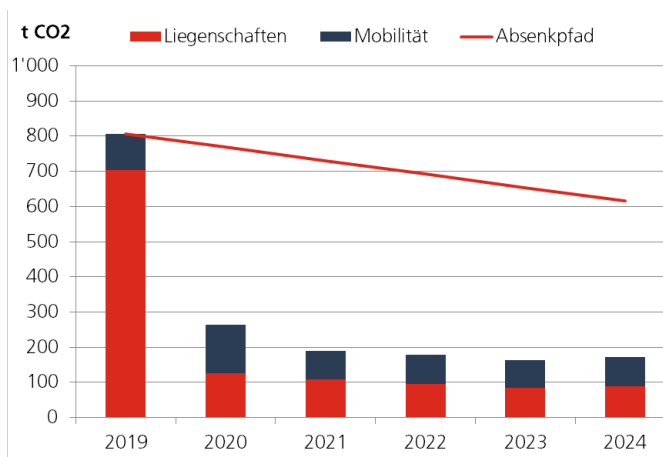
Quelle	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Landwirtschaft	71 558	-	-	71 500	71 045	71 022
Industrie und Gewerbe	23 573	-	-	16 847	23 560	31 609
Haushalte	50 143	-	-	37 748	39 266	31 609
Verkehr	92 057	-	-	85 730	86 453	85 823



Kommentar: Die Treibhausgasemissionen für das Kantonsgebiet Obwalden sanken gegenüber dem Ausgangsjahr 2019. Im Jahr 2024 lagen die Emissionen rund 10 Prozent über dem Zielwert gemäss Absenkpfad des Energie- und Klimakonzepts 2035. Die Zahlen zu den Treibhausgasemissionen 2020 und 2021 sind nicht vorhanden und entsprechend in der Grafik gekennzeichnet.

Z 4.2: Treibhausgasemissionen kantonale Verwaltung (Tonnen CO₂)

Quelle	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Liegenschaften	703	125	108	95	85	89
Mobilität	104	138	82	84	79	84



Kommentar: Durch den Anschluss kantonaler Gebäude an den Holzwärmeverbund Sarnen sanken die Treibhausgasemissionen der Verwaltung bereits 2020 auf den Zielwert von 2033 gemäss Absenkpfad des Energie- und Klimakonzepts 2035.

2.5 Verzeichnis der Mitgliedschaften 2024 von Regierungsmitgliedern

Gemäss Art. 44 Abs. 2 des Staatsverwaltungsgesetzes (StVG; GDB 130.1) dürfen die Mitglieder des Regierungsrats den Verwaltungsorganen wirtschaftlicher oder gemeinnütziger Unternehmungen und Organisationen nur angehören, wenn es im Interesse des Kantons nötig ist.

Der Regierungsrat informiert hiermit über diese Tätigkeiten (Stand 31. Dezember 2024):

Regierungsratsmitglied	Organisation	Funktion
Amstad Christoph	Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)	Mitglied Konkordatsrat
	Interkantonale Schifffahrtskommission für den Vierwaldstättersee	Mitglied
Hess Josef	Schweizerische Sportmittelschule Engelberg AG	Mitglied Verwaltungsrat
	GIS Daten AG	Mitglied Verwaltungsrat
	Stiftung Schweizerische Sportmittelschule Engelberg	Mitglied Stiftungsrat
	Interkantonale Försterschule, Maienfeld (Stiftung)	Mitglied Stiftungsrat und Mitglied Stiftungsausschuss
	Verein Energieregion Obwalden	Präsident Vorstand
	Tarifverbund Luzern, Obwalden und Nidwalden	Mitglied Leitorgan
	Espace Suisse (Verband für Raumplanung)	Mitglied
	Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK)	ständiger Vertreter
	Gotthard-Komitee	Mitglied des Leitenden Ausschusses
Kaufmann-Hurschler Cornelia	Kraftwerk Sarneraa AG, Alpnach	Mitglied Verwaltungsrat
	Kraftwerk Obermatt AG, Engelberg	Präsidentin Verwaltungsrat
	Laboratorium der Urkantone (LdU)	Mitglied Aufsichtskommission
	Schweizer Salinen	Mitglied Konkordatsrat
	Swisslos – Interkantonale Landeslotterie	Mitglied Genossenschaft
	Personalversicherungskasse Obwalden (PVO)	Delegierte Arbeitgeber
	Laboratorium der Urkantone (LdU)	Mitglied Aufsichtskommission
Schäli Christian	Innerschweizer Kulturstiftung, Luzern	Mitglied Stiftungsrat
	Stiftung SwissSkills, Bern	Präsident Stiftungsrat

Regierungsratsmitglied	Organisation	Funktion
	Stiftung Geschichte Kloster Muri AG	Mitglied Stiftungsrat
	Stiftung Meinrad Burch-Korrodi und Hedwig Maria Burch-Wyser	Präsident Stiftungsrat
	Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)	Mitglied
	Hochschule Luzern (Fachhochschule Zentralschweiz FHZ)	Mitglied Konkordatsrat
	Pädagogische Hochschule Luzern (PH Luzern)	Mitglied PH Rat
	Personalversicherungskasse Obwalden (PVO)	Mitglied Vorstand und Delegierter Arbeitgeber
Wyler Daniel	zb Zentralbahn AG	Mitglied Verwaltungsrat
	ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	Mitglied Stiftungsrat
	Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA)	Mitglied Konkordatsrat
	Konferenz der Kantonsregierungen	ständiger Vertreter
	Interkantonales Organ Technische Handelshemmnisse	Mitglied
	Arbeitslosenkasse Obwalden und Nidwalden	Mitglied Aufsichtskommission
	Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV)	Mitglied Aufsichtskommission
	Fischereikommission für den Vierwaldstättersee, Luzern	Mitglied Aufsichtskommission
	Aufsichtskommission Vierwaldstättersee (Gewässerschutz)	Mitglied Aufsichtskommission
	Verein Startup Pilatus, Alpnach	Mitglied Vorstand
	tüftelPark Pilatus	Mitglied Vorstand
	Zentralschweizer Regierungskonferenz	Ständiger Vertreter im Ausschuss

2.6 Vernehmlassungen an den Bund

Der Regierungsrat hat zu den nachstehenden Vorlagen des Bundes Stellung genommen:

2024

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
OWSTK.4786	10.01.2024	SSD	Änderung der Verordnung über die Schifffahrt
OWSTK.4767	15.01.2024	BRD	Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Verbrauchs von elektrischer Energie im Personenverkehr sowie im Güterverkehr auf der Schiene
RRB Nr. 223	16.01.2024	STK	Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung
OWSTK.4833	19.01.2024	VD	Totalrevision der Pflanzenschutzmittelverordnung und Revision der Gebührenverordnung BLV
OWSTK.4780	22.01.2024	FD	Teilrevision der Mehrwertsteuerverordnung
RRB Nr. 232	23.01.2024	VD	Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2026–2029
OWSTK.4773	24.01.2024	SSD	Änderungen der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) und der Verordnung vom 29. September 1995 des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KLV; SR 832.112.31)
OWSTK.4774	24.01.2024	SSD	Verordnung über das automatisierte Fahren (AFV) und Verordnung über die Finanzhilfen zur Förderung neuartiger Lösungen für den Verkehr auf öffentlichen Strassen (ÖStFV) - automatisiertes Fahren (AFV)
OWSTK.4816	07.02.2024	VD	Verordnung über die Einschränkung der Grundversorgung im Post- und Zahlungsverkehr in einer schweren Strommangellage
OWSTK.4789	08.02.2024	VD	Ausweitung des Geltungsbereichs der Chauffeurverordnung sowie Umsetzung der Motion 20.4478 Dittli
OWSTK.4788	15.02.2024	VD	Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (Härtung der Mobilfunknetze gegen Störungen der Stromversorgung)
OWSTK.4800	19.02.2024	FD	Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) - Umsetzung der Motion Ettlín 19.3702, Einkauf in die Säule 3a ermöglichen
OWSTK.4811	19.02.2024	BRD	Revision der Netzzugangsverordnungen und der Fahrplanverordnung
RRB Nr. 269	20.02.2024	FD	Einführung einer Objektsteuer auf Zweitliegenschaften
RRB Nr. 270	20.02.2024	VD	Telekommunikation: Änderung des Postgesetzes vom 17. Dezember 2010

2024

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
OWSTK.4803	21.02.2024	SSD	Interkantonale Vereinbarung über den Datenaustausch zum Betrieb gemeinsamer Abfrageplattformen und Datenbanksysteme
OWSTK.4808	26.02.2024	VD	Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze
OWSTK.4808	26.02.2024	VD	Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze
OWSTK.4801	29.02.2024	SSD	Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) i.S. Finanzierung der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer
OWSTK.4802	29.02.2024	SSD	Änderung des Militärgesetzes, der Verordnung der Bundesversammlung über die Verwaltung der Armee und der Armeeorganisation
OWSTK.4797	07.03.2024	SSD	Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Versicherung für Inhaftierte Personen)
OWSTK.4804	07.03.2024	SSD	Änderung von Verordnungen im Tierschutzbereich
OWSTK.4817	07.03.2024	SSD	Änderung des Heilmittelgesetzes, Verzicht auf Stellungnahme
RRB Nr. 300	12.03.2024	FD	Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben
RRB Nr. 301	12.03.2024	VD	Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Erleichterung der selbständigen Erwerbstätigkeit, Berücksichtigung des Lebensmittelpunkts und Zugriffe auf Informationssysteme)
OWSTK.4809	18.03.2024	SSD	Teilrevision des Epidemiengesetzes
OWSTK.4826	18.03.2024	VD	Neue Verordnung über die Bundesstatistik
RRB Nr. 311	19.03.2024	VD	Teilrevision des Landesversorgungsgesetzes
RRB Nr. 312	19.03.2024	VD	Teilrevision des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung; Anpassung der Hinterlassenenrenten
RRB Nr. 313	19.3.2024	VD	Änderung des Bundesgesetzes über die Informationssysteme in den Sozialversicherungen (BISS)
RRB Nr. 323	25.03.2024	VD	Änderung des Geoinformationsgesetzes – Leitungskataster Schweiz
RRB Nr. 324	25.03.2024	VD	Änderung des Erwerbsersatzgesetzes; Angleichung der EO-Leistungen

2024

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
OWSTK.4824	27.03.2024	SSD	Verordnung über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFV), Stärkung der Kinderrechte
OWSTK.4935	27.03.2024	SSD	Teilrevision des Behindertengleichstellungsgesetzes
OWSTK.4840	28.03.2024	VD	Verordnungspaket Umwelt Herbst 2024
OWSTK.4834	10.04.2024	SSD	16.451 n Pa. Iv. Egloff. Für Treu und Glauben im Mietrecht. Anfechtung des Anfangsmietzinses nur bei Notlage des Mieters. 17.493 n Pa. Iv. Egloff. Beweisbare Kriterien für die Orts- und Quartierüblichkeit der Mieten schaffen
G-Nr. 2023-0715	10.04.2024	STK	Änderungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte und der Verordnung über die politischen Rechte
OWSTK.4841	18.04.2024	SSD	19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher
RRB Nr. 358	23.04.2024	VD	Änderung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (AVEG) zur Umsetzung der Motionen 20.4738 Ettlin und 21.3599 WAK-N
OWSTK.4964	25.04.2024	SSD	Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)
OWSTK.4868	29.04.2024	VD	Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2024/Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)
OWSTK.4875	08.05.2024	SSD	Totalrevision des Verwaltungsstrafrechts
OWSTK.4895	08.05.2024	SSD	Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen
OWSTK.4896	17.05.2024	SSD	Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung im Zivilverfahren (VEMZ)
OWSTK.4899	17.05.2024	SSD	Anpassung der Signalisationsverordnung und der Strassenverkehrskontrollverordnung zur Umsetzung der Standesinitiative 17.304 (Sicherere Strassen jetzt!)
OWSTK.4908	13.05.2024	VD	Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Verbrauchs von elektrischer Energie im Mobilfunk
OWSTK.4903	17.05.2024	SSD	Weiterentwicklung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSWA (Teilrevision des Schwerverkehrsabgabegesetzes SVAG)

2024

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
OWSTK.4924	17.05.2024	BRD	Änderung des Stromversorgungsgesetzes (Anforderungen an systemrelevante Unternehmen)
OWSTK.4910	22.05.2024	SSD	Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen
OWSTK.4949	22.05.2024	BKD	Totalrevision der Verordnung des SBFI über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung
OWSTK.4909	23.05.2024	BRD	Umsetzung des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien auf Verordnungsstufe und weitere Änderungen der betroffenen Verordnungen
RRB Nr. 395	28.05.2024	VD	Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Beherbergungswirtschaft und Entwurf für ein neues Bundesgesetz über das Impulsprogramm zur Modernisierung von Beherbergungsbetrieben in saisonalen Feriengebieten
OWSTK.4915	29.05.2024	SSD	Änderung des Zivildienstgesetzes
OWSTK.4995	03.06.2024	BKD	Teilrevision der Verordnung des WBF über den nachträglichen Erwerb des Fachhochschultitels
OWSTK.4920	10.06.2024	SSD	21.403 n Pa. Iv. WBK-Nr. Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung
OWSTK.5008	11.06.2024	VD	Abkommen über Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung zwischen der Schweiz, Deutschland und Italien
OWSTK.4963	17.06.2024	BKD	Totalrevision der Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität
RRB Nr. 439	25.06.2025	VD	Entwurf eines Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus
RRB Nr. 440	25.06.2024	VD	Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente; Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) und des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen (ELG)
OWSTK.4934	28.06.2024	FD	Wirksamkeitsbericht 2020-2025 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen
OWSTK.4955	28.06.2024	BRD	Teilrevision der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel
RRB Nr. 6	02.07.2024	VD	Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG)

2024

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
OWSTK.4992	02.07.2024	VD	Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Anpassung der Wartefrist beim Familiennachzug von vorläufig Aufgenommenen)
OWSTK.4965	03.07.2024	VD	Deklarationspflichten und Einfuhrverbote für tierische und pflanzliche Erzeugnisse: Änderung von Verordnungen im Lebensmittelbereich sowie im Bereich der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten
OWSTK.4975	04.07.2024	FD	Verordnung über die Anschubfinanzierung zur Förderung von Digitalisierungsprojekten von hohem öffentlichem Interesse
OWSTK.4993	18.07.2024	VD	Änderung des Tourismusgesetzes
OWSTK.5016	07.08.2024	FD	Genehmigung des Addendums zur AIA-Vereinbarung Finanzkonten und der AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen AIA in Steuersachen (AIAG und AIAV)
RRB Nr. 31	20.08.2024	FD	Finanzausgleich 2025 zwischen Bund und Kantonen
OWSTK.4990	21.08.2024	VD	Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser
OWSTK.4991	21.08.2024	SSD	Änderung der Transplantationsverordnung
OWSTK.4999	21.08.2024	SSD	2. Etappe zur Umsetzung der Volksinitiative „für eine starke Pflege“ (Pflegeinitiative): Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege und Änderung des Bundesgesetzes über die Gesundheitsberufe
RRB Nr. 44	26.08.2024	SSD	Änderung des Kriegsmaterialgesetzes (KMG)
RRB Nr. 45	26.08.2024	SSD	Verordnung über die Krisenorganisation der Bundesverwaltung (KOBV)
OWSTK.5024	29.08.2024	SSD	Cybersicherheitsverordnung (CSV)
OWSTK.5035	29.08.2024	SSD	Änderung der Verordnung über die Militärversicherung (MVV)
OWSTK.5072	30.08.2024	VD	Verordnungsentwurf über die Vorbereitung und Umsetzung der Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der Gasversorgung
RRB Nr. 56	03.09.2024	VD	Vorentwurf der Revision des Bundesgesetzes über die Erfindungspatente (Patentgesetz)
RRB Nr. 57	03.09.2024	BKD	Massnahmepaket zur Stärkung der höheren Berufsbildung: Änderung Berufsbildungsgesetz (BBG) und Berufsbildungsverordnung (BBV)

2024

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
RRB Nr. 58	03.09.2024	BRD	Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2026 bis 2028
OWSTK.5055	03.09.2024	BRD	Revision der Stromversorgungsverordnung (Verzinsung des Kapitals im Stromnetz und in geförderten Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien)
OWSTK.5012	04.09.2024	VD	Änderung der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Erhebung von AHV-Beiträgen - geringfügiges Einkommen und Verzugszinsen)
OWSTK.5019	09.09.2024	VD	Teilrevision der Verordnung des EDI über die Aus- und Fortbildungen und die erlaubten Tätigkeiten im Strahlenschutz
OWSTK.5027	09.09.2024	VD	Verordnungspaket Umwelt Frühling 2025
RRB Nr. 64	10.09.2024	STK	Abgabenanteile für lokale Radio- und regionale Fernsehveranstalter und Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien
OWSTK.5042	10.09.2024	FD	Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch betreffend Lohndaten
OWSTK.5058	10.09.2024	FD	Änderung des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes (FinfraG)
OWSTK.5048	11.09.2024	SSD	Teilrevision der Signalisationsverordnung (SSV; SR 741.21) zur Übernahme der wichtigsten Inhalte bestimmter technischer Normen in das Signalisationsrecht des Bundes; Teilrevision der Verkehrszulassungsverordnung (VZV; SR 741.51) betreffend den Kurs über Verkehrskunde
OWSTK.5063	11.09.2024	SSD	Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)
RRB Nr. 78	17.09.2024	BRD	Änderung der Raumplanungsverordnung (Umsetzung der zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes und des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)
RRB Nr. 91	23.09.2024	VD	Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)
OWSTK.5069	23.09.2024	VD	Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentral Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes):

2024

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
OWSTK.5067	23.09.2024	VD	Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1717 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/399 über einen Unionkodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen
OWST.5054	27.09.2024	SSD	Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen
OWSTK.5130	30.09.2024	BRD	23.477 n Pa. Iv. KVF-Nr. Solidarbürgschaften zugunsten des Autoverlads
RRB Nr. 104	15.10.2024	VD	18.455 n Pa. Iv. Grossen Jürg: Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen
OWSTK.5070	17.10.2024	BRD	Änderung des Elektrizitätsgesetzes (Beschleunigung beim Aus- und Umbau der Stromnetze)
OWSTK.5071	17.10.2024	BRD	Ausführungsbestimmungen zum CO ₂ -Gesetz für die Zeit nach 2024
OWSTK.5089	17.10.2024	SSD	Änderung des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes hinsichtlich der Einführung eines nationalen mobilen Sicherheitskommunikationssystems (MSK)
OWSTK.5129	23.10.2024	BKD	Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG)
OWSTK.5122	28.20.2024	BRD	Änderung des Luftfahrtgesetzes
OWSTK.5137	30.10.2024	BRD	Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Schiene (SIS)
OWSTK.5103	30.10.2024	SSD	Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand in Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe
OWSTK.5105	05.11.2024	VD	Genehmigung und Umsetzung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnungen (EU) 2024/1351, (EU) 2024/1359, (EU) 2024/1349, (EU) 1358 und (EU) 2024/1356 (EU-Migrations- und Asylopakt) (Weiterentwicklung des Schengen- und des Dublin-/Eurodac-Besitzstands)
OWSTK.5106	06.11.2024	FD	Genehmigung der Bundesbeschlüsse über die Einführung des internationalen automatischen Informationsaustauschs über Kryptowerte mit den relevanten Partnerstaaten ab 2026
OWSTK.5104	06.11.2024	SSD	Neues Zulassungsregime Fahrzeuge - Teilrevision von fünf Verordnungen des Strassenverkehrs

2024

G-Nr./RRB	Erledigungs- datum	RR/Dep.	Sachgebiet
OWSTK.5111	07.11.2024	VD	Verordnung über den Betrieb der Reservekraftwerke zur Erzeugung elektrischer Energie für den Markt in einer schweren Strommangellage
OWSTK.5112	09.11.2024	FD	Teilrevision Verrechnungssteuergesetz / Verlängerung Ausnahmebestimmungen Too-big-to-fail-Instrumente
RRB Nr. 160	12.11.2024	VD	Änderung des Wohnraumförderungsgesetze (WFG)
OWSTK.5147	18.11.2024	BRD	Verordnungsänderungen im Bereich des Bundesamts für Energie (BFE) mit Inkrafttreten am 1. Juli 2025
RRB Nr. 168	19.11.2024	VD	Parlamentarischen Initiative „Modernen Pflanzenschutz in der Schweiz ermöglichen“
OWSTK.5110	20.11.2024	SSD	Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)“
RRB Nr. 177	26.11.2024	VD	Änderung des Zivilgesetzbuches (Stockwerkeigentum)
RRB Nr. 178	26.11.2024	VD	Vorlage zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative „Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice“ (16.484)
RRB Nr. 200	10.12.2024	VD	Änderung des Bundesgesetzes über das bürgerliche Bodenrecht
OWSTK.5206	11.12.2024	SSD	Anpassungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005)
OWSTK.5199	11.12.2024	SSD	14.480 n. Pa. Iv. (Weibel) Bäume. Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme

2.7 Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

Der Regierungsrat hat im Amtsjahr 2023/2024 über folgende Beschwerden entschieden:

	Amtsjahr	
	2022/2023	2023/2024
Niederlassung, Aufenthalt, Ausländerrecht		
Bürgerrecht		
Grundrechte/Politische Rechte		
Volksabstimmungen/Wahlen		
Staatspersonal		
Einwohner- und Bezirksgemeinden	4	1
Bürgergemeinden, Korporationen, Teilsamen, Alpgenossenschaften		
Aufsichtsbeschwerde gegen öffentlich- rechtliche Anstalt		
Personen- und Familienrecht (Namensänderung)		
Erbrecht		
Vormundschaft/Beistandschaft (KESB)		
Sachenrecht, Grundbuch	2	
Strafvollzug		
Volksschule		
Mittelschule		
Berufsbildung		
Steuern		
Jagd		
Richtplanung/Nutzungsplanung, Ortsplanung	3	
Baurecht	9	5
Strassen und Wege	4	1
Wasserbau		
Forstwirtschaft		

	Amtsjahr	
	2022/2023	2023/2024
Strassenverkehr	2	
Umweltschutz		
Gewässerschutz/Naturschutz		
Spitäler, Kranken- und Betagtenpflege		
Total	27	7

3. Kantonsrat



Zusammensetzung in der Amtsdauer 2022 bis 2026 nach Fraktionen

Die Mitte/GLP	21 Mitglieder
Schweizerische Volkspartei (SVP)	13 Mitglieder
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	11 Mitglieder
Sozialdemokratische Partei (SP)	6 Mitglieder
fraktionslos	4 Mitglieder

Auf der Suche nach einem gescheiterten Thema kam mir der Gedanke, Ihnen etwas über den Grundstein unserer direkten Demokratie zu erzählen, nämlich über die Totalrevision der Bundesverfassung mit der Einführung des fakultativen Referendums. Ich habe mich stundenlang mit dem Gründungsprotokoll beschäftigt und in Archiven gestöbert. Als ich mit meinem Vortrag fast fertig war, sah ich vor meinem geistigen Auge das Parlament und mir wurde klar, dass dieser Vortrag wahrscheinlich die meisten von Ihnen langweilen würde, denn Sie sind Kantonsrätinnen und Kantonsräte und kennen die Totalrevision der Bundesverfassung, die vor 150 Jahren stattgefunden hat, sicher aus dem Effeff. Deshalb habe ich dieses Thema wieder zurückgestellt.

Was könnte für den Kantonsrat neu oder nicht so präsent sein, worüber es sich „z'ploderä“ lohnt, wie wir Lungerer sagen. Plötzlich kam mir eine gute Idee: Was sind schon 150 Jahre Totalrevision der Bundesverfassung, wenn die Gemeinde Lungern in meinem Amtsjahr ihr 750-Jahr-Jubiläum feiern kann? Damit Sie sich in diesem Jahr daran erinnern, habe ich das Lungerer Gemeindewappen auch gleich mitgebracht.

Das Wappen von Lungern, wie Sie sicher wissen, besteht aus einem Malteserkreuz. Die vier nach innen gerichteten Spitzen werden den vier Kardinaltugenden zugeordnet: Das sind Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Mässigung. Diese Tugenden wünsche ich mir für den Kantonsrat im nächsten Jahr, aber auch für die Zukunft. Wenn wir Diskussionen führen und Entscheidungen zu treffen haben, dann schauen wir nach vorne und auf das Lungerer Wappen, denken an die Tugenden, dann kommt es dann schon gut. Aber auch sonst ist es sicher von Nutzen und nicht falsch, ein bisschen auf die Lungerer zu hören. Der Künstler dieses Wappens ist übrigens mein Enkel Elias.

Unser Kanton ist einer der schönsten und lebenswertesten Flecken der Schweiz. Geschaffen von unseren Vorfahren, erhalten von den nächsten Generationen. Ich wünsche mir, dass wir unser Erbe einerseits bewahren, andererseits aber nicht nur verwalten, sondern weiterentwickeln. Es soll nicht so sein, dass wir bei unseren Entscheidungen immer nur bis morgen denken, an den kurzfristigen Erfolg, sondern dass wir, wie unsere Vorfahren an die Zukunft glauben und weitsichtige Entscheidungen treffen, die auch für unsere Enkel noch ein lebenswertes Dasein bedeuten. Das ist mein Wunsch für mein Amtsjahr und ich hoffe, dass der Kantonsrat mir und uns allen diesen Wunsch erfüllt.

Kantonsratspräsident Andreas Gasser, Lungern

3.1 Kantonsratssitzungen und -geschäfte im Amtsjahr 2023/24

Im Amtsjahr 2023/2024 wurden an 7 Plenarsitzungen (Vorjahr 6), wovon zwei zweitägige Sitzungen, insgesamt 67 Geschäfte (Vorjahr 77) behandelt, und zwar Wahlen 14 (24), Gesetzgebung 10 (9), Verwaltungsgeschäfte 27 (26) sowie Parlamentarische Vorstösse 16 (18). Der Vergleich zu den Vorjahren sieht folgendermassen aus:

Geschäfte	2021/2022	2022/2023	2023/2024
Vereidigungen / Wahlen	18	24	14
Gesetzgebung	7	9	10
Verwaltungsgeschäfte	28	26	27
Parlamentarische Vorstösse	31	18	16
Insgesamt	84	77	67

Geschäfte der Ratsleitung

Die Ratsleitung behandelte ihre Geschäfte im Kalenderjahr 2024 an sieben ordentlichen Sitzungen. Zu den ständigen Geschäften gehörte die Festlegung des Sitzungsplans und der Geschäftslisten für die einzelnen Sitzungstage sowie die Wahl der vorberatenden Kommissionen.

Empfänge und Anlässe

Am 28. Februar 2024 besuchte die Ratsleitung des Kantons Obwalden das Landratsbüro des Kantons Nidwalden. Im Winkelriedhaus in Stans liess sich die Gesellschaft durch die Dauerausstellung des Nidwaldner Museums führen. Im Anschluss folgte ein reger Gedankenaustausch beim Abendessen.

Der im Vorjahr erstmals initiierte „Obwaldner Tag der Frau“ anlässlich des internationalen Frauentags fand erneut statt. Mitunter gaben Alt-Ratspräsidentin Regula Gerig-Bucher und Regierungsrätin Cornelia Kaufmann-Hurschler Einblick in ihre Aufgaben. Über 50 Obwaldnerinnen machten vom Angebot Gebrauch.

Die Ratsleitung empfing am 14. März 2024 das Landratsbüro Glarus. Den Gästen wurde ein interessanter Einblick in den hiesigen Ratsbetrieb und eine Kurzführung im Rathaus geboten, bevor eine Führung durch die Betriebsstätte der maxon motor AG folgte.

Für den Ausflug der Kantonsbehörden im Amtsjahr 2023/2024 „stets im Mittelpunkt“ am 27. April 2024 lud Ratspräsident Dominik Rohrer nach Sachseln in seine Heimatgemeinde ein. Nach einer interessanten Betriebsbesichtigung bei der Korporation Sachseln im Chalchhofen machte sich die Gruppe auf einen geführten Spaziergang nach Flüeli-Ranft. Geschäftsführerin Doris Hellmüller, Vereinspräsident Franz Enderli und Bruder-Klausen-Kaplan Ernst Fuchs vom Förderverein Niklaus von Flüe und Dorothee Wyss führten dabei durch den Nachmittag. Den Abend liess man bei einem gemeinsamen Abendessen im Jugendstil-Hotel Paxmontana ausklingen.

Am 4. und 5. Mai 2024 durfte die Ratsleitung als Ehrengäste des Landrats Glarus an der dortigen Landsgemeinde sowie an einem vielfältigen Rahmenprogramm teilnehmen. Die Glarner Bevölkerung rät, mindert und mehrt immer am ersten Sonntag im Mai. Die Gastlichkeit an diesen beiden Tagen und nicht zuletzt das aufregende und bemerkenswerte Erlebnis „auf dem Ring“ bleibt in bester Erinnerung.

Der Kantonsrat setzte im Rahmen der nationalen Aktionstage Behindertenrechte 2024 ein Zeichen und lud am 24. Mai 2024 speziell Obwaldnerinnen und Obwaldner mit Behinderung oder Beeinträchtigung dazu ein, die Ratssitzung vor Ort im historischen Rathaus in Sarnen zu besuchen. Rund ein Dutzend Mitarbeitende der Werkgruppe Huetli und der Holzwerkstatt sowie deren Begleitpersonen der Stiftung Rütimattli und weitere Gäste folgten gespannt der Ratsdebatte.

3.2 Bericht über die überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Anmerkungen

Nach Art. 57 Abs. 3 und 4 des Kantonsratsgesetzes (KRG; GDB 132.1) erstattet der Regierungsrat im Geschäftsbericht über den Stand der Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse oder allenfalls unmittelbar über die Erledigung von Postulaten Bericht. Eine Kommission oder der Regierungsrat kann die Abschreibung beantragen, wenn:

- a. der Vorstoss erfüllt ist oder nicht aufrechterhalten werden soll,
- b. die Urheberin oder der Urheber aus dem Rat ausgeschieden ist und der Vorstoss nicht durch ein anderes Ratsmitglied aufrechterhalten wird.

Übersicht eingereichte parlamentarische Vorstösse im Kantonsrat

Amtsjahr	2021/2022		2022/2023		2023/2024	
	Neu eingereicht	Hängig Ende 2022	Neu eingereicht	Hängig Ende 2023	Neu eingereicht	Hängig Ende 2024
Motionen	10	2	8	5	8	9
Postulate	2	3	–	3	–	4
Interpellationen	14	3	7	1	6	1
Anfragen	2	–	–	–	–	–
Insgesamt	28		15		14	

Im Amtsjahr 2023/2024 behandelte der Kantonsrat insgesamt neun Motionen. Fünf Motionen wurden angenommen, vier Motionen wurden abgelehnt. Postulate wurden im Amtsjahr 2023/2024 keine behandelt. Eine am 1. Mai 2023 eingereichte Volksmotion lehnte der Kantonsrat am 30. November 2023 ab; somit ist diese nicht zu Stande gekommen.

Hängige Motionen (inkl. angenommene Motionen im 2. Halbjahr 2024)

Stand angenommene, Ende 2024 noch hängige Motionen:

Motion betreffend Konkretisierung und Umsetzung der Spitalstrategie am KSOW (52.22.03) von den Kantonsratsmitgliedern Marcel Jöri, Alpnach; Ivo Herzog, Alpnach; Roland Kurz, Sachseln; Max Rötheli, Sarnen und Helen Keiser-Fürrer, Sarnen sowie Mitunterzeichnenden.

Die Umsetzung findet aktuell mit den Arbeiten in den Projekten „Versorgungsstrategie im Akutbereich - Phase 5“ und „KLUG“ statt. Mit einem ehrgeizigen Zeitplan wurde bereits das Konzept Rechtsform und zukünftige Finanzierung erarbeitet. Zudem ist die erste Lesung des Spitalgesetzes im Regierungsrat sowie die Vernehmlassung erfolgt. Mit dem Verbundpartner konnte eine gemeinsame Absichtserklärung und ein Rahmenvertrag unterzeichnet werden. Das Reporting und die Kommunikation erfolgen laufend und detailliert.

Motion betreffend Vereinfachung der Bewilligungsverfahren für die energetische Sanierungen von Gebäudehüllen, den Ersatz von Heizungen sowie für die Installation von dezentralen Stromerzeugungsanlagen (52.22.09) von den Kantonsratsmitgliedern Stefan Flück, Kerns, und Reto Wallimann, Alpnach sowie Mitunterzeichnenden.

Die Anliegen der Motionäre sind mit den Anpassungen der Ausführungsbestimmungen über die Solaranlagen (GDB 710.113, Stand 1. Juli 2024) umgesetzt. Der Verzicht auf ein Baubewilligungs-

verfahren bei Solaranlagen an Fassaden in Arbeitszonen trägt zur beschleunigten Erschliessung eines wichtigen Potenzials für den Winterstrom bei. Ab dem 1. Juli 2024 genügt eine Meldung an die Einwohnergemeinde mit dem dafür vorgesehenen Formular. Ebenso genügt ab diesem Datum die Einreichung eines Bauanzeigeformulars bei der Einwohnergemeinde für eine Luft-Wärmepumpe im Gebäude ausserhalb der Bauzone. Die Motion ist somit **abzuschreiben**.

Motion betreffend Investitionen in ökologische Anlagen steuerlich fördern (52.23.01) von Kantonsrat Martin Mahler, Engelberg und Mitunterzeichnenden.

Die Ausführungsbestimmungen über Rückstellungen für Investitionen in ökologische Anlagen sind erlassen und auf den 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt. Die Motion ist umgesetzt und somit **abzuschreiben**.

Motion betreffend schulergänzende Tagesstrukturen und familienergänzende Kinderbetreuung im Schulalter (52.23.04) von den Kantonsratsmitgliedern Trudy Abächerli-Halter, Sarnen, und Marco De Col, Kerns, sowie Mitunterzeichnenden.

Das Motionsanliegen wurde in die Revision der Bildungsgesetzgebung aufgenommen. Die Motion ist somit **abzuschreiben**.

Motion betreffend unterirdische Höchstspannungsleitungen anstelle von Freileitungen (52.23.06) von Kantonsrat Tim Vogler, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Die Anliegen der Motion wurden in einem Schreiben an den Departementsvorsteher, in Kontakten mit Swissgrid sowie im Sachplanverfahren der Höchstspannungsleitung Innertkirchen-Mettlen deponiert. Kontakte zwischen möglichen Partnern für die Realisierung einer Teststrecke wurden hergestellt. Die Motion ist umgesetzt und somit **abzuschreiben**.

Motion betreffend Erhöhung der Trägerrestfinanzierung der FHZ um 0.5% (52.23.07) von den Kantonsräten Stefan Flück und Hanspeter Scheuber, beide Kerns, Kantonsrätin Annemarie Schnider, Sachseln, und Kantonsrat Dominik Imfeld, Sarnen, sowie Mitunterzeichnenden.

Der Konkordatsrat der Hochschule Luzern diskutierte an seiner Sitzung vom 17. Mai 2024 über die Erhöhung der Trägerrestfinanzierung, die erforderliche Einstimmigkeit wurde jedoch nicht erreicht. Die Motion ist somit **abzuschreiben**.

Motion betreffend Standesinitiative Durchgangsbahnhof Luzern (52.23.08) von den Kantonsräten Guido Cotter, Sarnen, Dominik Imfeld, Sarnen, Roland Kurz, Sachseln, Patrick Matter, Alpnach, Hubert Schumacher, Sarnen, und Daniel Windisch, Giswil, sowie Mitunterzeichnenden.

Die Standesinitiative Durchgangsbahnhof Luzern wurde am 10. Dezember 2024 gemeinsam mit den Kantonen Luzern und Nidwalden in Bern überreicht. Die Motion ist umgesetzt und somit **abzuschreiben**.

Motion betreffend Änderung von Kapitel D6 (Zivilluftfahrt) des kantonalen Richtplans (52.24.01) von Kantonsrätin Trudi Abächerli, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Der kantonale Richtplan kann erst nach oder mit der Anpassung des Sachplans Verkehr Teil Infrastruktur Luftfahrt (SIL), Objektblatt Flugplatz Kägiswil, angepasst werden. Das Gesuch um Anpassung des Sachplans ist eingereicht und das Verfahren wurde eingeleitet.

Motion betreffend Anpassung der gesetzlichen Grundlagen zur spitalexternen Pflege im Kanton Obwalden (52.24.05) von Kantonsrat Adrian Haueter, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Die Prüfung und gegebenenfalls Anpassung der gesetzlichen Grundlagen zur spitalexternen Pflege findet im Rahmen der übergeordneten kantonalen Gesundheitsstrategie statt. Die Einwohnergemeinden werden in diesen Prozess eingebunden.

Hängige Postulate (inkl. angenommene Postulate im 2. Halbjahr 2024)

Stand angenommene, Ende 2024 noch hängige Postulate:

Postulat (ursprünglich als Motion eingereicht) betreffend Anpassung der kantonalen Entschädigungsansätze für landwirtschaftliches Kulturland bei Enteignungen (52.21.13) von Kantonsrat Daniel Blättler, Kerns, und Mitunterzeichnenden.

Das Postulat ist in Bearbeitung.

Postulat betreffend Für eine starke Obwaldner Justiz – Aufsicht über Anwälte und Urkundspersonen (53.21.01) von Kantonsrat Mike Bacher, Engelberg, und Mitunterzeichnenden, aufrechterhalten von Kantonsrat Robert Brunner, Engelberg

Das Amt für Justiz führt neu (als Pilotprojekt) das Aktuariat und Sekretariat der Anwalts-, Notariats- und Steuerrekurskommission.

Postulat (ursprünglich als Motion eingereicht) betreffend Schaffung einer Public-Private-Partnership im Energie- und Klimabereich (52.22.02) von Kantonsrat Dominik Imfeld, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Die Obwaldner Energiestädte haben ihre Zusammenarbeit seit 2023 als eigenständigen Verein mit allen Einwohnergemeinden, dem Kanton Obwalden und dem EWO als Vereinsmitglieder organisiert. Der Verein Obwaldner Energiestädte wird bei der Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts 2035 eine Partnerschaft mit privaten Mitgliedern anstreben und so eine Zusammenarbeit in verschiedenen Themengebieten der Energie starten. Die Öffnung des Vereins wurde Ende 2024 angegangen und das weitere Vorgehen soll im Rahmen der Generalversammlung im Frühling 2025 beschlossen werden.

Postulat (ursprünglich als Motion eingereicht) betreffend bezahlbarer Wohnraum (52.24.03) von Kantonsrätin Helen Keiser-Fürer, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Im Berichtsjahr wurden mögliche Lösungsmassnahmen geprüft und anlässlich der Klausur des Regierungsrats Ende August 2024 diskutiert. Das Thema wird im Rahmen eines runden Tisches mit den Einwohnergemeinden weiterbearbeitet (vgl. auch Berichterstattung beim Volkswirtschaftsdepartement, 4102 zur Wohnbau- und Eigentumsförderung).

Behandlung der parlamentarischen Anmerkungen

Nach Art. 62 Abs. 3 des Kantonsratsgesetzes (KRG; GDB 132.1) informiert die zuständige Behörde in der Regel im nächsten Geschäftsbericht über die Behandlung der erheblich erklärten parlamentarischen Anmerkungen. Zu folgenden Berichten des Regierungsrats wurden im Amtsjahr 2017/2018, 2018/2019, 2020/2021, 2021/2022, 2022/2023, 2023/2024 sowie 2024/2025 parlamentarische Anmerkungen vorgebracht und behandelt, deren Bearbeitung noch offen ist:

Im Kantonsrat	6. Dezember 2017	Bericht	Bericht zur Bedeutung des angepassten Richtplans für das Wanderwegnetz und zu den Auswirkungen für die von Wanderwegen betroffenen Grundeigentümer
<i>Anmerkung</i>	<i>Fazit und Antrag (Seite 9): Der erste Satz im zweiten Abschnitt IV. Fazit und Antrag wird ergänzt durch: «(...) haben keine unmittelbaren rechtlichen Auswirkungen für die Grundeigentümer (...)».</i> 26		
Stand Behandlung	Die Ergänzung wird bei der nächsten Revision des Wanderwegrichtplans umgesetzt.		
Im Kantonsrat	5. Dezember 2018	Bericht	Amtsdauerplanung 2018 bis 2022
<i>Anmerkung</i>	<i>Seite 16: Der Kanton Obwalden stellt eine Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auf hohem Niveau sicher: 4.1.1.2: Die Grundversorgung am Spitalstandort Sarnen sicherstellen.</i> <i>Eine vertiefte Zusammenarbeit mit anderen Spitälern ist zu prüfen.</i>		
Stand Behandlung	Mit dem Projekt „Versorgungsstrategie im Akutbereich“ wird eine zukunftsfähige Lösung für die Versorgungssicherheit der Obwaldner Bevölkerung erarbeitet. Dabei wird ein Spitalverbund zwischen dem Kantonsspital Obwalden und der Luzerner Kantonsspital AG angestrebt. Das Projekt ist ein Qualitätssicherungsprojekt (kein Sparprojekt), das den Spitalstandort Sarnen langfristig sichern soll. Die Zusammenführung sieht vor, dass am Standort Sarnen weiterhin stationäre und ambulante Leistungen angeboten werden. Die erste Lesung und Vernehmlassung der Gesetzesgrundlagen ist im Berichtsjahr erfolgt.		
Im Kantonsrat	18. März 2021	Bericht	Bericht über die Immobilienstrategie
<i>Anmerkung</i>	<i>Seite 21 (4.6.2): Der Regierungsrat hat im Rahmen der Weiterentwicklung und Umsetzung der Immobilienstrategie des Kantons Obwalden die Konzentration von Verwaltungseinheiten am Standort Foribach zu prüfen.</i>		
Stand Behandlung	Bei der Entwicklung des Areals Foribach wird der Anmerkung durch künftige Konzentration des Sicherheits- und Sozialdepartements, des Bau- und Raumentwicklungsdepartements, des Staatsarchivs, des Archivs der Kantonsbibliothek und des Lagers des historischen Museums Rechnung getragen. Dafür wurden Machbarkeitsstudien auf dem Areal Foribach und für das VSZ auf dem Werkhof Foribach durchgeführt.		

Im Kantonsrat	27. Januar 2022	Bericht	Gesamtverkehrskonzept
Anmerkung	<i>Seite 9 (Kapitel 4) [Seite 68 im Gesamtverkehrskonzept]: Für den Abschnitt Sarnen-Kägiswil ist eine Linienführung rechtseitig der Sarner Aa zu priorisieren.</i>		
Stand Behandlung	Das Tiefbauamt erarbeitete 2024 eine Machbarkeitsstudie mit dem Ziel, die Linienführung für die Veloalltagsroute oder -routen zwischen Alpnach und Sarnen festzulegen. Eine Linienführung rechtsseitig der Sarneraa wurde einbezogen. In einem Werkstattgespräch mit Kulturlandvertretern und den betroffenen Korporationen wurden Linienführung und Dimensionierung/Kulturlandverbrauch verschiedener Lösungsansätze besprochen und machbare Ansätze ermittelt.		
Im Kantonsrat	2. Dezember 2022	Bericht	Energie- und Klimakonzept 2035
Anmerkung	<i>Seite 72 (13.5 Stossrichtungen): Mit der Förderung von Pilot- und Demonstrationsprojekten im Kanton kann die Praxistauglichkeit von zukunftsweisenden Technologien geprüft und allenfalls Firmen, welche solche Systeme herstellen, angesiedelt werden. Es ist eine Massnahme im geeigneten Handlungsfeld aufzunehmen.</i>		
Stand Behandlung	Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Private Public Partnership (Postulat 52.22.02) werden ab 2024 entsprechende Projekte geprüft.		
Anmerkung	<i>Seite 73 (Versorgung mit erneuerbarer Elektrizität und Steigerung der lokalen Produktion von erneuerbarer Energie): Eine zusätzliche Massnahme ist in diesem Bereich aufzunehmen. Neukonzessionierungen und Konzessionserneuerungen von Kraftwerken sind prioritär zu behandeln. Spätestens auf 2030 müssen beim Kanton Obwalden zusätzliche Personalressourcen aufgebaut sein, damit die Konzessionsprojekte fristgerecht bearbeitet werden können.</i>		
Stand Behandlung	Die Erarbeitung einer Konzessionsstrategie wurde 2024 gestartet mit dem Ziel, Konzessionsentscheide zu beschleunigen.		
Anmerkung	<i>Seite 123 (G3 Solardach-Initiative: 2 000 zusätzliche Photovoltaikanlagen auf Obwaldner Dächer bzw. Fassaden erstellen bis 2028): Um das Potential gut geeigneter Dachflächen für die Energiegewinnung nutzbar zu machen, sind zusammen mit dem Netzbetreiber Voraussetzungen für eine PV-freundliche (kundenorientierte) Finanzierung allfälliger Netz- und Anschlussleistungsausbauten zu schaffen.</i>		
Stand Behandlung	Im Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien wurde im September 2023 das nationale Stromversorgungsgesetz dahingehend angepasst, dass die Kosten für Netzverstärkungen bis zur Parzellengrenze durch die nationale Netzgesellschaft getragen werden. Eine zusätzliche kantonale Kostenbeteiligung wird nicht als notwendig erachtet.		

Anmerkung	Seite 123 (G3 Solardach-Initiative: 2 000 zusätzliche Photovoltaikanlagen auf Obwaldner Dächer bzw. Fassaden erstellen bis 2028): Der Kanton setzt sich via Energie- und Klimakonzept 2035 auf den Netzebenen fünf bis sieben — mindestens aber Netzebene sieben — dafür ein, dass eine private Nutzung gegen Entgelt der Netznutzung stattfinden kann.
Stand Behandlung	Im Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien wurde im September 2023 die gesetzliche Grundlage für lokale Energiegemeinschaften im nationalen Stromversorgungsgesetz geschaffen, die eine entsprechende Netznutzung ermöglicht.

Anmerkung	Seite 137 (E7 Energieproduktion aus Biomasse fördern (insbesondere landw. Biogasanlagen): Im Rahmen des zu erarbeitenden Biomassekonzeptes soll auch der Aufbau einer Biofuel Anlage zur Verarbeitung von Forstabfällen, Grünabfällen etc. geprüft werden.
Stand Behandlung	Das Biomassekonzept wurde im Sommer 2024 abgeschlossen. Biofuel-Anlagen befinden sich noch in der Forschungsphase und sind derzeit noch nicht am Markt erhältlich.

Im Kantonsrat	25. Mai 2023	Bericht	Geschäftsbericht 2022
Anmerkung	Seite 67, parlamentarische Anmerkung zu Geschäftsbericht 2020 sowie Stand der Bearbeitung Ende 2022: Der Regierungsrat wird nochmals und unmissverständlich beauftragt, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit die Anzahl der erledigten Veranlagungen spätestens Ende 2024 folgende Zielvorgaben erfüllen: Natürliche Personen: Steuerperiode 2021: 98 % Steuerperiode 2022: 90 % Steuerperiode 2023: 60 % Juristische Personen: Steuerperiode 2021: 95 % Steuerperiode 2022: 85 % Steuerperiode 2023: 40 %		
Stand Behandlung	Bei der Steuerverwaltung wurden erneut Massnahmen ergriffen, damit der Veranlagungsstand per 31. Dezember 2024 verbessert werden konnte: Natürliche Personen: Steuerperiode 2021: 98,34 % Steuerperiode 2022: 92,48 % Steuerperiode 2023: 47,25 % Juristische Personen: Steuerperiode 2021: 98,26 %		

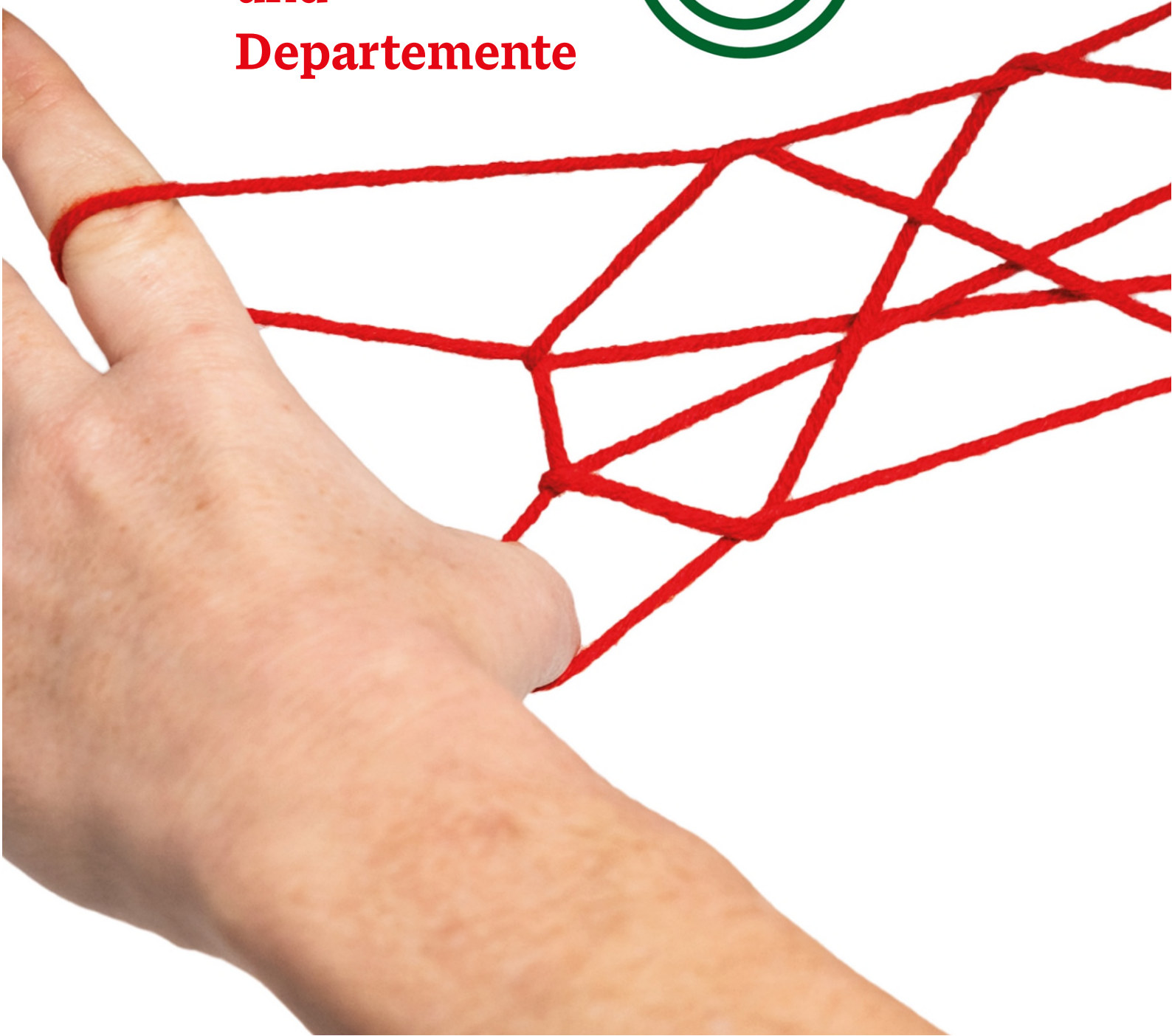
Steuerperiode 2022: 94,03 %
Steuerperiode 2023: 36,41 %

Im Kantonsrat	26. Oktober 2023	Bericht	Wirkungsbericht zur Individuellen Prämienvverbilligung in der Krankenversicherung
<i>Anmerkung</i>	<i>Seite 8, 4. Optimierungsmöglichkeiten: Prüfung von Anspruchsgruppe IPV in Bezug auf den Beschäftigungsgrad.</i>		
Stand Behandlung	Das Prüfungsergebnis wurde im Bericht zum Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz dargelegt.		
<i>Anmerkung</i>	<i>Seite 12, 2.6. Abschaffung variabler Selbstbehalt: Prüfung einer möglichen Anpassung des variablen Selbstbehaltes oder Streichung variabler Selbstbehalt.</i>		
Stand Behandlung	Das Prüfungsergebnis wurde im Bericht zum Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz dargelegt.		
<i>Anmerkung</i>	<i>Seite 13, 2.8 Antragssystem vs. Automatismus: Eine digitale Antragsmöglichkeit ist anzustreben.</i>		
Stand Behandlung	Die digitale Antragsmöglichkeit ist Teil des Projekts der Ausgleichskasse Obwalden als neue Vollzugsanbieterin.		
<i>Anmerkung</i>	<i>Seite 14, 2.9 Budgetgesteuerte Festlegung des Selbstbehalts: Anpassung des Systems durch Festlegung des Selbstbehalts durch den Regierungsrat mit einer Bandbreite aufgrund der letzten Jahre (Range).</i>		
Stand Behandlung	Die Anpassung des Systems wird im Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz umgesetzt.		

Im Kantonsrat	23. Mai 2024	Bericht	Angepasste Immobilienstrategie 2021
Anmerkung	<i>Für die Entwicklung des Areals Foribach ist neben der «Sanierung und Erweiterung» auch die Variante eines Neubaus oder eines Teilneubaus in Betracht zu ziehen, um damit eine nachhaltige und kostengünstige Erstellung und Nutzung für den Kanton erreichen zu können.</i>		
Stand Behandlung	Die Machbarkeitsstudie zeigt Varianten im Bestand (Sanierung) mit Erweiterung/en (Neubaute/n) wie auch mit kompletten Neubauten auf.		
Im Kantonsrat	31. Oktober 2024	Bericht	Digitalstrategie 2025 – 2028
Anmerkung	<i>Bei der Umsetzung dieser Strategie müssen Projekte und Massnahmen priorisiert werden. Der Nutzen (intern und extern) und das Monitoring inklusive einer klaren Zieldefinition soll aufgezeigt werden.</i>		
Stand Behandlung	Die Projekte und Massnahmen werden priorisiert. Der Nutzen eines Projekts werden explizit aufgezeigt und das Monitoring und eine klare Zieldefinition werden standardmässig pro Projekt aufgeführt.		
Im Kantonsrat	6. Dezember 2024	Bericht	IAFP 2025 bis 2030
Anmerkung	<i>Auf die geplante Neuverteilung der Mineralölsteuer und somit die Ausarbeitung des Nachtrages zur Strassenbeitragsverordnung ist zu verzichten.</i>		
Stand Behandlung	Der Regierungsrat prüft das weitere Vorgehen.		
Anmerkung	<i>Die Fachstelle Denkmalpflege und Archäologie bearbeitet Baugesuche zeitgerecht, effizient und pragmatisch. Sie priorisiert die denkmalschützerischen Aufgaben. Damit stellt sie sicher, dass die vorhandenen Ressourcen für alle Aufgabenbereiche ausreichen.</i>		
Stand Behandlung	Das Bildungs- und Kulturdepartement prüft die Prozesse in der Denkmalpflege auf ihre Effizienz und die pragmatische Umsetzung im Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben.		
Anmerkung	<i>Die 40%-Stelle Gebietsdenkmalpfleger/in, Kulturgüterschutzbeauftragte/r ist zwei weitere Jahre befristet weiterzuführen.</i>		
Stand Behandlung	Die 40%-Stelle Gebietsdenkmalpfleger/in, Kulturgüterschutzbeauftragte/r wird für zwei weitere Jahre befristet weitergeführt.		



4. Staatskanzlei und Departemente



4.1 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei (STK) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*	
	2023	2024
Kanzleistab	3.0	3.0
Kanzleisekretariat	3.95	3.95
Rechtsdienst	3.0	3.0
Staatsarchiv	3.3	3.3
Finanzkontrolle	2.5	2.5
Ratssekretariat Kantonsrat	0.8	0.8
Insgesamt	16.55	16.55

* Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

4.3.1	Digitalisierung	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Überarbeitung des Erscheinungsbilds des Kantons ist aufgeleitet.	erreicht
4.3.1	Digitalisierung	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Amtsblattaussagen von 1854 bis heute stehen online zur Verfügung.	erreicht
4.3.1	Digitalisierung	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Ein Konzept mit Zeitplan zur Digitalisierung des Amtsblatts ist erstellt.	erreicht

14 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrats und Kantonsrats, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie ist Ansprechstelle für Medienfragen und erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

Der Staatskanzlei sind das Ratssekretariat des Kantonsrats, die Finanzkontrolle sowie die Datenschutzbeauftragte administrativ zugeordnet.

Corporate Design – neues Erscheinungsbild für den Kanton

Das Corporate Design des Kantons Obwalden wurde im Sinne der Langfriststrategie 2032+ überarbeitet und an die neuen kommunikativen Anforderungen angepasst. Der visuelle Auftritt des Kantons stellt den Menschen und seine natürliche Umgebung in den Mittelpunkt: „Obwalden – wo wir...“, lautet der wandelbare Claim dazu. Das neue Design löst jenes aus dem Jahr 2009 ab und soll die Menschen in Obwalden direkt ansprechen. Kernelemente des neuen visuellen Auftritts des Kantons sind neben dem Obwaldner Schlüssel als Logo, den Schriften Frutiger und Macklin als Auszeichnungsschrift, auch ein Muster aus den Buchstaben O und W sowie eine neu definierte Bildwelt und -sprache.

Ergänzend wurden die Grundlagen für die gezielte Verwendung der sozialen Netzwerke definiert. So werden Instagram und Facebook für die schnelllebige, bildstarke Kommunikation verwendet. Hingegen finden langlebige und fachliche Informationen mit mehr Text auf LinkedIn Platz. X (vormals Twitter) wird für die informative, schnelle Kommunikation (z. B. Meldungen aus der Kantonsratssitzung, Medienmitteilungen etc.) benutzt. Der Kanton unterhält für Videos weiterhin einen YouTube-Kanal.

Vorbereitungen für ein elektronisches Amtsblatt ab 2026

Der Bevölkerung soll ein kostenloses, leicht zugängliches, jederzeit verfügbares und personalisierbares Informationsangebot über die öffentlichen Bekanntmachungen des Kantons, der Gemeinden und weiterer Körperschaften angeboten werden. Dafür soll ab 2026 auf die gedruckte Amtsblattausgabe verzichtet und stattdessen die Publikationsplattform „Amtsblattportal“ des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO mitbenutzt werden. Entsprechende Vorarbeiten zur Totalrevision des Publikationsgesetzes zur Schaffung der erforderlichen gesetzlichen Grundlage sind erfolgt. Die Vernehmlassung sowie anschließende Beratung der Gesetzesvorlage durch den Kantonsrat ist im Jahr 2025 vorgesehen.

1400/20 Kanzleistab und Kanzleisekretariat für Kantonsrat und Regierungsrat

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Überarbeitung und Umsetzung Erscheinungsbild Kanton Obwalden – Redesign Corporate Design	ausgeführte Aktivitäten: – Entwicklung der neuen Elemente des Erscheinungsbilds – Definition der gestalterischen Elemente wie Typografie, Farbwelt, Bildsprache und Bildwelt – Erarbeitung des Manuals sowie diverser Gestaltungsvorlagen – Erlass neuer Weisungen – Umsetzung des neuen CI/CD

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	– Aufbau von Social Media
	Kommentar: Das neue Erscheinungsbild wurde am 15. Mai 2024 im Kanton eingeführt.
Vorbereitung und Konzeptionierung Digitalisierung Amtsblatt inklusive Zeitplan	ausgeführte Aktivitäten: – Abschluss Evaluation und Konzeption sowie und Projektinitiierung inklusive Zeitplan – Erarbeitung einer totalrevidierten Vorlage Publikationsgesetz – Start Projektphase mit Staatssekretariat für Wirtschaft SECO zur Mitbenutzung des Amtsblattportals
	Kommentar: Projekt und Gesetzgebungsprozess sind auf Kurs.

Sekretariat Kantonsrat

Die Staatskanzlei unterstützte die Vorbereitung und Durchführung von sieben (Vorjahr: sechs) Plenarsitzungen im Amtsjahr 2023/2024, an welchen 67 Geschäfte (Vorjahr: 77) behandelt worden sind und betreute die Geschäfte der Ratsleitung (siehe Geschäftsbericht Kantonsrat).

Die genehmigten Kantonsratsprotokolle inklusive Abstimmungsprotokolle sowie die Beratungsgrundlagen sind im Internet einsehbar (www.ow.ch).

Sekretariat Regierungsrat

Der Regierungsrat behandelte 2023/2024 an 38 (Vorjahr: 38) Sitzungen 449 (Vorjahr: 439) Geschäfte, davon unter anderem 23 (Vorjahr: 26) Vernehmlassungen zur Bundesgesetzgebung, 21 (Vorjahr: 19) allgemeinverbindliche Regierungsratsbeschlüsse beziehungsweise Ausführungsbestimmungen, 14 (Vorjahr: 14) Wahl- und Anstellungsgeschäfte und 7 (Vorjahr: 27) Beschwerdeentscheide.

Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

Regierungsratsprotokoll	2022/2023	2023/2024
Anzahl Geschäftsnummern	439	449

Beglaubigungen

Für die Staaten, die dem Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung vom 5. Oktober 1961 beigetreten sind, gelten vereinfachte Vorschriften für Beglaubigungen von Urkunden im internationalen Verkehr. Es genügt eine Apostille, worin die Staatskanzlei die Zuständigkeit der Urkundsperson bestätigt. Die übrigen amtlichen Beglaubigungen erfolgen gestützt auf das kantonale Beurkundungsgesetz. Die Zahl der Apostillen zeigt, in wie vielen Fällen Urkunden für den privaten oder geschäftlichen Gebrauch in Apostillen-Ländern beglaubigt worden sind.

Bei der Staatskanzlei wurde folgende Anzahl Schriftstücke beglaubigt beziehungsweise mit einer Apostille versehen:

	2023	2024
Beglaubigungen (Unterschriften, Kopien usw.)	151	126
Apostillen	655	505
Insgesamt	806	631

1422/23 Amtsblatt und Passbüro

1422 Amtsblatt

Die Statistik des Amtsblatts zeigt folgendes Bild:

Jahr	Beglaubigte Auflage	Amtlicher Teil	Nichtamtlicher Teil	Private Anzeigen
	Exemplare	Seitenzahl	Seitenzahl	Anzahl
2023	4546	1852	204	62
2024	4454	1786	188	84

1423 Passbüro

Die Statistik weist folgende Ausweisbezüge aus:

Jahr	Identitätskarte 2003 und 2023	Pass 2010 und 2022	Total ausgestellte Ausweise
2023	4 786	3 331	8 117
2024	4 574	3 312	7 886

16 Rechtsdienst

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist zuständig für die kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und die Führung der Gesetzesdatenbank.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Durchführung der eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen	ausgeführte Aktivitäten: – Zeitgerechte Durchführung der Volksabstimmungen Kommentar: Details s. Berichtstext unter Wahlen und Abstimmungen
Umsetzung von E-Voting gemäss den Vorgaben des Bundes und der kantonalen politischen Behörden	ausgeführte Aktivitäten: – Sistierung des Projekts Kommentar: Details s. Berichtstext unter E-Voting.
Durchführung der Gesamterneuerungswahlen der kantonalen Gerichte, Unterstützung und Koordination der Gesamterneuerungswahlen der Gemeinderäte (Amtsdauer 2024 bis 2028)	ausgeführte Aktivitäten: – Ordnungsgemässe Durchführung der Gesamterneuerungswahlen Kommentar: Die Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden verlief sehr konstruktiv. Details s. Berichtstext unter Wahlen und Abstimmungen.

Rechtsberatung (Rechtspflege, Rechtsetzung, allgemeine Rechtsberatung)

In der Berichtsperiode fielen 167 Geschäfte an (Vorjahr (150 Geschäfte), wobei sich bei der Rechtsberatung der Departemente vielfach komplexere juristische Fragen stellten. Gegenüber dem Vorjahr konnten dank der (befristeten) Anstellung eines juristischen Mitarbeiters mehr Beschwerden bearbeitet werden. Dies erlaubte es, dass sich der Leiter des Rechtsdienstes und sein Stellvertreter im gebotenen Mass auf die Mitwirkung bei den laufenden, teilweise grossen Gesetzgebungsprojekten fokussieren konnten (namentlich Totalrevision Baugesetzgebung, Teilrevision Bildungsgesetzgebung, Spitalgesetz [Verbundlösung], Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Totalrevision Polizeigesetz). Die Geschäfte verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche:

	2023	2024
Rechtsmittelentscheide einschliesslich Stellungnahmen an höhere Instanzen	19	34
Erlasse, Vereinbarungen	25	23

	2023	2024
Mitwirkung bei Kantonsratsgeschäften	2	1
Allgemeine Rechtsberatung	97	100
Politische Vernehmlassungen	1	2
Prozesse	1	1
Rechtsgültigkeit und Inkrafttreten	5	6
Total	150	167

Wahlen und Abstimmungen

Gesamterneuerungswahlen der Gemeinderäte und der Gerichte für die Amtsdauer 2024 bis 2028

Alle vier Jahre sind die Gesamterneuerungswahlen der Einwohnergemeinderäte (kommunale Wahlen) und der Gerichte (kantonale Wahlen) durchzuführen. Der Regierungsrat koordiniert jeweils im Einvernehmen mit den Einwohnergemeinden die Wahltermine und erlässt die jeweiligen Ausführungsbestimmungen. Die Staatskanzlei koordiniert im Anschluss an die Wahlen die nötigen Publikationen im Amtsblatt. Als gemeinsamer Wahltermin wurde der 3. März 2024 (erster Wahlgang der Einwohnergemeinderäte und der Mitglieder/Präsidien der Gerichte) festgelegt.

Innert Frist gingen bei der Staatskanzlei für die Wahl der Mitglieder des Obergerichts sowie der Präsidien des Ober- und Kantonsgerichts genauso viele Wahlvorschläge ein, als Mitglieder bzw. Präsidien zu wählen waren. Der Regierungsrat erklärte die Mitglieder des Obergerichts sowie die Präsidien des Ober- und Kantonsgerichts am 23. Januar 2024 als in stiller Wahl gewählt.

Für die Wahl der Mitglieder des Kantonsgerichts (acht Sitze) gingen innert der gesetzten Frist neun Wahlvorschläge bei der Staatskanzlei ein. Die Kandidatinnen und Kandidaten erzielten im ersten Wahlgang vom 3. März 2024 folgende Ergebnisse:

Gemeinde	Stimm- berechtigte	Wahlzettel				HOFMANN Linda	HÄFLIGER Werner	RODER- IMFELD Martina	KÜCHLER Urs	DREYER Werner	WALLIMANN- HARI Brigitta	WASER Johann	AMSTUTZ Monika	RÖTHLISBERGER Martin
		Einge- langte	Leere	Ungül- tige	In Betracht fallende	1962 Sarnen CSP	1955 Sarnen SP	1986 Engelberg GLP	1958 Alpnach IG saubere Justiz neu	1957 Sachseln FDP	1965 Sachseln SVP	1952 Engelberg SVP	1962 Kerns CVP-Die Mitte	1962 Sachseln CVP-Die Mitte
						bisher	neu	neu	neu	bisher	bisher	bisher	bisher	bisher
Sarnen	7376	4188	240	60	3888	2581	1573	2057	1959	2255	2355	1977	2614	2016
Kerns	4577	2442	145	42	2255	1487	816	1192	1201	1435	1595	1418	1636	1240
Sachseln	3743	2068	104	26	1938	1354	815	1059	952	1280	1223	956	1327	1135
Alpnach	4308	2389	153	53	2183	1486	864	1225	1202	1342	1422	1236	1516	1216
Giswil	2792	1521	151	2	1368	951	496	686	725	826	921	771	924	691
Lungern	1518	791	71	21	699	484	279	381	399	452	489	405	529	417
Engelberg	2645	1683	24	88	1571	785	410	1049	646	816	787	1017	893	702
Total	26959	15082	888	292	13902	9128	5253	7649	7084	8406	8792	7780	9439	7417
Gewählt						Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

Ein zweiter Wahlgang findet nicht statt.

Stimmbeteiligung: 55.94%
Absolutes Mehr: 6952

Nachdem sämtliche Sitze der Mitglieder des Kantonsgerichts im ersten Wahlgang besetzt wurden, war ein zweiter Wahlgang am 7. April 2024 nicht erforderlich.

Abstimmungen

In der Berichtsperiode wurden folgende Volksabstimmungen mit den nachstehenden Ergebnissen durchgeführt:

Eidgenössische Volksabstimmungen		JA	NEIN	Stimmbeteiligung in %
3. März 2024	Volksinitiative vom 28. Mai 2021 „Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)“	7 068	10 398	64,50
	Volksinitiative vom 16. Juli 2021 „Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)“	4 720	12 605	64,50
9. Juni 2024	Volksinitiative vom 23. Januar 2020 „Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)“	3 103	10 003	48,27
	Volksinitiative vom 10. März 2020 „Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)“	3 626	9 414	48,26
	Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 „Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit“	4 031	9 066	48,22
	Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)	8 072	5 072	48,30
22. Sept. 2024	Volksinitiative vom 8. September 2020 „Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)“	3 405	10 511	51,01
	Änderung vom 17. März 2023 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform der beruflichen Vorsorge)	5 070	8 516	50,62
24. Nov. 2024	Bundesbeschluss vom 29. September 2023 über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen	5 915	6 102	44,36
	Änderung vom 29. September 2023 des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)	7 045	4 823	44,18
	Änderung vom 29. September 2023 des Obligationenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)	7 043	4 861	44,22
	Änderung vom 22. Dezember 2023 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)	7 305	4 449	44,07

Kantonale Volksabstimmung		JA	NEIN	Stimmbeteiligung in %
24. Nov. 2024	Nachtrag vom 23. Mai 2024 zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz	6 256	4 969	43,04

Initiativen und Referenden

Ein Initiativbegehren

Am 6. Dezember 2023 reichte ein Initiativkomitee, bestehend aus Peter Zwicky, Giswil, Bruno Wermelinger, Giswil und Urs Stettler, Kerns, das Volksbegehren (Initiative) „für eine sichere, unabhängige Energieversorgung in Obwalden (Obwaldner Energie-Initiative)“ als allgemeine Anregung ein. Die Initiative verlangte, dass der Kanton gesetzliche Grundlagen für den Ausbau von einheimischen Energiequellen (Holznutzung, Wasserkraft, Solarenergie und Geothermie) schafft. Damit solle eine unabhängige Energieversorgung für den Kanton Obwalden sichergestellt werden. Als erstes Projekt sei die Machbarkeit eines Pumpspeicherkraftwerks am Lungernersee (Kraftwerk Unteraa) zu prüfen. Gemäss Verfügung der Staatskanzlei vom 5. Januar 2024 kam die Initiative zu Stande. Auf den Bericht des Regierungsrats vom 19. März 2024 hin beschloss der Kantonsrat am 24. Mai 2024, die Obwaldner Energie-Initiative als verfassungsmässig zu erklären und sie ohne Gegenvorschlag und mit dem Antrag auf Ablehnung der Volksabstimmung zu unterbreiten. Die Staatskanzlei informierte das Initiativkomitee am 28. Mai 2024 über das weitere Vorgehen und die Rückzugsmöglichkeit. Mit Schreiben vom 10. Juni 2024 erklärte dieses ohne nähere Begründung den Rückzug. Aufgrund des Rückzugs entfiel die obligatorische Volksabstimmung über das Volksbegehren.

Keine Referendumsbegehren

In der Berichtsperiode wurden keine Referendumsbegehren eingereicht.

Keine Volksmotion

In der Berichtsperiode wurden keine Volksmotionen eingereicht.

Abstimmungsbroschüre mit neuem Erscheinungsbild

Im Hinblick auf die kantonale Volksabstimmung vom 24. November 2024 wurde die Gestaltung der Abstimmungsbroschüre gestützt auf das neue Erscheinungsbild überarbeitet. Im Aufbau lehnt sie sich zudem näher an die Abstimmungserläuterungen des Bundes an. Die Leseführung wird dadurch merklich verbessert.

E-Voting

In der Berichtsperiode hat mit Graubünden ein weiterer Kanton die Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe wieder aufgenommen. Damit sind es vier Kantone, die es ausgewählten Stimmberechtigten ermöglichen, den elektronischen Stimmkanal als zusätzliches Angebot zur brieflichen und zur persönlichen Stimmabgabe an der Urne zu nutzen (Basel-Stadt, St. Gallen, Graubünden und Thurgau). So können je nach kantonalen Vorgaben etwa Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, Menschen mit Behinderungen oder Stimmberechtigte ausgewählter Pilotgemeinden ihre Stimme elektronisch abgeben. Eingesetzt wird das vollständig verifizierbare E-Voting-System der Schweizerischen Post.

Der Versuchsbetrieb ermöglicht es den beteiligten Kantonen, wertvolle Erfahrungen zu sammeln und die kontinuierliche Verbesserung des Systems zu fördern. Dazu gehört, dass die Kantone die Prozesse eng verfolgen und diese in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei und der Schweizerischen Post optimieren. Gestützt auf den Massnahmenkatalog von Bund und Kantonen überprüft die Bundeskanzlei die Umsetzung der Massnahmen im Rahmen der Zulassungsverfahren. Der Kanton Obwalden wartet die Erkenntnisse aus dem laufenden Versuchsbetrieb ab. Entsprechend blieb auf kantonaler Ebene das Zusammenarbeitsprojekt mit dem Kanton Uri zur versuchsweisen Einführung der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) für stimmberechtigte Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer weiterhin sistiert.

Obwaldner Gerichts- und Verwaltungsentscheide (OGVE)

Weil nicht alle zu publizierende Entscheide innert des vorgegebenen Terminplans geliefert werden konnten, musste die Publikation des vierten Bandes der Obwaldner Gerichts- und Verwaltungsentscheide (2020 und 2021) leider auf Anfang 2025 verschoben werden. Die Herausgabe des fünften Bandes (2022 und 2023) verzögerte sich aus dem gleichen Grund. Er soll im Laufe des Jahres 2025 veröffentlicht werden.

Gesetzesdatenbank

Die seit 1. Januar 2000 bestehende elektronische Gesetzesdatenbank (GDB) enthält als systematische Rechtssammlung alle in Kraft stehenden kantonalen Erlasse und Vereinbarungen gemäss den Vorschriften des Publikationsgesetzes. Sie wird tagesaktuell nachgeführt. Im Jahr 2024 ergaben sich folgende Änderungen:

	2023	2024
Aufnahme neuer Erlasse	6	14
Änderungen geltender Erlasse	37	15
Entfernung aufgehobener Erlasse	1	3

Ende Dezember 2024 enthielt die elektronische Gesetzesdatenbank 515 in Kraft stehende Erlasse und Vereinbarungen. Ferner führt der Rechtsdienst das Verzeichnis der nicht publizierten Vereinbarungen.

17 Staatsarchiv

Das Staatsarchiv übernimmt, sichert, erschliesst und vermittelt das konventionell und elektronisch erstellte archivische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips und der Archivverordnung sind die Bestände des Staatsarchivs den Behörden, der Verwaltung, der Forschung und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum bekannt.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Records Management: Bewirtschaftung von Fachapplikationen, Archivierung von Unterlagen aus dem Geschäftsverwaltungsprogramm	ausgeführte Aktivitäten: – Übernahme von elektronischen Unterlagen des Kantonsrats aus der Fachanwendung CMI Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.
Elektronische Archivierung: Ablieferungen aus stillgelegten Fileablagen	ausgeführte Aktivitäten: – Übernahme von archivwürdigen elektronischen Unterlagen aus stillgelegten Fileablagen (Handakten) Kommentar: Die geplante Übernahme von elektronischen Unterlagen aus dem Sicherheits- und Sozialdepartement wurde aus Kapazitätsgründen auf Seiten Departement verschoben.
Erschliessung, Erhaltung und Vermittlung des audiovisuellen Kulturguts im Staatsarchiv	ausgeführte Aktivitäten: – Publikation und Präsentation des Kantonsinventars der audio-visuellen Bestände Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.
Digitalisierung von Archivbeständen als Sicherstellungsdokumentation und zur Konsultation, Online-Zugang zu den Amtsblattaussagen	ausgeführte Aktivitäten: – Realisierung des Online-Zugangs für die historischen Amtsblätter Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.
Unterbringung des Staatsarchivs im Areal Foribach, Mitwirkung bei Betriebskonzept und Machbarkeitsstudie (in Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement)	ausgeführte Aktivitäten: – Mitwirkung bei der Machbarkeitsstudie zur Entwicklung des Areals Foribach Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.

Records Management und vorarchivische Beratung

Nach der Einführung des Lifecycle-Moduls im Geschäftsverwaltungsprogramm CMI übernahm das Staatsarchiv erstmals elektronische Unterlagen des Kantonsrats in sein elektronisches Langzeitarchiv ELAR. Im Berichtsjahr erfolgte die Konfiguration dieses Moduls für die Geschäfte des Regierungsrats. Während die technischen Arbeiten abgeschlossen sind, müssen einzelne organisatorische Fragen noch geklärt werden.

Nach rund zehnjährigem Einsatz des Records Management Systems (RMS) erarbeiteten die beiden Staatsarchive der Kantone Obwalden und Nidwalden zusammen mit dem Informatikleistungszentrum Obwalden – Nidwalden eine Standortbestimmung mit dem Ziel, die weitere Ausrichtung des Systems zu bestimmen. Zukünftig wird verstärkt auf das browserbasierte InfoCenter gesetzt, um die Bedienungs-freundlichkeit zu stärken, die komplexe Verzahnung des bisherigen Clients mit dem Betriebssystem zu entflechten und neue Werkzeuge wie zum Beispiel Microsoft Teams einfacher einzubinden.

Das Staatsarchiv schulte neue Mitarbeitende im Umgang mit der geschäftsrelevanten Information, führte Beratungen zur Aktenführung durch und pflegte den Kontakt mit den aktenbildenden Stellen mit Erfa-Gruppen und dem Newsletter. Das kontinuierliche Ziel ist der korrekte und rationelle Umgang mit der geschäftsrelevanten Information in Form von Daten und Dokumenten, damit nicht mehr benötigte Unterlagen ausgeschieden und langfristige wichtige Unterlagen der Langzeitarchivierung zugeführt werden können. Im Berichtsjahr überprüfte das Staatsarchiv die elektronischen Ablagen und unterstützte die Amtsstellen bei der Bereinigung. Die vorarchivischen Beratungen für staatliche und private Aktenbildner führten zu mehreren Ablieferungen.

Das Staatsarchiv konkretisierte das im Vorjahr skizzierte Modell zur Archivierung kommunaler Unterlagen und legte der Gemeindeschreiberkonferenz ein Detailkonzept zum Archivieren im Verbund vor.

Bestandsbildung, Erschliessung und digitale Langzeitarchivierung

Das Staatsarchiv übernahm im Berichtsjahr 13 Ablieferungen aus staatlicher und 15 Ablieferungen aus privater Provenienz. Die staatlichen Ablieferungen umfassten 53 Laufmeter und 4,4 Gigabyte Daten, die Ablieferungen aus privater Provenienz rund 28 Laufmeter.

Die umfangreichste Papierablieferung erfolgte durch das Tiefbauamt, das dem Staatsarchiv Unterlagen im Umfang von 37 Laufmetern ablieferte. Die bedeutendste Datenablieferung aus der Verwaltung bildeten die elektronischen Kantonsratsakten und Kommissionsprotokolle des Amtsjahrs 2022/2023 aus der Fachanwendung CMI. Das Staatsarchiv kann in Zukunft wie geplant die Kantonsratsakten auch digital archivieren. Mit dem über 100 Jahre zurückreichenden Privatarchiv des Vereins Theater Sachseln konnte das Staatsarchiv ein das vielfältige kulturelle Schaffen im Kanton dokumentierendes Privatarchiv als Schenkung übernehmen.

Das Staatsarchiv hat im Berichtsjahr insgesamt 130 Laufmeter Papierunterlagen und 16 Gigabyte Daten erschlossen, in der Archivdatenbank verzeichnet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Bedeutende neu erschlossene Bestände sind die Protokollbände und Gerichtsakten des Ober- und Verwaltungsgerichts, die Straf- und Strafuntersuchungsakten aus dem 19. Jahrhundert sowie der umfangreiche und vielfältige Nachlass des Pfarrers, Mundartforschers, Volkskundlers, Schriftstellers und Hörspielautors Karl Imfeld. In einem Nacherschliessungsprojekt wurden die im Hexenturm archivierten Bände aus dem Zeitraum vor 1850 detaillierter erfasst. Fehlerhafte Erschliessungsinformationen und Zuordnungen wurden dabei korrigiert. In einem Pilotprojekt transkribierte das Staatsarchiv die ersten Bände des Regierungsratsprotokolls ab 1850 mit Hilfe der Software Transkribus. Dank dieser maschinellen Übertragung der alten Kurrentschrift in die Maschinenschrift werden die Inhalte dieser Bände für alle lesbar.

Im Bereich der audio-visuellen Ablieferungen konnte das Staatsarchiv mit der Filmsammlung Anni und Sepp Omlin-Gasser ganz besondere filmische Zeitdokumente sichern. Das aus Sachseln stammende Ehepaar war ab den 1970er-Jahre im Besitz einer Kamera und filmte lokale Gegebenheiten und Bräuche seiner Zeit, hielt das Ortsbild Sachselns auf Film fest oder drehte sorgfältig bearbeitete und vertonte Kurzfilme. Vom Elektrizitätswerk Obwalden konnten über 1 500 Fotografien zu den verschiedenen Ausbauten des Lungererseewerks digitalisiert werden. Das Übersichtsinventar über das audiovisuelle Kulturgut des Kantons Obwalden ist auf der Internetseite des Staatsarchivs zugänglich und wird laufend erweitert.

Die Fachbibliothek erfuhr einen Zuwachs von 136 Titeln und die Amtsdruckschriftensammlung wurde planmässig nachgeführt. Dem Staatsarchiv in elektronischer Form abgelieferte Amtsdruckschriften wurden im elektronischen Langzeitarchiv ELAR archiviert.

Im Berichtsjahr musste das Speicherrepositorium Fedora des elektronischen Langzeitarchivs ELAR von der Version 3.8 auf die Version 6 migriert werden. Aufgrund von technisch bedingten Verzögerungen erfolgen die Abschlussarbeiten im Folgejahr. Ein zweites Projekt, die Ablösung der provisorischen Speicherinfrastruktur durch eine für die elektronische Langzeitarchivierung standardkonforme Infrastruktur konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Ebenso erfolgreich wurde die Migration der Archivdatenbank ScopeArchiv von der Version 5.2 auf die Version 5.4 umgesetzt.

Raumsituation, Bestandserhalt und Bestandssicherung

Die unbefriedigende Raumsituation in Bezug auf den Kulturgüterschutz, die Sicherheit und die Logistik erfuhr im Berichtsjahr keine Verbesserung. Das Staatsarchiv bewirtschaftet drei Aussenmagazine von denen zwei nur über Treppen und ohne Lift erreichbar sind. In den Sommermonaten war die relative Luftfeuchtigkeit in der Akzession und im Hauptmagazin des Staatsarchivs zeitweise über dem Grenzwert. Das Staatsarchiv musste der hohen Luftfeuchtigkeit mit einem mobilen Luftentfeuchter entgegenwirken. Im Hexenturm wurden im Berichtsjahr in eigens dafür aufgestellten Fallen zwei Mäuse gefangen. Schäden an den Beständen durch Mausfrass sind zum Glück keine entstanden.

Um den kontinuierlich schwindenden Platzreserven entgegenzuwirken, konnte das Staatsarchiv mit der Finanzverwaltung die Mitbenutzung eines Teils ihres Zwischenarchivs im Verwaltungsgebäude Hostett als Archivmagazin vereinbaren. Mittelfristig stehen dem Staatsarchiv damit ausreichende Platzreserven zur Verfügung. Allerdings weist auch das neue Aussenmagazin die bereits bekannten Mängel in Bezug auf den Kulturgüterschutz und die Sicherheit auf. Der beschränkte Platz in der Akzession führte im Verlauf des Berichtsjahrs wieder dazu, dass unerschlossene Bestände zeitweise in den Gängen des Verwaltungsgebäudes zwischengelagert werden mussten. Die langfristige Perspektive der Unterbringung des Staatsarchivs im Rahmen der Entwicklung des Areal Foribach wurde im Berichtsjahr weiterverfolgt.

Als Massnahme des Bestanderhalts und der langfristigen Sicherung zentraler Überlieferungen führte das Staatsarchiv die Digitalisierung und Mikroverfilmung von insgesamt 24 Bänden des Arbeitsgerichts, der Präsidialentscheide und Verfügungen in Zivilstreitsachen sowie der Präsidialentscheide in Schuldbetreibungs- und Konkursachen des Kantonsgerichts im Umfang von 14 500 Seiten plangemäss weiter.

Benutzung

Im Berichtsjahr konnte der direkte digitale Zugang auf die Bestände des Staatsarchivs weiter ausgebaut werden. Via Quickaccess kann neu das komplett digitalisierte Amtsblatt von 1854–2020 mit einer Volltextsuche durchsucht und in einem speziellen Viewer angeschaut werden. Der Zugang erfordert ein entsprechendes Login. Nachdem das Amtsblatt via Quickaccess und die Zeitung Obwaldner Volksfreund sowie die Ratsprotokolle bis 1798 auf der Plattform ZentralGut in optisch ansprechender Form zugänglich sind, konnte die 2017 als Provisorium geschaffene Webplattform und der dazugehörige Web-Viewer im Berichtsjahr abgeschaltet werden. Neuerdings sind auch die von Pfarrhelfer Anton Küchler gegen Ende des 19. Jahrhunderts erstellten Register zu den Staatsprotokollen digital zugänglich. Dank einer automatisierten Transkription sind diese in der alten Kurrentschrift verfassten Register nun maschinell durchsuchbar.

Im Berichtsjahr erfolgten via Quickaccess rund 9 046 Zugriffe auf die online verfügbaren Archivbestände, sowie 1761 Zugriffe auf das auf der Plattform ZentralGut digital zugängliche Archivgut. Die Benutzung des Lesesaals lag im Berichtsjahr im langjährigen Durchschnitt. Auffällig ist, dass viele Besucherinnen und Besucher das Staatsarchiv nur einmal besuchen, ihren Besuch gut vorbereiten und die für sie relevanten Unterlagen abfotografieren, um sie anschliessend zu Hause auszuwerten. Längeres Arbeiten vor Ort im Lesesaal wird immer seltener.

Insgesamt registrierte das Staatsarchiv im Lesesaal 192 Benutzungstage. Die schriftlichen Anfragen stiegen auf 349. Bei den schriftlichen Anfragen fällt auf, dass das Staatsarchiv oft mit teilweise umfangreichen Digitalisierungswünschen von Unterlagen konfrontiert wird. Das Staatsarchiv versucht dem zunehmenden Wunsch nach digitalem Zugriff auf Archivalien im Rahmen seiner Möglichkeiten nachzukommen.

Stark gefragt waren im Berichtsjahr Führungen im Staatsarchiv. Es fanden 16 Führungen mit rund 225 Personen statt, darunter waren einige Führungen für die neuen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung.

Die Bestände des Staatsarchivs waren mehrfach Grundlage für Maturaarbeiten, Masterarbeiten, Publikationen und Veranstaltungen. Viele der im Anzeiger „Aktuell“ publizierten historischen Beiträge, basieren auf Beständen des Staatsarchivs oder verwenden vom Staatsarchiv erschlossene und digitalisierte Bilder.

Vermittlung und Öffentlichkeitsarbeit

Drei neue Beiträge, nämlich ein Einblick in das Archiv des Klosters Melchtal sowie zwei Beiträge zu den neu erschlossenen Strafuntersuchungsakten aus dem 19. Jahrhundert hat das Staatsarchiv im „Archivfenster“ publiziert. Eine gekürzte Version der Archivfenster zu den Strafuntersuchungsakten aus dem 19. Jahrhundert wurde als Artikel in der Obwaldner Brattig platziert. Zudem berichtete die Obwaldner Zeitung in einem ausführlichen Artikel darüber.

Im Rahmen des Programms des Freizeitentrums Obwalden führte das Staatsarchiv einen Kurs unter dem Titel „Suchen und Finden im Archiv“ durch. Im ausgebuchten Kurs wurden den Teilnehmenden diverse Suchstrategien für die Bestände des Staatsarchivs erläutert und anschliessend anhand eines Praxisbeispiels demonstriert. Um die Erforschung der Obwaldner Geschichte anzuregen hat das Staatsarchiv zudem auf seiner Internetseite Themenvorschläge für Studierende aufgeschaltet.

Die Ergebnisse des 2023 erstellten Übersichtsinventars des audiovisuellen Kulturguts im Kanton Obwalden wurden an einem Kongress der Organisation Memoria in Solothurn einem nationalen Publikum präsentiert. Am dem den Kongress begleitenden Marché wurde neben zahlreichen Bildern auch der eigens produzierte Trailer für das Übersichtsinventar des audiovisuellen Kulturguts im Kanton Obwalden vorgeführt. Das Inventar wurde auch im Vortrag „Quer durch die audiovisuelle Landschaft im Kanton Obwalden“ im Herrenhaus Grafenort sowie im Rahmen des lokalen Anlasses „Mir machid Platz“ präsentiert.

18 Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich unabhängige und selbstständige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts. Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über die Staatsverwaltung und Rechtspflege sowie den Regierungsrat, die Departemente und die Gerichtsverwaltung bei der Ausübung der Dienstaufsicht. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Im Auftrag des Regierungsrats überwacht die Finanzkontrolle die einheitliche Rechnungsführung der Einwohnergemeinden.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Prüfung der Staatsrechnung	ausgeführte Aktivitäten: – Prüfung der Staatsrechnung 2023 Kommentar: Prüfbericht und umfassender Bericht liegen vor.
Durchführung von Revisionen gemäss Prüfprogramm	ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung der geplanten Revisionen (partieller Übertrag ins Folgejahr) Kommentar: Die entsprechenden Prüfberichte liegen vor.
Erstellen der Gemeindefinanzstatistik	ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung der Finanzstatistik 2023 der Einwohnergemeinden des Kantons Obwalden Kommentar: Die Veröffentlichung der Gemeindefinanzstatistik 2023 ist erfolgt.
Führung des Sekretariats der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission	ausgeführte Aktivitäten: – Betreuung von neun Plenarsitzungen Kommentar: Die entsprechenden Protokolle liegen vor.

Prüfung der Staatsrechnung

Die Staatsrechnung 2023 wurde in den Monaten Januar 2024 bis April 2024 gemäss Art. 78, 84 und 85 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; GDB 610.1) geprüft. Nach der Beurteilung der Finanzkontrolle entspricht die Staatsrechnung für das am 31. Dezember 2023 abgeschlossene Geschäftsjahr den gesetzlichen Vorschriften des Kantons Obwalden.

Finanzaufsichtsprüfungen und Prüfungen von Verpflichtungskreditabrechnungen

Die Berichte und Aktennotizen über die Finanzaufsichtsprüfungen und die Prüfungen von Verpflichtungskreditabrechnungen liegen vor.

Prüfungen bei Organisationen und Unternehmungen

Die Prüfungen der Jahresrechnungen 2023 der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten Informatikleistungszentrum Obwalden – Nidwalden (ILZ) sowie Verkehrssicherheitszentrum Obwalden/Nidwalden (VSZ) wurden gemeinsam mit der Finanzkontrolle Nidwalden durchgeführt. Die Revision der Jahresrechnung 2023 des Laboratoriums der Urkantone erfolgte zusammen mit den Finanzkontrollen Nidwalden und Uri.

Folgende Jahresrechnungen 2023 wurden zudem von der Finanzkontrolle geprüft: Arbeitsstiftung Obwalden, Stiftung Meinrad Burch-Korrodi und Hedwig Maria Burch-Wyser, Verein Justizforschung Obwalden und Verein Volkskulturfest OBWALD (Jahresrechnung 2023/2024).

Aufsicht über den Nationalstrassenbau

Im Rahmen der Aufsicht über den Bau der Nationalstrassen leistete die Finanzkontrolle 89 Stunden (Vorjahr: 140 Stunden). Es erfolgten stichprobenweise Prüfungen von Zahlungsanweisungen, die Abstimmung der Baubuchhaltung mit der Finanzbuchhaltung sowie stichprobenweise Prüfungen im Bereich des Submissionswesens. Geprüft wurde zudem die Jahresabrechnung 2023 der Personal- und Verwaltungskosten für die Netzfertigstellung.

Sekretariat Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK)

Die Finanzkontrolle ist für die Führung des Sekretariats der GRPK mit Protokollführung der Sitzungen zuständig. Sie nimmt beratend an den Sitzungen teil und unterstützt die GRPK-Mitglieder in der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen. Im Jahr 2024 wurden neun Plenarsitzungen der GRPK betreut (Vorjahr: sieben Plenarsitzungen).

Erfa-Gruppe Finanzverwalter/innen

Im Jahr 2024 fanden zwei Sitzungen der Erfa-Gruppe Finanzverwalter/innen statt, in deren Rahmen verschiedene Themen und Fragen behandelt wurden. An den Sitzungen der Erfa-Gruppe nehmen jeweils die Finanzverwalterinnen und Finanzverwalter der Einwohnergemeinden sowie die leitenden Personen der kantonalen Finanzverwaltung und der Finanzkontrolle teil.

Aufsicht über die Gemeindefinanzen

Die Finanzkontrolle überwacht gemäss Art. 101 FHG im Auftrag des Regierungsrats die einheitliche Rechnungsführung der Einwohnergemeinden. Dabei wird die Einhaltung der Vorschriften gemäss Art. 21 bis 35 FHG, welche die Jahresrechnung, das Haushaltsgleichgewicht und die Schuldenbegrenzung sowie die Finanzkennzahlen betreffen, geprüft.

In den Ausführungsbestimmungen über die Finanzkennzahlen und die Finanzstatistik (GDB 610.112) sind die Limiten der Kennzahlen der ersten Priorität (Nettoverschuldungsquotient, Selbstfinanzierungsgrad über zehn Jahre, Zinsbelastungsanteil) für eine gesunde beziehungsweise eine genügende Entwicklung des Finanzhaushalts definiert. Die Einwohnergemeinden haben zudem die Bestimmungen zum Haushaltsgleichgewicht (Art. 33a FHG) sowie zur Schuldenbegrenzung (Art. 34a FHG) einzuhalten. Die gesetzlichen Vorgaben wurden mit einer Ausnahme von allen Einwohnergemeinden eingehalten.

Die Erfolgsrechnungen der Einwohnergemeinden schlossen im Jahr 2023 gesamthaft mit einem Ertragsüberschuss von 1,8 Millionen Franken ab. Fünf von sieben Einwohnergemeinden erzielten ein positives Ergebnis. Sechs von sieben Einwohnergemeinden nahmen zusätzliche Abschreibungen vor oder bildeten Vorfinanzierungen oder finanzpolitische Reserven. Insgesamt wurde ein ausserordentlicher Aufwand von 16,8 Millionen Franken verbucht. Sarnen weist als einzige Einwohnergemeinde einen ausserordentlichen Ertrag aus. Die Budgets 2023 rechneten mit einem Aufwandüberschuss von gesamthaft 1,0 Millionen Franken. Die positive Entwicklung ist in erster Linie auf Mehrerträge im Fiskalbereich sowie auf tiefere Sach- und übrige Betriebsaufwände zurückzuführen.

4.2 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement (FD) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*	
	2023	2024
Departementssekretariat	1.7	1.7
Personalamt	2.9	3.3
Finanzverwaltung	9.1	9.1 ¹
Kantonale Steuerverwaltung	32.6 ²	34.6 ²
Insgesamt	46.3	48.7

* Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹Finanzverwaltung: zusätzlich 0.2 Vollzeitstellen für Ersatz Praktikumsstelle, befristet 01. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024.

²Steuerverwaltung: zusätzlich 2.0 Vollzeitstellen für Veranlagung, eine befristet bis 30. April 2024 und eine bis 30. September 2024, sowie 0.6 Stellen für IT-Systembetreuung, befristet bis 31. Dezember 2025.

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

1.2.1	Gesunde Finanzen	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die neuen gesetzlichen Grundlagen für die Grundstückschätzungen sind erstellt.	erreicht
1.2.1	Gesunde Finanzen	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Der Schlussbericht zur kantonalen Steuerstrategie ist erstellt.	erreicht
3.2.1	Wirtschaft Bildung und Forschung	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Massnahmen zur Erreichung einer arbeitsmarktgerechten Entlohnung sind geprüft und umgesetzt.	erreicht
4.3.1	Digitalisierung	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Strategie mit den entsprechenden Massnahmen für die Umsetzung der Digitalen Transformation (Digitale Roadmap) ist ausgearbeitet.	erreicht

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2024	Stand der Umsetzung
Revision des Finanzausgleichsgesetzes	In Kraft: 1. Januar 2025
Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz	In Kraft: 1. Januar 2025
Nachtrag zum Steuergesetz	In Kraft: 1. Januar 2025

20 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt die Departementsvorsteherin bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Ferner ist das Departementssekretariat verantwortlich für das E-Government in der kantonalen Verwaltung und zuständig im Sinne der Eigentümervertretung für das Kantonsspital.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Erarbeitung und Umsetzung Digitalisierungsstrategie	ausgeführte Aktivitäten: Siehe Ausführungen unten Kommentar: Der Kantonsrat nahm die Digitalstrategie am 28. Oktober 2024 zur Kenntnis.
Umsetzung der Informatikvereinbarung und -strategie	ausgeführte Aktivitäten: Siehe Ausführungen unten Kommentar: Die einzelnen Projekte werden gemäss den Vorgaben der Informatikvereinbarung umgesetzt.
Unterstützung von wichtigen Gesetzgebungsprozessen und Projekten:	ausgeführte Aktivitäten: – Unterstützung bei der Erarbeitung der Vorlage Kommentar: Vorlage in Kraft per 1. Januar 2025
– Innerkantonomer Finanzausgleich: Revision des Finanzausgleichsgesetzes	
– Erweiterung eSteuerportal mit verschiedenen Services	ausgeführte Aktivitäten: – Bearbeitung durch die Steuerverwaltung Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.
– Revision der Schätzungs- und Grundpfandertasse	ausgeführte Aktivitäten: – Unterstützung bei der Erarbeitung der Vorlage Vorlage in Kraft per 1. Januar 2025
– Gesetzliche Änderungen betreffend das Kantonsspital Obwalden im Zusammenhang mit der Versorgungsstrategie im Akutbereich	ausgeführte Aktivitäten: – Unterstützung bei der Vorlage Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.

– Koordination Schlussbericht zur Steuerstrategie	ausgeführte Aktivitäten:
	– Unterstützung und Koordination bei der Erarbeitung der Schlussevaluation zur Steuerstrategie
	Kommentar: Schlussbericht wurde vom Kantonsrat am 6. Dezember 2024 zur Kenntnis genommen.

Beschwerdestatistik

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Finanzdepartement)

	2023	2024
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	18	27
Übertrag vom Vorjahr	13	9
Neueingänge Geschäftsjahr	5	18
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	4	4
– gutgeheissen		1
– teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen	4	3
– nicht eingetreten		
Ohne Entscheid des Regierungsrats: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	5	2
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	9	21

Im Jahr 2024 sind 18 neue Beschwerden eingegangen. Im Vergleich zu den letzten Jahren ist dies ein überproportional hoher Zuwachs. Aktuell sind zwei Beschwerden sistiert.

Schwerpunkte im Departementssekretariat

Kantonsspital

Das Finanzdepartement ist im Sinne der Eigentümervertretung für das Kantonsspital zuständig. Das Finanzdepartement führte im Jahr 2024 mit dem Kantonsspital Quartalsgespräche durch, an welchen die aktuellen Kennzahlen und weitere aktuelle Themen diskutiert wurden. Hierzu zählen die stark angestiegenen Kosten beim Kantonsspital, welche dem Finanzdepartement Sorgen bereiten. Der Kantonsrat genehmigte am 23. Mai 2024 den Rechenschaftsbericht und die Jahresrechnung 2023 sowie am 5. Dezember 2024 den leistungsbezogenen Kredit für das Jahr 2025. An derselben Kantonsratssitzung wurde zudem ein Objektkredit in der Höhe von 4,22 Millionen Franken für Informatikinvestitionen am Kantonsspital genehmigt.

In Zusammenarbeit mit dem Sicherheits- und Sozialdepartement und unter Einbezug des Kantonsspitals wurden im Jahr 2024 die Arbeiten an der Versorgungsstrategie im Akutbereich und am Projekt „KLUG“ für die Verbundlösung zwischen dem Kantonsspital und der Luzerner Kantonsspital AG (LUKS Gruppe) weitergeführt. Auch die Finanzverwaltung und der Rechtsdienst waren in das Projekt involviert;

insbesondere in die Ausarbeitung des Entwurfs des Spitalgesetzes. Der Regierungsrat verabschiedete das Spitalgesetz zuhanden der Vernehmlassung, welche vom 5. Juli bis am 30. September 2024 stattfand. Im August 2024 wurde unter Anwesenheit aller Projektpartner eine Informationsveranstaltung zur Vernehmlassungsvorlage durchgeführt. Generell verliefen die Arbeiten gemäss Projektplanung.

Digitalstrategie 2025 bis 2028

Der Regierungsrat hat anlässlich seiner Klausur vom 26. März 2024 die Vision, die digitalen Grundsätze, die Handlungsfelder mit den strategischen Zielen und den Massnahmen festgelegt. Daraus wurde eine Landkarte der Digitalstrategie erstellt. Kernstück dieser Strategie ist der Aufbau einer digitalen Plattform (eGov-Portal).

Die Digitalstrategie 2025 bis 2028 wurde dem Kader am 15. Mai 2024 anlässlich des Kadertags präsentiert. Weiter wurde das Personal am 21. August 2024 im Rahmen einer digitalen Veranstaltung via MS Teams darüber informiert.

An der Sitzung vom 31. Oktober 2024 nahm der Kantonsrat die Digitalstrategie 2025 bis 2028 mit 36 zu 16 Stimmen und einer Enthaltung mit einer parlamentarischen Anmerkung zur Kenntnis.

Um die Digitalstrategie planmässig umsetzen zu können, sind zusätzliche personelle Ressourcen notwendig. In diesem Zusammenhang wurde als Massnahme die Schaffung einer Stelle „Leitung Fachstelle Digitale Verwaltung“ vorgeschlagen, welche vom Kantonsrat an der Sitzung 6. Dezember 2024 bewilligt wurde.

Umsetzung der Informatikvereinbarung und -strategie

Die Informatikstrategiekommission (ISK) hat Ende 2023 ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat ein Geschäftsreglement und ein Organisationshandbuch erarbeitet, welches die Prozesse, Zusammenarbeitsformen und die Kommunikation zwischen den Stakeholdern definiert. Am 19. November 2024 wurde das Geschäftsreglement der ISK vom Regierungsrat verabschiedet. Am 19. Dezember 2024 führte die ISK eine Informationsveranstaltung für die Einwohnergemeinden zum Geschäftsreglement durch. Das Zustimmungsquorum durch die Einwohnergemeinden war bis Ende Jahr noch ausstehend.

Im Jahr 2024 ging es vor allem darum, die notwendigen Strukturen und Prozesse für die Arbeit im Gremium festzulegen. So wurden die Fachgruppen und deren Zusammensetzung festgelegt und ein Organisationsreglement für diese Fachgruppen erarbeitet.

Ausserdem wurden erste Erfahrungen im Umgang mit der Initialisierung von neuen Projekten gesammelt. Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass die Aufbauorganisation der ISK, die Erarbeitung des Geschäftsreglements, das Festlegen der Arbeitsabläufe und das Erarbeiten der notwendigen Unterlagen wesentlich mehr Zeit in Anspruch genommen hat, als ursprünglich erwartet.

Einführung eines einheitlichen Internen Kontrollsystems (IKS)

Anfang 2024 wurden die Prozesse des Bau- und Raumentwicklungsdepartements im swissIKS-Tool erfasst und die Mitarbeitenden geschult. Im April 2024 wurden den Amtsleitungen die amtsübergreifenden Tasks zugewiesen. Vor den Sommerferien 2024 konnten die Prozesse der Individuellen Prämienverbilligung im swissIKS-Tool erfasst und aufgeschaltet werden.

Ende September 2024 wurde die Einführungsphase beim swissIKS-Tool als beendet erklärt. Die Departemente wurden angewiesen, ab Oktober 2024 ihre Tasks aktiv zu bewirtschaften.

Der Regierungsrat nahm an seiner Sitzung vom 22. Oktober 2024 den Schlussbericht zum Internen Kontrollsystem (IKS) zur Kenntnis. Die Einführung eines einheitlichen und flächendeckenden IKS in der kantonalen Verwaltung Obwalden konnte somit erfolgreich abgeschlossen werden.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen auf eidgenössischer Ebene (Bund/Parlament)

Im Jahr 2024 konnten 14 (Vorjahr 16) eidgenössische Vernehmlassungen von höherer politischer Relevanz eingereicht werden.

22 Personalamt

Das Personalamt ist die allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden des Regierungsrats und der Departemente fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in den Bereichen Personalgewinnung, Personaleinsatz, Personalförderung und Personalbetreuung. Zudem pflegt das Personalamt alle rechtlichen und fachlichen Grundlagen für das Personalmanagement (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und -controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Prüfung und Umsetzung von Massnahmen zur Erreichung einer arbeitsmarktgerechten Entlohnung	ausgeführte Aktivitäten: – Strukturelle Lohnsummenentwicklung von 1,0 Prozent Kommentar: Nach wie vor besteht ein Rückstand gegenüber der anderen Zentralschweizer Kantone hinsichtlich der bezahlten Löhne.
Umsetzung der reformierten Bildungsverordnung 2023 für die berufliche Grundbildung Kauffrau/Kaufmann (Kaufleute 2022)	ausgeführte Aktivitäten: – Anpassung und Umsetzung internes Konzept Kommentar: Gemäss Planung umgesetzt.
Prüfung und Umsetzung von Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität und Mitarbeiterzufriedenheit	ausgeführte Aktivitäten: – Revision Personalgesetzgebung Kommentar: Die Vorlage wurde vom Kantonsrat am 31. Oktober 2024 erlassen und tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

Strukturelle Lohnmassnahmen

Mit dem Ziel, mittelfristig eine marktgerechte Entlohnung im Kanton Obwalden zu erreichen, wurde eine fünfte Tranche von 1,0 Prozent der Lohnsumme für Lohnkorrekturen zur Verfügung gestellt. Die Korrekturen wurden wiederum mit dem August-Lohn vorgenommen. Die Korrekturen betrafen hauptsächlich die Kantonspolizei, die Steuerverwaltung und das Kader.

Revision Personalgesetzgebung

An der Sitzung vom 31. Oktober 2024 beriet der Kantonsrat über die Anstellungsbedingungen der kantonalen Verwaltung und der Lehrpersonen und beschloss dabei folgende Anpassungen:

- Erhöhung des jährlichen Ferienanspruchs um fünf Tage (bis zum 49. Lebensjahr) bzw. um drei Tage (vom 50. bis zum 59. Lebensjahr)

- Erhöhung der Treueprämie: Neu beträgt diese ein Viertel des Monatslohns (mindestens aber Fr. 1 500.– auf ein 100%-Pensum) oder fünf Urlaubstage (nach 10, 15, 25 und 35 Anstellungsjahren) bzw. einen halben Monatslohn oder zehn Urlaubstage (nach 20, 30 und 40 Anstellungsjahren)
- Neu besteht in begründeten Fällen die Möglichkeit, Arbeitsverhältnisse bis zum 72. Altersjahr einzugehen bzw. zu verlängern
- Anspruch auf 100 Prozent des Grundlohns während des Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubs für alle Mitarbeitenden, unabhängig von der Anstellungsdauer
- Möglichkeit zur Flexibilisierung der Probezeit von einem bis sechs Monate
- Verschiedene Präzisierungen und Modernisierungen bei der Abgangsentschädigung und der Wohnsitzpflicht

Sämtliche Anpassungen sind per 1. Januar 2025 in Kraft getreten.

Nachfolgende Anpassungen im Bereich der Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht sind in Planung.

Kadergespräche

Am 4. und 11. September 2024 fanden die Kadergespräche mit über 100 Führungskräften der kantonalen Verwaltung statt. An je einem Halbtage wurden unter der Leitung von Dr. Markus Zemp verschiedene Aspekte der Führung beleuchtet und damit die Führungskompetenzen der Kadermitarbeitenden gestärkt.

Lehrbetrieb kantonale Verwaltung, Ausbildungsjahr 2023/24

Lernende und Praktikanten: Zurzeit befinden sich 12 kaufmännische Lernende der Branchen öffentliche Verwaltung sowie Dienstleistung und Administration bei der kantonalen Verwaltung in Ausbildung. Ein junger Mann absolviert das Praktikum Arbeitswelterfahrung und eine Schülerin des kombinierten Brückenangebots wird in die Aufgaben des Gebäudeunterhalts eingeführt.

Erfolge und Auszeichnungen: Fünf Lernende haben das Qualifikationsverfahren mit Erfolg bestanden, eine davon mit der Ehrenmeldung. Zudem hat die kantonale Verwaltung von Swiss Olympic das Label „Leistungssportfreundlicher Lehrbetrieb“ erhalten.

Ausbildungsjahr und Herausforderungen: Das erste Lehrjahr mit der Umsetzung Bildungsverordnung 2023 wurde im Sommer abgeschlossen. Die Lernenden in der Branche öffentliche Verwaltung sind aufgrund der vielen neuen Ausbildungsinstrumente sowie E-Learnings für die überbetrieblichen Kurse stark ausgelastet, wodurch die Zeit für die betriebliche Ausbildung stark reduziert wird. Die Praxisbildnerinnen und -bildner wurden dadurch gefordert, da sie zusätzlich zum veränderten Ausbildungsauftrag auch für die neuen Ausbildungsinstrumente geschult wurden.

Ausbildungsplatzbesetzung: Es ist weiterhin schwierig, die offenen Lehrstellen zu besetzen. Der Prozess wird aufwändiger und dauert länger. Im kaufmännischen Bereich konnten am Ende alle Ausbildungsplätze besetzt werden, ein Praktikumsplatz Arbeitswelterfahrung ist offen, die Lehrstellen Fachleute Betriebsunterhalt sind unbesetzt.

Stellenbesetzung Kanton Obwalden

Der Fachkräftemangel macht sich in der Verwaltung nach wie vor stark bemerkbar. Im vergangenen Jahr konnten erneut nicht alle offenen Stellen zeitnah besetzt werden. Auf Stellenausschreibungen gingen nur wenige Bewerbungen ein, häufig von nicht ausreichend qualifizierten Personen. Dies führt unter anderem zu einer höheren Belastung des vorhandenen Personals, zu Verzögerungen in den Abläufen und zu Qualitätseinbussen in der Geschäftsabwicklung. Dies ist vor allem auf den Mangel an Fach- und Führungskräften zurückzuführen und betrifft nicht nur den Kanton Obwalden, sondern ist ein gesamtschweizerisches Phänomen.

Personalmarketing

Im Rahmen der Aktivitäten im Bereich Employer Branding / Personalmarketing wurden im Jahr 2024 sowohl bezahlte als auch organische Postings für aktuelle Stellenausschreibungen auf LinkedIn und Meta erstellt, überwacht und entsprechend ausgewertet. Zudem wurden Branding-Kampagnen unter dem Motto „Kanton Obwalden als Arbeitgeber“ über bezahlte Meta-Kampagnen durchgeführt. Ein weiterer

Meilenstein war die Erstellung von Mitarbeiterstatements mit 13 verschiedenen Personen, die nun gezielt für Branding-Kampagnen eingesetzt werden. Parallel dazu wurden allgemeine Botschaften wie zum Beispiel zu den Employer Benefits oder den Lehrstellen aufbereitet.

Ein weiterer wichtiger Schritt war die Einführung von „LinkedIn Jobs“, begleitet von internen Schulungsunterlagen zur optimalen Nutzung von LinkedIn. Zu diesem Zweck wurde ein umfassendes PDF und eine Präsentation entwickelt. Schliesslich wurde die Zielgruppenanalyse verfeinert, um für jede Zielgruppe gezielt die richtigen Marketingkanäle einsetzen zu können.

Statistische Angaben

	Anzahl Mitarbeitende	
	2023	2024
Personalbestand ohne Lernende/Praktikanten (insgesamt)	591	609
davon Lehrpersonen (Kantons- / Berufsschule und Integrationsschule Giswil)	134	142
davon Mitarbeitende am Gericht	15	16
Umgerechnet in Vollzeitstellen (inklusive Gerichtspersonal und Lehrpersonen an der Kantonsschule und am Berufs- und Weiterbildungszentrum)	445	455

Von den insgesamt 609 Mitarbeitenden waren 338 Frauen. Der Frauenanteil betrug somit 55,0 Prozent (Vorjahr: 55,7 Prozent). 60 Prozent (Vorjahr: 62 Prozent) der Mitarbeitenden sind im Kanton Obwalden wohnhaft. Im Jahr 2024 wurden für die Weiterbildung Fr. 984.– pro Mitarbeitende investiert (Vorjahr: Fr. 1 018.–).

Die Anzahl Ein- und Austritte im Jahr 2024 zeigen sich im Vergleich zum 2023 wie folgt:

	Anzahl Mitarbeitende	
	2023	2024
Austritte	93	85
Eintritte	122	95

Folgende Gründe waren für das Ausscheiden von Mitarbeitenden im Jahr 2024 zu verzeichnen:

- Kündigungen durch Mitarbeitende (36)
- ordentliche Pensionierungen (16)
- Beendigung von befristeten Anstellungen (26)
- Austritt im gegenseitigen Einvernehmen (6)
- Kündigung durch Arbeitgeber (1)

Im Jahr 2024 betrug die Bruttofluktuationsrate in der kantonalen Verwaltung (inkl. Lehrpersonen) 13,9 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr (15,7 Prozent) nahm sie damit um 1,8 Prozentpunkte ab. Die Nettofluktuation (Kündigungen) stieg gegenüber dem Vorjahr (5,1 Prozent) um 0,8 Prozentpunkte auf 5,9 Prozent.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 1036 Bewerbungen (Vorjahr: 853) bearbeitet. Die durchschnittliche Anzahl der Bewerbungen pro ausgeschriebene Stelle (11) ist im Vergleich zum Vorjahr um zwei Bewerbungen gestiegen. Dies ist insbesondere auf die hohe Anzahl von Bewerbungen auf ausgeschriebene Sachbearbeiterstellen zurückzuführen.

24 Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung erarbeitet das Budget und die Finanzplanung, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie (mit Verbuchung und Verteilung der Abschreibungen). Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (mit Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug (mit Budgetierung der Steuererträge) samt dem Inkasso in Strafsachen, die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Ebenfalls unter der Finanzverwaltung werden die Kantonsanteile an eidgenössischen Abgaben und Erträgen (u. a. eidgenössischer Finanzausgleich, eidgenössische Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleichs, sowie allgemeine Kosten der Verwaltung budgetiert und verbucht.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Innerkantonaler Finanzausgleich: Revision des Finanzausgleichsgesetzes	ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung der Revision Finanzausgleichsgesetz Kommentar: Das revidierte Gesetz tritt ab 1.1.2025 in Kraft und findet erstmals für den Finanzausgleich 2025 Anwendung.
Evaluation und Einführung der digitalen Spesenabrechnung in der kantonalen Verwaltung	ausgeführte Aktivitäten: – Digitale Bearbeitung der Spesenabrechnungen via bestehenden Kreditorenworkflow Kommentar: Mit der Verwendung des bestehenden Kreditorenworkflows konnten die Spesen einem digitalen Prozess unterstellt werden, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen.

Nationaler Finanzausgleich (NFA)

Die Finanzstärke der Kantone wird am Ressourcenpotenzial eines Kantons gemessen. Die Grundlage für das Jahr 2024 basiert dabei auf den Bemessungsjahren 2018, 2019 und 2020 und widerspiegelt somit die wirtschaftliche Situation der Kantone in diesen Jahren.

Gesamtschweizerisch reduzierte sich das Ressourcenpotenzial um 3,7 Prozent von Fr. 36 865.– auf Fr. 35 507.– je Einwohnerin bzw. Einwohner. Der Kanton Obwalden wies ein Ressourcenpotenzial von Fr. 39 033.– je Einwohnerin bzw. Einwohner aus (Vorjahr: Fr. 39 486.–). Damit sank das Potenzial um rund 1,1 Prozent und damit weniger stark als im gesamtschweizerischen Vergleich. Dies, nachdem es im Vorjahr um 7,6 Prozent gestiegen war. Dieser Rückgang im gesamtschweizerischen Ressourcenpotenzial hängt mit der Umsetzung der STAF-Vorlage (Steuerreform und AHV-Finanzierung) zusammen. Im Rahmen dieser Umsetzung werden die Gewinne der juristischen Personen nur noch zu rund einem Drittel in der Berechnung berücksichtigt. Dementsprechend haben sich die massgebenden Gewinne von 82,7 Milliarden Franken im Jahr 2019 auf 33,3 Milliarden Franken im Jahr 2020 reduziert.

Grundlage für das Ressourcenpotenzial bildet die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage (ASG), welche sich aus mehreren Faktoren zusammensetzt, die in der nachfolgenden Tabelle ersichtlich sind. Das Ressourcenpotenzial pro Kopf wies im Jahr 2023 im Vergleich zu den übrigen Zentralschweizer Kantonen folgende Werte auf:

(in Franken pro Einw.)	Einkommen der natürlichen Personen	Quellenbesteuer- erte Einkommen	Vermögen	Gewinne jur. Per- sonen	Steuerre- partitionen	Total Ressourcen- potenzial je Einw.
Obwalden	25 451	1 102	6 176	6 245	58	39 033
(Vorjahr)	(24 595)	(1 079)	(5 710)	(8 036)	(66)	(39 486)
Uri	16 687	907	3 214	4 243	24	25 075
(Vorjahr)	(16 490)	(887)	(3 019)	(5 668)	(89)	(26 152)
Schwyz	39 925	1 068	12 477	9 532	-58	62 944
(Vorjahr)	(39 536)	(1 044)	(11 761)	(11 586)	(-71)	(63 857)
Nidwalden	31 943	1 061	13 668	10 060	-102	56 630
(Vorjahr)	(31 435)	(1 037)	(12 874)	(12 970)	(-22)	(58 295)
Zug	47 206	1 976	9 845	36 237	-279	94 985
(Vorjahr)	(45 700)	(1 999)	(9 046)	(41 570)	(-280)	(98 035)
Luzern	20 454	807	3 836	7 813	-136	32 775
(Vorjahr)	(20 235)	(792)	(3 585)	(9 659)	(-169)	(34 101)
CH (Vorjahr)	22 687 (22 403)	1 612 (1 608)	3 716 (3 510)	7 480 (9 340)	11 (3)	35 507 (36 865)

¹⁾ Rundungsdifferenzen möglich

Tabelle: Zusammensetzung Ressourcenpotenzial 2024 (2023)

Seit 2020 beteiligen sich auch die Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich. Der Kanton und die Einwohnergemeinden teilen sich Zahlungen in den NFA im Verhältnis ihres Anteils an den Kantons- und Gemeindesteuern sowie des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer. Der Kantonsbeitrag im Jahr 2024 betrug Fr. 6 775 000.– (Vorjahr: 4 694 000.–), wobei die Einwohnergemeinden die nachfolgenden Anteile beigetragen haben.

Der Einwohnergemeindeanteil betrug 2024:

Einwohnergemeinde	Beitrag in Franken ¹⁾	Anteil in Prozent ¹⁾
Sarnen	1 394 392.90	38,14
Kerns	401 578.38	10,99
Sachseln	469 160.89	12,83
Alpnach	447 048.90	12,23
Giswil	217 374.00	5,95
Lungern	168 122,68	4,60
Engelberg	557 964.75	15,26
Total Einwohnergemeinden	3 655 642.50	100 bzw. 53,96
Total Kanton	3 119 357.50	46,04
Total Beitrag NFA	6 775 000.00	100

¹⁾ Rundungsdifferenzen möglich

Tabelle: Beiträge der Einwohnergemeinden am Ressourcenausgleich des Bundes (NFA)

Kantonaler Finanzausgleich

Seit dem 1. Mai 2017 ist das revidierte Finanzausgleichsgesetz (GDB 630.1) des Kantons Obwalden in Kraft. Es besteht aus den Elementen des Ressourcenausgleichs, des Lastenausgleichs Bildung und des Strukturausgleichs Wohnbevölkerung. Während der Übergangsphase 2017 bis 2021 beteiligte sich der Kanton noch am Ressourcenausgleich. Seit 2022 erfolgt der Ausgleich nur noch horizontal durch die Einwohnergemeinden.

Der Ressourcenausgleich ist das Kernelement des Finanzausgleichs. Mit dem Ressourcenausgleich wird für die Einwohnergemeinden eine einheitliche Mindestausstattung an nicht zweckgebundenen Finanzmitteln angestrebt. Der Ressourcenausgleich mildert die Unterschiede zwischen den Einwohnergemeinden, die sich aufgrund unterschiedlicher Wirtschafts- und Steuerkraft ergeben.

Mit dem Lastenausgleich Bildung wird die überdurchschnittliche Belastung aus der Führung der Volksschule gemildert. Entlastet werden die Einwohnergemeinden, deren Normaufwand für die Volksschule je Einwohnerin bzw. Einwohner den Durchschnitt aller Einwohnergemeinden übersteigt. Der Strukturausgleich trägt schlussendlich den gewachsenen und gelebten Gemeindestrukturen Rechnung. Der Kanton gewährt den Einwohnergemeinden, die aufgrund ihrer Wohnbevölkerung überdurchschnittlich belastet sind, einen finanziellen Ausgleich.

Die Zahlungen aus dem Finanzausgleich betrugen 2024:

Beträge in 1 000 Franken

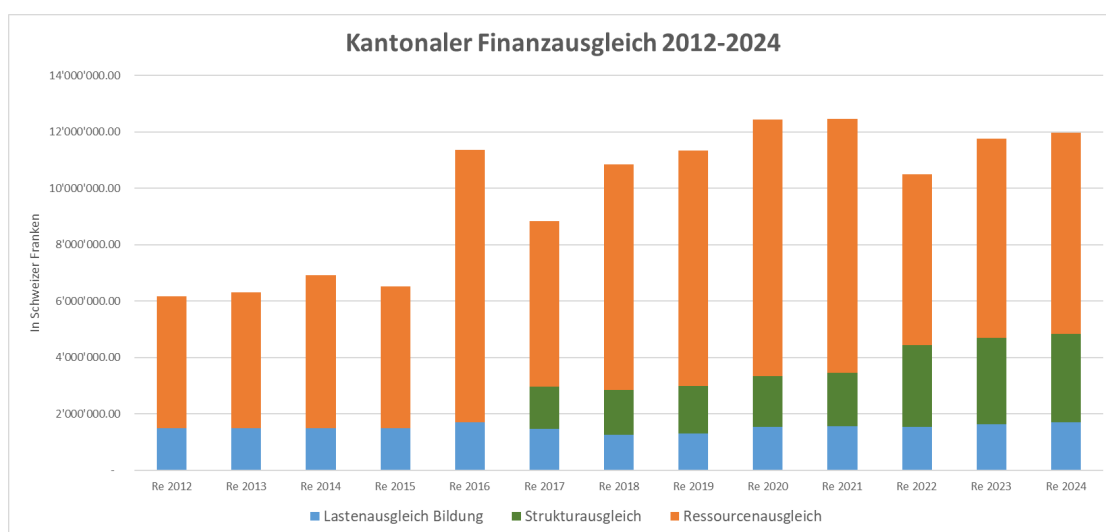
	Ressourcenausgleich		Lastenausgleich Bildung		Strukturausgleich Bevölkerung	
Einwohnergemeinde	2024 Fr. ¹⁾	2023 Fr. ¹⁾	2024 Fr. ¹⁾	2023 Fr. ¹⁾	2024 Fr. ¹⁾	2023 Fr. ¹⁾
Sarnen	-3 859	-4 270	-	-	-	-
Kerns	2 516	2 601	1 009	964	-	-
Sachsln	1 155	113	-	-	147	144
Alpnach	-	711	511	487	-	-
Giswil	3 206	3 193	173	156	775	783
Lungern	261	432	-	37	1 650	1 566
Engelberg	-3 278	-2 781	-	-	572	560
Total	-	-	1 693	1 644	3 144	3 053

¹⁾ Rundungsdifferenzen möglich (negative Zahlen = Einzahlungen in Ressourcenausgleich)

Tabelle: Kantonaler Finanzausgleich 2024/2023

Der Ressourcenausgleich bewegte sich mit rund 7,1 Millionen Franken im Umfang des Vorjahrs. Die Einwohnergemeinde Alpnach erhielt in diesem Jahr aufgrund ihrer Ressourcenstärke keine Ausgleichszahlungen, musste aber auch nichts in den Ressourcenausgleich einzahlen. Wie im Vorjahr bestritten die Einwohnergemeinden Sarnen und Engelberg den Ressourcenausgleich. Der Beitrag der Einwohnergemeinde Sarnen reduzierte sich um rund 0,4 Millionen Franken auf 3,9 Millionen Franken. Der Beitrag der Einwohnergemeinde Engelberg erhöhte sich von 2,8 Millionen Franken auf 3,3 Millionen Franken.

Der Kanton bestreitet sowohl den Lastenausgleich Bildung wie auch den Strukturausgleich Bevölkerung allein. Mit rund 1,69 Millionen Franken bewegte sich ersterer im Umfang des Vorjahrs und der Strukturausgleich Bildung erhöhte sich um rund 0,1 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Gesamthaft gesehen wich der Finanzausgleich 2024 somit nicht gross vom Vorjahr ab.



Grafik: Kantonaler Finanzausgleich 2012 - 2024

Entwicklung der fakturierten Staats- und Gemeindesteuern

Die fakturierten Staats- und Gemeindesteuern entwickelten sich wie folgt:

	2022	2023	2024
Fakturierte Staats- und Gemeindesteuern in Fr.	273 063 429.08	287 859 767.40	297 873 533.60
Steuerausstände in Fr.	11 930 681.42	15 271 189.60	11 717 701.12

Im Jahr 2024 gingen für die Staats- und Gemeindesteuern 36 Erlassgesuche ein (Vorjahr: 33). 36 wurden erledigt (Vorjahr: 35). Insgesamt wurden 2024 für rund Fr. 36 300.– Erlasse gewährt (Vorjahr: Fr. 36 200.–). Die pendenten Erlassgesuche entwickelten sich wie folgt:

	Anzahl pendente Erlassgesuche per		davon vor Rekurskommission per 31. Dez 2024
	31. Dez. 2023	31. Dez. 2024	
Sarnen	1	1	
Kerns	1		
Sachseln	1		
Alpnach	1	3	2
Giswil			
Lungern			
Engelberg			
Total Staats- und Gemeindesteuern	4	4	2
Direkte Bundessteuer (dBSt)			
Total inkl. dBSt	4	4	2

28 Steuerverwaltung

Die Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von unselbstständig Erwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, selbstständig Erwerbenden und Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuern von juristischen Personen sowie die Quellen-, Grundstückgewinn- und Handänderungssteuer. Die Veranlagung der direkten Bundessteuer wird unter Aufsicht der Eidg. Steuerverwaltung durchgeführt. Weiter kontrolliert die Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung ein. Auch das Grundstückschätzungswesen ist bei der Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen usw. bei der Steuerverwaltung an.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Schlussbericht zur Steuerstrategie; Überführung in eine neue Standortstrategie	ausgeführte Aktivitäten: – Erstellung des Berichts durch die Hochschule Luzern – Kenntnisnahme des Berichts durch den Kantonsrat – Start der Erarbeitung einer neuen Standortstrategie Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Erweiterung eSteuerportal mit verschiedenen Services	ausgeführte Aktivitäten: – Abschluss des Projekts Steuerportal 2.0 per 31. Oktober 2024 Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Anpassungen NEST-System (Debitoren und Quellensteuer) – Projekt nest.deq	ausgeführte Aktivitäten: – Start des Projekts nest.deq – Geplante Einführung Ende Dezember 2027 – Vornahme der notwendigen Projektarbeiten Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Revision der Schätzungs- und Grundpfanderlasse per 1. Januar 2025	ausgeführte Aktivitäten: – Erlass des Nachtrags an der Kantonsratssitzung vom 24. Mai 2024 – Annahme des Nachtrags an der Urnenabstimmung vom 24. November 2024 (Behördenreferendum)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	Kommentar: Der Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz trat per 1. Januar 2025 in Kraft.
Nachtrag zum Steuergesetz per 1. Januar 2025	ausgeführte Aktivitäten: – Nicht dringende Änderungen – Anpassungen an das übergeordnete Bundesrecht sowohl an die bundesgerichtliche Rechtsprechung – Verschieben des Nachtrags um ein Jahr verschoben Kommentar: Das Ziel wurde nicht erreicht bzw. Plan konnte nicht eingehalten werden.
Einführung neue Software Grundstückbewertungen (nest.objekt)	ausgeführte Aktivitäten: – Erfolgreiche Einführung der neuen Software für die Grundstückbewertung per 31. Oktober 2024 – Termingerechter Abschluss des Projekts Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

Projekte

Projekt Steuerportal 2.0

Das Kundenportal der Steuerverwaltung wurde weiter ausgebaut. Bisher konnte zwar die Steuererklärung auf elektronischem Weg eingereicht werden, die Zustellung der Dokumente durch die Steuerverwaltung an die Steuerpflichtigen hatte jedoch noch immer per Post zu erfolgen. Die Steuerverwaltung kann neu den Steuerpflichtigen Verfügungen und Rechnungen online zustellen. Mit der eingeführten digitalen Zweiweg-kommunikation, die zuvor noch von keinem anderen Kanton angeboten wurde, verfolgt die Steuerverwaltung den Weg der Digitalisierung konsequent weiter. Derzeit sind etwa 4 900 Steuerportalkonten aktiviert.

Weiter wurde im Jahr 2024 intensiv an folgenden Projekten (mit)gearbeitet:

Projekt OMTax

Für die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer wurde durch die Schweizerische Steuerkonferenz (SSK) ein einheitliches Anwendungstool entwickelt. Die Kantone waren durch verschiedene Tests involviert. Zudem muss die Schnittstelle von OMTax zur Veranlagungssoftware NEST sichergestellt sein.

Projekt bvTAX

Ebenfalls durch die SSK wurde das neue Bewertungstool für nicht kotierte Aktien entwickelt. Auch hier waren diverse fachliche und technische Tests notwendig, so dass die Möglichkeiten, welche die neue Software bietet (Teilautomatisierte Bewertung), umfassend genutzt werden können.

Projekt Deklarationssoftware Quellensteuer

Die bisherige Deklarationssoftware Aforms2web hat das Ende des Lebenszyklus erreicht. Der Lieferant wird die Software ab Ende 2024 nicht mehr weiter pflegen. Deshalb musste eine neue Software evaluiert werden. Diese wird ab dem Jahr 2025 zur Verfügung stehen. Es wurden diverse Verbesserungen und Automatisierungen umgesetzt, welche sowohl den Kundennutzen bei der Deklaration als auch den Nutzen bei der Steuerverwaltung bei der Weiterverarbeitung unterstützen.

Grundstücksbewertung

Die Projektarbeiten zur Beschaffung der neuen Software konnten gemäss Projektplanung und in Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden gemäss Zeitplan vorgenommen werden. Die neue Software für die Grundstücksbewertung wurde erfolgreich eingeführt. An der Kantonsratssitzung vom 23. Mai 2024 stimmte der Kantonsrat mit 52 Ja-Stimmen dem Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz zu. Das Obwaldner Stimmvolk hat am 24. November 2024 an der Urne über den Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz befunden. Die Vorlage erhielt 56 Prozent Zustimmung. Ab 2025 können die Grundstückswerte gestützt auf die angepasste Gesetzesgrundlage und mit der neuen Software ermittelt werden.

Schlussevaluation Steuerstrategie

Anfangs 2024 wurden die Arbeiten zur Schlussevaluation der Steuerstrategie an die Hand genommen. Erarbeitet wurde diese durch das Institut für Betriebs- und Regionalökonomie IBR, Horw. Die Steuerverwaltung lieferte das dafür erforderliche umfangreiche Datenmaterial. Der Kantonsrat nahm die Schlussevaluation zur Steuerstrategie am 6. Dezember 2024 einstimmig zur Kenntnis.

Steuererklärungen 2023

Für die Steuerperiode 2023 wurden insgesamt 27 617 (Vorjahr 27 443) Briefe mit den Zugangsdaten zur elektronischen Einreichung der Steuererklärung an natürliche Personen (NP) und 4 203 (Vorjahr 4 138) an juristische Personen (JP) zugestellt. Für die direkten Steuern (ohne Sondersteuern) waren es insgesamt 31 908 Briefe (gegenüber der Vorperiode sind das 327 zusätzliche Steuererklärungen).

Von den 21 153 eingegangenen Steuererklärungen der natürlichen Personen mit Wohnsitz im Kanton Obwalden (primär-Steuerpflichtige) reichten 97 Prozent (Vorjahr: 96,8 Prozent) die Steuererklärung in elektronischer Form ein. Von den 3 036 eingegangenen Steuererklärungen der juristischen Personen mit Sitz im Kanton Obwalden wurden 85 Prozent (Vorjahr: 96,4 Prozent) in elektronischer Form eingereicht. In der Vergangenheit konnten bei den juristischen Personen nur die Formulare der Kapitalgesellschaften gezählt werden. Neu sind auch die Formulare der Vereine und Stiftungen berücksichtigt. Da diese einen sehr hohen Papieranteil haben sinkt die Quote bei juristischen Personen um elf Prozent.

Bis Ende 2024 wurden 25 628 (Vorjahr 25 320) Steuererklärungen der Steuerperiode 2023 vollelektronisch eingereicht. Davon entfielen 20 520 (Vorjahr 20 292) auf NP primär, 2 244 (Vorjahr 2 088) auf NP sekundär sowie 3 036 (Vorjahr 2 766) auf JP primär und 383 (Vorjahr 174) auf JP sekundär.

Steuererklärungen Steuerperiode 2023

	Zugestellt	Eingegangen	in %	Elektronisch	in %	Analog	in %
NP primär	23 230	21 153	91%	20 520	97%	633	3%
NP sekundär	4 387	3 902	89%	2 244	58%	1 658	42%
Total NP	27 617	25 055	91%	22 764	91%	2 291	9%
JP primär	3 849	3 036	87%	2 579	85%	457	15%
JP sekundär	442	383	87%	285	74%	98	26%
Total JP	4 291	3 419	87%	2 864	84%	555	16%

Veranlagungsstand

Am 31. Dezember 2024 waren folgende Veranlagungen pendent:

a. Natürliche Personen (Einkommens- und Vermögenssteuern):

Steuerperiode	2021	2022	2023
Pendente Veranlagung von Unselbstständig-, Selbstständig-Erwer- benden, Sekundärsteuerpflichtigen, Landwirten, Arbeitnehmer JP	429	1 938	11 294
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	98,34 %	92,48 %	47,25 %
Zielvorgabe laufendes Jahr	95 % - 100 %	85 % - 95 %	45 % - 50 %

Der Veranlagungsstand konnte bei den natürlichen Personen gegenüber dem Vorjahr wiederum verbessert werden. Vor allem bei den Steuerperioden 2022 und älter konnte der Veranlagungsstand markant verbessert werden.

b. Juristische Personen (Gewinn- und Kapitalsteuern):

Steuerperiode	2021	2022	2023
Pendente Veranlagungen von Aktiengesellschaften, GmbH, Verei- nen, Genossenschaften, Stiftungen	56	200	1 782
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	98,26 %	94,03 %	36,41 %
Zielvorgabe	95 % - 100 %	85 % - 95 %	45 % - 50 %

Der Veranlagungsstand bei den juristischen Personen konnte ebenfalls verbessert werden. Die im Jahr 2023 eingeführte Deklarationslösung für juristische Personen (Clever.Tax) wird rege genutzt.

Im Handelsregister des Kantons Obwalden waren per 31. Dezember 2024 insgesamt 4 374 Einträge registriert (Vorjahre 4 327) Verglichen mit dem 1. Januar 2024 ist dies eine Zunahme von 47 Einträgen.

c. Übrige Steuern (Anzahl pendente Fälle)

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024
Wertschriften / Verrechnungssteuer	5 248	6 933	6 004	6 719
Handänderungssteuern	435	412	495	523
Grundstückgewinnsteuern	538	499	598	616
Nachsteuer- / Bussenverfahren	36	56	59	42

Erledigte Veranlagungen

Im Jahr 2024 wurden folgende Veranlagungen erledigt:

Erledigte Veranlagungen	2021	2022	2023	2024
Einkommens- und Vermögenssteuer	25 197	25 419	26 580	31 664
Gewinn- und Kapitalsteuern	5 167	4 747	5 792	4 920
Wertschriften / Verrechnungssteuer	17 475	20 641	23 077	22 155
Handänderungssteuern	1 636	2 018	1 746	1 523
Grundstückgewinnsteuern	609	825	645	627
Nachsteuer- / Bussenverfahren	99	44	60	64

Pendente Einsprachen

Per 31. Dezember 2024 waren für alle Steuerarten insgesamt 33 Einsprachen pendent (Vorjahr: 31 Einsprachen), die vor dem 1. Oktober 2024 bei der Steuerverwaltung eingegangen sind. Die Gründe für die unerledigten Einsprachen lagen in den meisten Fällen darin, dass ein Gerichtsentscheid oder die Steueranlagung eines anderen Kantons abgewartet werden musste.

Pendente Fälle vor gerichtlichen Behörden

Pendente Fälle	31.12.23	neue Fälle	erledigt	31.12.24
vor Steuerrekurskommission	18	9	1	26
vor Verwaltungsgericht		1	1	
vor Bundesgericht				
Total	18	10	2	26

Grundstückschätzungen nichtlandwirtschaftliche Grundstücke

Erledigte Schätzungen	2021	2022	2023	2024
Steuerschätzungen	1 447	752	472	433
Verkehrswertschätzungen	66	48	70	28
Total	1 513	800	542	461

* Seit dem 1. Mai 2018 werden die landwirtschaftlichen Schätzungen durch das Amt für Landwirtschaft und Umwelt durchgeführt.

Nebst den ordentlichen Neuschätzungen von Grundstücken infolge Neubaus, Umbaus oder Anbaus wurden im Auftrag von Dritten insgesamt 28 nichtlandwirtschaftliche Verkehrswertschätzungen mit einem Schätzungswert von rund 35,5 Millionen Franken, 15 Projektschätzungen, fünf Nutzniessungen, neun Spezialbewertungen und eine Bewertung von Dienstbarkeiten durchgeführt. Per 31. Dezember 2024 war aufgrund der Neuschätzungen noch eine offene Einsprache vorhanden.

Mit dem Projekt „Grundstückbewertung“ waren die Schätzer auch im Jahr 2024 neben dem Tagesgeschäft intensiv in die Projektarbeit und der damit verbundenen Tests der neuen Bewertungssoftware bzw. in die Vorarbeiten zur zukünftigen Neubewertung eingebunden.

4.3 Sicherheits- und Sozialdepartement

Das Sicherheits- und Sozialdepartement (SSD) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*	
	2023	2024
Departementssekretariat (inkl. Chef kantonalen Führungsstab)	2.33	2.73
Amt für Justiz	10.30	10.30 ¹
Kantonspolizei	71.7	74.7 ²
Sozialamt	22.15	22.15 ³
Staatsanwaltschaft	9.25	9.25
Gesundheitsamt	3.35	3.35 ⁴
Insgesamt	119.08	122.48

* Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹Amt für Justiz: zusätzlich 0.4 Vollzeitstellen für Kommissionssekretariate und Aktuarate ab 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2025 befristet.

²Kantonspolizei: zusätzlich 3.0 Vollzeitstellen vom Bund finanziert für Aufgaben bezüglich dem Bundesasylzentrum Glaubenberg befristet bis 30. Juni 2028.

³Sozialamt: zusätzlich 17 Vollzeitstellen für die Betreuung und Unterbringung Ukraine Schutzsuchende vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025 befristet.

⁴Gesundheitsamt: zusätzlich 0.8 Vollzeitstellen für wissenschaftliche Mitarbeit bis 31. Dezember 2025 befristet.

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

1.1.2	Stärkung der öffentlichen Sicherheit	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die gesetzlichen, technischen und operativen Grundlagen für das kantonale Bedrohungsmanagementsystem liegen vor.	teilweise erreicht: Der operative Betrieb ist gestartet, die gesetzlichen Grundlagen sind im Rahmen der Revision Polizeigesetz anzupassen.
1.3.1	Gesundheitsstrategie	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Zur Versorgungsstrategie im Akutbereich sind auf Basis der Verbundlösung die Rechtsform, die Finanzierungsform sowie die Gesetzesgrundlagen erarbeitet und verabschiedet.	teilweise erreicht: Die Gesetzesgrundlagen, die Rechtsform und die Finanzierungsform für die Verbundlösung sind erarbeitet. Die Verabschiedung zuhanden des Kantonsrats erfolgt im Jahr 2025.
	Die gesetzlichen Grundlagen und Konzepte für die Umsetzung der Pflegeinitiative sind erarbeitet.	erreicht

1.4.1	Sicherstellung der sozialen Sicherheit	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Umsetzung des Pilotprojektes „Selbstständig Wohnen“ im Rahmen Optimierung Behindertenwesen Kanton Obwalden ist mit der Stiftung Rütimattli gestartet.	erreicht
3.3.1	Verlässliche Partnerschaft	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Zusammenarbeit mit dem Regionalen Sozialdienst Obwalden ist geklärt und die Zusammenarbeitsstrukturen sind sowohl mit den Einwohnergemeinden als auch mit dem Regionalen Sozialdienst festgelegt.	erreicht
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Das Projekt Entwicklung Areal Foribach wird aus Nutzersicht unterstützt.	teilweise erreicht: Das Raumprogramm ist auf Kürzungsmöglichkeiten überprüft und leicht angepasst worden.

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2024	Stand der Umsetzung
Revision Polizeigesetz (Grundlage für Bedrohungsmanagement, Grundlage für Datenaustausch im Abrufverfahren im Hinblick auf Vision2025, PICAR und weitere Systeme)	in Arbeit: Die Umsetzung verläuft gemäss dem aktualisierten Zeitplan. Die Systematik ist festgelegt und die Erarbeitung der Normen sowie des Berichtsentwurfs ist im Gange. Voraussichtliche Behandlung im Kantonsrat im 2026.
Revision Gefängnisordnung	zurückgestellt: Aus Ressourcengründen wird die Revision Gefängnisordnung nicht prioritär bearbeitet.
Revision Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug sowie die Bewährungshilfe (Strafvollzugsverordnung)	zurückgestellt: Aus Ressourcengründen wird die Revision der Verordnung nicht prioritär bearbeitet.
Nachtrag zur kantonalen Ordnungsbussenverordnung / allenfalls Anpassung anderer Erlasse (Umsetzung der totalrevidierten eidg. Ordnungsbussengesetzgebung)	zurückgestellt: Aus Ressourcengründen wird der Nachtrag nicht prioritär bearbeitet und auf 2028 ff. verschoben.
Umsetzung Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (Umsetzung Pflegeinitiative)	in Kraft: 1. Juli 2024
Nachtrag Veterinärsgesetz (Anpassung Sanktionsmassnahmen aufgrund Bundesgerichtsentscheid)	in Kraft: 1. Dezember 2024

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Interkantonale Zusammenarbeit

Standortplanung für künftige Bundesasylzentren

Die Standortplanung für ein dauerhaftes Bundesasylzentrum in der Asylverfahrensregion Tessin und Zentralschweiz ist weiter fortgeschritten. Geplant sind zwei Standorte mit jeweils 170 Plätzen. Einer davon ist im Kanton Schwyz geplant, konkret auf dem bisherigen Campingplatz Buosigen in der Gemeinde Arth. Der zweite Standort ist im Kanton Luzern geplant. Der Regierungsrat des Kantons Luzern hat eine Projektgruppe eingesetzt, die mit der Suche nach einem zweiten geeigneten Standort mit 170 Plätzen beauftragt ist.

Befristetes Bundesasylzentrum Glaubenberg

Da die Standortsuche für zwei dauerhafte Bundesasylzentren noch Zeit in Anspruch nehmen wird, wurde der Betrieb des befristeten Bundesasylzentrums mit 340 Plätze auf dem Glaubenberg bis 30. Juni 2028 mit der Einwohnergemeinde Sarnen und dem Bund verlängert. Gleichzeitig wurde der Vertrag mit dem Kanton Luzern für den Vollzug der Wegweisungsentscheide bis zu diesem Datum verlängert.

30 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher nach dessen besonderen Anordnung insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung.

Der kantonale Führungsstab ist ein Stabsorgan des Regierungsrats zur Bewältigung von grossen Schadenereignissen, Katastrophen und Notlagen. Der Stab plant, koordiniert und kontrolliert die Vorbereitungen zur Bewältigung von grossen Schadenereignissen, Katastrophen und Notlagen, soweit sich diese nicht auf eine Gemeinde alleine beschränken.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Koordination der kantonalen Massnahmen für die Nutzung des Truppenlagers Glaubenberg als Bundeszentrum für Asylsuchende	ausgeführte Aktivitäten: – Laufende Koordination mit dem Bund und der Asylverfahrensregion – Vertragliche Verlängerung des befristeten Betriebs mit 340 Plätzen bis Mitte 2028 – Unterstützung zur Vertragserarbeitung des Kantons Luzern für den Wegweisungsvollzug Kommentar: Der Betrieb läuft planmässig.
Unterstützung des Projekts Entwicklung Areal Foribach aus Nutzersicht	ausgeführte Aktivitäten: – Unterstützung bei der Erstellung der Machbarkeitsstudie – Überprüfung und Vertretung der Nutzerbedürfnisse bei der Überarbeitung des Raumprogramms – Unterstützung bei der Variantenprüfung zum Standort des Verkehrssicherheitszentrums Kommentar: Die Projektphase „Machbarkeitsstudie“ ist abgeschlossen.

Beschwerdestatistik

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Sicherheits- und Sozialdepartement)

	2023	2024
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	21	17
Übertrag vom Vorjahr	10	13

Neueingänge Geschäftsjahr	11	4
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	4	5
– gutgeheissen		1
– teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen	2	
– nicht eingetreten	2	4
Ohne Entscheid des Regierungsrats: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	4	1
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	13	11

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Sicherheits- und Sozialdepartements

	2023	2024
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	0	1
Übertrag vom Vorjahr		
Neueingänge Geschäftsjahr		1
Erledigt durch Entscheid des Departements:	0	1
– gutgeheissen		
– teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen		
– nicht eingetreten		1
Ohne materiellen Entscheid des Departements: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	0	0
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	0	0

Vernehmlassungen

Im Berichtsjahr wurden zwei eidgenössische Vernehmlassungen von höherer politischer Relevanz zur Beratung durch den Regierungsrat eingereicht.

- Änderung des Kriegsmaterialgesetzes
- Verordnung über die Krisenorganisation der Bundesverwaltung

Neben den durch den Regierungsrat eingereichten Stellungnahmen hat das Departement die Möglichkeit, direkt Stellungnahmen an die zuständigen Bundesstellen einzureichen. Dabei handelt es sich in der Regel um Vorlagen von geringer politischer Relevanz oder um sogenannte technische Geschäfte. Im Berichtsjahr übermittelte das Sicherheits- und Sozialdepartement 40 solcher Stellungnahmen an den Bund sowie 21 an interkantonale Konferenzen oder andere Institutionen.

Unterstützung der Ämter und weitere Aufgaben

Das Departementssekretariat unterstützte im Berichtsjahr die Amtsstellen bei der Vorbereitung zahlreicher Geschäfte zuhanden des Regierungsrats. Es handelte sich insbesondere um Nachträge zu

Ausführungsbestimmungen, den Abschluss von Leistungsvereinbarungen und die Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen. Als Koordinationsstelle hat das Departementssekretariat die Erstellung des Untersuchungsberichts zur Spitex Obwalden übernommen und unterstützt im Projekt „Versorgungsstrategie im Akutbereich“ das Gesundheitsamt bei der Erarbeitung der Verbundlösung zwischen dem Kantonsspital und der Luzerner Kantonsspital AG (LUKS Gruppe). Im Weiteren war das Departementssekretariat bei der Erarbeitung der kantonalen Grundlagen für die Umsetzung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege eingebunden.

3010 Kantonaler Führungsstab

Einsätze

Im Jahr 2024 hatte der Kantonale Führungsstab keine Einsätze zu bewältigen.

Ausbildung

Im Juni 2024 fand ein Ausbildungshalbtag statt, der den Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit innerhalb des Stabs sowie die praxisorientierte Bearbeitung eines Fallbeispiels legte. Im Oktober folgte ein Ausbildungs- und Informationstag, an dem auch Vertreter aller Einwohnergemeinden teilnahmen. Im Mittelpunkt stand hierbei die innerkantonale Kommunikation in Ereignisfällen.

Zusätzlich tauschten sich der Kantonale Führungsstab und die Gemeindeführungsorgane über die Herausforderungen bei der Organisation der Ukrainekonferenz auf dem Bürgenstock sowie die daraus gewonnenen Erkenntnisse aus. Ein weiteres Thema war der Fortschritt beim Bau des Hochwasserentlastungstollens.

Zum Jahresende gab der langjährige Stabschef des Kantonalen Führungsstabs nach 17 Jahren sein Amt ab.

31 Amt für Justiz

Das Amt für Justiz ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gesetzgebung im Zivil-, Straf- und teilweise im Verwaltungsrecht (inkl. Prozessrechte), Wahl- und Abstimmungsrecht, Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht und Anwaltsrecht, Begnadigungen, Opferhilfe (Genugtuung und Entschädigung), Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, Schlichtungswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Operative Umsetzung Nachtrag zum Datenschutzgesetz	ausgeführte Aktivitäten: – Keine Kommentar: Aufgrund von Ressourcengründen wurde das Projekt priorisiert und zurückgestellt.
Umsetzung der Totalrevision des Eidgenössischen Ordnungsbussengesetzes	ausgeführte Aktivitäten: – Keine Kommentar: Aufgrund von Ressourcengründen wurde das Projekt priorisiert und zurückgestellt.
Durchführung Pilotprojekt Zusammenführung Kommissionen im Amt für Justiz	ausgeführte Aktivitäten: – Pilotprojekt weitergeführt – Massnahme: Nachtrag Ausführungsbestimmungen über die Entschädigung der Anwaltskommission und der Notariatskommission Kommentar: Der Postulatsbericht wird im Jahr 2025 erstellt.

3100 Amtsleitung

Ordentliche Einbürgerungen

Im Jahr 2024 wurde die Informationsveranstaltung, die für einbürgerungswillige Personen im ordentlichen Verfahren obligatorisch ist, zweimal durchgeführt. Es nahmen insgesamt 72 Personen teil. Die Veranstaltung bezweckt zum einen die verbesserte Mitwirkung der einbürgerungswilligen Personen im Verfahren, zum anderen eine bewusstere Vorbereitung auf die Einbürgerung.

Für Gesuche um ordentliche Einbürgerung ist die kantonale Einbürgerungskommission zuständig. Das Amt für Justiz amtiert als Sekretariat der Einbürgerungskommission und tätigt somit unter anderem die Abklärungen im Zusammenhang mit den Gesuchen (vgl. dazu die Ausführungen zur Einbürgerungskommission).

Erleichterte Einbürgerungen

Über die erleichterte Einbürgerung von ausländischen Personen entscheidet abschliessend der Bund. Hier steht die Einbürgerung eines ausländischen Ehepartners einer Schweizerin beziehungsweise eines Schweizers im Vordergrund. Das Amt für Justiz wirkte an 42 Gesuchen um erleichterte Einbürgerung mit (Vorjahr 42). Davon wurde in 29 Gesuchen das Bürgerrecht des Kantons Obwalden erteilt und bei

13 Gesuchen handelte es sich um die Erteilung eines ausserkantonalen Bürgerrechts an Personen mit Wohnsitz in Obwalden.

Aufsicht über die Gemeinden

Die Aufsicht des Regierungsrats über die Gemeinden wird (ohne Finanzaufsicht) vom Amt für Justiz ausgeübt und im Wesentlichen über das Beschwerdewesen und die Erlassgenehmigung wahrgenommen. Im Übrigen kann die Gemeindeaufsicht aus Ressourcengründen nur passiv wahrgenommen werden. Dies aufgrund von Ausfällen und längeren Vakanzen bei den Mitarbeitenden, was auch zu längeren Bearbeitungszeiten führte. Die Aufsicht im Einwohnerkontrollwesen und das Nachführen der kommunalen Erlasssammlung konnten nicht mehr wahrgenommen werden.

Folgende Beschwerdefälle waren zu bearbeiten:

	2023	2024
Übertrag vom Vorjahr	8	12
Eingänge	11	3
Erledigungen	7	5
Übertrag auf das folgende Jahr	12	10

Zwei der hängigen Fälle stammen aus dem Jahr 2021, zwei Fälle aus dem Jahr 2022, fünf Fälle aus dem Jahr 2023 und einer aus dem Jahr 2024. Von den erledigten Fällen stammten zwei aus dem Jahr 2020, einer aus dem Jahr 2021 und zwei Fälle aus dem Jahr 2024, letztere waren dringlich zu bearbeiten. Die aktuell benötigte Zeitdauer bis zur Beschwerdenerledigung beträgt durchschnittlich vier Jahre.

Zudem wurden 26 kommunale Erlassentwürfe (Vorjahr: 32) der Vorprüfung unterzogen. In diesem Zusammenhang wurden 20 Vorprüfungsberichte erstellt (Vorjahr: 24). Die aktuell benötigte Zeitdauer bis zur Erstellung der Vorprüfungsberichte beträgt durchschnittlich sieben Monate. 30 Erlasse (Vorjahr: 16) und 17 Entscheide (Vorjahr: 12) wurden für die Genehmigung durch den Regierungsrat vorbereitet.

Namensänderungen

Im Berichtsjahr wurden acht Gesuche um Namensänderung erledigt (Vorjahr: 9), 13 Gesuche sind eingegangen. Von den erledigten Gesuchen stammten zwei aus dem Jahr 2022, drei aus dem Jahr 2023 und drei aus dem Jahr 2024. 17 Gesuche (Vorjahr: 12) wurden auf das Folgejahr übertragen. Die aktuell benötigte Zeitdauer bis zur Erledigung des Gesuchs beträgt durchschnittlich zwei Jahre. Bei einem Gesuch für die Änderung des Vornamens variiert die durchschnittliche Bearbeitungsdauer je nach Fall zwischen mehreren Monaten bis zu zwei Jahren.

Opferhilfe (Entschädigung und Genugtuung)

Im Berichtsjahr wurden drei Fälle im Bereich der Opferhilfe entschieden (Vorjahr: 0), davon wurden zwei Gesuche abgeschrieben und eines abgewiesen. Acht Gesuche wurden auf das folgende Jahr übertragen, wovon sechs Gesuche sistiert sind. Die beiden nicht sistierten Fälle sind per Ende des Berichtsjahrs seit etwa eineinhalb Jahren hängig. Nach dem eidgenössischen Opferhilfegesetz sehen die Kantone ein einfaches und rasches Verfahren im Opferhilfebereich vor.

Aktuariat und Sekretariat der Kommissionen und Schlichtungsbehörde

Die Anwalts-, die Notariats- und die Steuerrekurskommission hatten bisher je ein eigenes Sekretariat und Aktuariat. Bereits im Frühjahr 2021 wurde im Rahmen des Projekts „Professionalisierung der Kommissionen“ begonnen, den organisatorischen Handlungsbedarf im Bereich der Kommissionen abzuklären, um die Strukturen, Abläufe und Grundlagen der Kommissionen im Amt für Justiz den heutigen und zukünftigen Anforderungen anzupassen. Im Sommer 2022 wurden die Sekretariate und Aktuarate der Anwalts-, der Notariats- und der Steuerrekurskommission zentralisiert und in die Amtsleitung des Amts für Justiz integriert; dies im Rahmen eines Pilotprojekts, welches bis 2025 dauern soll. Als zentrale Erkenntnis kann jetzt schon festgestellt werden, dass die Ressourcen der Anwalts-, Notariats- und Steuerrekurskommission voraussichtlich nicht ausreichen, um ein professionelles Sekretariat und Aktuariat zu betreiben.

Das Sekretariat der Schlichtungsbehörde konnte nur durch eine befristete Umnutzung von internen Stellen in der Höhe von 30 Stellenprozenten weiter betrieben werden.

Enteignung

Es ist ein Gesuch um Erteilung des Enteignungsrechts eingegangen. Aus Ressourcengründen konnte das Gesuch nicht erledigt werden. Ebenso musste die geplante Erarbeitung einer Praxishilfe zum kantonalen Enteignungsgesetz zurückgestellt werden.

3101 Sekretariat der Steuerrekurskommission

Die kantonale Steuerrekurskommission ist die von der Steuerbehörde unabhängige, richterliche Rekursbehörde. Sie unterliegt als erstinstanzliches Gericht der Aufsicht des Obergerichts und der Rechtspflegekommission. Das Verhältnis zur Staatsverwaltung ist grundsätzlich nur noch organisatorischer Natur, namentlich im Personalbereich (Wahl und Entschädigung des Kommissionssekretariats) sowie den Finanzbereich. Das Sekretariat der Steuerrekurskommission besteht aus zwei Personen mit je fünf Stellenprozenten. Die Steuerrekurskommission übt auch Aufgaben im Bereich des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgaben aus. Im Übrigen kann für die Tätigkeit der Steuerrekurskommission auf den Amtsbericht über die Rechtspflege verwiesen werden.

3102 Anwaltskommission

Die Anwaltskommission ist die Aufsichts- und Disziplinarbehörde über die Anwältinnen und Anwälte. Sie nimmt die Anwaltsprüfung ab und erteilt das Anwaltspatent. Ferner entscheidet sie über die Befreiung vom Berufsgeheimnis.

Das aktuelle Anwaltsregister und die EU/EFTA-Liste sind im Internet aufgeschaltet unter www.ow.ch (Suche: Anwaltsregister). Ende 2024 waren 33 Anwältinnen und Anwälte im Anwaltsregister des Kantons Obwalden und vier Anwältinnen und Anwälte in der EU/EFTA-Liste eingetragen.

	Alte	Neue	Total	Erledigt	Pendent
Anwaltsregister / EU/EFTA-Liste					
– Eintragung Anwaltsregister		5	5	5	
– Eintragung EU/EFTA-Liste					
– Löschung		1	1	1	
Anwaltspraktikum					
Praktikumszulassung					
Disziplinaraufsicht	5	1	6	1	5
Zwischenentscheide					
Endentscheide	5	1	6	1	5
Entbindung vom Berufsgeheimnis		1	1		1
Sonstiges		3	3	2	1

Anwaltsprüfungen

Im Herbst 2024 haben zwei Kandidaten die schriftlichen Prüfungen bestanden und müssen anfangs 2025 jeweils die mündlichen Prüfungen wiederholen.

	Neu	Wiederholung	Total	Bestanden
Anwaltsprüfung				
Kandidaten Frühling 2024	2	1	3	2
Kandidaten Herbst 2024	2		2	

2023 sind gegen die Anwaltskommission zwei Rechtsverzögerungsbeschwerden beim Verwaltungsgericht eingereicht worden. Allerdings trat dieses auf beide Beschwerden nicht ein. Die Entscheide sind rechtskräftig.

3103 Notariatskommission

Die Notariatskommission ist die Aufsichts- und Disziplinarbehörde über die kantonalen Urkundspersonen. Sie nimmt die kantonale Eignungsprüfung ab und erteilt bzw. entzieht die Beurkundungsbefugnis. Ferner entscheidet die Notariatskommission über die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht.

Das aktuelle Verzeichnis der Urkundspersonen ist im Internet aufgeschaltet unter www.ow.ch (Suche: Urkundspersonen). Ende 2024 waren 27 Urkundspersonen befugt, auf dem Gebiet des Kantons Obwalden öffentliche Beurkundungen vorzunehmen.

Folgende Fälle waren zu bearbeiten:

	Alte	Neue	Total	Erledigt	Pendent
Beurkundungsbefugnis					
– Erteilung		1	1		1
– Erlöschen		1	1		1
– Wiederteilung					
Disziplinaraufsicht	4	3	7	3	4
Entbindung Verschwiegenheitspflicht					
Sonstiges		1	1		1

Anwaltsprüfungen

	Neu	Wiederholung	Total	Bestanden
Eignungsprüfung				
Kandidaten		2	2	1

Im Berichtsjahr hat das Verwaltungsgericht eine im Jahr 2023 eingereichte Beschwerde gegen einen Entscheid der Notariatskommission abgewiesen. Der Entscheid ist rechtskräftig. Die im Jahr 2022 eingereichte Aufsichtsbeschwerde gegen die Notariatskommission ist noch hängig.

3104 Einbürgerungskommission

Die Einbürgerungskommission ist auf kantonaler Ebene zuständig für Entscheide im Zusammenhang mit dem Bürgerrecht. Im Berichtsjahr fanden zwei Kommissionssitzungen statt. Aus Gründen der Priorisierung der Aufgaben wurde keine weiteren Kommissionssitzungen durchgeführt. Im Berichtsjahr wurde daher insgesamt an 26 Personen in 17 Gesuchen (Vorjahr 42 Personen in 26 Gesuchen) die Zusicherung des Bürgerrechts erteilt.

Folgende Fälle waren zu bearbeiten (Anzahl Personen):

	Alte	Neue	Total	Erledigt	Pendent
Ordentlicher Erwerb durch ausländische Personen					
– Kantonale Einbürgerung	44	29	73	36*	37**
– Nichtigerklärung					
Personen mit CH-Bürgerrecht					
– Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht					
– Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht	0	4	4	3	1

* Das Gesuch einer Person wurde vom Sekretariat abgeschrieben. Allen übrigen erledigten Gesuchen konnte entsprochen werden.

** Von den pendenten Gesuchen wurde an 17 Personen die Zusicherung des kantonalen Bürgerrechts erteilt.

311 Abteilung Betreuung und Konkurs

3110 Betreuung

Im Berichtsjahr stellt sich die Statistik wie folgt dar:

	2021	2022	2023	2024
Zahlungsbefehle	5 168	5 216	6 111	6 547
Konkursandrohungen	151	105	121	135
Pfändungsvollzüge	2 667	2 830	3 190	3 624
Verwertungen	1 771	2 021	2 228	2 571

Bei den Verwertungen handelt es sich um Lohn- bzw. Verdienstpfindungen, Ertragspfändungen, Sach- und Grundstücksverwertungen. Es mussten sieben Arreste (Vorjahr: 5) vollzogen werden. Begehren um Retention wurden keine gestellt (Vorjahr: 2). Im Eigentumsvorbehaltsregister mussten acht Eintragungen (Vorjahr: 9) vorgenommen werden.

3111 Konkurs

Im Berichtsjahr stellt sich die Statistik wie folgt dar:

	2021	2022	2023	2024
Konkurse	19	8	13	20
Konkursamtliche Erbschaftsliquidationen ZGB 573	17	11	18	18
Liquidationen OR 731b	11	19	20	19
Total	47	38	51	57
Abgeschlossene Verfahren	55	47	51	49
Wirtschaftlicher Gesamtverlust (Fr.)	3 468 939.–	19 193 521.–	2 807 406.–	11 652 072.–

Neben den aufgeführten Verfahren bearbeitete die Dienststelle Konkurs vier Rechtshilfeersuchen (Vorjahr: 6). Es mussten fünf öffentliche Inventare erstellt werden (Vorjahr: 7).

313 Schlichtungsbehörde

Im Berichtsjahr konnte die kantonale Schlichtungsbehörde durch ihre Arbeit zahlreiche Gerichtsverfahren vermeiden. Mit Ausnahme der Fälle im Mietrecht und im Gleichstellungsrecht, in welchem die Schlichtungsbehörde paritätisch zusammengesetzt ist, erledigte der Präsident die anfallenden Geschäfte alleine. Neben dem gestiegenen Aufwand für die Bearbeitung der Fälle hat sich gezeigt, dass die Koordination der Termin mit allen Parteien zunehmend aufwändiger wird.

Allgemeiner Bereich

	2023	2024
Übertrag vom Vorjahr	51	84
Neueingänge Geschäftsjahr	118	104
Total eingegangene Fälle	169	188
Einigung	15	10
Urteilsvorschlag	7	4

Entscheid	1	0
Anderweitig erledigt	20	31
Klagebewilligung	42	42
Total erledigte Fälle	85	87
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	84	101

Von den hängigen Fällen stammt ein Fall aus dem Jahr 2017, ein Fall aus dem Jahr 2019, ein Falls aus dem Jahr 2021, sieben Fälle aus dem Jahr 2022 sowie 14 Fälle aus dem Jahr 2023. Die Fälle aus den Jahren 2017, 2019, 2021, 2022 sowie aus dem Jahr 2023 sind sistiert.

Bereich Miete und Pacht

	2023	2024
Übertrag vom Vorjahr	12	17
Neueingänge Geschäftsjahr	58	43
Total eingegangene Fälle	70	60
Einigung	13	12
Urteilsvorschlag	1	0
Entscheid	0	1
Anderweitig erledigt	22	18
Klagebewilligung	17	2
Total erledigte Fälle	53	33
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	17	27

Von den hängigen Fällen stammen zwei Fälle auf dem Jahr 2022 und zwei Fälle aus dem Jahr 2023. Die Fälle aus den Jahren 2022 und 2023 sind sistiert.

Bereich Gleichstellungsgesetz / Betreuungsverhältnisse

Im Bereich Gleichstellungsgesetz waren keine Fälle zu verzeichnen. Aus Betreuungsverhältnissen gemäss Art. 13 der kantonalen Verordnung über die Leistungsangebote in den Bereichen Sozialpädagogik, Sonderschulung und Förderung von Menschen mit einer Behinderung (GDB 410.13) waren keine Streitigkeiten zu beurteilen.

314 Zivilstandswesen

Die Aufsichtsbehörde konnte aus Ressourcengründen im Berichtsjahr keine Forschergesuche bearbeiten (Vorjahr: 3). Ende 2024 waren drei Gesuche hängig, wovon ein Fall noch aus dem Jahr 2023 stammt. Die aktuell benötigte Zeitdauer bis zur Erledigung der Gesuche beträgt über ein Jahr. Im Weiteren wurde über das Gesuch betreffend die Sommeröffnungszeiten des Zivilstandsamtes entschieden.

Das Zivilstandsinspektorat, welches durch die Aufsichtsbehörde des Kantons Luzern wahrgenommen wird, bearbeitete 183 ausländische Urkunden über Obwaldner Bürgerinnen und Bürger.

Kantonale Kreisschreiben, rechtskräftige Verwaltungsentscheide oder Verwaltungsverfügungen erfolgten zum Zivilstandsdienst keine.

32 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus, ist durch Aufklärung und Präsenz präventiv tätig, leistet der Bevölkerung Hilfe und ist ständig erreichbar. Es sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt, bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet. Die Dienststelle Straf- und Massnahmenvollzug stellt den Vollzug von Strafen und Massnahmen sowie die damit verbundene Bewährungshilfe und die soziale Betreuung sicher. Im Bereich Militär und Bevölkerungsschutz sind die Dienststellen Militär, Zivilschutz und Feuerwehr für den Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlage bei ausserordentlichen Lagen und Katastrophen sowie im Falle eines bewaffneten Konflikts zuständig. Sie tragen dazu bei, Schäden zu begrenzen.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Schaffung eines kantonalen Bedrohungsmanagements	ausgeführte Aktivitäten: – Aufnahme des Betriebs Kommentar: Die Gesetzesgrundlage wird im Rahmen der Revision des Polizeigesetzes geschaffen.
VISION 2025: Gemeinsame Polizei-Einsatzleitzentrale mit den Kantonen Luzern und Nidwalden; Vorbereitung der Entscheidungsgrundlagen und Umsetzung im Rahmen der Projektplanung	ausgeführte Aktivitäten: – Vorliegen der Datenschutzfolgeabklärung Kommentar: Das Projekt ist im Zeitplan.
Schrittweise Schliessung der Wirkungsdefizite im Bereich der öffentlichen Sicherheit	ausgeführte Aktivitäten: – Beurteilung der Handlungsmöglichkeiten – Schaffung von zusätzlichen Polizeistellen Kommentar: Um die akuten Wirkungsdefizite anzugehen, wird eine Verichtsplanung erstellt.
Anpassung der Zivilschutzorganisation an aktuelle und kommende Anforderungen und Aufgaben	ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung des Konzepts Kommentar: Die Umsetzung ist für 2026 vorgesehen.
Stärkung der polizeilichen Prävention als Gegenstrategie zu hohen Kriminalfallzahlen	ausgeführte Aktivitäten: – Keine Kommentar: Aus Ressourcengründen kann die Stärkung der polizeilichen Prävention nicht prioritär bearbeitet werden.

3205 Polizeikorps

Neuorganisation Kommandoabteilung

Die Kommandoabteilung, als Erbringerin von Querschnittsleistungen für das ganze Amt, überprüfte die Prozesse, die Organisation und nahm grössere Anpassungen vor. Sie weist organisatorisch nun drei, statt bisher sechs Bereiche auf. Es sind dies Projekte- und Polizeitechnik, Betrieb und Abteilungsleitung. Die vielen Projekte aus dem Amt Kantonspolizei werden durch den Leiter Projekte- und Polizeitechnik konsequent in einem Projektportfolio geführt, laufend beurteilt und priorisiert. Sämtliche intern anfallenden Arbeiten sind nun papierlos und zentral via MS Teams organisiert (Planer). Ebenso läuft die gesamte Kommunikation innerhalb der Abteilung auf dieser Plattform. Noch vorhandene Papierdokumente werden laufend digitalisiert abgespeichert. Die zwischenzeitlich erfolgte Neustrukturierung der Ablage im Records Management System (eDocs) führt zum schnelleren Auffinden, Bearbeiten und Archivieren von Dokumenten.

Siedlungsverträgliche Ortsdurchfahrten; Signalisation und Markierungen auf öffentlichen Verkehrsflächen

Das Gesamtverkehrskonzept des Regierungsrats von 2021 zielt einerseits auf die verbesserte Koexistenz der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden ab und andererseits auf siedlungsverträgliche Ortsdurchfahrten. In der Umsetzung ist die Kantonspolizei bezüglich Signalisationen und Markierungen direkt eingebunden. Diese gestaltet sich mit den sehr unterschiedlichen Erwartungen der Anspruchsgruppen zunehmend schwieriger, was sich teilweise in emotionalen, bis hin zu nicht mehr ganz sachbezogenen Diskussionen zeigt.

Auf Gesuchseingang der Strasseneigentümer beurteilt und verfügt die Kantonspolizei im Auftrag des Departements Signalisationen und Markierungen auf öffentlichen Verkehrsflächen nach den aktuellen Bestimmungen des nationalen Strassenverkehrsrechts. Diese an sich klare Rolle wird zunehmend von Personen und Interessengruppen mit teilweise diametralen Ansichten in Frage gestellt, was zu aufwändigeren Bewilligungs- und Beschwerdeverfahren sowie für alle Involvierten zu erheblichem Mehraufwand und teilweise sehr langer Verfahrensdauer führt. Ganz grundsätzlich gilt, dass diese Verwaltungsaufgabe keine verkehrspolitische Plattform sein kann, bei welcher das Strassenverkehrsrecht gestaltet oder neu interpretiert wird.

Kapitaldelikte im Zusammenhang mit dem neuen Einvernahmeraum

Wie in den Vorjahren, hatte die Kantonspolizei auch im Berichtsjahr wieder Kapitaldelikte zu bearbeiten. Speziell zu erwähnen dabei sind eine Freiheitsberaubung und eine versuchte Tötung. Dazu kamen mehrere Fälle im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Integrität, beispielsweise zwei Tatbestände der sexuellen Handlungen mit Kindern, fünf Fälle der sexuellen Nötigung, vier Fälle der Vergewaltigung und einmal der Tatbestand der Schändung. Gerade bei Delikten gegen die sexuelle Integrität, aber auch bei weiteren Gewaltdelikten, handelt es sich oftmals um sogenannte Vieraugendelikte. Vielfach widersprechen sich die Aussagen der mutmasslichen Opfer und der Beschuldigten in diesen Fällen diametral. Fehlen klare weitere Beweise, so kommt der Glaubwürdigkeit dieser Aussagen für die gerichtliche Beurteilung ein hohes Gewicht zu. Dabei sind insbesondere die zeitnahen Einvernahmen bei der Polizei von entscheidender Bedeutung. Dies wurde auch bei der Revision der Strafprozessordnung erkannt, welche im vergangenen Jahr in Kraft getreten ist, und die im Verfahren beteiligten Personen wurden im Umgang mit den Betroffenen und zur Thematik geschult. Neu können auch im Vorverfahren, also auch in der Strafuntersuchung, Einvernahmen in Bild und Ton aufgezeichnet werden, ohne diese fortlaufend protokollieren zu müssen. Auch wenn auf ein Obligatorium zur audiovisuellen Aufzeichnung von Einvernahmen verzichtet worden ist, entspricht es doch dem Anspruch des Gesetzgebers dieses Mittel zukünftig vermehrt einzusetzen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, konnte die Kantonspolizei zusammen mit der Staatsanwaltschaft im vergangenen Jahr einen Einvernahmeraum mit entsprechender Technik bestücken. Dieser Raum bewährte sich bereits anlässlich von mehreren Einvernahmen sehr.

3250 Zivilschutz

Schutzbauten

Die geopolitische Lage hat in den letzten Jahren in der Schweiz das Bewusstsein für den Bevölkerungsschutz und den Bau resp. Erhalt von Schutzbauten verstärkt. Das in Zusammenarbeit mit den Kantonen

und dem BABS erarbeitete Konzept Schutzbauten dient als Planungsgrundlage für die Weiterentwicklung und den Werterhalt der Schutzräume und der Schutzanlagen für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Schutzräume dienen der Bevölkerung als Notunterkünfte bei Katastrophen und Notlagen. Im Grundsatz besteht für die ganze ständige Wohnbevölkerung bei oder in der Nähe der Meldeadresse ein Schutzplatz. Mit den Schutzanlagen für Krisenorganisationen hingegen werden primär die Führungsfähigkeit und die Bereitschaft der Mittel des Bevölkerungsschutzes sichergestellt. Das Konzept befasst sich auch mit dem künftigen Bedarf an Schutzanlagen in den Kantonen. Dabei erfüllen nicht mehr alle Schutzanlagen in Obwalden die Kriterien des Bundes, zwei der neun Anlagen scheiden aus der Bedarfsplanung aus. Bei den Kontrollen von privaten und öffentlichen Schutzräumen zeigt sich nach Abschluss von bisher drei der sieben Einwohnergemeinden ein erheblicher Sanierungsbedarf in den nächsten Jahren. Viele ältere Lüftungsanlagen, Dichtungen usw. müssen ersetzt werden, damit die Schutzwirkung bei entsprechenden Ereignissen auch weiterhin bestehen bleibt.

3251 und 3252 Schadenwehr und Feuerwehrrasse

Alarmierung bei Stromausfall

In den letzten Jahren fiel die Telefonie im Kanton mehrmals für Stunden aus, was insbesondere für die Alarmierung der Einsatzkräfte sehr problematisch sein kann. Mit solchen Störungen bei den immer komplexeren Systemen und Vernetzungen ist auch künftig zu rechnen. Die Feuerwehren im Kanton sind nun im Ersteinsatzelement wieder mit einem Pager-System ausgerüstet, welches unabhängig von der Telefonie funktioniert. Über das geschützte Funksystem POLYCOM kann die Einsatzleitzentrale der Kantonspolizei Aufgebote vornehmen, die lokal empfangen werden können und damit auch bei einer Störung der Telefonie oder Stromausfällen erste Aufgebote der Feuerwehren auslösen. Die Einsatzleitzentrale der Kantonspolizei selbst verfügt über eine Notstromversorgung.

Ersatz Hubretter Stützpunkt Feuerwehr Sarnen

Das Stützpunktfahrzeug Hubretter von 2003 mit einem Einsatzbereich bis in Höhen von rund 32 Meter fiel im Berichtsjahr mit erheblichen technischen Störungen auf und konnte mit vertretbarem Aufwand nicht mehr repariert werden. Dies erforderte bis zum Ersatz (im Verlauf 2026) rasch eine Mietlösung. Der erst in einigen Jahren geplante Beschaffungsprozess musste vorverschoben werden. Unter der Leitung der Einwohnergemeinde Sarnen als Betreiberin der Stützpunktfeuerwehr und im Auftrag des Kantons sowie der Mitwirkung des Feuerwehrinspektorats OW/NW, startete das Projekt der Ersatzbeschaffung. Finanziert werden solche und weitere grosse Beschaffungen im Feuerwehrbereich grossmehrheitlich über zweckgebundene Abgaben brandversicherter Objekte und Liegenschaften. Damit der steigende Aufwand auch weiterhin finanziert werden kann, hat der Regierungsrat die entsprechenden Ausführungsbestimmungen bezüglich Pauschalleistungen an die Gemeinde im letzten Sommer angepasst.

3255 Militär (Kreiskommando)

Durchführung der erweiterten Orientierungsveranstaltung mit Partnerorganisationen

Die jährliche Orientierungsveranstaltung des Kantons für junge Erwachsene vor der Rekrutenschule fand wiederum im Frühling in Alpnach, Truppenunterkunft Chilcherli an vier Tagen im bisherigen Rahmen statt. Der letzte Durchführungstag wurde als Pilot in erweiterter Form mit Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Zivilschutz) angeboten. Aufgrund der positiven Erfahrungen und Rückmeldungen soll dieses Konzept weiterverfolgt werden. Während den vier Tagen nahmen insgesamt 169 Personen, darunter vier Frauen freiwillig, teil.

Militärkommandantenempfang

Am 5. März 2024 empfingen die Regierungsräte der Kantone Obwalden und Nidwalden im Kantonsratssaal in Sarnen die militärischen Kommandanten mit Bezug zu den beiden Kantonen. Acht Offiziere wurden verabschiedet und für ihre Dienste geehrt und elf Offiziere in ihren neuen Funktionen begrüsst. Den Anlass organisieren die beiden Kantone jährlich alternierend.

3270 Straf- und Massnahmenvollzug

Im Verlaufe des Jahres 2024 wurden 245 Fälle (Vorjahr 278) erledigt, 407 Fälle (Vorjahr 321) sind im nächsten Jahr weiter in Bearbeitung. Die Übersicht zeigt auf, in welche Straforten und Massnahmen sich die Vollzugsfälle des Jahres 2024 aufgliederten.

	Fälle per Ende 2023	Eingänge 2024	Erledigt 2024	Fälle per Ende 2024
Strafen/Massnahmen (exkl. Ersatzfreiheitsstrafen)	12	7	6	13
davon Falleingänge mit Bedarf Risikoorientierter Sanktionenvollzug (ROS), Risikoabklärung (RA)				
Bewährungsdienst	2	1	1	2
davon Falleingänge mit Bedarf ROS, RA				
Gemeinnützige Arbeit	4	14	9	9
Ersatzfreiheitsstrafen (EFS)	299	311	227	383
Electronic Monitoring (EM)	0	1	1	0
Strafen der Militärjustiz	0	1	1	0
Total	317	335	245	407

Im Jahre 2024 haben/hat:

- 18 Personen insgesamt 870 Vollzugstage in ausserkantonalen Gefängnissen/Strafanstalten verbüsst (Vorjahr: 16 Personen / 800 Vollzugstage).
- Eine Person insgesamt 50 Vollzugstage Electronic Monitoring verbüsst (Vorjahr: 2 Personen / 137 Vollzugstage).
- 15 Personen insgesamt 65 Vollzugstage im Gefängnis Sarnen verbüsst (Vorjahr: 10 Personen / 49 Vollzugstage).
- Zwei Personen insgesamt 589 Tage in einer Massnahmeninstitution verbracht (Vorjahr: 1 Person / 365 Vollzugstage).
- Neun Personen insgesamt 372 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet (Vorjahr: 13 Personen / 432 Stunden).

3271 Bewährungsdienst

Der Bewährungsdienst gewährleistet die von Staatsanwaltschaft, Gericht oder Straf- und Massnahmenvollzug angeordnete Bewährungshilfe nach Art. 93 StGB. Er initiiert und überwacht die angeordneten ambulanten Massnahmen und Weisungen. Mit der Bewährungshilfe sollen die betreuten Personen vor Rückfälligkeit bewahrt und sozial integriert werden. Überdies muss für die Dauer des Strafverfahrens und des Strafvollzugs eine soziale Betreuung nach Art. 96 StGB sichergestellt werden, die freiwillig in Anspruch genommen werden kann.

	Fälle per Ende 2023	Eingänge 2024	Erledigt 2024	Fälle per Ende 2024
Bewährungshilfe	2	1	1	2
Soziale Betreuung				
Total	2	1	1	2

3272 Gefängnis Sarnen

	Personen 2023	Personen 2024	Tage 2023	Tage 2024
Untersuchungshaft	38	54	1 039	1 181
Strafvollzug	29	26	141	140
Polizeiliche Anhaltung und Festnahme	54	25	87	39
Ausländerrechtliche Haft	3	8	36	26
Total	124	113	1 303	1 386

Im Rahmen der platzbedingten Möglichkeiten werden im Gefängnis Sarnen auch Personen von ausser-kantonalen Einweisungsbehörden inhaftiert.

35 Sozialamt

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe. Gegenüber den Einwohnergemeinden ist das Sozialamt Aufsichts- und Beschwerdeinstanz im Bereich der Sozialhilfe. Es führt eine eigene Beratungsstelle für die Opferhilfe und ist zuständig für das Heimwesen. Das Sozialamt hat für die Behinderten- und Betagtenberatung Leistungsvereinbarungen mit spezialisierten Institutionen abgeschlossen. Die Abteilung Soziale Dienste Asyl (SDA) ist für die Koordination, Unterbringung, Betreuung, Sprachkurse und berufliche Integration für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge zuständig. Die im Sozialamt integrierte Fachstelle Gesellschaftsfragen (FGF) ist zuständig für die Gesundheits-, Kinder-, Jugend- und Familienförderung sowie Integration. Die integrierten Beratungsstellen sind in den Bereichen Jugend-, Familie-, Sucht- und Opferberatung zuständig.

Zum Sozialamt gehört die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), die als unabhängige kantonale Fachbehörde für gesetzliche Massnahmen im Kindes- und Erwachsenenschutzbereich für Personen mit Wohnsitz im Kanton zuständig ist. Zudem ist die KESB in den Bereichen Adoption, Vorsorgeauftrag, Patientenverfügung, Handlungsfähigkeitszeugnis, Regelung bewegungseinschränkender Massnahmen, fürsorgliche Unterbringung und bei medizinischen Behandlungen ohne Zustimmung zuständig.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Sozialwesen 2020+: Klärung und Umsetzung der Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden als auch mit dem Regionalen Sozialdienst	ausgeführte Aktivitäten: Absprachen erfolgt
	Kommentar: Aufgaben, Rollen und Verantwortungen sind geklärt. Die Zusammenarbeitsstrukturen sind definiert.
Umsetzung kantonaless Integrationsprogramms (KIP 3): Ausbau im Bereich Sprachförderung und Kinder im Vorschulalter	ausgeführte Aktivitäten: – Teilnahme an Netzwerktreffen der Frühen Kindheit – Planung und Start des neuen Angebots Co-pilot – Kontaktaufnahme mit Kitas für die Planung des Projekts Kita Integration Umsetzung ab 2025
	Kommentar: Die Vernetzung ist weiterhin sehr wichtig. Das neue Angebot Co-Pilot regelt die Unterstützung von Familien bei der Einschulung und entlastet Lehrpersonen.

Prüfung geeigneter Massnahmen zur Förderung der politischen Partizipation junger Menschen	ausgeführte Aktivitäten: – Vorhaben wurde eingestellt Kommentar: Aus Ressourcengründen wird die Förderung der politischen Partizipation nicht prioritär bearbeitet.
Optimierung Vereinbarung von Familie und Beruf: Verbesserung der Qualität, Wahlmöglichkeiten des Betreuungsmodells und des Betreuungsortes, Kita plus sowie Prüfung Erhöhung Betreuungsbeiträge (Gesetzesrevision)	ausgeführte Aktivitäten: – Start Prüfung der Normkosten und der Kitatarife sowie allfällige weitere Anpassungen der Ausführungsbestimmungen Kommentar: Eine Analyse der aktuellen Situation in den Kitas wurde durchgeführt. Der Bericht ist in Erarbeitung.
Strategie „Frühe Kindheit“: - Prüfung, Erarbeitung und Umsetzung von Massnahmen in den Handlungsfeldern „Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure“ und „Früherkennung von belasteten Familien“ - Umsetzung Angebot für Eltern von 0–2-Jährigen; Prüfung Handlungsbedarf beim Übertritt vom Vorschulalter in den Kindergarten.	ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung des Angebots für Eltern von 0–2-Jährigen durch die Mütter- und Väterberatung – Zurückstellung weiterer Vorhaben Kommentar: Aufgrund zu geringer personeller Ressourcen konnten die weiteren Vorhaben nicht umgesetzt werden. Sie wurden bis auf Weiteres zurückgestellt.
Neuausrichtung Behindertenwesen (Wohnen und Arbeiten für Menschen mit Behinderungen in Obwalden [WAMB])	ausgeführte Aktivitäten: – Lancierung von Sofortmassnahmen – Start des Prozesses zur Entwicklung der kantonalen Strategie für Menschen mit Behinderungen Kommentar: Mit den Stiftungen Meinplatz.ch und Profil Arbeit&Handicap wurden neue Angebote für Menschen mit Behinderungen in Obwalden geschaffen.
Start des Pilotprojekts im Rahmen Umsetzung Optimierung Behindertenwesen Kanton Obwalden individuelle Begleitung Bewohnende Stiftung Rütimattli für eigenständiges Wohnen	ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung des Konzepts mit der Stiftung Rütimattli – Erarbeitung Interne Abwicklungsmodalitäten Kommentar: Das Pilotprojekt „Wohnen zu Hause“ wurde lanciert.

Sicherstellung der Betreuungs- und Unterbringungs-kapazitäten für Asylsuchende (VA/FL) im Hinblick auf das Betriebsende Bundesasylzentrum Glauben-berg (Juni 2025) sowie Klärung einer Strategie für die Wohnraumbeschaffung (Kollektivunterkunft, de-zentrale Unterbringung)	ausgeführte Aktivitäten: – Verzicht auf Strategie Wohnraumbeschaf-fung aufgrund der Verlängerung
	Kommentar: Für Schutzsuchende aus der Ukraine wird eine Kollektivunterkunft in Giswil betrieben. Der Mietvertrag wurde unbefristet verlängert. Für Asylsuchende (VA/FL) wird weiterhin aktiv Wohnraum in den verschiedenen Einwohnergemeinden akquiriert.

3500 Amtsleitung

Überprüfung der Normkosten für die Kindertagesstätten

Die Organisation der familienexternen Kinderbetreuung für Kinder im Vorschulalter im Kanton ist gesetzlich geregelt, wie auch die Normtarife für Kinder, die in einer Kindertagesstätte oder in einer Tagesfamilie betreut werden. Die familienergänzende Kinderbetreuung und insbesondere deren Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren unter anderem aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen gewandelt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die vor über zehn Jahren verabschiedeten gesetzlichen Grundlagen und im Besonderen die damals festgelegten Normtarife unter den heutigen Gegebenheiten noch angemessen sind. Vor diesem Hintergrund prüft das kantonale Sozialamt und die Verantwortlichen in den Einwohnergemeinden gemeinsam mit der externen Fachorganisation Interface als Erstes die aktuellen Normtarife und später verschiedene Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine Überarbeitung des Gesetzes.

Nationale Aktionstage Behindertenrechte

Vom 15. Mai bis 15. Juni 2024 fanden in der ganzen Schweiz die Aktionstage für Behindertenrechte unter dem Motto „Zukunft Inklusion“ statt, so auch im Kanton. Organisiert wurden sie von Menschen mit Behinderungen, ihren Organisationen sowie den Behörden. Der Kanton war mit den Aktionspartnerinnen und Aktionspartnern auch an der Gewerbeausstellung in Alpnach, wo viele Besucherinnen und Besucher für die Anliegen von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert werden konnten. Ein weiteres Highlight war die Teilnahme von rund 20 Menschen mit Behinderungen an einer Kantonsratssitzung im Rathaus.

3510 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Zunahme der Gefährdungsmeldungen und der Massnahmen

Im Kanton standen im Jahr 2024 insgesamt 181 Kinder (Vorjahr 163) und 317 Erwachsene (Vorjahr 320) unter einer Massnahme der KESB. Es gingen 142 Gefährdungsmeldungen (Vorjahr 131) zur Prüfung von Massnahmen für Kinder und Erwachsene ein. Während die Erwachsenenschutzmassnahmen leicht abnahmen, stiegen die Kindesschutzmassnahmen deutlich um elf Prozent an. Im Vergleich zum Vorjahr ist zudem eine deutliche Zunahme bei den geführten Verfahren elterlichen Sorge zu verzeichnen. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 81 (Vorjahr 65) Verfahren elterliche Sorge geführt.

Im Jahr 2024 konnten 559 Verfahren abgeschlossen werden. Per 31. Dezember 2024 waren 139 Verfahren offen.

	Offen per 31.12.2023	2024 eröffnet	2024 erledigt	Offen per 31.12.2024
Prüfung Errichtung einer Massnahme	54	142	134	62
Prüfung Anordnung einer fürsorgelichen Unterbringung	1	15	14	2
Anträge um Entbindung von den Rechenschaftspflichten nach Art. 420 ZGB	0	1	1	0
Prüfung Aufhebung einer Massnahme	13	18	24	7
Verfahren innerhalb laufender Massnahme	6	78	60	24
Übernahme/Übertragung einer Massnahme	7	29	27	9
Elterliche Sorge, Persönlicher Verkehr, Unterhalt, Vaterschaft und dergleichen	21	107	104	24
Hinterlegung Vorsorgeauftrag	0	88	88	0
Erstellung von Handlungsfähigkeitszeugnis	0	62	62	0
Diverse Verfahren	8	48	45	11
Total	110	588	559	139

Führungswechsel und Erweiterung der Fachbehörde

Im dritten Quartal des Jahres 2024 kam es zu einem Führungswechsel in der Leitung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Um die Stellvertretung innerhalb der Fachbehörde besser zu regeln sowie die interdisziplinäre Zusammenarbeit und Spezialisierung zu steigern, wurde die Fachbehörde zudem von drei auf vier Mitglieder erweitert. Die Stellen, die durch den Führungswechsel sowie die Erweiterung der Fachbehörde frei wurden, konnten nahtlos wiederbesetzt werden.

3520 Fachstelle Gesellschaftsfragen

Integration von zugewanderten Personen (EU/EFTA- und Drittstaaten)

Seit dem 1. Januar 2024 wird das Kantonale Integrationsprogramm 2024–2027 (KIP 3) umgesetzt. Neue Angebote konnten geplant, entwickelt und eingeführt werden. Ein Thema war die Konzipierung und der Start des neuen Angebots Copilot in Zusammenarbeit mit der Caritas. In diesem Projekt werden Familien mit Migrationshintergrund beim Eintritt in den Kindergarten unterstützt. Es konnten sowohl Familien wie auch freiwillige Begleiterinnen gefunden werden, die beim Programm teilnahmen. Auch im Jahr 2024 wurden wieder mehr als 200 subventionierte Teilnahmen verzeichnet, was als Erfolg zu werten ist.

Kantonales Aktionsprogramm Gesundheitsförderung (KAP) 2022–2025

Im Jahr 2024 wurde in der Gesundheitsförderung mit dem kantonalen Aktionsprogramm KAP auf die Bereiche Lebensstil, Umwelt, Bildung und soziale Teilhabe fokussiert. Diese Bereiche haben mittel- und langfristig einen starken Einfluss auf unsere Gesundheit. Eine vernetzte Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren im Bereich der Gesundheitsförderung ist dazu zentral. Unter dem Label „Obwaldä isch zwäg“ konnte die Vernetzung bestehender und generationsverbindender Angebote zur Gesundheitsförderung mit Fokus auf Prävention und Resilienzförderung gestärkt werden. Durch die Kampagne

„Wie geht's dir?“ wurden verschiedene Settings wie Schulen oder Vereine sensibilisiert und mehr Achtsamkeit für mentale Stärke geschaffen. Mit den Kampagnen war der Kanton auch an der Gewerbeausstellung in Alpnach und bei der Aktion „Miär machid Platz!“ in Sarnen präsent und im regen Austausch mit der Bevölkerung.

Bereits jetzt laufen parallel die Planungsarbeiten für die kommende KAP-Phase 2026–2029. Mit dem Planungs-Workshop zu den Themen Bewegungsförderung, Ernährung und Wohlbefinden konnte eine hilfreiche Auslegeordnung für die neue KAP-Programmphase 2026–2029 erarbeitet werden.

Kinder- und Jugendförderung und Jugendschutz

In den Frühlingsferien fand wiederum die Powerwoche für die Oberstufenschülerinnen und -schüler aus Obwalden und Nidwalden statt. Auf der Grundlage von Ideen und Vorschlägen der Jugendlichen haben die Jugendarbeitsstellen ein vielfältiges und aktives Programm erstellt, das den Jugendlichen zusammen mit anderen Gleichaltrigen ermöglichte, neue Fähigkeiten und Hobbys zu entdecken.

Umsetzung der Strategie Frühe Kindheit

Der Führer zu den Spielplätzen und Feuerstellen im Kanton wurde aktualisiert und grundlegend überarbeitet. Die Zeit draussen in der Natur ist gerade für Kinder und ihre Familien wichtig. Sich an der frischen Luft zu bewegen und gemeinsam Zeit in der Natur zu verbringen, stärkt die Gesundheit, fördert die Kreativität und die soziale Verbundenheit. Die neue Broschüre wird im Frühjahr 2025 veröffentlicht.

FGF Beratung Jugend, Familie und Sucht, Opferberatung

Die Anzahl Klientinnen und Klienten in den Beratungsbereichen Jugend, Sucht und Opferberatung bewegen sich 2024 grossmehrheitlich im jährlichen Durchschnitt. Eine markante Erhöhung zeigt sich allerdings im Bereich der Erziehungsberatung. In den letzten Jahren häufen sich die Verhaltensdefizite und Auffälligkeiten bei Kindern im Vorschulalter und Kindergarten. Dies zeigt sich auch aus den Rückmeldungen von Fachpersonen in den Einwohnergemeinden.

Jugend-Familienberatung	Anzahl Klientinnen und Klienten		
	2022	2023	2024
Jugendberatung	51	48	62
Scheidung / Trennung	72	62	64
Erziehungsberatung	23	30	80
Jugendanwaltschaft	15	11	11
Total	161	151	217

Suchtberatung	Anzahl Klientinnen und Klienten		
	2022	2023	2024
Alkohol	37	38	40
Tabak			
Essstörungen			
Spielsucht		1	
Cannabis	7	4	3
Kokain	4	5	7
And. Illegale Drogen	3	2	2
Substitution	44	45	44
Total	95	95	96

Opferberatung	Anzahl Klientinnen und Klienten		
	2022	2023	2024
Häusliche Gewalt	18	20	20
Sexuelle Nötigung Vergewaltigung	13	20	18
Körperverletzung	5	8	12
Raub	1		
Menschenhandel	13		
Fürsorgerische Unterbringung vor 1981			
Andere Straftaten StGB	13		4
Verkehrsunfall	5	4	4
Total	55	52	58

3530 Soziale Dienste Asyl (SDA)

Im Kanton wurden per 31. Dezember 2024 folgende Personen des Asylbereichs registriert:

	2021	2022	2023	2024
Wohnhaft in SDA-Unterkünften	55	43	61	89
Wohnhaft in selbst gemieteten Unterkünften	102	91	92	93
Total	157	134	153	182

Im Asylbereich war die Erwerbstätigkeit folgendermassen verteilt:

Personen mit Erwerbstätigkeit	2021	2022	2023	2024
Erwerbstätige	33	24	30	32
Ohne Arbeitsrecht (inkl. Kinder)	85	73	69	77
Erwerbsfähige ohne Arbeit	39	37	54	73
Total	157	134	153	182

Die Verteilung nach Aufenthaltsstatus sah am 31. Dezember 2024 folgendermassen aus:

Asylsuchende (N)	8
Vorläufig Aufgenommene (F)	77
Flüchtlinge (B)/(F)	97
Total	182

Per Ende 2024 waren 29 Personen mehr in der Zuständigkeit des Kantons, was einer Zunahme von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Akquirierung von Wohnraum gestaltet sich aufgrund des ausgetrockneten Wohnungsmarkts als schwierig. Die wichtigsten Herkunftsländer waren auch im Jahr 2024 Afghanistan und die Türkei.

Arbeitsmarktintegration

Mit verschiedenen Massnahmen/Projekten werden die fünf Wirkungsziele des Bundes: Grundkenntnisse einer Landessprache, die sprachliche Verständigung vor dem obligatorischen Schuleintritt, die berufliche Grundbildung, die nachhaltige Arbeitsmarktintegration und die soziale Integration angestrebt und die Integration gefördert. Der Kanton weist im Vergleich zu anderen Kantonen eine überdurchschnittlich hohe Erwerbsquoten auf. 55,6 Prozent bei den Vorläufig Aufgenommenen (CH: 43,5 Prozent), was im schweizweiten Vergleich der zweitbeste Rang ist, sowie 48,1 Prozent bei den anerkannten Flüchtlingen ein überdurchschnittlicher Wert (CH: 40,5 Prozent).

Die Verteilung der Asylsuchenden auf die Gemeinden sah am 31. Dezember 2024 folgendermassen aus:

	IST Personen	SOLL (optimale Verteilung)	Differenz Personen
Alpnach	13	29	-16
Engelberg	3	20	-17
Giswil	29	18	+11
Lungern	11	10	+1
Kerns	40	30	+10
Sachselt	14	24	-10
Sarnen	72	49	+23
Total	182	182	

3531 Soziale Dienste Asyl Status S (Schutzbedürftige aus der Ukraine)

Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine sind folgende Anzahl Schutzbedürftige mit Status S aus der Ukraine im Kanton registriert (jeweils per Ende Jahr):

	2022	2023	2024
Wohnhaft in Gastfamilien / Wohnungen	139	126	141
Wohnhaft in der KU Hotel Krone Giswil	123	105	89
Total	262	231	230

Seit Kriegsbeginn stellten in der Schweiz rund 114 000 (2024 rund 16 000) Ukrainerinnen und Ukrainer einen Antrag auf Schutzstatus S, wovon rund 68 000 Ende 2024 aktiv waren. Im Kanton hat sich die Zahl der Anwesenden ähnlich wie im Jahr 2023 entwickelt. Rund 55 Prozent der Schutzsuchenden leben in privater Unterbringung. Das bedeutet, dass sie entweder selbst eine Wohnung mieten, in einer Ferienwohnung oder in einer Gastfamilie leben. Die Kollektivunterkunft Krone ist die primäre Unterkunft für Personen mit S Status, die dem Kanton neu zugewiesen wurden. In den drei Gebäuden waren über das ganze Jahr rund 100 Personen untergebracht. Es ist wichtig, dass freie Zimmer zur Verfügung stehen, um auf Veränderungen schnell reagieren zu können. Mit einem Schlussbestand von 412 Personen inkl. der Schutzbedürftigen aus der Ukraine handelt es sich um den höchsten Bestand an Geflüchteten seit über 30 Jahren im Kanton.

Arbeitsmarktintegration

Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen mit zunehmenden Sprachkenntnissen. Im Kanton liegt bei den erwerbsfähigen Personen aus der Ukraine (18 bis 64-jährig) die Erwerbsquote bei 54,5 Prozent (Stand 30. November 2024), was im schweizweiten Vergleich der zweitbeste Wert ist (CH: 29,2 Prozent). Diese hohe Erwerbsquote konnte aufgrund guter Beziehungen zu den Arbeitgebern und verschiedene Massnahmen erreicht werden. So erhalten die arbeitsmarktfähigen Personen einen Job Coach, es werden Integrationspläne erstellt, Arbeitsprogramme organisiert und verschiedene Kurse für die Integration angeboten. Zudem gibt es Assessmentprogramme und verschiedene Trainingsmöglichkeiten, wie zum Beispiel den interkulturellen Mittagstisch. Dies ermöglicht eine Selbstständigkeit und hat dazu geführt, dass in Obwalden rund 80 Prozent der Ukrainer aus der ersten Einwanderungswelle im Arbeitsmarkt integriert sind.

36 Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft eröffnet und führt die Strafuntersuchung gegen Erwachsene und Jugendliche bei Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann sie beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Gegenüber der Polizei ist die Staatsanwaltschaft weisungsbefugt und es steht ihr das Aufsichtsrecht zu. Im Rahmen der Strafuntersuchung ordnet die Staatsanwaltschaft Zwangsmassnahmen an bzw. beantragt solche beim Zwangsmassnahmengericht. Die Staatsanwaltschaft nimmt sämtliche einzelrichterlichen Befugnisse in Strafsachen (Strafbefehl bzw. Einstellung, Nichtanhandnahme, Sistierung sowie Wiederaufnahme des Verfahrens) wahr, sie erhebt Anklage und vertritt diese vor allen Gerichtsinstanzen. Einstellungsverfügungen, Sistierungsverfügungen, Nichtanhandnahmeverfügungen sowie Strafbefehle betreffend Verbrechen und Vergehen bedürfen der Genehmigung der Oberstaatsanwältin oder des Oberstaatsanwalts. Im Weiteren obliegen der Staatsanwaltschaft die Erledigung nationaler und internationaler Rechtshilfebegehren, das Leisten von Pikettdienst sowie die Pflichten der kantonalen Strafregisterbehörde. Zur Staatsanwaltschaft gehört die Jugendanwaltschaft. Sie führt die Strafuntersuchung gegen Jugendliche, die zwischen dem 10. und dem 18. Altersjahr eine Straftat begangen haben. Zusätzlich obliegt ihr der Vollzug sämtlicher Jugendstrafen und jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen, die für Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton angeordnet worden sind.

Zudem arbeiten in der Staatsanwaltschaft die a. o. Staatsanwältin und der a. o. Staatsanwalt für Wirtschaftsdelikte, die gemeinsam mit den Kantonen Nidwalden und Uri beschäftigt werden.

3600 Staatsanwaltschaft

	2023 Anzahl Beschuldigte	2024 Anzahl Beschuldigte
Übertrag Vorjahr	789	880
Eingang	2 781	3 331
Erledigt	2 690	3 349
Übertrag auf Folgejahr	880	862

Im Jahr 2024 nahmen die Falleingänge im Vergleich zum Vorjahr auf 3 331 zu (Vorjahr: 2 781). Ein Anstieg der Fälle ist schwergewichtig bei den Vermögensdelikten (bspw. Diebstahl, Betrug), den Cyber-Delikten, den Delikten gegen die Freiheit (Hausfriedensbruch, Drohung, Nötigung), den Ehrverletzungsdelikten, den Urkundendelikten und Verstössen gegen die Strassenverkehrsgesetzgebung sowie beanzeigten richterlichen Verboten, zu verzeichnen. Die Anzahl erledigte Fälle konnte markant auf 3 349 gesteigert werden (Vorjahr: 2 690).

Wirtschaftsdelikte

Zahlen nach Fallkomplexen / nach Verfahren

	2023	2024
Übertrag Vorjahr	5	3
Eingang		1
erledigt	2	
Übertrag auf Folgejahr	3	4

Im Berichtsjahr wurde durch die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte ein Arbeitsaufwand im Umfang von 13 Prozent für den Kanton (Vorjahr: 21 Prozent) erbracht. Die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte wird gemeinsam durch die Kantone Obwalden, Nidwalden und Uri in Stans geführt.

3620 Jugendanwaltschaft

	2023	2024
Übertrag Vorjahr	18	16
Eingang	124	132
erledigt	126	130
Übertrag auf Folgejahr	16	18

Bei der Jugendanwaltschaft gingen im Jahr 2024 132 Fälle ein (Vorjahr: 124). Erledigt werden konnten 130 Fälle (Vorjahr: 126).

38 Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die aufgrund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt zudem für die Gesundheitserziehung der Bevölkerung und stellt die Vollzugsarbeiten des Laboratoriums der Urkantone bezüglich der Bereiche Lebensmittelgesetzgebung, Veterinärwesen, Giftgesetzgebung, Stoffverordnung sowie Gewässer- und Umweltanalytik sicher.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Erarbeitung und Umsetzung kantonale Strategie Gesundheitsförderung und Prävention (Schwerpunkte: Prävention / Alter)	ausgeführte Aktivitäten: – Auftritt an der Gewerbeausstellung Alpnach – Filmabend zum Tag der psychischen Gesundheit – Grosser Planungsworkshop Kantonales Aktionsprogramm (KAP) 2026–2029 – Ausweitung der Website alter-ow.ch mit Blog und Agenda – Aufbau eines Newsletters Kommentar: Umsetzung im dritten Jahr des kantonalen Aktionsprogramms „Gesundheitsförderung im Alter“ (2022–2025) in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz mit den Schwerpunkten Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit.
Erarbeitung und Umsetzung NCD-Strategie (nicht übertragbare Krankheiten) Fokus Alter	ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung des kantonalen Aktionsprogramms unter dem Namen „Obwaldä isch zwäg“ in enger Absprache mit der Fachstelle für Gesellschaftsfragen (verschiedene generationenübergreifende Angebote, Informationen sowie Begleitungen in Projekten). – Vertragliche Regelung der erstellten NCD-Strategie mit Gesundheitsförderung Schweiz Kommentar: Die NCD-Strategie wird im Rahmen des vierjährigen Aktionsprogramms nach den Wirkungsmodellen von Gesundheitsförderung Schweiz umgesetzt.
Erarbeitung und Umsetzung Versorgungsstrategie im Akutbereich (Schwerpunkte: Spital / Hausärzte)	ausgeführte Aktivitäten: – Austausch mit Ärzteschaft zur Anpassung des ambulanten Notfalldiensts – Machbarkeitsstudie für Hausarztpraxis am Kantonsspital

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	– Erarbeitung der Grundlagen zur Rechtsformanpassung und Finanzierungsform für die Verbundlösung in Zusammenarbeit mit FD und Rechtsdienst
	Kommentar: Die Verabschiedung des Spitalgesetzes zuhanden des Kantonsrats erfolgt im Jahr 2025.
Planung und Umsetzung Elektronisches Patientendossier EPD (E-Health-Strategie)	ausgeführte Aktivitäten: – Abschluss einer Vereinbarung mit der Stammgemeinschaft Post Sanala Health AG
	Kommentar: Mit dieser Massnahme fördert der Kanton gemäss GesG die Etablierung des EPD auf Kantonsgebiet. Die Mitfinanzierung durch den Bund sichert das Fortbestehen der Stammgemeinschaft während der umfassenden Revision des Bundesgesetzes.
	ausgeführte Aktivitäten: – Einführungsgesetz seit 1. Juli 2024 in Kraft – Vorlage des Gesuchs für Studierende auf Website – Bewilligung von 20 Gesuche von Studierenden – Verpflichtung von Pflegebetrieben zur Ausbildung von Studierenden Pflege HF/FH – Beauftragung von XUND mit elf Projekten
	Kommentar: Die Umsetzung der Ausbildungsoffensive dauert vom 1. Juli 2024 bis 30. Juni 2032.

Personelles

Im Berichtsjahr konnte die personelle Situation stabilisiert werden. Die Mitarbeitenden einschliesslich Amtsleiter haben sich gut in ihre Aufgabengebiete eingearbeitet. Abgesehen von der Hochschulpraktikantin, die jeweils befristet ein Jahr angestellt ist, waren keine personellen Wechsel zu verzeichnen. Auf die Dokumentation der Prozesse und auf die Einsetzung von Stellvertretungen für alle Mitarbeitende wurde besonders Wert gelegt. Das Wissen ist redundant vorhanden und bei Abwesenheiten oder Abgängen kann die Stellvertretung übergangsweise die Aufgaben erledigen und Nachfolgerinnen oder Nachfolger einführen. Im kommenden Jahr ist die Stelle der Verantwortlichen für Gesundheitsförderung und Prävention sowie jene des Kantonsarztes neu zu besetzen. Für die kantonsärztlichen Aufgaben ist eine Zusammenarbeit mit den Kantonen Uri, Nidwalden und Obwalden geplant. Der Regierungsrat hat entschieden, dass der Schulgesundheitsdienst per 1. Januar 2025 vom Amt für Volks- und Mittelschulen zurück in das Gesundheitsamt wechselt.

Kantonsarzt

Im Berichtsjahr hat der Kantonsarzt die ihm gemäss Art. 15 des Gesundheitsgesetzes anvertrauten Aufgaben erfüllt. Ein wesentlicher Bestandteil davon ist die Überwachung von meldepflichtigen Erkrankungen und wo notwendig, das Ergreifen von Massnahmen zu deren Eindämmung. So wurden unter anderem bei verschiedenen Tuberkulosefällen Umgebungsuntersuchungen durch die Lungenliga

Zentralschweiz initiiert. Abgesehen davon kam es im Berichtsjahr zu keinen relevanten Ausbrüchen von Infektionskrankheiten, die weiterführende Massnahmen (bspw. Schulausschluss) erfordert hätten.

Des Weiteren hat der Kantonsarzt in verschiedenen Sitzungen mit beratender Funktion teilgenommen (Schulmedizinische Kommission, Sitzungen zur Planung der ärztlichen Grundversorgung mit ow~cura). Ein besonderes Augenmerk erforderte die Situation bei der Spitex Obwalden, sei es durch Kontakte mit dem involvierten Pflegepersonal, sei es durch Stellungnahmen zur Qualität der geleisteten Arbeit.

Ein grosses Pensum beanspruchten zudem die verschiedenen amtsärztlichen Tätigkeiten. Diese umfassen: Legalinspektionen zuhanden der Staatsanwaltschaft, verkehrsmedizinische Untersuchungen im Auftrag des Verkehrssicherheitszentrums (VSZ), Kontrollen im Gefängnis bei gesundheitlichen Problemen von Insassen und Hafterstehungsprüfungen. Im Bereich der gesundheitspolizeilichen Aufgaben untersteht das Bewilligungswesen zur Substitutionstherapie bei Opiatabhängigkeit dem Kantonsarzt. Gemeinsam mit der kantonalen Suchtbeauftragten wurde der Wechsel auf eine neue, vom Bund getragene Onlineplattform vollzogen. Zur Entlastung der Grundversorger hat der Kantonsarzt in Zusammenarbeit mit einer beim Sozialamt angestellten Pflegefachfrau in der Ukraineunterkunft in Giswil eine einfache Sprechstunde eingerichtet, um den Bewohnern eine erste Anlaufstelle und Basisversorgung bei medizinischen Problemen zu bieten.

Gemeinsamer Kantonsärztlicher Dienst Uri/Nidwalden/Obwalden (KAD UNO)

Unter der Federführung des Kantons Uri ist an der Sitzung der Konferenz der Zentralschweizer Gesundheitsdirektoren in Verbindung mit der Zentralschweizer Fachgruppe Gesundheit ein Projekt für einen gemeinsamen kantonsärztlichen Dienst der Kantone Uri, Nidwalden und Obwalden lanciert worden. In den beteiligten Kantonen zeichnen sich Engpässe bei der Sicherstellung der kantonsärztlichen Aufgaben ab: Der Kantonsarzt von Nidwalden wird schon bald in Pension gehen und der Kantonsarzt der Kantone Uri und Obwalden hat auf Mitte 2025 gekündigt. Zudem war es bisher schwierig, die Stellvertretungen sicherzustellen. Im Berichtsjahr wurden die Grundlagen der künftigen Zusammenarbeit erarbeitet und die entsprechenden Sachkosten budgetiert und der Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung vor. Gemäss Zeitplan sollte der KAD UNO per Mitte 2025 seine Arbeit aufnehmen. Aus geografischen Gründen ist die Ansiedlung des KAD UNO im Kanton Nidwalden vorgesehen, wobei die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt an mindestens einem Wochentag im Kanton Obwalden arbeiten soll.

Mit dem Bezug von gemeinsam erbrachten Dienstleistungen durch das Labor der Urkantone (Kantonstierarzt, Kantonschemiker) und durch das Amt für Gesundheit und Soziales des Kantons Schwyz (Kantonsapothekerin) haben die beteiligten Kantone bereits gute Erfahrungen gemacht.

Versorgungsstrategie im Akutbereich

In Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement und unter Einbezug des Kantonsspitals wurden im Jahr 2024 die Arbeiten an der Versorgungsstrategie im Akutbereich und am Projekt „KLUG“ für die Verbundlösung zwischen dem Kantonsspital und der Luzerner Kantonsspital AG (LUKS Gruppe) weitergeführt. Auch die Finanzverwaltung und der Rechtsdienst waren in das Projekt involviert; insbesondere in die Ausarbeitung des Entwurfs eines Spitalgesetzes. Der Regierungsrat verabschiedete das Spitalgesetz zuhanden der Vernehmlassung, welche vom 5. Juli bis am 30. September 2024 stattfand. Im August 2024 wurde unter Anwesenheit aller Projektpartner eine Informationsveranstaltung zur Vernehmlassungsvorlage durchgeführt. Generell verliefen die Arbeiten gemäss Projektplanung.

Spitalmitfinanzierung

Der Kanton ist gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung verpflichtet, sich finanziell an der Vergütung von stationären Leistungen in Listenspitälern zu beteiligen. Diese Verpflichtung trägt dazu bei, die Versorgung für die Kantonsbevölkerung sicherzustellen und die Prämien tief zu halten. Der kantonale Finanzierungsanteil bei stationären Spitalrechnungen für Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons beträgt 55 Prozent des Rechnungsbetrags.

Im Jahr 2024 wurden durch das Gesundheitsamt rund 7000 medizinische Rechnungen aus Spitälern, Rehakliniken und Psychiatrien geprüft und freigegeben. Der finanzielle Beitrag des Kantons liegt bei rund 20 Millionen Franken jährlich. Die Überprüfung der Spitalrechnungen erfolgt in einem ersten Schritt automatisiert mit einem Prüfalgorithmus, der im System hinterlegt ist. In einem zweiten Schritt müssen die vom System beanstandeten Rechnungen manuell weiterbearbeitet werden.

Beanstandungsgründe sind beispielsweise falsche Tarife, kein Wohnsitz im Kanton oder wenn stationär statt ambulant behandelt und abgerechnet wird.

Der Anteil von Personen, die sich bei Spitalbedürftigkeit ausserkantonale behandeln lassen ist jährlich leicht steigend und liegt aktuell bei rund 50 Prozent. Es handelt sich dabei um Behandlungen, welche im Kanton nicht erbracht werden können, sowie um Notfälle und Wahlbehandlungen. Ausserkantonale Behandlungen bedürfen zusätzlich der Genehmigung durch den Kantonsarzt. Dies gewährleistet, dass der korrekte Tarif (Standort- oder Referenztarif) angewendet wird, indem die medizinische Notwendigkeit der ausserkantonalen Behandlung beurteilt wird.

Tarife

Seit dem Jahr 2020 war bei den stationären Tarifen des Kantonsspitals eine Pattsituation zu verzeichnen. Auf Antrag der Tarifpartner hatte der Regierungsrat im Januar 2020 für alle drei Einkaufsgemeinschaften unbefristete Arbeitstarife festgelegt. In den Folgejahren endeten die Verhandlungen jeweils ohne Ergebnis und der Regierungsrat hatte das Festsetzungsverfahren mit Blick auf die im Kanton Uri laufende Beschwerde vor Bundesverwaltungsgericht sistiert. Die steigenden Kosten und die unveränderten Arbeitstarife aus dem Jahr 2020 führten zu Liquiditätsengpässen im Kantonsspital. Das Kantonsspital wurde aufgefordert, mit den Einkaufsgemeinschaften Verhandlungsergebnisse herbeizuführen. In der Folge konnten mit zwei von drei Einkaufsgemeinschaften Tarife vereinbart werden. Die Tarifeinigung zwischen dem Kantonsspital und den Einkaufsgemeinschaften CSS und HSK führt zu deutlich höheren Einnahmen für das Kantonsspital – aber auch zu höheren Kosten des Kantons, welcher 55 Prozent davon zu tragen hat. Auch in ausserkantonalen Spitälern waren Preisanpassungen zu beobachten: Die Tarife im Luzerner Kantonsspital wurden um durchschnittlich über zwei Prozent erhöht.

Überprüfung der Versicherungspflicht

Die Überprüfung der Versicherungspflicht von ausländischen Staatsangehörigen mit Aufenthalt in der Schweiz, ist eine Aufgabe des Kantons in Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden. Dabei wird überprüft, ob die gesuchstellende Person die Kriterien gemäss KVG und KVV erfüllt und somit eine Befreiung der Versicherungspflicht entweder basierend auf der KVV oder auf dem Freizügigkeitsabkommen erfüllt. Vor dem Hintergrund der zunehmend komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen und der geringen Anzahl Gesuche pro Jahr hat der Regierungsrat die Kontrolle der Versicherungspflicht an die Gemeinsame Einrichtung KVG in Olten ausgelagert. Die Erfahrungen und die Zusammenarbeit sind gut. Gemäss Reporting der Gemeinsamen Einrichtung KVG wurden im Berichtsjahr 70 Gesuche verarbeitet – der Durchschnitt der vergangenen Jahre liegt bei 40 Gesuchen pro Jahr. Die Zunahme ist auf Personen aus Österreich zurückzuführen, die auf der Baustelle A8 für die Bohrung des Kaiserstuhl-Tunnels beigezogen wurden.

Berufsausübungsbewilligungen

Im Jahr 2024 wurden durch das Gesundheitsamt insgesamt 84 Berufsausübungsbewilligungen und 13 Betriebsbewilligungen im Gesundheitsbereich erteilt. Die meisten Bewilligungen entfielen auf den Bereich Hilfe und Pflege zu Hause (Spitex). Der Leistungsanstieg in diesem Bereich zeigt sich auch in der vom Bund gesetzlich vorgeschriebenen SOMED-Statistik für Spitexorganisationen. Insbesondere die Möglichkeit der Anstellung und Abrechnung von pflegenden Angehörigen hat zu einer Zunahme der Gesuche in der ambulanten Pflege geführt.

Zukünftig sollen die Bewilligungen in einem dafür vorgesehenen System erfasst und verwaltet werden, das über entsprechende Schnittstellen zu den eidgenössischen Registern verfügt. Erste Vorabklärungen sowie eine Projekt- und Budgetplanung wurden bereits eingereicht. Im kommenden Jahr ist geplant, mit der Umsetzung zu beginnen.

Umsetzung Pflegeinitiative

Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen traten fristgerecht per 1. Juli 2024 in Kraft. Im Rahmen dieser Ausbildungsinitiative erhalten Betriebe im Bereich der Pflege, Studierende der Pflege HF und FH sowie die höhere Fachschule XUND finanzielle Beiträge. Die Pflegebetriebe wurden verpflichtet, eine angemessene Anzahl von Pflegefachpersonen auszubilden. Von den Studierenden der Pflege HF und FH gingen 20 Gesuche um Unterstützungsbeiträge ein, welche bewilligt wurden. Bezüglich Beiträge an XUND

arbeiten die Zentralschweizer Kantone zusammen, die Vollzugsstelle liegt beim Kanton Luzern. XUND wurde in diesem Zusammenhang von den Zentralschweizer Kantonen mit elf verschiedenen Projekten beauftragt.

Einführung Elektronisches Patientendossier (EPD)

Der Regierungsrat hat eine Vereinbarung mit der Stammgemeinschaft Post Sanela Health AG genehmigt, welche der Obwaldner Bevölkerung die kostenlose Eröffnung eines elektronischen Patientendossiers ermöglicht. Mit dieser Vereinbarung wird der Auftrag von Art. 51 Abs. 1 des Gesundheitsgesetzes umgesetzt, dass der Kanton „die Etablierung eines elektronischen Patientendossiers“ auf Kantonsgebiet fördert. Gemäss Reporting der Post Sanela wurden im vergangenen Jahr 43 EPD von Privatpersonen aus dem Kanton Obwalden eröffnet. Pro eröffnetes Patientendossier bezahlt der Kanton Fr. 15.–.

Das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDG) wird in den nächsten Jahren umfassend revidiert. Um bis dahin den Betrieb der Stammgemeinschaften sicherzustellen, zahlt der Bund ebenfalls Fr. 15.– pro eröffnetes EPD.

Auf eine aktive Kommunikation wurde verzichtet, da der Bund eine schweizweite Kampagne plant und sich der Kanton dieser anschliessen wird. Der Kampagnenstart ist jedoch noch offen.

Praxisassistenzen

Der Kanton fördert aktiv die Weiterbildung von Ärzten und Ärztinnen zu Grundversorgern in den Bereichen Allgemeine Innere Medizin sowie Kinder- und Jugendmedizin durch das Praxisassistentenprogramm. Mit dieser Massnahme soll die Attraktivität des Hausarztberufes gesteigert und somit mittel- bis langfristig die medizinische Grundversorgung im ambulanten Sektor im gesamten Kantonsgebiet gewährleistet werden.

Im Jahr 2024 konnten zwei Lehrpraxen vom Praxisassistentenprogramm im Bereich der Hausarztversorgung profitieren. Der zur Verfügung stehende Betrag wurde jedoch nicht vollumfänglich ausgeschöpft. Für das Jahr 2025 konnten erneut vier Praxisassistentenstellen bewilligt werden. Dies lässt hoffnungsvoll in die Zukunft der Hausarztmedizin blicken. Es darf erwartet werden, dass sich die Mitfinanzierung in den nächsten Jahren positiv auf die Grundversorgung auswirken wird. Der Kanton verfügt erfreulicherweise über genügend Lehrpraktiker und Lehrpraktikerinnen.

Junges Ärztenetzwerk Obwalden (OWmed)

Gemeinsam mit dem Verein OW~Cura – die Obwaldner Ärzte hat das Gesundheitsamt „OWmed – junges Ärztenetzwerk Obwalden“ ins Leben gerufen. Mit diesem Netzwerk wird angehenden Ärztinnen und Ärzten die Möglichkeit geboten, Kontakte untereinander zu knüpfen, über Ausbildungsmöglichkeiten und Angebote im Kanton informiert zu werden und sich mit praktizierenden Ärztinnen und Ärzten im Kanton auszutauschen. Es sind jährliche Netzwerkveranstaltungen angedacht. Die erste Veranstaltung ist im Mai 2025 im Kantonsspital geplant.

Über das Netzwerk sollen angehende Ärztinnen und Ärzte dazu motiviert werden, später einmal im Kanton zu praktizieren. Es ist eine von mehreren Massnahmen, um die ärztliche Grundversorgung im Kanton nachhaltig zu sichern.

Kantonales Aktionsprogramm zur Gesundheitsförderung und Prävention im Alter

Die Umsetzung der nationalen Strategie zur Prävention nicht übertragbarer Krankheiten (NCD-Strategie) erfolgt im Kanton durch das kantonale Aktionsprogramm (KAP) in den Bereichen Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit. Dieses Programm wird fachlich und finanziell durch die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz begleitet und unterstützt. Im Berichtsjahr konnten wichtige Meilensteine erreicht und erfolgreiche Massnahmen zur Steigerung der Lebensqualität älterer Menschen umgesetzt werden.

Ein zentraler Schwerpunkt war die Planung des neuen KAP für die Lebensphase Alter bezogen auf die Implementierungsphase der Jahre 2026 bis 2029. Im Herbst 2024 haben Vertreter und Vertreterinnen der Einwohnergemeinden, Organisationen, Schulen, Senioren und Seniorinnen sowie weiterer Interessengruppen in einem umfassenden Planungsworkshop und anhand von praxisnahen Fallbeispielen den spezifischen Bedarf und das Potenzial in der Gesundheitsförderung sowohl für ältere Menschen als auch

für Kinder und Jugendliche in Obwalden analysiert. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind direkt in die Konzeption des neuen Programms eingeflossen und prägen dessen zukünftige Ausrichtung.

Ein weiterer Höhepunkt war der Stand an der Gewerbeausstellung Alpnach, die rund 20 000 Besuchende anzog. Mit Aktionen wie einer Zuckerbar zum Thema Ernährung, einem Bewegungsparcours, dem interaktiven Glücksrad, der Kampagne „Wie geht's dir?“ und dem Verteilen von Informationsmaterial konnten zahlreiche Menschen für Gesundheitsthemen begeistert werden. Am Tag der psychischen Gesundheit wurde ein Filmabend in Zusammenarbeit mit Pro Senectute und der reformierten Kirche veranstaltet, an dem rund 45 Teilnehmende spezifisch für psychische Gesundheit sensibilisiert wurden.

Die Internetseite „alter-ow.ch“ wurde im Berichtsjahr erweitert und um einen Blog sowie einer Agenda ergänzt, die in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen gepflegt werden. Zudem wurde ein neuer Newsletter eingeführt, der regelmässig über aktuelle Themen und Veranstaltungen im Bereich Alter und Gesundheit informiert. Zur Stärkung der Programmszusammenarbeit fanden mehrere Netzwerktreffen mit Einwohnergemeinden und Organisationen statt. Ziel ist es, dass nebst einer guten Vernetzung auch ein Austausch über die laufenden Arbeiten und Projekte stattfindet.

Hausarztpraxis am Kantonsspital

Die geplante Hausarztpraxis am Kantonsspital ist ein wichtiger Baustein, um die hausärztliche Grundversorgung im Sarneraatal zu entlasten. Es ist davon auszugehen, dass sich Synergien zwischen Kantonsspital und Hausarztpraxis ergeben und dass die Rekrutierung von ärztlichem und nichtärztlichem Personal für das Kantonsspital als Betreiberin der Praxis einfacher ist, als wenn diese losgelöst von Spitalstrukturen geführt wird. Entsprechend wurde in das Projekt investiert und verschiedene Standorte auf dem Spitalgelände überprüft. Für die favorisierte Variante mit sechs Untersuchungszimmern liegt eine detaillierte Machbarkeitsstudie und eine grobe Schätzung der Baukosten von rund drei Millionen Franken vor. Die Höhe der Baukosten, der Zeitbedarf für die Umsetzung, unterschiedliche Vorstellungen zwischen Kantonsspital, Ärzteschaft und Kanton sowie Risiken im politischen Prozess haben dazu geführt, dass das Projekt gemeinsam mit OW~cura einer Neubeurteilung mit Suche nach Alternativen unterzogen wird – insbesondere hinsichtlich Übernahme der Notfalldienste durch die geplante Hausarztpraxis am Kantonsspital.

Entlastung ärztlicher Notfalldienst

Durch zunehmende Teilzeitbeschäftigung verteilen sich die Notfalldienste auf immer weniger Arztpersonen. Zudem können sich Arztpersonen gemäss Reglement der OW~cura von der Dienstpflicht freikaufen. Das Gesundheitsamt hat verschiedene Massnahmen ergriffen, um die hausärztlichen Vollzeitäquivalente im Kanton anzuheben (das Praxisassistentenprogramm, das junge Ärztenetzwerk Obwalden, die Hausarztpraxis am Kantonsspital, die Ansiedlung von Ärztezentren). Diese Massnahmen wirken nicht kurzfristig, sondern eher mittel- bis langfristig. Als Sofortmassnahme hat OW~cura den Antrag gestellt, den Hintergrunddienst der Ärzteschaft zu entschädigen und die Telefonumschaltung auf das Kantonsspital von 20.00 Uhr auf 18.00 Uhr vorzuverlegen. Die Entschädigung des Hintergrunddienstes wird geprüft und die Entscheidungsgrundlagen für den Regierungsrat werden in enger Zusammenarbeit mit OW~cura erarbeitet.

4.4 Volkswirtschaftsdepartement

Das Volkswirtschaftsdepartement (VD) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*	
	2023	2024
Departementssekretariat	4.15	4.15
Volkswirtschaftsamt	14.10	14.10
Amt für Arbeit	6.40 ¹	6.60 ¹
Amt für Landwirtschaft und Umwelt	13.25	13.25 ²
Insgesamt	37.90	38.10

* Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹Amt für Arbeit: Zusätzlich 0.1 Vollzeitstellen für Abteilung Migration im Zusammenhang mit Ukraine, befristet bis 31. Dezember 2024.

²Amt für Landwirtschaft und Umwelt: Zusätzlich 0.8 Vollzeitstellen Wissenschaftlicher Mitarbeiter Umwelt, befristet bis 30. September 2026, 0.4 Vollzeitstellen Sachbearbeiterin Umwelt, befristet bis 31. Juli 2024 und 0.2 Vollzeitstellen Sekretariat Umwelt, befristet bis 30. Juni 2028.

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

1.1.2	Stärkung der öffentlichen Sicherheit	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Sonderstab Versorgungssicherheit: Der Bericht mit Erkenntnissen, Massnahmen und Empfehlungen ist erstellt und an die relevanten Stellen kommuniziert.	erreicht
1.3.1	Gesundheitsstrategie	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Massnahmen aus dem Wirkungsbericht über die Individuelle Prämienvverbilligung (IPV) sind in der Umsetzung.	erreicht
2.3.1	Raumentwicklung	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Das Landwirtschaftliche Verordnungspaket (Massnahmen 2024) ist in der Umsetzung.	erreicht
3.2.1	Wirtschaft, Bildung und Forschung	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Das NRP-Umsetzungsprogramm 2020–2023 sowie die NRP-Pilotmassnahmen für Berggebiete sind in der Umsetzung und das neue Umsetzungsprogramm 2024–2027 ist in Erarbeitung.	erreicht

	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Der Umsetzungsplan für die Massnahmen aus dem Wirkungsbericht zum Tourismusgesetz liegt vor, die ersten Arbeiten sind initialisiert und die kantonsinternen Partner sind eingebunden.	erreicht
4.2.1	Nachhaltiges Ressourcenmanagement	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Konzept Klimastrategie Zentralschweiz.	nicht erreicht: Das Projekt wurde im Rahmen der Budgetdebatte verworfen.
	Die Klimamassnahmen Landwirtschaft sind in der Umsetzung.	erreicht

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2024	Stand der Umsetzung
Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz	in Arbeit: Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden.
Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB)	in Arbeit: Behandlung im Kantonsrat 2025.
Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, Submissionsgesetz	in Arbeit: Behandlung im Kantonsrat 2025.
Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz Verordnung zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz	in Arbeit: Behandlung im Kantonsrat am 30. März 2025.
Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung	zurückgestellt: geplante Einführung von 2026 auf 2027 verschoben.
Nachtrag zur Chemiewehr- und Strahlenschutzverordnung	zurückgestellt: fehlende personelle Ressourcen.

40 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeiten des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Es nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung als Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen innerhalb der Verwaltung wahr und ist Bindeglied für die interkantonale Zusammenarbeit sowie Europafragen. Das Departementssekretariat ist zudem für die Prämienverbilligung der Krankenversicherung zuständig und führt die kantonale Koordinationsstelle zwischen Versicherern, Kanton, Gemeinden und Ausgleichskassen. Zusätzlich ist es die verwaltungsinterne Ansprechstelle für die Ausgleichskasse Obwalden und die IV-Stelle.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Umsetzung des Kantonsratsbeschlusses über einen Kredit für das Kantonsmarketing im Rahmen der neuen Leistungsvereinbarung 2021 bis 2025 mit der Standort Promotion in Obwalden (iOW)	ausgeführte Aktivitäten: – Auszahlung der bewilligten Beiträge Kommentar: Die Auszahlung erfolgte gemäss Kantonsratsbeschluss und der abgeschlossenen Leistungsvereinbarung.
Umsetzung Handlungsempfehlungen Wirkungsbericht zur Individuellen Prämienverbilligung (IPV); Revision des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (KVG); Übertragung Vollzug IPV an die Ausgleichskasse	ausgeführte Aktivitäten: – Objektkredit über Fr. 1 064 760.– für die Neuprogrammierung des Vollzugssystems IPV durch die Ausgleichskasse – Mitarbeit Projekt Programmierung neues Vollzugssystem IPV – Vernehmlassung Gesetzesrevision Kommentar: Die Arbeiten für die Umsetzung der Übertragung des IPV-Vollzugs an die Ausgleichskasse per Anspruchsjahr 2026 laufen nach Plan.
Evaluierung und Umsetzung Konzept Grundbuchaufsicht im Kanton Obwalden	ausgeführte Aktivitäten: – Austausch der Anforderungen und Erwartungen an eine Grundbuchaufsicht mit den Kantonen Nidwalden und Uri – Festlegung weiteres gemeinsame Vorgehen Kommentar: Ein koordiniertes Vorgehen mit den Kantonen Nidwalden und Uri wird angestrebt und soll 2025 umgesetzt werden.

Beschwerdestatistik

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Volkswirtschaftsdepartement)

	2023	2024
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	5	3
Übertrag vom Vorjahr	4	1
Neueingänge Geschäftsjahr	1	2
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	3	0
– gutgeheissen		
– teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen	3	
– nicht eingetreten		
Ohne Entscheid des Regierungsrats: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	1	0
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	1	3

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Volkswirtschaftsdepartements

	2023	2024
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	4	6
Übertrag vom Vorjahr	2	1
Neueingänge Geschäftsjahr	2	5
Erledigt durch Entscheid des Departements:	2	2
– gutgeheissen		
– teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen		
– nicht eingetreten	2	2
Ohne materiellen Entscheid des Departements: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	1	2
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	1	2

Vernehmlassungen

Neben den Stellungnahmen, die durch den Regierungsrat erfolgen, reichen die Departemente Stellungnahmen direkt an die betreffenden Bundesstellen ein. Dabei handelt es sich in der Regel um Vorlagen

mit geringer politischer Relevanz und um sogenannte technische Geschäfte. Das Volkswirtschaftsdepartement erarbeitete im Berichtsjahr 22 Stellungnahmen. Hinzu kamen 19 Umfragen von Direktorenkonferenzen oder der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) im Hinblick auf deren Stellungnahmen an den Bund.

4000 Departementsdienste

Das Departementssekretariat verantwortete im Berichtsjahr die Arbeiten im Hinblick auf die Überführung des IPV-Vollzugs zur Ausgleichskasse Obwalden per Anspruchsjahr 2026. Insbesondere beantragte es beim Kantonsrat einen Objektkredit über Fr. 1 064 760.– für die Neuprogrammierung des Vollzugssystems und bereitete Gesetzesanpassungen vor, die sich aus dem Wirkungsbericht zur IPV sowie aus der Übertragung des Vollzugs ergaben.

4002 Wirtschaftsförderung

Obwalden Dialog – verbindet Politik + Wirtschaft

Das Volkswirtschaftsdepartement nimmt die Organisation und Durchführung des „Obwalden Dialogs“ im Sinne der öffentlichen Wirtschaftsförderung im Auftrag des Regierungsrats wahr. Am 26. Juni 2024 fand bereits die zehnte Ausgabe des Netzwerkanlasses unter dem Titel „Globalisierung – wie weiter?“ statt. Das Podiumsgespräch unter Einbezug der 85 Gäste beleuchtete die Vor- und Nachteile der Globalisierung und die Rolle des unabhängigen Schweizer Frankens jeweils aus Sicht der Obwaldner Wirtschaft.

4013 Prämienverbilligung (IPV)

Überführung des IPV-Vollzugs zur Ausgleichskasse Obwalden

Die Fachstelle IPV leistete im Berichtsjahr neben der Bewältigung des ordentlichen IPV-Vollzugs umfangreiche Projektarbeiten im Hinblick auf die Programmierung des neuen Vollzugssystems. Insgesamt wurden dafür rund 140 Arbeitsstunden aufgewendet.

Prämienverbilligung (IPV)

Für das Jahr 2024 wurden insgesamt 8 223 Anmelde- bzw. Antragsformulare verschickt (Vorjahr 7 768). 6 995 Formulare wurden eingereicht, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 316 Anträgen und einer Rücklaufquote von 85 Prozent (Vorjahr 86 Prozent) entspricht.

2024 wurden Prämienverbilligungen in der Höhe von Fr. 21 924 164.– ausbezahlt. Grundlage für die Berechnung der Prämienverbilligung 2024 war in den meisten Fällen die definitive und rechtskräftige Steuerveranlagung 2022. Sofern ein Bezüger bzw. eine Bezügerin der Prämienverbilligung 2024 seine/ihre Steuererklärung 2022 fristgerecht bis am 30. April 2023 einreichte, wurde seine/ihre Veranlagung durch die Steuerverwaltung bis spätestens am 31. Januar 2024 erledigt. Ausnahmen können sich bei komplexen steuerrechtlichen Fragen ergeben.

Per 17. Januar 2025 waren 510 eingereichte Anträge für das Anspruchsjahr 2024 pendent. Dies entspricht rund sieben Prozent der eingereichten Anträge. Bei gewissen Fällen muss auf die definitive und rechtskräftige Steuerveranlagung 2022 gewartet werden, bei anderen sind die Steuerfaktoren 2023 massgebend. Sobald der Anspruch ermittelt werden kann, erfolgt die Auszahlung an die Krankenversicherungen. Ein allfälliger Anspruch verfällt nicht. Entsprechende Rückstellungen in der Höhe von Fr. 2 200 000.– wurden vorgenommen.

Gegenüber dem IPV-Budget 2024 (Fr. 24 405 500.–) resultierten somit Minderausgaben von Fr. 281 337.–.

Koordinationsstelle

Von den Krankenversicherungen wurden 2024 rückwirkend für das Jahr 2023 im Zusammenhang mit Verlustscheinen Forderungen im Umfang von Fr. 366 376.– in Rechnung gestellt. Im Vorjahr waren es noch Forderungen in der Höhe von Fr. 360 150.–. Die Forderungen sind durch die Einwohnergemeinden zu tragen.

Durch die Übertragung der Koordinationsstelle an die Ausgleichskasse Obwalden wird bereits 2025 für das Jahr 2024 neu die Möglichkeit geschaffen, die Bewirtschaftung von Betreibungen und Verlustscheinen zu digitalisieren und somit für die Einwohnergemeinden, die Koordinationsstelle KVG sowie die Krankenversicherungen effizienter zu gestalten. Die Fachstelle musste diesbezüglich ebenfalls umfangreiche Spezifikations- und Testaufwände neben dem Tagesgeschäft leisten.

41 Volkswirtschaftsamt

Das Volkswirtschaftsamt führt das Handelsregister und nahm bis Ende 2022 die Stiftungsaufsicht mit Ausnahme der BVG-Vorsorgeeinrichtungen wahr. Per 2023 wurde die Aufsicht über die klassischen Stiftungen an die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht ZBSA übertragen. Die Abteilung Grundbuch (mit der Aussenstelle Engelberg) ist für die Grundbuchführung zuständig. Die Abteilung Grundbuchbereinigung vollzieht die Bereinigung der dinglichen Rechte und erarbeitet damit die Grundlagen für die Einführung des eidgenössischen Grundbuchs. Das Volkswirtschaftsamt ist zudem die Bewilligungsbehörde für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Es ist mit den Aufgaben der amtlichen Vermessung und dem amtlichen Teil von GIS Obwalden betraut. Es setzt die Neue Regionalpolitik (NRP) des Bundes um, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Es ist Anlaufstelle für die Statistik, die Submission und den Binnenmarkt und richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung aus. Im Weiteren ist es für die Registerharmonisierung zuständig und setzt die Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung um.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Nachfolgearbeiten der Covid-19-Krise (Härtefallprogramm: Controlling und Darlehensbewirtschaftung)	ausgeführte Aktivitäten: – Erstellung Abschlussbericht inkl. Abschlussrechnung Verpflichtungskredit – Kontrolle der gesetzlichen Auflagen, einzelfallweise Ergreifen von Sanktionen – Regelmässiges Reporting und Aktualisierung des Stands der von den Banken vergebenen Darlehen (abgesichert durch Solidarbürgschaften des Kantons) – Regelmässiges Reporting an den Bund Kommentar: Die Aufgaben wurden fristgerecht wahrgenommen.
Umsetzung des neuen NRP-Umsetzungsprogramms 2024–2027	ausgeführte Aktivitäten: – Unterzeichnung der Programmvereinbarung zwischen Bund und Kanton Obwalden über die Förderung des kantonalen NRP-Umsetzungsprogramms 2024–2027 – Information der Öffentlichkeit mit einer Medienmitteilung und einer Broschüre (Kurzfassung NRP-Umsetzungsprogramm 2024–2027) – Unterstützung von 15 Projekten mit Mitteln der NRP im Jahr 2024 – Vergabe von total Fr. 1 092 500.– à-fonds-perdu Beiträgen und Fr. 250 000.– Darlehen (davon Fr. 136 363.65 in Form von Zinskostenbeiträgen anstelle eines rückzahlbaren Darlehens) im Jahr 2024

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	Kommentar: Insgesamt sind bereits 43 Prozent der für die NRP-Umsetzungsperiode 2024–2027 verfügbaren à-fonds-perdu Beiträge und zwei Prozent der NRP-Darlehen ausgeschöpft. Grund für die hohe Ausschöpfung bei den à-fonds-perdu Beiträgen sind die im Vergleich mit anderen Jahren zahlreichen Projekteingaben.
Umsetzung der Massnahmen aus dem Wirkungsbericht zum Tourismusgesetz	ausgeführte Aktivitäten: – Weiterentwicklung der Aufgaben der Obwalden Tourismus AG – Runder Tisch mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern Kommentar: Die Prüfung der einzelnen Massnahmen wurde vom Regierungsrat bereits 2023 als erledigt erachtet. Aktuell geht es noch um die Weiterentwicklung im Tourismus 2024+.
Umsetzung der Massnahmen der kantonalen Richtplanung 2019	ausgeführte Aktivitäten: Folgende Projekte der Neuen Regionalpolitik NRP unterstützten 2024 die Realisierung von Handlungsanweisungen aus dem Richtplan: – F1-2 Unterstützung Entwicklung Destinationen Engelberg-Titlis, Pilatus und Melchsee-Frutt: „Wintersicherer Zugang Unterwelt Melchsee-Frutt“ – F1-4 Stärkung des Kulturtourismus und des Wallfahrtsorts Flüeli-Ranft mit den dazugehörigen Stätten: „KulTOUR Sarnen“, „Studier- und Denkzentrum Melchtal“, „Konkretisierung Businessplan altes Kino Seefeld“ – F1-5 Der Kanton setzt sich für eine kantons- und organisationsübergreifende Tourismusförderung ein: „Fair-Trail Zentralschweiz“, „Studier- und Denkzentrum Melchtal“, „Konkretisierung Businessplan altes Kino Seefeld“ – F3-1 Aufbau und Weiterentwicklung naturnaher Tourismus: „Fair-Trail Zentralschweiz“, „Wir geben Wildtieren und der Natur eine Stimme“, „Wintersicherer Zugang Unterwelt Melchsee-Frutt“ – F3-4 Förderung des Mountainbike-Tourismus und Verbindung mit Anlagen in den Intensivgebieten: „Fair-Trail Zentralschweiz“ – F4-3 Unterstützung nachhaltiger und innovativer Projekte zur touristischen Inwertsetzung des kulturellen, historischen und sakralen Erbes sowie des zeitgenössischen Kulturschaffens der Region: „KulTOUR Sarnen“,

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	„Studier- und Denkzentrum Melchtal“, „Konkretisierung Businessplan altes Kino Seefeld“, „Wir geben Wildtieren und der Natur eine Stimme“ – G5-4 Förderung von erneuerbaren Energien: „Gas- und Schadstoff-Emissionsmessungen“ Kommentar: Die touristischen Intensivgebiete und insbesondere der sanfte Tourismus im ganzen Kantonsgebiet werden regelmässig mit NRP-Mitteln unterstützt.
Erarbeitung der kantonalen Rechtsgrundlagen für den Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB 2019) und Anpassung der kantonalen Erlasse inkl. Verabschiedung im Kantonsrat	ausgeführte Aktivitäten: – Weiterbearbeitung Kommentar: Die Verabschiedung der Vorlage zuhanden des Kantonsrats ist im 2025 geplant.

4100 Amtsleitung

Covid-19-Härtefallprogramm: Schlussbericht und Genehmigung Schlussabrechnung

Der Zweck des Verpflichtungskredits wurde mit der Auszahlung der Härtefallhilfen erreicht. Deshalb erstellte das Volkswirtschaftsamt in Absprache mit der Finanzkontrolle den Schlussbericht. Der Regierungsrat genehmigte mit seinem Beschluss vom 21. Mai 2024 (Nr. 382) die Schlussabrechnung vom 12. Februar 2024 zum „Rahmenkredit 2021: Covid-19, Wirtschaftliche Massnahmen für Obwaldner Unternehmen zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Pandemie (Härtefallmassnahmen)“. Der Rahmenkredit von 24 Millionen Franken wurde bis auf 4,95 Millionen Franken ausgeschöpft. Gemäss Revisionsbericht der Finanzkontrolle vom 1. Mai 2024 sind in der Schlussabrechnung keine Ausgaben enthalten, die nicht Bestandteil des Rahmenkredits sind. Aus den vorgenommenen Prüfungshandlungen resultieren keine Beanstandungen oder Empfehlungen. Die Finanzkontrolle stellte fest, dass die Schlussabrechnung ordnungsgemäss ist.

Stand Verpflichtungskredit per Ende 2024

Ein Teil der Covid-19-Finanzhilfen konnte als Bankdarlehen, abgesichert durch eine Solidarbürgschaft des Kantons, bezogen werden. Seit dem 1. Januar 2024 sind die Darlehen zu verzinsen (Zinssatz 2024: 1,5 Prozent). Die abgesicherten Covid-19-Darlehen haben eine Laufzeit von maximal zehn Jahren. Die Verantwortung für die Gesamtkontrolle ist beim Kanton. Nicht alle Unternehmen bezogen die Darlehen bzw. viele Unternehmen haben diese zwischenzeitlich amortisiert. Aufgrund der Rückzahlungen reduziert sich das Total der im regulären Härtefallprogramm zugesprochenen Beiträge von insgesamt Fr. 19 054 175.– (Anteil Bund und Kanton) laufend.

Über das Controlling und allfällige Realisierungen der Solidarbürgschaften wird ab dem Jahr 2024 bis zur vollständigen Amortisation sämtlicher Darlehen im Geschäftsbericht des Regierungsrats informiert. Im Berichtsjahr wurden zwei Solidarbürgschaften realisiert (einmal im Rahmen eines Teilverzichts, einmal infolge Konkurs).

Stand Abrechnung Verpflichtungskredit per 31.12.2024 in Franken	Betrag in Franken
Kredit gemäss KRB vom 28. Januar 2021 bzw. 1. April 2021	24 000 000.–
Nicht ausgeschöpft	- 4 945 825.–
Total beanspruchte Mittel aus dem Kredit	19 054 175.–
Zurückbezahlte à-fonds-perdu-Beiträge • 2022–2023 zurückbezahlt: 37 100.– (Anteil Bund und Kanton) • 2024 zurückbezahlt: 93 600.– (Anteil Bund und Kanton)	- 130 700.–
Nicht bezogene Darlehen	- 763 500.–
Amortisierte Darlehen (Anteil Bund und Gemeinden, inkl. realisierte Solidarbürgschaften) • bis 2023 amortisiert: 2 366 800.– • 2024 amortisiert: 767 400.– - Darin enthalten 2024 realisierte Solidarbürgschaften: 65 000.– - davon in Rechnung gestellte Rückerstattungen: 8 736.– - davon als Zahlungen bereits eingegangen 5 334.–	- 3 134 200.–
Stand Verpflichtungskredit per 31. Dezember 2024	15 025 775.–
<i>Stand Verpflichtungskredit Vorjahr</i>	<i>15 886 775.–</i>

Covid-19-Härtefallprogramm: Kontrolle der Auflagen

Die Covid-19-Finanzhilfen sind zur Unterstützung der Betriebe und für deren langfristige Weiterführung gedacht. Das Bundesrecht sieht deshalb für jene Unternehmen, die Härtefallhilfen erhielten, ein Verbot der Dividenden- oder anderer Ausschüttung vor (sog. Verwendungsverbot). Unter das Verwendungsverbot fallen auch allfällige Gewinnverwendungen bei einer Liquidation des Betriebs. Das Volkswirtschaftsamt erinnert jeweils jährlich alle betroffenen Unternehmen mit einem Schreiben an die noch geltenden gesetzlichen Auflagen. 2024 mussten zwei Unternehmen wegen einer Dividendenausschüttung die erhaltenen Covid-19-Finanzhilfen in der Höhe von insgesamt Fr. 92 000.– vollständig zurückzahlen.

Registerharmonisierung: Erarbeitung von Ausführungsbestimmungen

Mit dem kantonalen Registerharmonisierungsgesetz (kRHG; GDB 131.4) und der damals revidierten Einwohnerregisterverordnung (ERV; GDB 113.11) schuf der Kanton Obwalden im Jahr 2009 die kantonalen Grundlagen für den elektronischen Datenaustausch zwischen Bund, Kanton und Einwohnergemeinden. Zur zentralen Verwaltung der Personen-, Gebäude- und Wohnungsinformationen dient die kantonale Datenplattform (KDPF). Die Gemeinden, die kantonalen Stellen und Dritte, soweit ihnen Staatsaufgaben übertragen sind, haben im Abrufverfahren elektronischen Zugriff auf diejenigen Daten der KDPF, die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben notwendig sind. Das Volkswirtschaftsdepartement betreibt die KDPF über Dritte (ILZ) und entscheidet im Einzelfall über die Zugriffsrechte. Im Rahmen des Nachvollzugs von Art. 13 Abs. 1 kRHG wurden die Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Registerharmonisierungsgesetz erarbeitet. Sie treten per 1. Februar 2025 in Kraft.

Bewilligungsbehörde für den Grundstückerwerb durch Personen im Ausland

Im Jahr 2024 wurden zehn Gesuche (Vorjahr sechs) bei der Bewilligungsbehörde für den Grundstückerwerb durch Personen im Ausland zur Behandlung eingereicht. Es konnten 18 Kontingente auf das Jahr 2025 übertragen werden.

Bewilligungsentscheide 2024

Einwohnergemeinde	Anzahl Gesuche	Entscheid Bewilligungsbehörde
Sarnen	3	1 x Kauf Ferienwohnung 2 x Feststellungsverfügung
Kerns	1	1 x Kauf Liegenschaft
Engelberg	6	1 x Kauf Liegenschaft 4 x Kauf Ferienwohnung 1 x Kauf Wohnung Apparthotel

Tourismus: Beschwerden Tourismusabgaben – keine Pendenzen

Im Berichtsjahr gingen zwei Beschwerden ein. Diese wurden zeitnah erledigt (vgl. dazu die Beschwerdestatistik bei Ziff. 40/Departementssekretariat).

Tourismus: Kontrolle der Leistungsvereinbarungen mit den Tourismusorganisationen

Die Leistungsvereinbarungen mit den Tourismusorganisationen sehen regelmässige Kontrollen und Gespräche vor. Die Berichterstattung der Obwalden Tourismus AG (OT AG) gab zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass. 2024 bildete der neue Webauftritt der OT AG einen operativen Schwerpunkt. Die OT AG übernahm dafür dieselbe Lösung, wie sie auch die Engelberg-Titlis Tourismus AG (ETT AG) einsetzt. Damit können beide Tourismusorganisationen Synergien nutzen. Die OT AG war zudem an der Gewerbeausstellung in Alpnach vertreten. Mit der ETT AG fand 2024 erstmals ein Jahresgespräch statt. Deren Vorgaben in der Leistungsvereinbarung 2024–2027 wurden erfüllt.

Die Kontrolle der Leistungsvereinbarung mit der Luzern Tourismus AG (LT AG) nahm die Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (ZVDK) zur Kenntnis. Zusammenfassend zeigte sich, dass die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinaus sinnvoll, gleichzeitig aber auch herausfordernd ist. Die Marketingkampagnen unter der Federführung der LT AG funktionieren gut. Hingegen ist die gemeinsame Produktentwicklung der LT AG zusammen mit den regionalen Tourismusorganisationen wegen der unterschiedlichen Interessen anspruchsvoll.

Tourismus: Weiterentwicklung 2024+ allgemein

Schwergewichtsthema in der neuen Leistungsvereinbarung 2024–2027 mit der OT AG ist deren Weiterentwicklung. Dazu findet mit ihr – und wo sachgerecht mit den Einwohnergemeinden bzw. mit den touristischen Leistungsträgern – eine Überprüfung der Aufgaben statt. Über die zentralen Erkenntnisse wird jeweils im Rahmen des Geschäftsberichts Bericht erstattet.

2024 wurden ein Workshop mit dem Verwaltungsrat der OT AG und zwei runde Tische mit Vertreterinnen und Vertretern der Einwohnergemeinden des Sarneraats durchgeführt. Der Regierungsrat diskutierte das Thema Weiterentwicklung im Tourismus zudem anlässlich seiner Klausur Ende August 2024. Fazit war, dass kein zwingender Anpassungsbedarf der strategischen Grundsätze und der Ausrichtung der Tourismusstrategie von 2010 besteht. Die Strategie sieht vor, dass der Obwaldner Tourismus ein massvolles quantitatives Wachstum in Nachfrage und Angebot verfolgt, insbesondere im Übernachtungstourismus und vor allem in den touristischen Schwerpunktgebieten. Die Ziele der Tourismusstrategie waren im Jahr 2012 mit dem Tourismusgesetz konkretisiert worden. Die operative Umsetzung der Tourismusstrategie wird regelmässig überprüft und in den regionalen Entwicklungskonzepten (NRP und Richtplan) aktualisiert. So bildet der Tourismus im NPR-Umsetzungsprogramm 2024–2027 den Schwerpunkt. Dabei werden auch die aktuellen strukturellen Herausforderungen wie der Klimawandel, das veränderte Gästeverhalten (Ganzjahrestourismus) oder die Nachhaltigkeit berücksichtigt.

Tourismus: Weiterentwicklung 2024+ Aspekt Einwohnergemeinden

Der Austausch mit den Gemeindevertreterinnen und -vertretern zeigte, dass die Anliegen und Interessen der einzelnen Einwohnergemeinden sehr unterschiedlich sind. Entsprechend unterschiedlich sind auch die eingesetzten finanziellen Ressourcen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Abgrenzung der

Tourismusförderung zu anderen Bereichen wie Sport oder Freizeit schwierig ist, da auch die einheimische Bevölkerung von dieser profitiert. Die Tourismusstrategie von 2010 wird seitens der Gemeindevertretern mehrheitlich ebenfalls als noch aktuell angesehen. Eine erneute Einführung einer Kurtaxe wurde hingegen als nicht effektiv beurteilt, da wegen der geringen Logiernächte zu wenig Mittel resultieren würden.

Die Einwohnergemeinderäte wurden im November 2024 mit einem Schreiben offiziell über die Erkenntnisse informiert. Eine Erkenntnis war, dass die Änderungen aus dem Tourismusgesetz von 2012 noch nicht bei allen Einwohnergemeinden gleich verinnerlicht sind. 2012 wurden die Kurtaxen und die Beherrigungsabgaben durch eine pauschale Tourismusabgabe ersetzt. Diese wird im Sarneraatal im Auftrag des Kantons von der OT AG erhoben. Die Tourismusabgaben werden für Massnahmen verwendet, die überwiegend der Förderung des Tourismus dienen oder im Interesse der Abgabepflichtigen und Gäste liegen. Durch den Wegfall der Kurtaxen im Jahr 2012 erhalten die Einwohnergemeinden weniger Einnahmen. Ihnen fallen aber auch weniger Aufgaben zu, da die zentrale Vermarktung, das Inkasso der Tourismusaufgaben, das Beschwerdewesen sowie die Aufsicht zum Kanton wechselten. Die Einnahmen aus den Tourismusabgaben werden zu 80 Prozent für die Aufgaben der OT AG (Inkasso und v.a. zentralisierte Tourismusvermarktung) eingesetzt. 20 Prozent fliessen zurück an die Einwohnergemeinden. Das Tourismusgesetz ist politisch gewollt so konzipiert, dass die Einwohnergemeinden beim lokalen Tourismus mehr aus eigenen Mitteln finanzieren müssen. Zusammenfassend zeigt sich, dass die Aufgaben im Tourismusgesetz und in der Botschaft klar definiert sind. So ist die Infrastruktur Aufgabe der Einwohnergemeinden, Angebote zu schaffen ist Aufgabe der Leistungserbringer und das Inkasso der Tourismusabgaben sowie die übergeordnete Vermarktung sind beim Kanton (ausgelagert an die OT AG).

Betreffend die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Einwohnergemeinden sieht der Regierungsrat aktuell keinen Anpassungsbedarf. Er ist jedoch offen gegenüber einer allfälligen Anpassung (Verschiebung von Aufgaben und Kompetenzen in die Zuständigkeit der Einwohnergemeinden), sofern dies von sämtlichen Einwohnergemeinden konsolidiert gewünscht wird. Um die Haltung der Einwohnergemeinden zu erfragen, wandte sich das Volkswirtschaftsdepartement im Rahmen einer Konsultation an die Einwohnergemeinden. Die Ergebnisse liegen Ende Januar 2025 vor.

4101 Regionalpolitik

Der Bestand der Investitionshilfe-Projekte nimmt weiter ab

Das Investitionshilfegesetz für das Berggebiet (IHG) wurde 2008 aufgehoben und durch das Bundesgesetz über Regionalpolitik (SR 901.0) ersetzt. Seitdem werden keine neuen IH-Darlehen mehr gesprochen und lediglich noch die laufenden kantonalen IH-Darlehenszinszahlungen übernommen. Diese Zinszahlungen sind weiterhin rückläufig.

Jahr	2019	2023	2024
Anzahl laufende IH-Darlehensprojekte	15	6	4
Zinszahlungen (in Fr.)	8 762.05	2 123.80	1 373.75

Neue Regionalpolitik: Kantonales NRP-Umsetzungsprogramm 2024–2027

Per 1. Januar 2024 startete das fünfte Umsetzungsprogramm der Neuen Regionalpolitik (NRP). Die Programmziele, Handlungsfelder und Massnahmen (Projektideen) basieren auf den Vorgaben des Bundes, den Strategien des Kantons (Langfriststrategie 2032+, Richtplan usw.) und auf den Resultaten eines Workshops mit zahlreichen Teilnehmenden aus Wirtschaft, Politik, Tourismus und Bildung. Zudem flossen die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung in das Programm ein.

Die drei zentralen Programmziele des NRP-Umsetzungsprogramms 2024–2027 sind:

1. Wertschöpfungssystem Tourismus: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der touristischen Intensivgebiete Engelberg-Titlis, Melchsee-Frutt und Pilatus sowie des sanften Tourismus und des Kulturtourismus im ganzen Kantonsgebiet.

2. Wertschöpfungssystem Gewerbe und Industrie: Innovationsförderung und Unterstützung von unternehmensübergreifenden Kooperationen von KMU. Sektorübergreifende Zusammenarbeitsformen sowie Start-ups sind weitere Themen.
3. Wertschöpfungssystem Bildung: Reduktion des Fachkräftemangels und Entwicklung des Bildungsstandorts Obwalden.

Neu im NRP-Umsetzungsprogramm ist das Thema lokale Wirtschaft. Diese umfasst die Förderung zusätzlicher Projekte, welche nicht direkt exportorientiert sind. Zudem können neu über das gesamte Kantonsgebiet à-fonds-perdu Beiträge für nicht-rentabilisierbare Kleininfrastrukturen gesprochen werden. Bis 2023 bestand diese Möglichkeit nur über das NRP-Pilotprogramm für die Berggebiete. Weitere Querschnittsthemen sind die Digitalisierung und nachhaltige Entwicklung.

Insgesamt stehen für die NRP-Umsetzungsperiode 2024–2027 2,4 Millionen Franken à-fonds-perdu Beiträge und zwölf Millionen Franken für Darlehen zur Verfügung. Die NRP-Mittel werden je zur Hälfte von Bund und Kanton getragen. Zudem beteiligen sich bei standortgebundenen Projekten zusätzlich auch die Einwohnergemeinden finanziell.

NRP-Projekte 2024

2024 wurden folgende Projekte unterstützt:

Projektträger und Projektname	Programmziel	Zugesichert à-fonds-perdu (in Fr.)*	Zugesichert Darlehen (in Fr.)*
Verein Startup Pilatus Coworking Lounge QUBO	Wertschöpfungssystem Gewerbe und Industrie	35 000.–	
Museum Obwalden KulTOUR Sarnen	Wertschöpfungssystem Tourismus	8 000.–	
Bikegenossenschaft Zentralschweiz **Fair-Trail Zentralschweiz	Wertschöpfungssystem Tourismus	86 000.–	
NRP-Fachstellenkonferenz ZCH **NRP-Konferenzen 2024–2027	Regionalmanagement	6 000.–	
Verein Justizforschung Obwalden Institut für Justizforschung Teil 2	Wertschöpfungssystem Bildung	292 000.–	
IG Studier- und Denkzentrum Studier- und Denkzentrum Melchtal	Wertschöpfungssystem Bildung	40 000.–	
Verein ITZ **zündler 2.0	Wertschöpfungssystem	25 000.–	
Verein Tumlibach Wysels Lebenswerk Wir geben Wildtieren eine Stimme	Wertschöpfungssystem Tourismus	20 000.–	
Verein tüftelPark Pilatus RePrint Infrastruktur tüftelPark	Wertschöpfungssystem Bildung	40 000.–	
Verschiedene Obwaldner KMU Gas-/Schadstoff-Emissionsmessungen	Wertschöpfungssystem Gewerbe und Industrie	150 000.–	

Verschiedene Obwaldner KMU ***Destillations-Manufaktur OW	Wertschöpfungssystem Gewerbe und Industrie		250 000.–
Tourismusverein Melchsee-Frutt Wintersicherer Zugang Unterwelt	Wertschöpfungssystem Tourismus	9 000.–	
Lignum Zentralschweiz LHZ **ZCH als Hub für die Holzwirtschaft	Wertschöpfungssystem Gewerbe und Industrie	30 000.–	
Verein Freundeskreis Hirschen Businessplan altes Kino Seefeld	Wertschöpfungssystem Tourismus	24 000.–	
Verein Tumlibach Wysels Lebenswerk Umsetzungsprojekt Infrastruktur	Wertschöpfungssystem Tourismus	50 000.–	
REV Sarneraatal Grundbeitrag 2024–2027	Regionalmanagement	270 000.–	
REV Nidwalden & Engelberg **Grundbeitrag 2024–2027	Regionalmanagement	7 500.–	
Total		1 092 500.–	250 000.–

* Die Beträge enthalten sowohl den Bundes- als auch den Kantonsanteil und ggf. denjenigen der Einwohnergemeinde.

** Interkantonales Projekt. Die in der Tabelle aufgeführten zugesicherten Mittel beinhalten bei interkantonalen Projekten nur den Anteil des Kantons Obwalden.

*** Der Kanton und die Einwohnergemeinde sicherten ihren Anteil als Zinskostenbeiträge anstatt als rückzahlbares Darlehen zu.

Wirtschaftsförderung: Kontrolle der Leistungsvereinbarung mit dem CSEM

Die CSEM SA (übersetzt Schweizerisches Zentrum für Elektronik und Mikrotechnik AG) ist ein international anerkanntes Schweizer Technologie-Innovationszentrum mit Hauptsitz in Neuchâtel. Als Zentralschweizer Standort mit rund 50 Mitarbeitenden entwickelt das CSEM Center Alpnach eigene Technologieplattformen und unterstützt gleichzeitig den Transfer von Technologien des gesamten CSEM zur Zentralschweizer Industrie. Die Zentralschweizer Kantone unterstützen das CSEM Center Alpnach von 2024 bis 2027 mit jährlich 2,08 Millionen Franken (davon Beitrag Kanton Obwalden: Fr. 640 000.– inkl. NRP/Regionale Innovationssysteme RIS). Die operative Umsetzung der Leistungsvereinbarung wird mit einem jährlichen Audit überprüft. Das Audit 2024 zeigte wiederum, dass der Austausch zwischen der Wissenschaft, Entwicklung und Innovation mit der Industrie stattfindet. Die hohe Umsetzungsorientierung des CSEM in die Praxis entspricht einem nachgewiesenen Bedürfnis der Industrie. Das CSEM hat eine Inkubator-Funktion und die eingesetzten öffentlichen Gelder generieren einen grossen Gegenwert.

Statistik: Wirtschaftsbarometer Obwalden

Der Wirtschaftsbarometer Obwalden ist eine Gemeinschaftspublikation des Kantons, der Obwaldner Kantonalbank, des Gewerbeverbands Obwalden und der Standort Promotion in Obwalden. Er beinhaltet jeweils eine Analyse der Konjunktur, Wertschöpfung und des Arbeitsmarkts. Die Ausgabe im Juni 2024 enthielt als Schwerpunkt Informationen zur Innovationsförderung. Sie zeigte neben den wichtigsten Innovationsförderorganisationen Beispiele einzelner Obwaldner Unternehmen, die mit vermeintlich kleinen Innovationen grosse Erfolge erzielen. Die Ausgabe vom November 2024 setzte den Schwerpunkt auf das Thema Cybersicherheit. Cyberkriminalität ist auch für die Unternehmen im Kanton zu einer Gefahr geworden. 2023 stieg sie in Obwalden um 15 Prozent auf 180 Straftaten an. Zudem könnte die Dunkelziffer höher sein. Umso wichtiger ist es, in jedem Unternehmen ein Bewusstsein für Cybersicherheit zu schaffen. Der Wirtschaftsbarometer Obwalden lieferte hierfür nützliche Tipps und Links.

4102 Wohnbau- und Eigentumsförderung

Im Jahr 2001 wurde die Wohnbauförderung nach dem Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG) eingestellt. Die zugesicherten Hilfen werden noch während 25 Jahren weitergeführt. Das Programm läuft damit 2026 definitiv aus.

	2019	2023	2024
Anzahl geförderte Wohnobjekte	6	1	1
WEG-Förderung (in Fr.)	26 968.–	7 596.–	3 798.–

Bezahlbarer Wohnraum

Der Wohnungsmarkt ist derzeit schweizweit angespannt und das Thema Wohnungsknappheit ist auf politischer Ebene und in den Medien sehr präsent. Kantonsrätin Helen Keiser-Fürer, Sarnen, CSP, reichte in der Februarsession 2024 eine Motion betreffend bezahlbaren Wohnraum ein. Der Kantonsrat wandelte diese an seiner Sitzung vom 28. Juni 2024 auf Antrag des Regierungsrats in ein Postulat um und überwies es mit 28 zu 21 Stimmen. Das Postulat beinhaltet den Auftrag, umgehend verschiedene Massnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu evaluieren, das aus dieser Analyse erworbene Wissen den Einwohnergemeinden zur Verfügung zu stellen und die Massnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich so rasch als möglich umzusetzen. Im Berichtsjahr wurden mögliche Lösungsmassnahmen geprüft und anlässlich der Klausur des Regierungsrats Ende August 2024 diskutiert. Da der Auftrag insbesondere darauf abzielt, den Einwohnergemeinden Unterstützung anzubieten, wird 2025 das Thema im Rahmen eines runden Tisches weiterbearbeitet.

4110 Handelsregister und Stiftungsaufsicht

Handelsregister

Die Anzahl der Rechtseinheiten im Handelsregister des Kantons ist mit 4 374 registrierten Einheiten gegenüber dem Vorjahr (4 327) noch einmal deutlich gewachsen (+ 47) und so hoch wie noch nie. Das Handelsregister verfolgt weiterhin von Amtes wegen konsequent Gesellschaften mit mangelhafter Organisation und / oder fehlender Geschäftstätigkeit und löscht diese nach einem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren aus dem Register.

Veränderung der Anzahl der bedeutendsten Gesellschaftsformen

	2022	2023	2024	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
Aktiengesellschaften	1 959	1 976	1 965	- 0,6 %
GmbH	1 391	1 405	1 453	+ 3,4 %
Einzelunternehmen	615	619	624	+ 0,8 %
Übrige	316	327	332	+ 1,5 %
Total	4 281	4 327	4 374	+ 1,1 %

Stiftungsaufsicht: Anzahl der im Handelsregister eingetragenen Stiftungen

Von den 109 im Handelsregister eingetragenen Stiftungen (Vorjahr 104) standen Ende 2024 dreizehn unter der Aufsicht der Einwohnergemeinden sowie 34 unter eidgenössischer Aufsicht. 2024 wurden 41 Stiftungen von der ZBSA beaufsichtigt. Dabei handelt es sich um 31 klassische Stiftungen, eine BVG registrierte Vorsorgeeinrichtung und neun überobligatorische Einrichtungen. Bei den übrigen 21 Stiftungen handelt es sich um kirchliche oder Familienstiftungen. Bei einer Stiftung ist das Gesuch um Übernahme der Aufsicht noch hängig.

4130 Grundbuch

Nebst den ordentlichen Grundbuchanmeldungen wurden in Sarnen 173 und in Engelberg 124 Anmeldungen aus der Grundbuchbereinigung im Grundbuch eingetragen. Eine geringe Zunahme von Nutzerinnen und Nutzern des Auskunftsportals Terravis hatte zur Folge, dass insgesamt weniger Grundbuchauszüge direkt beim Grundbuchamt bestellt wurden.

Grundbuch, Sarnen

Bezeichnung	Einheit	2019	2023	2024	Veränderung zum Vorjahr
Grundbuchgeschäfte	Anzahl	2 099	1 930	1 994	+ 64
Abweisungen/Rückzüge	Anzahl	13	19	19	–
Vorprüfungen*	Anzahl		73	92	+ 19
Grundbuchauszüge*	Anzahl		2 016	1 775	- 241
Handänderungssumme	Franken	428 403 810	464 114 685	458 530 588	- 5 584 097
Summe errichteter Grundpfandrechte	Franken	428 799 597	258 799 718	178 627 597	- 80 172 121
Gebührenertrag	Franken	1 336 666	1 201 918	1 171 564	- 30 354

* Daten werden erst seit 2020 erhoben.

Aussenstelle Engelberg

Bezeichnung	Einheit	2019	2023	2024	Veränderung zum Vorjahr
Grundbuchgeschäfte	Anzahl	566	566	673	+ 107
Abweisungen/Rückzüge	Anzahl	4	5	3	- 2
Vorprüfungen**	Anzahl		23	28	+ 5
Grundbuchauszüge*	Anzahl		563	530	- 33
Handänderungssumme	Franken	114 734 122	142 316 747	137 638 391	- 4 678 356
Summe errichteter Grundpfandrechte	Franken	59 265 250	70 070 126	71 702 920	- 1 632 794
Gebührenertrag	Franken	298 761	321 206	383 301	+ 62 095

* Daten werden erst seit 2020 erhoben.

** Daten werden erst seit 2023 erhoben.

4150 Grundbuchbereinigung

Grundbuchbereinigung in vier Einwohnergemeinden – Besonderheiten 2024

Die Bereinigung der Einwohnergemeinde Sarnen konnte anfangs 2024 definitiv abgeschlossen werden. Damit wurde in der Grundbuchbereinigung für den Kanton ein Meilenstein erreicht.

Im Berichtsjahr wurde in der Einwohnergemeinde Kerns die Bereinigung im Perimeter 10, mit Ausnahme von vier Grundstücken, abgeschlossen. Nach langjährigen und zeitaufwändigen Verhandlungen mit den Grundeigentümern, der Korporation Kerns und den Alpgenossenschaften nahm die

Bereinigung der Hüttenrechte auf Melchsee, Hochalp Aa und Hochalp Tannen ein Ende. Die Bereinigung der landwirtschaftlichen Teilgebiete Perimeter 11 und 12 wurde 2024 fortgesetzt.

In der Einwohnergemeinde Alpnach steht das Teilgebiet Perimeter 02 kurz vor dem Abschluss und der nächste Perimeter konnte eröffnet werden.

2024 wurde der erste Perimeter in der Einwohnergemeinde Engelberg abgeschlossen. Die Bereinigung im Perimeter 02 steht kurz vor dem Abschluss und mit den Arbeiten im Perimeter 03 wurde gestartet.

Bereinigung / Anmeldungen

Im Jahre 2024 wurden zwei Perimeter (Kerns Perimeter 10 und Engelberg Perimeter 01) abgeschlossen und dem Grundbuchamt angemeldet. Insgesamt wurden 659 Grundstücke bereinigt.

Einwohnergemeinde / Perimeter	angemeldet	ohne Anmeldung	Total
Kerns, Perimeter 10	170	99	269
Engelberg, Perimeter 01	124	239	363
Angemeldete Grundstücke 2024	294	338	632
Kerns, Perimeter 10 gelöschte Nutzungsrechte	27	0	27
Definitiv bereinigte Grundstücke 2024	321	338	659

Kraftloserklärungsverfahren

Für einen Schuldbrief und 14 Altgülden wurde das Kraftloserklärungsverfahren gemäss Art. 32 und 33 der Bereinigungsverordnung (GDB 213.51) durchgeführt bzw. veranlasst.

Inspektion und Publikation

Gestützt auf Art. 34 Bereinigungsverordnung lässt der Regierungsrat die neu angelegten Hauptbücher und Hilfsregister durch eine ausgewiesene Fachstelle oder Fachperson überprüfen. Im Berichtsjahr wurde das Teilgebiet Perimeter 01 in der Einwohnergemeinde Engelberg im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Inspektion geprüft. Die öffentliche Auflage nach Art. 35 Bereinigungsverordnung fand vom 24. Oktober 2024 bis 25. November 2024 statt. Mit Beschluss vom 4. Dezember 2024 setzte das Volkswirtschaftsdepartement das eidgenössische Grundbuch für den Perimeter 01 in Kraft.

Einsprachen/Verfügungen

Zwei Einsprachen gegen die Bereinigungsprotokolle im Perimeter 12, Grundbuch Kerns, wurden zurückgezogen. Es mussten keine Bereinigungsergebnisse verfügt werden.

Belegdigitalisierung

2024 wurde die Digitalisierung der Bereinigungsdossiers des Perimeters 22, Grundbuch Sarnen, abgeschlossen. Zudem wurde das Scannen der Bereinigungsakten der Einwohnergemeinde Sarnen chronologisch fortgesetzt.

4140 Vermessung LIS/GIS

Amtliche Vermessung

Die laufende Nachführung der amtlichen Vermessung (AV) wurde unter der Leitung des Nachführungsgeometers termingerecht ausgeführt. Die Daten der amtlichen Vermessung sind dank des gut funktionierenden Meldewesens im Kanton und ausreichender Personalressourcen auf einem guten Stand. Bei wichtigen Bauvorhaben wie Neubauten wird der bewilligte Zustand vorgängig bereits als „projektierte Baute“ erfasst. Die AV-Daten werden weiterhin nach dem Mehrgenerationenprinzip gesichert und dezentral aufbewahrt.

Operate zu dauernden Bodenverschiebungen

In Gebieten mit dauernden Bodenverschiebungen muss die amtliche Vermessung den tatsächlichen Verhältnissen angepasst werden. Aktuell sind in den Einwohnergemeinden Giswil, Lungern und Kerns Operate in Bearbeitung.

Operate zur periodischen Nachführung der Ebenen Bodenbedeckung und Einzelobjekte

Die Bestandteile der amtlichen Vermessung sind aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nachzuführen. Wo kein Meldewesen organisiert werden kann, geschieht dies periodisch. Gemäss Richtlinie wird ein Nachführungszyklus von sechs Jahren vorgeschlagen. Aktuell sind in den Einwohnergemeinden Giswil, Kerns, Sachseln und Engelberg Operate am Laufen.

Operat Datenabgleich AV mit dem Gebäude- und Wohnungsregister (GWR)

Gemäss der revidierten Verordnung über das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister (VGWR; SR 431.841) müssen alle noch nicht im GWR geführten Gebäude ohne Wohnnutzung im GWR erfasst werden. Vorgängig zu diesem Schritt müssen in der ersten Phase alle bereits im GWR und der AV erfassten Gebäude abgeglichen und wenn nötig bereinigt werden. Diese Arbeiten sind aufwändiger als geplant und dauerten 2024 noch an.

Operat Periodische Nachführung (PNF) der kantonalen Lagefixpunkte LFP2

Aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für sämtliche Geobasisdaten müssen die LFP2 unterhalb von 2 000 m über Meer in einem Zyklus von sechs Jahren begangen, durch Messungen kontrolliert und in Stand gesetzt werden. Diese Arbeiten wurden 2024 gestartet und dauern bis Ende 2025.

Nomenklatur der Flurnamen in Sarnen, Giswil und Alpnach

Die Nomenklaturkommission bezeichnet die in die amtliche Vermessung aufzunehmenden geographischen Namen und legt deren Schreibweise fest. Dafür muss ein Abgleich mit den benannten Gebieten (Orts-, Flur- oder Geländenamen usw.) erfolgen. 2024 erging die Einladung zur Vernehmlassung an die Einwohnergemeinde Sarnen und deren erste Rückmeldung liegt vor. Die Nomenklatur in der Einwohnergemeinde Giswil konnte abgeschlossen und neu mit der Bearbeitung in der Einwohnergemeinde Alpnach begonnen werden.

Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB)

Das Bundesamt für Landestopografie swisstopo nahm im Juli 2024 die erste Betriebsprüfung des Katasters vor. Diese war erfolgreich und es mussten nur wenige marginale Mängel behoben werden. 2024 erfolgten im ÖREB-Kataster 21 Revisionen und sechs laufende Änderungen an kantonalen und kommunalen ÖREB-Themen. Zudem wurden rund 5 900 Aufrufe der ÖREB-Anwendung getätigt und 9 000 Auswertungen sowie 3 100 PDF-Auszüge generiert.

Geoinformation, GIS Daten AG

Im Jahr 2024 gingen 460 Datenbestellungen ein (davon 216 gebührenpflichtig). Per Ende 2024 waren auf der Aggregationsinfrastruktur (geodienste.ch) insgesamt 62 Accounts für den Datendownload eingerichtet.

Folgende Tätigkeiten und Projekte sind im Berichtsjahr speziell zu erwähnen:

- Umsetzung Massnahmen aus der ICT-Sicherheitsüberprüfung 2023 und Inbetriebnahme Security Operations Center (SOC);
- Aufbau und Migration der Desktop-GIS Umgebung von ESRI ArcMap auf die Open-Source Lösung „QGIS“, Parallelbetrieb mit ArcMap bis Ende 2025 sowie diverse Einführungsschulungen;
- Erste Grobevaluation und Planung für die Ablösung der WebGIS Umgebung (Ablösung voraussichtlich 2026–2028);
- Die finalisierten Bathymetrie-Daten des Vierwaldstättersees wurden im Dezember 2024 für die Integration im 2025 ausgeliefert;
- Ausbau der Aggregationsinfrastruktur der KGK (Konferenz der Kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen): Insbesondere Aufschaltung der Naturgefahren;
- Leitung ERFA Gruppe ÖREB Mitte-Kantone.

GIS-Koordination

Im Jahr 2024 wurden zwischen dem Kanton und dem Bund die Programmvereinbarung ÖREB-Kataster 2024–2027 unterzeichnet. Diese sieht hauptsächlich eine Konsolidierung des bisher Erreichten vor. Unter Einbezug der Fachstellen der kantonalen Verwaltung und der GIS Daten AG wurden im Jahr 2024 insgesamt elf Stellungnahmen zu den amtlichen minimalen Datenmodellen (MGDM) für Geobasisdaten sowie zu Strategien, Konzepten, Leitbildern und Gesetzesvorhaben im Geoinformationsbereich erarbeitet und eingereicht. Daneben gab es zwölf Modellanpassungen, welche die GIS Daten AG in der Geodateninfrastruktur (inklusive ÖREB-Kataster) umsetzen konnte.

42 Amt für Arbeit

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarkts und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum Obwalden Nidwalden und der Arbeitslosenkasse Obwalden Nidwalden in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es vollzieht die Ausländer- und Asylgesetzgebung. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umgebungsschutz beraten und überwacht. Bestehende Gebäude sowie Um- und Neubauten, Munitions-, Sprengmittel- und pyrotechnische Lager werden hinsichtlich des vorbeugenden Brandschutzes überprüft. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens, der Preisbekanntgabe, des Entsendegesetzes, des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit und des Bundesgesetzes über das Passivrauchen wird überwacht. Für das Markt-, Reisenden- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih, das Konsumkreditwesen, die selbstständige Kaminfegertätigkeit, das Bergführerwesen und weitere Risikoaktivitäten und für Kleinspiele gemäss Geldspielgesetz werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt. Es ist Anlaufstelle für allgemeine Kantonsbeiträge und Vergabungen aus dem Swisslos-Fonds.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Kontinuierliche Erhöhung der Gebäudesicherheit im Kanton durch verstärkte Betriebskontrollen gemäss Art. 6 Feuerweggesetz (FewG; mind. zehn periodische Kontrollen pro Jahr)	ausgeführte Aktivitäten: – Ausführung der Betriebskontrollen
	Kommentar: Die Arbeiten erfolgten gemäss Planung.
Kontinuierliche Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmenden in Betrieben mit erhöhtem Risiko im Kanton durch verstärkte Betriebskontrollen gemäss Art. 41 Arbeitsgesetz (ArG; mind. fünf periodische Kontrollen pro Jahr).	ausgeführte Aktivitäten: – Ausführung der Betriebskontrollen
	Kommentar: Die Arbeiten erfolgten gemäss Planung.

4200 Amtsleitung

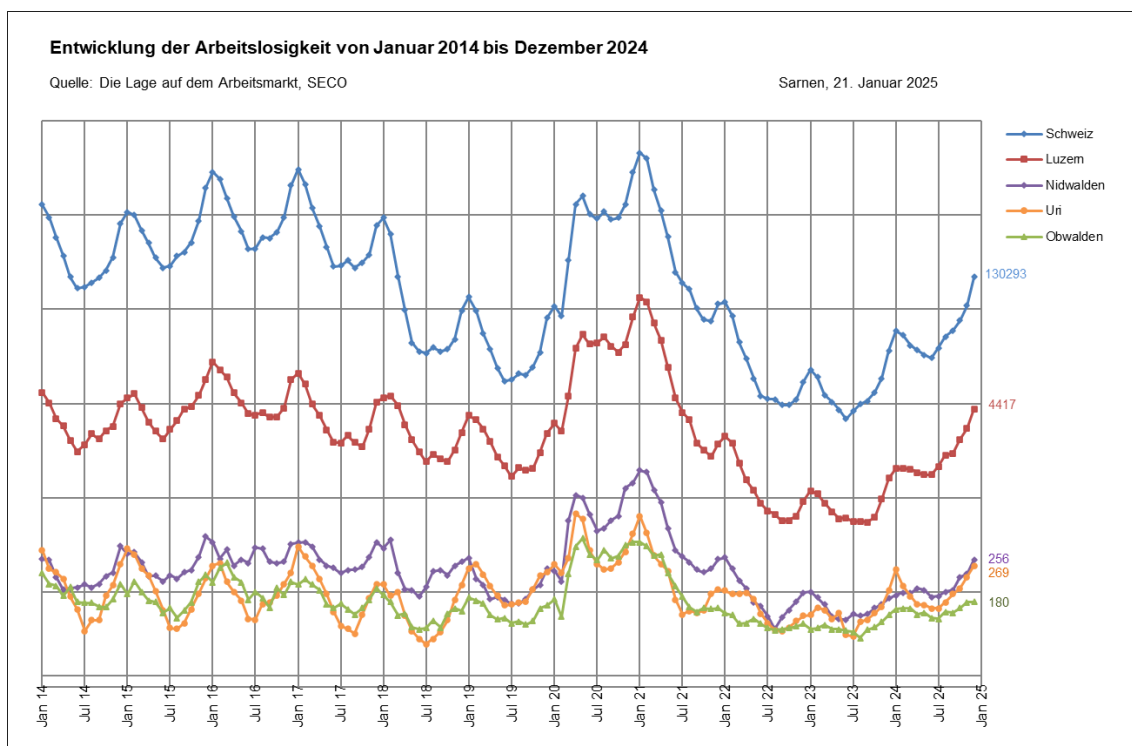
Arbeitslosenquote 2024: In Obwalden unverändert tief

In der Schweiz liess sich seit Mitte 2023 ein Trend von leicht ansteigenden Arbeitslosenzahlen beobachten. Dieser Trend setzt sich im Jahr 2024 fort. Von anfänglich 2,5 Prozent im Januar erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Verlaufe des Jahres sukzessive auf 2,8 Prozent im Dezember. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote nahm im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte zu und belief sich auf 2,4 Prozent (Vorjahr 2,0 Prozent). Damit liegt die Arbeitslosenquote weiterhin unter der konjunktur-neutralen Arbeitslosenquote, die gestützt auf den Zeitraum 2010 bis 2020 auf 2,8 Prozent veranschlagt wurde.

Auch im Kanton nahm die Arbeitslosigkeit etwas zu. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote betrug im Berichtsjahr 0,8 Prozent (Vorjahr 0,6 Prozent) und war somit auch in diesem Jahr im Vergleich zu den übrigen Kantonen unterdurchschnittlich. Unterboten wurde dieser Wert einzig vom Kanton Appenzell Innerrhoden, der eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 0,6 Prozent (Vorjahr 0,5 Prozent) aufwies.

Per 31. Dezember 2024 waren beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum Obwalden Nidwalden 332 Stellensuchende (Vorjahr 268) aus dem Kanton gemeldet, davon 180 arbeitslose Personen (Vorjahr 152).

Die Jugendarbeitslosigkeit, d.h. von Arbeitslosigkeit betroffene Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren, nahm im Kanton im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr relativ stark zu. Ende Dezember waren 17 Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen (Vorjahr 7). Die Jugendarbeitslosenquote Ende Dezember verdoppelte sich demnach von 0,3 Prozent im Jahr 2023 auf 0,6 Prozent im Jahr 2024, sie liegt aber dennoch weit unter dem Schweizer Durchschnitt von 2,7 Prozent (Vorjahr 2,2 Prozent).



Massenentlassungen: eine Massenentlassung zufolge Betriebsaufgabe

Im Berichtsjahr ging beim Amt für Arbeit im Zusammenhang mit einer Betriebsaufgabe eine Meldung ein, die die Kriterien für eine Massentlassung erfüllte.

Taggelder Arbeitslosenversicherung: vermehrter und längerer Bezug

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit (+ 0,2 Prozent) schlug sich auch in den Zahlen zu den Taggeldbezügen nieder. Die Summe der ausbezahlten Entschädigungen belief sich im Jahr 2024 auf knapp 6,3 Millionen Franken (+ 25 Prozent). So gingen im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr nicht nur mehr Taggeldgesuche ein (+ 6,5 Prozent), auch die Dauer des Taggeldbezugs erhöhte sich merklich (+ 20 Prozent mehr Bezugstage).

	2023	2024
Anzahl Taggeldgesuche	445	474
Anzahl Bezugstage	27 928	33 570
Ausbezahlte Entschädigungen (in Fr.)	5 025 209.–	6 287 469.–

Das Amt für Arbeit hatte in der Funktion als Kantonale Amtsstelle (KAST) wie im Vorjahr ein Erlassgesuch im Zusammenhang mit der Rückforderung von Taggeldbezügen der Arbeitslosenversicherung zu beurteilen.

Kurzarbeitsentschädigung (KAE): Konjunkturlage macht Betrieben nach wie vor zu schaffen

Wie bereits im Vorjahr verzeichnete die Schweiz ein deutlich unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und die anhaltende schwache Konjunktur in Europa machte auch dieses Jahr den Obwaldner Unternehmen zu schaffen. Im Berichtsjahr waren vom Amt für Arbeit 17 Gesuche (Vorjahr 10) um Kurzarbeitsentschädigung im ordentlichen Verfahren zu beurteilen. Die betroffenen Unternehmen klagten insbesondere über geopolitische Risiken im Zusammenhang mit den bewaffneten Konflikten im Nahen Osten und in der Ukraine sowie über damit einhergehende starke Anstiege von Rohstoffpreisen oder Transportkosten. Aber auch die Entwicklung in Deutschland und China wirkten sich negativ auf die Obwaldner Unternehmen aus, ebenso die grossen Unsicherheiten im Zusammenhang mit der internationalen Wirtschafts- und Handelspolitik und ihre makroökonomischen Auswirkungen. Bei den betroffenen Unternehmen waren allgemein tiefe Auslastungen der Produktionskapazitäten, schwache Auftragslagen sowie rückläufige Warenexporte ins Ausland zu beobachten, oft wegen unerwarteten nachträglichen Auftragsstornierungen und Nachfrageeinbrüchen aus dem In- und Ausland. Vorsichts- und Sparmassnahmen sowie ein allgemein zurückhaltendes Kundenverhalten zeichneten das Jahr 2024 aus.

Im Jahr 2024 rechneten sieben Betriebe (Vorjahr 82) KAE bei der Arbeitslosenkasse Obwalden Nidwalden im Betrag von total knapp Fr. 340 000.– (Vorjahr 1,68 Millionen Franken) ab. Die Zahlen suggerieren auf den ersten Blick eine massive Abnahme an Leistungsbezügen im Bereich Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahr. Tatsächlich ist dies aber gerade nicht der Fall. Ein Grossteil der Leistungsbezüge im Vorjahr ergaben sich im Zusammenhang mit den Nachforderungen von Ferien- und Feiertagsanteilen, welche gemäss eines Bundesgerichtsentscheids aus dem Jahre 2021 entgegen den Weisungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) bei der Bemessung der Entschädigung hätten einberechnet werden müssen. Werden die Zahlen 2023 und 2024 um diese Nachzahlungen bereinigt und nur die KAE-Gesuche und Abrechnungen im ordentlichen Verfahren als solche betrachtet, ist erkennbar, dass sich die Leistungsbezüge für Kurzarbeitsentschädigungen im Jahr 2024 für die fünf im ordentlichen Verfahren abgerechneten Betriebe auf total Fr. 258 594.– beliefen und damit gegenüber dem Vorjahr (drei abgerechnete Betriebe, total Fr. 148 579.–) doch merklich angestiegen sind.

	2023	2024
Anzahl Betriebe	82 ¹	7 ³
Anzahl Ausfallstunden	7 996	8 010
Ausbezahlte Entschädigungen (in Fr.)	1 680 840.– ²	338 319.– ⁴

¹ davon 79 Betriebe wegen Nachzahlung der Ferien-/Feiertage

² davon Nachzahlung der Ferien/Feiertage in Höhe von Fr. 1 532 261.–

³ davon zwei Betriebe wegen Nachzahlung der Ferien-/Feiertage

⁴ davon Nachzahlung der Ferien-/Feiertage in Höhe von Fr. 79 725.–

Schlechtwetterentschädigung: mehr Gesuche wegen starken Niederschlägen

Die anhaltenden starken Niederschläge in der ersten Jahreshälfte führten zu erschwerten Bedingungen, Sicherheitsrisiken und nicht zuletzt zu Arbeitsausfällen, von denen vor allem die Tiefbaubranche betroffen war. Im Berichtsjahr waren vom Amt für Arbeit sieben Gesuche (Vorjahr drei) um Schlechtwetterentschädigung zu beurteilen, davon rechnete ein Unternehmen bei der Arbeitslosenkasse Obwalden Nidwalden ab.

	2023	2024
Anzahl Betriebe	1	1
Anzahl Ausfallstunden	64	1 289
Ausbezahlte Entschädigungen (in Fr.)	1 804.–	27 930.–

Insolvenzenschädigungen: abnehmende Tendenz

Im Jahr 2024 war erfreulicherweise nur ein Insolvenzenschädigungsverfahren durchzuführen. Die Arbeitslosenkasse Obwalden Nidwalden richtete dabei an zwei Bezüger Insolvenzenschädigungen in Höhe von total Fr. 8 488.– aus.

	2023	2024
Anzahl Betriebe	3	1
Anzahl Bezüger	9	2
Ausbezahlte Entschädigungen (in Fr.)	48 561.–	8 488.–

Entsendungen und Schwarzarbeit: Kontrollen nach wie vor notwendig

Die Vollzugsstelle der Tripartiten Arbeitsmarktkommission (TAK) Uri, Obwalden und Nidwalden in Altdorf führt für die erwähnten Kantonsgebiete die operativen Kontrolltätigkeiten im Bereich flankierende Massnahmen (FlaM) gemäss Entsendegesetz (EntsG; SR 823.20) und im Bereich des Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA; SR 822.41) durch. Die Sanktionierung von festgestellten Verfehlungen erfolgt durch die jeweils zuständigen kantonalen Arbeitsämter.

Der grösste Anteil an den im Berichtsjahr durchgeführten 215 FlaM-Kontrollen (Vorjahr 204) entfiel auf das Baunebengewerbe, das verarbeitende Gewerbe sowie die Branchen Dienstleistungen für Unternehmen und Handel (Detailhandel). In 44 (Vorjahr 35) Fällen waren Verdachtsmomente von möglichen Verstössen gegen das Meldeverfahren, Scheinselbständigkeit oder der Unterbietung von orts- und branchenüblichen Löhnen vorhanden. In zehn (Vorjahr 11) Fällen wurden Sanktionen ausgesprochen. Systematisches Lohndumping wurde jedoch nicht festgestellt.

Anfang 2024 lagen in der Elektrobranche und im L-GAV des Gastgewerbes noch keine allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge vor, weshalb für Kontrollen im Rahmen der FlaM nicht die Paritätischen Kommissionen, sondern die kantonalen TAK zuständig waren. Die Vollzugsstelle der TAK führte deshalb in diesem Bereich sieben zusätzliche Kontrollen durch.

Im Bereich Schwarzarbeit wurden im Berichtsjahr 219 (Vorjahr 212) Betriebskontrollen durchgeführt. Die risikobasierten Kontrollen erfolgten aufgrund von Hinweisen oder wurden stichprobenartig durchgeführt. Bei einigen Kontrollen musste die Kantonspolizei vor Ort miteinbezogen werden, da ein Verstoss gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG; SR 142.20) vorlag. In 32 (Vorjahr 22) Fällen lagen bei den Kontrollen Verdachtsmomente vor, davon kam es in sieben (Vorjahr 12) Fällen zu einer Anzeige oder Busse durch die Spezialbehörden.

Im Berichtsjahr wurden überdies vermehrt Kontrollen in sogenannten sensiblen Gewerben, namentlich im Coiffeurgewerbe (Barbershops, Kosmetikstudios) sowie im Gastgewerbe durchgeführt. Einige dieser Kontrollen erfolgten unter Beizug der Kantonspolizei und des Arbeitsinspektorats. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich die meisten Betriebe an die gesetzlichen Vorgaben des Sozialversicherungsrechts, des Quellensteuerrechts sowie des Ausländer- und Integrationsgesetzes halten.

Kontrolltätigkeit in der Arbeitsmarktregion UR/OW/NW	FlaM	BGSA
Vorgabe Bund	200	200
Durchgeführte Kontrollen	215	219
Kein Verdacht nach Kontrolle	171	187
Verdachtsfälle nach Kontrolle	44	32
Verwarnung/Anzeige/Busse oder Dienstleistungssperre	10	7
Verständigungsverfahren EntsG erfolgreich	26	–

Kontrolltätigkeit in der Arbeitsmarktregion UR/OW/NW	FlaM	BGSA
Verständigungsverfahren EntsG nicht erfolgreich	5	–
Kein Verstoss/Verzicht auf Sanktion	3	21
Laufende Abklärungen/Ausstehende Massnahmen	0	4
Erledigte Verfahren aus dem Vorjahr	3	6

Kontrolle der Stellenmeldepflicht: Mehrheit der Arbeitgeber kommt der Meldung nach

Im Berichtsjahr führte die Vollzugsstelle der TAK in den Kantonen Uri, Obwalden und Nidwalden 55 (Vorjahr 76) Kontrollen durch. In 14 (Vorjahr 14) Fällen wurden Verstösse festgestellt und entsprechende Ermahnungen ausgesprochen. Strafanzeigen erfolgten keine.

Gewerbebewilligungen im Personalverleih- und Arbeitsvermittlungsbereich: vergleichbar mit Vorjahr

Im Berichtsjahr gab ein Unternehmen ihre Tätigkeit in der Arbeitsvermittlung und im Personalverleih auf. Einem neuen Unternehmen wurde die Erstabewilligung zum Personalverleih erteilt. In fünf Fällen waren Änderungsbewilligungsverfahren infolge Wechsels der verantwortlichen Leitung, Sitzverlegungen innerhalb des Kantons sowie Änderungen im Tätigkeitsbereich durchzuführen. Anhand der zahlreichen Anfragen und vorzunehmenden Vorabklärungen konnte allgemein festgestellt werden, dass derzeit – vermutlich als Folge des Arbeits- und Fachkräftemangels – ein grosses Interesse an Personalverleihbewilligungen besteht. Die strengen Bewilligungsvoraussetzungen und insbesondere das Leisten der Kautions führten regelmässig dazu, dass letztlich von der Aufnahme einer Personalverleihtätigkeit abgesehen wurde.

	2023	2024
Personalverleih	11	11
Arbeitsvermittlung	11	10
Total Bewilligungen	22	21
Total Betriebe	18	18

Reisengewerbe: deutliche Abnahme an Reisendenkarten

Das Amt für Arbeit stellte im Jahr 2024 keine neuen Bewilligungen aus. Sämtliche Reisendenkarten ergingen durch ein einzelnes, zur Ausstellung berechtigtes Obwaldner Unternehmen für ihre eigenen Reisenden. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 59 Reisendenkarten (Vorjahr 73) ausgestellt oder mit einer Bewilligungsdauer von vier Jahren verlängert.

	2023	2024
Reisendenkarten neu	58	46
Reisendenkarten Verlängerung	15	13
Total	73	59

Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten: vergleichbar mit Vorjahr

Je nach Kategorie der Risikoaktivität beträgt die Geltungsdauer der Bewilligung zwei oder vier Jahre. Nachdem ein Grossteil der Bewilligungen (23) bereits im Jahre 2022 verlängert wurde, gingen im Berichtsjahr beim Amt für Arbeit wie bereits im Vorjahr relativ wenige Gesuche ein. Von den sieben Gesuchen (Vorjahr 6) mussten allerdings drei Gesuche um Bewilligung zum Schneesportlehrer/in abgelehnt werden, weil die nötigen Bewilligungsvoraussetzungen nicht gegeben waren. Diverse Anfragen und

Abklärungen im Zusammenhang mit der Anerkennung von Aus- und Weiterbildungen sowie zwei Bestätigungen im Rahmen des ausländerrechtlichen Meldeverfahrens über die fachlichen Qualifikationen rundeten die Tätigkeiten des Amts für Arbeit in diesem Bereich ab. Im Jahr 2024 verfügten 49 Personen (Vorjahr 40) über eine Risikoaktivitätenbewilligung.

	2023	2024
Bergführer/in	2	1
Bergführer-Aspirant/in	2	
Schneesportlehrer/in	2	2
Wanderleiter/in		1
Kletterlehrer/in		
Zertifizierte Anbieterin		
Total	6	4

Konsumkredit: unveränderter Bestand

Im Kanton verfügen wie bereits im Vorjahr drei Unternehmen über eine Bewilligung zur Vermittlung von Konsumkrediten.

PBV-Kontrollkampagne 2024: Preisbekanntgabe in Lebensmittelgeschäften

Die Kontrollkampagne im Rahmen der Preisbekanntgabeverordnung (PBV; SR 942.211) konzentrierte sich im Jahr 2024 auf die Preisbekanntgabe in Lebensmittelgeschäften. Kontrolliert wurden die Detail- und Grundpreise der Warenangebote im stationären Handel und in Schaufenstern. Von der Prüfung ausgeschlossen waren Onlineshops, Werbung und Bäckereien/Confisereien, da letztere bereits im Jahr 2022 kontrolliert wurden. Es wurden stichprobenweise acht Lebensmittelgeschäfte auf dem Kantonsgebiet kontrolliert. Die überwiegende Mehrheit der kontrollierten Lebensmittelgeschäfte setzte die PBV korrekt um. Insbesondere die Detailpreise der angebotenen Waren wurden in sämtlichen Fällen korrekt angegeben. In zwei Fällen wurden unvollständige oder fehlerhafte Preisangaben bei den Grundpreisen festgestellt (z.B. Preis pro Liter, pro Kilogramm, pro dezimales Vielfaches oder pro dezimalen Teil davon). Die betroffenen Geschäfte wurden auf die Mängel hingewiesen und zu deren Behebung aufgefordert. Ordnungsbussen oder Strafanzeigen waren keine erforderlich und werden in der Regel auch erst eingereicht, wenn ein betroffener Anbieter es unterlässt – trotz Mangelfeststellung, Übergabe einer Informationsbroschüre und Fristansetzung zur Behebung der Mängel – die Preise korrekt bekanntzugeben.

Verwendung der Swisslos-Gelder

Über die Verwendung der Swisslos-Gelder des Berichtsjahrs wird jeweils erst im Sommer des Folgejahrs gegenüber dem Regierungsrat Rechenschaft abgelegt, so dass die definitiven Zahlen und Daten erst im darauffolgenden Geschäftsbericht aufgeführt werden können. Im aktuellen Geschäftsbericht wird deshalb das Budget des Berichtsjahrs sowie die getätigten Vergabungen (Rechnungen) der beiden Vorjahre aufgeführt.

Der Swisslos-Fonds wird durch die dem Kanton abgelieferten Reingewinne der Interkantonalen Landeslotterie (Swisslos) und deren Zinsen gespeisen. In den letzten Jahren beliefen sich die dem Kanton zugesprochenen Swisslos-Gelder auf durchschnittlich rund 2,5 Millionen Franken pro Jahr. Der Regierungsrat teilt den zuständigen Amtsstellen und Kommissionen Fondsmittel zu. Über die Verwendung der Mittel aus dem Swisslos-Fonds in den Förderbereichen Kultur, Sport, Soziales, Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Ausland, Natur und Gesundheit entscheiden die zuständigen Amtsstellen bzw. Kommissionen im Rahmen der ihnen vom Regierungsrat zugeteilten Fondsmittel autonom. Die Vergabungen der Swisslos-Gelder erfolgen in Nachachtung der gesetzlich vorgegebenen Grundsätze für die Verwendung der Fondsmittel und werden ausschliesslich für wohltätige, gemeinnützige, kulturelle oder sportliche Zwecke gesprochen sowie für Präventionsmassnahmen zur Suchtbekämpfung eingesetzt. Die aus dem Fonds ausgerichteten Beiträge werden – mit Ausnahme von Hilfsaktionen im Ausland – in der

Regel nur für konkrete und kontrollierbare Projekte im Kanton eingesetzt. Es können auch ausserkantonale Projekte mit nationaler und regionaler Bedeutung unterstützt werden, jedoch ist auf eine namhafte Beteiligung des Standortkantons zu achten. Auf Antrag der zuständigen Departemente kann der Regierungsrat auch selbst Fondsmittel sprechen, zum Beispiel für Projekte, deren Finanzbedarf den an die zuständige Fachstelle zugewiesenen Vergabebetrag übersteigt.

Regierungsrat: Verschiedene Beiträge auf Antrag der sachzuständigen Fachbereiche

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2024	Vergabungen 2023	Vergabungen 2022
Kulturelle Aufwendungen	157 000.–	202 000.–	147 219.–
Verschiedene Beiträge	166 000.–	157 291.–	444 291.–

Unterstützte Grossprojekte (ab Fr. 50 000.–)	2023	2022
Winteruniversiade 2021	–	- 205 529.–
Verein Volkskulturfest OBWALD	100 000.–	80 000.–
Hallenbad Obwalden AG	–	150 000.–
Verein Justizforschung	–	120 000.–
Stiftung Schweizer Wirtschaftspolitik Institut Uni Luzern	–	50 000.–
Schweizerisches Rotes Kreuz Spende Nothilfe Ukraine	–	100 000.–
Obwaldner Kantonalschützenfest 2023	100 000.–	–
Niklaus und Dorothee Alive	100 000.–	–

Geplante Grossprojekte (ab Fr. 50 000.–)	2025	2024
Volkskulturfest OBWALD	70 000.–	70 000.–
Orts- und Flurnamen Obwalden	90 000.–	50 000.–

BKD/Abteilung Kultur bzw. Kulturkommission: Vergabungen im Förderbereich Kultur

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2024	Vergabungen 2023	Vergabungen 2022
Denkmalpflege	100 000.–	100 293.–	100 532.–
Kulturförderungen	500 000.–	515 112.–	506 071.–
Kulturpflege	65 000.–	64 875.–	62 993.–
Bildung/Forschung	80 000.–	80 214.–	80 134.–

Davon unterstützte Grossprojekte (ab Fr. 50 000.–)	2023	2022
Kantonsbibliothek Obwalden*	80 214.–	80 134.–
Kulturlandschaft Obwalden	–	50 000.–

* Beitragsunterstützung wird jährlich in Höhe von Fr. 80 000.– budgetiert und als ordentliche Position geführt.

BKD/Sportabteilung bzw. Sportkommission: Vergabungen im Förderbereich Sport

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2024	Vergabungen 2023	Vergabungen 2022
Investitionen Sportbereich	–	–	50 152.–
Vergabungen an Sport	29 000.–	16 663.–	26 022.–
Verbände/Sportvereine	390 000.–	376 917.–	378 780.–
Anlässe/Begabtenförderung	108 000.–	117 920.–	127 070.–
Versch. Institut. Sportanlagen	35 000.–	42 099.–	26 531.–
Förderung Leistungssport	70 000.–	69 000.–	42 000.–

Davon unterstützte Grossprojekte (ab Fr. 50 000.–)	2023	2022
Sportprojekt Obwalden (Investitionen Sportbereich)	–	50 152.–

BRD/Amt für Wald und Landschaft: Förderbereich Natur

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2024	Vergabungen 2023	Vergabungen 2022
Bereich Natur	50 000.–	24 815.–	25 000.–

VD/Amt für Arbeit: Förderbereich Entwicklungs-/Katastrophenhilfe (Hilfsaktionen im Ausland)

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2024	Vergabungen 2023	Vergabungen 2022
Bereich Hilfsaktionen	50 000.–	25 000.–	25 000.–

SJD/Sozialamt: Förderbereich Soziales

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2024	Vergabungen 2023	Vergabungen 2022
Bereich Soziales	50 000.–	30 248.–	29 967.–

FD/Gesundheitsamt: Förderbereich Gesundheit

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2024	Vergabungen 2023	Vergabungen 2022
Bereich Gesundheit	50 000.–	27 280.–	22 678.–

Das Amt für Arbeit stellt Swisslos im Rahmen der Rechenschaftsablegung jährlich eine Liste mit den in den verschiedenen Förderbereichen erfolgten Vergabungen zu. Die Vergabeliste wird im Internet von Swisslos und vom Amt für Arbeit veröffentlicht.

Vergabungen in den Förderbereichen:	2023	2022
Kultur	807 135.–	726 841.–
Denkmalpflege	100 293.–	122 532.–
Sozialwesen	30 248.–	29 967.–
Gesundheitswesen	27 280.–	22 678.–
Bildung/Forschung	80 214.–	274 425.–
Umwelt/Entwicklungshilfe	74 815.–	150 000.–
Sport	745 598.–	795 555.–
Total	1 865 583.–	2 121 998.–

4210 Abteilung Migration

Ständige ausländische Wohnbevölkerung: leichte Zunahme

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung nahm sowohl bei den Staatsangehörigen aus der EU/EFTA (+ 7,19 Prozent) als auch bei jenen aus Drittstaaten (+ 1,84 Prozent) leicht zu (total + 5,63 Prozent). Bei den EU/EFTA-Staatsangehörigen handelte es sich mehrheitlich um Personen, welche zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit eingereist waren, während bei den Personen aus Drittstaaten unterschiedliche Gründe vorlagen wie Geburten, Heirat, Erwerbstätigkeit oder Wechsel von einer vorläufigen Aufnahme (Ausweis F) in eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B). In den vergangenen zehn Jahren erhöhte sich die ständige ausländische Wohnbevölkerung im Kanton von 5 095 Personen im Jahr 2014 auf 6 508 Personen im Jahr 2024 und nahm demnach um 1 044 Personen bzw. 27,73 Prozent zu. Schweizweit betrug die Zunahme in den vergangenen zehn Jahren 21,75 Prozent.

Ständige ausländische Wohnbevölkerung EU/EFTA und Drittstaaten:

	2023	2024	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
aus EU/EFTA-Staaten	4 365	4 679	+ 7,19
aus Drittstaaten	1 796	1 829	+ 1,84
Total	6 161	6 508	+ 5,63

Quelle: SEM Statistik 2-10, Stand: 30. November 2024; Vergleich Endmonatsbestand November 2023 mit Endmonatsbestand November 2024

Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Gemeinden:

Einwohner-gemeinde	Total	Total	C-Ausweis*		B-Ausweis**		L-Ausweise***	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024
Sarnen	1 782	1 882	991	1 023	784	852	7	7
Kerns	701	751	357	367	338	380	6	4
Sachseln	671	666	400	401	269	262	2	3

Einwohner- gemeinde	Total	Total	C-Ausweis*		B-Ausweis**		L-Ausweise***	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024
Alpnach	1 086	1 160	604	629	477	525	5	6
Giswil	453	493	222	224	226	262	5	7
Lungern	219	239	92	96	123	142	4	1
Engelberg	1 274	1 330	430	427	818	864	26	21
Total	6 186	6 521	3 096	3 167	3 035	3 287	55	67

Quelle: SEM Statistik Stand: 31. Dezember 2024, nicht publiziert

* C-Ausweis = Niederlassungsbewilligung ** B-Ausweis = Aufenthaltsbewilligung *** L-Ausweis = Kurzaufenthaltsbewilligung < als 1 Jahr

Ständige ausländische Wohnbevölkerung aus der EU/EFTA nach Ländern

Bei den EU/EFTA-Bürgern betrug die Nettozuwanderung im Berichtsjahr 314 Personen, was einer Netto-Zuwanderung von + 7,19 Prozent entspricht. Die Zuwanderung nahm im Berichtsjahr demnach auch dieses Jahr erneut leicht zu (Vorjahr + 3,28 Prozent) und belief sich auf insgesamt 4 679 Personen. Wie in den vergangenen Jahren fiel der grösste Anteil an zugewanderten Staatsangehörigen aus der EU/EFTA auf Deutschland, Portugal und Italien.

Herkunftsländer EU/EFTA	2023	2024
Deutschland	1 541	1 618
Portugal	1 050	1 075
Italien	433	462
Österreich	143	157
Spanien	142	169
Kroatien	145	149
Schweden	115	135
Niederlande	118	133
übrige EU/EFTA	672	721
Total	4 365	4 679

Quelle: SEM Statistik 2-20, Stand: 30. November 2024

Ständige ausländische Wohnbevölkerung aus Drittstaaten nach Ländern

Bei den Drittstaatsangehörigen nahm die Zuwanderung im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls leicht zu und erhöhte sich um 33 Personen auf insgesamt 1 829 Personen (+ 1,84 Prozent). Die vier am häufigsten vertretenen Nationen aus Drittstaaten stammen aus Kosovo, Nordmazedonien, Sri Lanka und Eritrea.

Herkunftsländer Drittstaaten	2023	2024
Kosovo	337	330
Nordmazedonien	233	223
Sri Lanka	148	153
Eritrea	144	151
Serbien	78	77
Türkei	94	106
UK (Vereinigtes Königreich)	79	79
Bosnien und Herzegowina	74	71
Russland	71	71
übrige Drittstaaten	532	562
Total	1 796	1 829

Quelle: SEM Statistik 2-20, Stand: 30. November 2024

Vorübergehende ausländische Wohnbevölkerung: mehr Asylverfahren

Die Anzahl Asylverfahren stieg in der Schweiz im Vergleich zum Vorjahr erneut leicht an. Dieser Trend machte sich auch im Kanton bemerkbar. Obwohl der Kanton nach wie vor davon profitiert, dass auf dem Glarnerberg ein Bundesasylzentrum betrieben wird und deshalb nur eine stark reduzierte Anzahl an Zuweisungen von asylsuchenden Personen an den Kanton erfolgt, nahmen im Berichtsjahr auch im Kanton die Anzahl Zuweisungen gegenüber dem Jahr 2023 leicht zu (+ 9,1 Prozent).

Bestandeszahlen im Asylprozess:	2023	2024
Asylverfahren laufend (N-Ausweis)	10	13
Asylverfahren beendet (F-Ausweis)	111	119

Quelle: SEM Statistik 6-10 (N- und F-Ausweise), Stand 30. November 2024

Schutzstatus S: leichte Abnahme beim Personenbestand

Obwohl sich der Bestand von Personen mit Schutzstatus S gesamtschweizerisch im Jahr 2024 insgesamt auf 66 998 Personen erhöhte (+ 1,3 Prozent), nahm dieser im Kanton wie bereits im Vorjahr erneut ab (- 6,28 Prozent). Trotz Abnahme des Personenbestands stieg die Erwerbsquote im Jahr 2024 auf 54,5 Prozent an (Vorjahr 43,1 Prozent) und übertraf damit auch dieses Jahr den vom Bund vorgegebenen Zielwert von 40 Prozent für die Arbeitsmarktintegration. Die Erhöhung der Erwerbsquote bei gleichzeitiger Abnahme des Personenstands legt die Vermutung nahe, dass in erster Linie Personen ohne Beschäftigung den Kanton bzw. die Schweiz verlassen haben.

Die zahlreichen Mutationen im ausländerrechtlichen Erfassungssystem für Personen mit Status S wegen Ein- und Ausreisen, Aufnahme sowie Beendigung der Erwerbstätigkeit, Adressänderungen etc. führten auch im Berichtsjahr zu einer merklichen Mehrbelastung der Abteilung Migration. Überdies musste festgestellt werden, dass die Organisation der Aus- oder Rückreise von Personen, welche nicht in der Schweiz bleiben können, ausserordentlich aufwändig und zeitintensiv ist und die Personalressourcen stark bindet.

Bestandeszahlen Schutzstatus S:	2023	2024
Vorübergehender Schutz (S-Ausweis)	223	209

Quelle: SEM-Statistik 6-24 (S-Ausweise), Stand 30. November 2024

Ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen: Zunahme an Wegweisungen

Gegenüber elf ausländischen Personen (Vorjahr 12) musste die Abteilung Migration im Jahr 2024 ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen treffen. Zu den Zwangsmassnahmen zählen nebst der Anordnung der Administrativhaft auch die Möglichkeit, eine Person unter Strafandrohung aus einem bestimmten geographischen Gebiet auszugrenzen oder auf ein bestimmtes geographisches Gebiet im Kanton einzugrenzen. Dabei stellt die Eingrenzung tendenziell die strengere Massnahme dar, da der Bewegungsraum der betroffenen Person stärker eingeschränkt ist. Im Berichtsjahr wurden sechs Personen aus dem Kantonsgebiet von Obwalden ausgegrenzt und zwei Personen auf das Gebiet Glarud eingegrenzt. Drei Personen wurden wegen Straffälligkeit aus der Schweiz, dem Schengenraum sowie der Europäischen Union weggewiesen und mit mehrjährigen Einreiseverboten belegt. Eine Person musste polizeilich begleitet ausgeschafft werden und eine Person reiste freiwillig, aufgrund von besonderen Umständen aber ebenfalls polizeilich begleitet, aus. Der Organisationsaufwand für polizeilich begleitete Ausreisen ist für alle beteiligten Behörden aussergewöhnlich hoch und deshalb sehr kostspielig.

Zentrales Migrationsinformationssystem ZEMIS: mehr Mutationen

Das zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS) ist das führende Personenregister für ausländische Staatsangehörige, welche in der Schweiz leben oder arbeiten. Das ZEMIS enthält mehr als zehn Millionen Personendatensätze. Werden in einem Datensatz mehrere Positionen geändert, so wird dies dennoch nur als eine Mutation gezählt.

ZEMIS Datenbank Mutationen durch den Kanton	2023	2024
Erfassungen und Mutationen im ZEMIS	7 734	8 146

Quelle: SEM-Betriebsstatistik Stand 31. Dezember 2024, nicht publiziert

Im Berichtsjahr wurden 2 105 Personen zum ersten Mal vom Kanton im ZEMIS erfasst. Es wurden 1 735 Erstbewilligungen erteilt und 1 784 bestehende Bewilligungen verlängert. Die restlichen 2 522 Mutationen betrafen Zu- und Wegzüge sowie verschiedene andere Mutationen.

Erfassung biometrischer Daten zur Produktion der Ausländerausweise: gute Auslastung der Station

Für die Erstellung der Ausländerausweise steht der Migration seit 2022 eine eigene Station zur Erfassung der biometrischen Daten zur Verfügung. Die Investition in eine eigene Station hat sich mit Blick auf die Anzahl Erfassungen in den letzten zwei Jahren definitiv gelohnt. Sie hat überdies nicht nur zur Entlastung der Staatskanzlei beigetragen, sondern auch zu einer Effizienzsteigerung und Verfahrensbeschleunigung in der Produktion der Ausländerausweise geführt, indem die nötigen biometrischen Datenerfassungen nun zeitnah und direkt vor Ort erfolgen können. Die erfassten Daten bleiben während fünf Jahren gültig und müssen somit grundsätzlich frühestens nach Ablauf der Gültigkeit neu erfasst werden oder wenn sich die Daten der ausländischen Person verändern wie z.B. im Falle einer Namensänderung nach Heirat etc. Zieht eine Person aus der Schweiz ins Ausland und kehrt sie später wieder in die Schweiz zurück, so bleibt der Datensatz während fünf Jahren weiterhin gültig und es müssen in dieser Zeit bei der Wiedereinreise keine neuen Daten erfasst werden.

Erfassungszahlen Migration	2023	2024
Erfassungen biometrischer Daten	1 659	1 725

Quelle: SEM-Biometriestatistik Stand 31. Dezember 2024, nicht publiziert

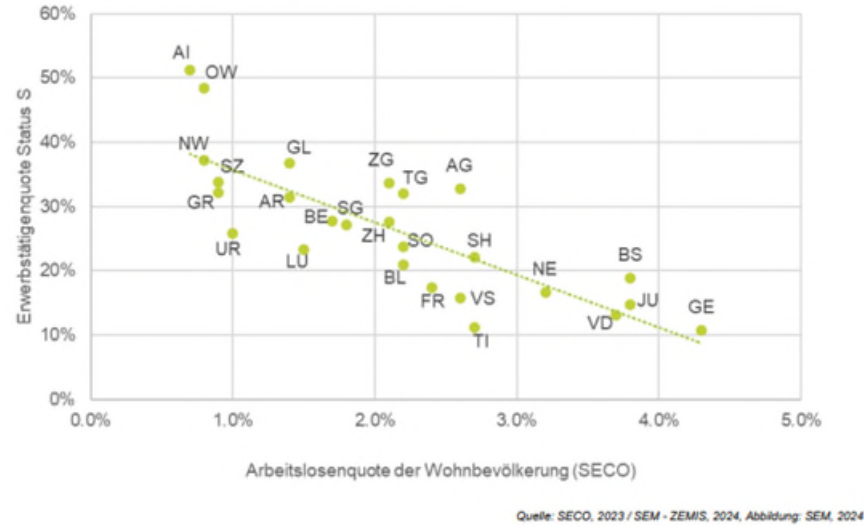
Arbeitsmarkt: erfolgreiche Bilanz

Der Kanton bietet ein attraktives Umfeld für Unternehmen und Arbeitskräfte. Die zentrale Lage, gute Verkehrserschliessung und hohe Lebensqualität machen Obwalden zu einem interessanten Standort für inländische, aber auch ausländische Fachkräfte.

Der Austausch mit den Betrieben und Ämtern läuft gut. Dem Kanton stehen jährlich fünf B-Kontingente und acht L-Kontingente zur Verfügung. Im Jahr 2024 wurden dem Kanton vom Bund zusätzliche 40 L-Kontingente erteilt, wovon 38 für ausländische Spezialitätenköche ausgeschöpft wurden.

Die Erwerbsquote von Personen mit Schutzstatus S liegt im Kanton erfreulicherweise auch dieses Jahr mit 54,4 Prozent (Vorjahr 43,1 Prozent) deutlich über dem vom Bund vorgegebenen Zielwert von 40 Prozent. Die Vorgabe wurde nur noch von den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Nidwalden und Glarus erreicht.

Abbildung 2: Erwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus S (18-64) im Verhältnis zur Arbeitslosenquote der Wohnbevölkerung (SECO) nach Kanton, 31.03.2024*



*Hinweis: In den Kantonen AI, GL, NW, OW, UR bezieht sich die Abbildung auf weniger als 200 Personen im erwerbsfähigen Alter. Die Ergebnisse können entsprechend im Zeitverlauf stark variieren.

4220 Technische Inspektorate

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz: Leistungsvereinbarung erfüllt

Im Berichtsjahr konnten die Kontrollvorgaben gemäss Leistungsvereinbarung mit der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) für den Vollzug der Vorschriften über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA) eingehalten werden.

Das Jahr 2024 war wiederum geprägt von einem sehr hohen Aufwand für das Bearbeiten von Planbegutachtungen und der Durchführung von vielen Betriebsbesuchen. Aufgrund der grossen Menge an Baugesuchen konnten im Berichtsjahr zum wiederholten Mal nicht alle fertiggestellten Bauprojekte durch eine Abnahmekontrolle überprüft werden. Im Weiteren wurden die Technischen Inspektorate in vielen Fällen für Abklärungen für die Grundsätze der Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz von Arbeitnehmer/innen und Arbeitgebern/innen beigezogen.

Betriebsbesuche in	2023	2024
industriellen Betrieben	6	7
nichtindustriellen Betrieben	91	88
Total Betriebsbesuche	97	95

Arbeits- und Ruhezeit: vermehrt Anfragen

Die Anzahl der Gesuche um Arbeitszeitbewilligungen ist im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Bei den meisten Arbeitszeitbewilligungen handelte es sich um kurzfristige Bewilligungen für spezifische Tätigkeiten an Sonntagen. Die Ausnahmegewilligungen wurden mehrheitlich aus

sicherheitstechnischen Gründen oder zur Aufrechterhaltung der Produktion erteilt. Mehrere kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) mussten jedoch wegen Verstössen gegen die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeits- und Ruhezeiten verwahrt werden.

	2023	2024
Sonntagsarbeit	25	30
Nachtarbeit	12	9
3-Schicht		2
Total Arbeitszeitbewilligungen	37	41

Planbegutachtungen und -genehmigungen: massiver Anstieg

Die Planbegutachtungen und Plangenehmigungen gemäss Arbeitsgesetz (ArG; SR 822.11) geben den Planenden die Möglichkeit, bereits vor Baubeginn die gesetzlichen Vorgaben der Arbeitssicherheit zu berücksichtigen. Deshalb ziehen die Bauherrschaften in der Planungsphase regelmässig die Technischen Inspektorate bei und lassen sich von diesen fachlich beraten und die geplanten Projekte begutachten. Diese Tätigkeit ist sehr aufwändig und zeitintensiv. Im Jahr 2024 ist die Anzahl der Bauvorhaben, welche bezüglich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz zu begutachten waren, mit 80 Bauprojekten (Vorjahr 51) und mit einer Zunahme von über 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr massiv gestiegen. Die grosse Zunahme an Fällen führte nicht nur zu unerwünschten Verzögerungen, sondern auch zu einer weiteren Mehrbelastung des bereits stark ausgelasteten Teams.

	2023	2024
Planbegutachtung gewerbliche Betriebe	49	78
Plangenehmigung industrielle Betriebe	2	2
Total Planbegutachtungen / Plangenehmigungen nach Arbeitsgesetz	51	80

Kantonaler Brandschutz: weitere Zunahme von Baugesuchen und Kontrollen von Brandschutzeinrichtungen

Die Anzahl der zu bearbeitenden Baugesuche nahm im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr erneut zu. Einige der Gesuche waren aufgrund ihrer Grösse und Komplexität zudem fachlich sehr anspruchsvoll und zeitintensiv. Die Technischen Inspektorate mussten auch zum wiederholten Mal feststellen, dass bei vielen Fachplanern das Fachwissen für das selbstständige Festlegen von Brandschutzmassnahmen fehlt. Dies führte dazu, dass die Technischen Inspektorate in vielen Bauprojekten zeitaufwändige Beratungen erbringen und/oder Baugesuche zur Überarbeitung zurückweisen und erneut prüfen mussten. Aufgrund der grossen Menge an Baugesuchen konnten im Berichtsjahr einmal mehr nicht alle fertiggestellten Bauprojekte durch eine Abnahmekontrolle überprüft werden. Zusätzlich mussten im Berichtsjahr eine grössere Anzahl von Brandmeldeanlagen auf ihre korrekte Ausführung überprüft werden.

	2023	2024
Baugesuche Baupläne	80	85
Planbesprechungen	101	100
Feuerschau	65	67
Kontrollen Sprinkleranlagen	7	7
Kontrollen Brandmeldeanlagen	19	29

Messwesen: Zielvorgabe METAS erfüllt

Der Kanton Luzern übernimmt im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Kanton Obwalden die Aufgaben, die sich aus dem Bundesgesetz über das Messwesen (MessG; SR 941.20) ergeben. Die Vollzugsvorgaben des Eidgenössischen Instituts für Metrologie (METAS) für das Jahr 2024, die Überprüfung von nichtselbsttätigen Waagen „Schutz vor Umwelteinflüssen, Sauberkeit, Eignung für die jeweiligen Handelsware und deren Mindestlast“, konnten vorschriftsgemäss umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist auch wieder die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Eichamt Luzern zu erwähnen.

43 Amt für Landwirtschaft und Umwelt

Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt ist Anlaufstelle für die Bereiche Landwirtschaft, Umweltschutz und Gewässerschutz sowie Fischerei. Es berät und informiert Bäuerinnen und Landwirte bei Vollzugsfragen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Agrarpolitik und ist zuständig für den Vollzug der Direktzahlungen. Weiter ist es zuständig für den Vollzug des Boden- und Pachtrechts sowie der landwirtschaftlichen Grundstückschätzungen, die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite) sowie der Betriebshilfedarlehen. Es wirkt mit bei der Beurteilung von Baugesuchen sowie von Gesuchen der Landwirtschaft für nicht versicherbare Elementarschäden und Finanzhilfen für Hilfswerke. Die Abteilung Umwelt vollzieht und koordiniert die kantonalen Umwelt- und Gewässerschutzaufgaben. Diese umfassen im Umweltschutz die Fachgebiete Umweltverträglichkeit, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge, Nichtionisierende Strahlung, Abfallbewirtschaftung, belastete Standorte, Bodenschutz sowie invasive gebietsfremde Organismen. Im Gewässerschutz sind es die Überwachung und der Schutz der Fliessgewässer und Seen, die Siedlungsentwässerung und Abwasserbeseitigung, der Grund- und Trinkwasserschutz, die Wärmenutzung aus Wasser und Boden sowie die Kontrolle der Tankanlagen. Im Weiteren ist die Abteilung Umwelt zuständig für die Fischerei, schützt und bewirtschaftet die Fischgewässer und stellt Fischereipatente aus.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte Landwirtschaft	Stand der Bearbeitung
Umsetzung Agrarpolitik 2022+ (3-Phasen-Modell)	ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung des landwirtschaftlichen Verordnungspaket (Massnahmen 2024) Kommentar: Fortsetzung der Agrarpolitik 2022+, diese wird voraussichtlich bis 2030 jährlich aktualisiert. Ab 2030 soll die Agrarpolitik 2022+ von der grundlegend neu entwickelten Agrarpolitik 2030+ abgelöst werden.
Nachtrag kantonales Landwirtschaftsgesetz	ausgeführte Aktivitäten: – Keine Kommentar: Die aktuelle übergeordnete Gesetzgebung erfordert keine Überarbeitung des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes.
Umsetzung Energie- und Klimakonzept 2035 im Bereich Landwirtschaft	ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung der Klimamassnahmen Kommentar: Die methanreduzierende sowie die betriebs- und grünlandbasierte Fütterung und der Anbau von Kulturen für die direkte menschliche Ernährung werden finanziell unterstützt.

Schwerpunkte Umwelt	Stand der Bearbeitung
Umsetzung Energie- und Klimakonzept 2035 im Bereich Umwelt	ausgeführte Aktivitäten: – Mitwirkung in der Projektgruppe Dekarbonisierung der Fahrzeugflotte Kommentar: Die Abteilung Umwelt bringt ihr Wissen und ihre Erfahrung aus dem Bereich umweltfreundliche Mobilität in die Projektgruppe ein.
Aktualisierung der kantonalen Abfallplanung	ausgeführte Aktivitäten: – Erlass des Deponiekonzepts durch den Regierungsrat Kommentar: Die fünf gemäss Deponiekonzept am besten geeigneten Standorte (drei davon Erweiterungen bestehender Deponien) sollen in einem nächsten Schritt raumplanerisch gesichert werden.
Konzept Trinkwasserversorgung in schweren Mangel-lagen	ausgeführte Aktivitäten: – Keine Kommentar: Aufgrund fehlender personeller Ressourcen zurückgestellt.
Nachträge der kantonalen Vollziehungsverordnungen zum Umweltschutz- und Gewässerschutzgesetz sowie zur Chemiewehr- und Strahlenschutzverordnung	ausgeführte Aktivitäten: – Keine Kommentar: Aufgrund fehlender personeller Ressourcen zurückgestellt.

4300 Amtsleitung

Intensiver Austausch auf nationaler und kantonalen Ebene

Sowohl zu Umwelt- wie auch Landwirtschaftsthemen hat ein reger Austausch national wie auch unter den Kantonen stattgefunden. Deutlich spürbar wird der zunehmende Druck des Bundes auf die Kantone. Mitunter aus Spargründen besteht die Tendenz, Aufgaben an die Kantone zu delegieren.

Insbesondere beteiligt sich das Amt an der Konferenz der Landwirtschaftsämter Schweiz bzw. Zentralschweiz (KOLAS / KOLAS ZCH). Im Speziellen haben sich Mitarbeitende der Abteilung Landwirtschaft einerseits in den Vorstand der Schweizerischen Vereinigung für ländliche Entwicklung (suissemelio) wählen lassen und andererseits sich in einer nationalen Arbeitsgruppe betreffend die Überarbeitung des Verteilschlüssels für Strukturverbesserungsbeiträge engagiert. Die Abteilung Umwelt ist Mitglied der Konferenz der Umweltämter Schweiz (KVU) wie auch der Organisation Umwelt Zentralschweiz. Die Abteilung Umwelt hat ab 2024 den Vorsitz und das Sekretariat von Umwelt Zentralschweiz inne.

Neues Agrarinformationssystem auf Kurs

Das Gesamtprojekt der zwölf Kantone ist weiterhin auf Kurs und befindet sich zurzeit in der Testphase der Iteration 5 mit Einbezug aller Kantonsvertretenden. Die Testphase beinhaltet u.a. relevante Punkte

aus den Bereichen Kontrollwesen, Datenerhebung, Schnittstellen, Naturschutz, Landschaftsqualität, GIS und Beitragsberechnung.

Für das Jahr 2024 ist besonders positiv festzuhalten, dass das Pilotprojekt im Kanton Schwyz die ersten grossen Hürden gemeistert hat und ebenso weiterhin auf Kurs ist. Der Kanton Schwyz agiert als Vorreiter und ist den anderen Kantonen ein Jahr voraus.

Im Rahmen der Fortschrittsbetrachtung des Projekts wurden auch die kritischen Aspekte aufgezeigt. Die Termineinhaltung und Projektressourcen stellen weiterhin Herausforderungen dar. Es gab Verschiebungen und Repriorisierungen in einigen Fachmodulen, und die begrenzten Ressourcen im Entwicklungsteam der Software-Anbieterin wirken sich auf die Umsetzung neuer oder geänderter Anforderungen aus. Dennoch konnten mehrere Änderungsanträge zur Funktionserweiterung und Optimierung noch im Jahr 2024 umgesetzt werden.

Die Datenmigration bleibt ebenfalls eine zentrale Herausforderung, die auch im Jahr 2025 beschäftigen wird.

4311 Beratung

Weiterbildung ist wichtig

Im Berichtsjahr nahmen 473 Bäuerinnen, Landwirtinnen und Landwirte aus Obwalden an den 48 Informations- und Weiterbildungsanlässen teil. Vor allem interessierten die Themen agrarpolitische Neuerungen im Zusammenhang mit den Direktzahlungen, Energiesparen auf dem Landwirtschaftsbetrieb, Digitalisierung in der Landwirtschaft und Wiesen für trockene Sommer vorbereiten. Die Veranstaltungen werden von den kantonalen landwirtschaftlichen Beratungsdiensten Obwalden, Nidwalden und Uri in Zusammenarbeit mit den kantonalen landwirtschaftlichen Organisationen angeboten. Nebst dem umfassenden Weiterbildungsprogramm für Bäuerinnen, Landwirtinnen und Landwirte, welches jeweils als Flyer gedruckt an die Interessenten verschickt wird und auch digital abgerufen werden kann, wurden die Landwirtschaftsbetriebe mit acht Newslettern zeitnah über aktuelle landwirtschaftliche Themen informiert.

Engerlingsbekämpfung koordiniert

Im Sommer 2023 wurde in Kerns und Lungern ein starker Anstieg der Engerlingspopulation und Schäden an der Grasnarbe festgestellt. Via Newsletter wurden die Landwirte aufgefordert, Probegrabungen zu machen. Die befallenen Grundstücke mussten beim Amt für Landwirtschaft und Umwelt zur Behandlung angemeldet werden. An einer Informationsveranstaltung im Februar 2024 wurden die Landwirte vom Amt für Landwirtschaft und Umwelt und einem spezialisierten Lohnunternehmer über das weitere Vorgehen informiert. Die Kosten der Behandlung betrugen Fr. 1 300.– pro Hektare. Mit Unterstützung des Bauernverbands hat das Amt für Landwirtschaft und Umwelt die Behandlung von total 153,8 Hektaren in Kerns und Lungern mittels Pilzpräparaten koordiniert. Der Kanton hat sich mit Fr. 300.–/ha an den Kosten beteiligt.

Massnahmen gegen Maiswurzelbohrer notwendig

Im Rahmen der Gebietsüberwachung, welche die Kantone aufgrund der Vorgaben der eidgenössischen Pflanzengesundheitsverordnung alljährlich auszuführen haben, mussten vier Quarantäneorganismen kontrolliert werden. Quarantäneorganismen sind besonders gefährliche Schadorganismen von potenziell grosser wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Bedeutung, die in der Schweiz nicht oder nur lokal auftreten. Deshalb gilt für sie in der Schweiz eine allgemeine Melde- und Bekämpfungspflicht.

Im Jahr 2024 war der Platanenkrebs durch visuelle Kontrollen zu überwachen. Das Feuerbakterium, der Japankäfer und der Maiswurzelbohrer waren während der Vegetationszeit mit Pheromonfallen zu kontrollieren. 2024 wurden in Obwalden keine Kontrollorganismen nachgewiesen. Der Japankäfer ist in der Schweiz aber weiter auf dem Vormarsch. So hat es zum Beispiel Fänge in Luzern und Zug gegeben. Aufgrund der Maiswurzelbohrerfänge in Luzern und Bern musste eine Verfügung erlassen werden, dass innerhalb von zehn Kilometern der Fallen von Luzern und Bern auf Flächen, auf welchen im Vorjahr bereits Mais angebaut wurde, kein Mais angebaut werden darf. Die Massnahme betrifft Maisflächen in Alpnach und Giswil.

Herdenschutzberatung

Aufgrund der Zunahme der Wolfspopulation in der Schweiz werden in Obwalden vermehrt Einzelwölfe gesichtet. In Absprache mit dem Amt für Wald und Landschaft wird der SMS-Warndienst ausgelöst, der 216 Personen über das Ergreifen von zusätzlichen Herdenschutzmassnahmen informiert.

Für Sömmerungsbetriebe wurde erstmals im Sommer 2024 schweizweit ein Zusatzbetrag von Fr. 250.– pro Normalstoss zur Abgeltung des Aufwands für den Herdenschutz gegen Grossraubtiere ausbezahlt. Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt hat elf Alpbetriebe beim Erstellen eines einzelbetrieblichen Herdenschutzkonzepts unterstützt, damit der Zusatzbeitrag ausgelöst werden konnte. Vermutlich zum letzten Mal wurden 2024 die Sofortmassnahmen des Bundes im Herdenschutz vom BAFU verwaltet. Für 14 Betriebe konnte ein Gesuch eingereicht und ein Betrag von Fr. 61 655.– ausgelöst werden.

Erstmals wurden im Februar 2024 auf einem Betrieb in Kerns von der Agridea im Auftrag des BAFU mittels Verfügung offizielle Herdenschutzhunde (HSH) platziert. Die beiden HSH verbrachten die Sommermonate auf der Fürenalp in Engelberg. Der Einsatz der HSH war für alle beteiligten Personen eine grosse Herausforderung und wurde von der Herdenschutzberatung intensiv begleitet.

4312 Strukturverbesserungen, Bodenrecht und landwirtschaftliche Schätzungen

Der Investitionsbedarf ist weiterhin gross

Der Landwirtschaft stehen öffentliche Finanzhilfen in Form von zinslosen Investitionskrediten (IK) sowie Beiträgen (à-fonds-perdu) für Strukturverbesserungsmassnahmen zur Verfügung. Zur Gewährung dieser Finanzhilfen hat das Amt für Landwirtschaft und Umwelt die Finanzierbarkeit und Tragbarkeit der Massnahmen zu überprüfen. Ende 2024 waren 85 Projekte für eine Unterstützung mit Strukturverbesserungsbeiträgen angemeldet. Vorausgesetzt, die zur Verfügung stehenden Finanzmittel von Bund und Kanton bleiben in den nächsten Jahren im jetzigen Ausmass bestehen, beträgt die Wartezeit für eine Unterstützung von neuen Projekten rund fünf Jahre.

Verfügte Finanzhilfen 2024 in Franken

Kategorien	Finanzhilfen ¹⁾ Investitionskredite ²⁾	Finanzhilfen ¹⁾ Beiträge ³⁾
3 Heimställe und 10 weitere landwirtschaftliche Gebäude (Neu- und Umbauten)	1 502 370.–	0.–
1 Wohnhäuser (Neu- und Umbauten)	120 000.–	0.–
12 Starthilfen für Junglandwirte (Betriebsübernahmen)	2 000 000.–	0.–
3 Alpgebäude	216 200.–	122 000.–
2 Wasserversorgungen und 1 Stromversorgung	200 000.–	1 460 732.–
Total	4 038 570.–	1 582 732.–

1) Durch Bund und Kanton verfügte Finanzhilfen; 2) 100 % Bundesmittel; 3) Bundes- und Kantonsbeitrag

Gesamthaft wurde mit den 2024 von Bund und Kanton zugesicherten Mitteln ein Investitionsvolumen für das Baugewerbe von rund 9,6 Millionen Franken ausgelöst. Darin nicht enthalten ist der Beitrag an die Wasserversorgung Melchtal. Diese wird mit einem Investitionsvolumen von rund 9,3 Millionen Franken bis zu ihrem Abschluss rund 1,29 Millionen Franken Bundes- und Kantonsbeiträge erhalten.

Anpassung der Gebühren

Die Gebühren für Betriebsbesuche, Kontrollen und Verfügungen entfallen ab 1. Januar 2025. Diese sind laut Bericht betreffend Oberaufsicht des Bundesamts für Landwirtschaft vom 5. Juni 2024 nicht zulässig. Die Arbeiten für die Berechnung der Finanzierung, der Tragbarkeit und der Risikoanalyse werden weiterhin in Rechnung gestellt. Den Gesuchstellenden wird jedoch die Wahl gelassen, ob sie die

Berechnungen durch das Amt für Landwirtschaft und Umwelt oder von einem Treuhandbüro erstellen lassen wollen.

Ausgeführte Schätzungsaufträge

Schätzungsaufträge	2023		2024	
	Anzahl Aufträge	Anzahl Grundstücke	Anzahl Aufträge	Anzahl Grundstücke
Ertragswert und Belastungsgrenze	63	194	52	135
Verkehrswert (separat oder kombiniert mit Ertragswert)	23	50	19	32
Nur Steuerwert	35	143	39	142
Projektschätzungen	7	8	7	7
Total	105	345	98	284

Erhöhung Stellenprozente für Schätzungen

Auf das Jahr 2018 hin wurde die amtliche Schätzung der landwirtschaftlichen Grundstücke dem Amt für Landwirtschaft und Umwelt übertragen (Art. 4 Abs. 1 Bst. d Ziff. 10 Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente; GDB 133.111). Die Schätzungen der landwirtschaftlichen Grundstücke umfassen nebst Ertragswert/Belastungsgrenze- und Verkehrswertschätzungen auch Steuerschätzungen. Insbesondere bei den Steuerschätzungen hat sich in den vergangenen Jahren ein grosser Rückstau gebildet, so sind aktuell rund 500 Grundstücke zur Steuerschätzung angemeldet. Wenn im Bestand, in der rechtlichen oder tatsächlichen Qualität oder in der Nutzung eines Grundstücks eine wesentliche Änderung eingetreten ist, wird von Amtes wegen oder auf Begehren des Grundeigentümers oder der Grundeigentümerin eine neue Steuerschätzung vorgenommen. Im Grundsatz ist dies ca. alle zehn Jahre periodisch notwendig. Da im Jahr 2018 die Schätzungsanleitung für landwirtschaftliche Grundstücke jedoch grundlegend geändert wurde, sind bis zum Jahr 2028 alle landwirtschaftlichen Grundstücke nach neuem Reglement zu schätzen.

In den vergangenen Jahren konnten pro Jahr zwischen 100 und 140 Schätzungsaufträge bearbeitet werden. Davon reine Steuerschätzungen jeweils zwischen 30 und 40, wobei auch die Ertragswertschätzungen für die Steuerwerte verwendet werden können (der Ertragswert ist zugleich der Steuerwert). Leider sind die Grundstücke, für welche eine Ertragswertschätzung erstellt wird, meist noch nicht zur Schätzung von der Steuerverwaltung angemeldet und so verringert sich die Länge der Liste nur geringfügig.

Pro Jahr werden für rund 140 Grundstücke die Steuerwerte neu bestimmt, jedoch werden fast ebenso viele Grundstücke für eine neue Steuerschätzung angemeldet. Um insbesondere die Steuerschätzungen fristgerechter bearbeiten zu können, ist eine Erhöhung der Stellenprozente um 40 Prozent, befristet auf zwei Jahre, ab 2025 bewilligt.

Behandelte Bodenrechtsgesuche 2024

	2023	2024
Abparzellierung und Entlassungen aus dem BGGB von Wohnhäusern ausserhalb der Bauzone	12 Fälle	7 Fälle
Durchschnittliche abparzellierte Fläche	767 m ²	814 m ²
Abparzellierung von Baulandfläche	2 Fälle	1 Fall
Abparzellierte Fläche total	2 845 m ²	1 363 m ²

	2023	2024
Andere Abparzellierungen und Entlassungen aus dem BGBB	5 Fälle	2 Fälle
Erwerbe von landwirtschaftlichen Grundstücken durch Selbstbewirtschafter	8 Fälle	15 Fälle
Total bezahlter Erwerbspreis aller Erwerbe (in Fr.)	742 528.–	1 900 304.–
Verfügung höchstzulässiger Erwerbspreis	0 Fälle	5 Fälle
Feststellungsverfügungen und weitere Fälle	3 Fälle	9 Fälle
Überschreitung der Belastungsgrenze	6 Fälle	4 Fälle
Bodenrechtsentscheide total	36 Fälle	43 Fälle

4321 Direktzahlungen

Direktzahlungssumme bei ähnlicher Anzahl Betriebe markant höher

Im Jahr 2023 wurden erstmals zwei neue, auf eine nachhaltigere Landwirtschaft ausgerichtete, tierspezifische Direktzahlungsprogramme eingeführt. Dabei handelt es sich um die Beiträge für eine längere Nutzungsdauer bei Kühen sowie den Weidebeitrag, welcher besonders hohe Auslauf- und Weideanteile beim Rindvieh honoriert. Während die Anmeldefrist für das Programm zur Nutzungsdauer erst 2024 stattfand, wurde der Weidebeitrag bereits im Jahr 2023 umgesetzt. Die fristgerechte Umsetzung und insbesondere die notwendigen Kontrollen gestalteten sich als anspruchsvoll.

Aufgrund des Rückzugs der 3,5 %-Acker-BFF-Flächen und einer moderaten Teilnahme an weiteren Beitragstypen fiel der Übergangsbeitrag im Jahr 2024 überraschend hoch aus. Mit einem mehr als doppelt so hohen Berechnungsfaktor im Vergleich zu 2023 stieg dieser Beitrag auf knapp Fr. 640 000.–. Bei den Versorgungssicherheitsbeiträgen wurde ein Rückgang beim Basisbeitrag verzeichnet, während der Produktionserschwerungsbeitrag im gleichen Umfang anstieg. Im Bereich der Biodiversitätsbeiträge blieb die Situation weitgehend stabil, abgesehen von einem Rückgang beim Qualitätsbeitrag 1, der durch tiefere Beitragssätze bedingt war. Ähnlich verhielt es sich bei den Produktionsbeiträgen, bei denen der BTS-Beitrag aufgrund eines tieferen Ansatzes zurückging.

Im Berichtsjahr haben 554 Landwirtschaftsbetriebe (GJB) und 247 Sömmerungsbetriebe (SöB) Direktzahlungen nach Direktzahlungsverordnung inklusive Kantonsanteil (Kofinanzierung) erhalten.

Entwicklung Direktzahlungssumme Landwirtschaft Obwalden im Vergleich in Franken

	2021	2022	2023	2024
Direktzahlungen total	32 232 609.–	32 075 314.–	31 793 188.–	32 189 589.–
Anteil Kanton	290 676.–	292 174.–	293 176.–	294 868.–
Direktzahlungen pro GJB	48 957.–	48 058.–	47 830.–	48 580.–
Direktzahlungen pro SöB	20 767.–	21 125.–	21 167.–	21 145.–

Klimamassnahmen Landwirtschaft erfolgreich eingeführt

Im Mai verabschiedete der Kantonsrat einen Rahmenkredit für die Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts 2035, welches auch Massnahmen zur CO₂-Reduktion in der Obwaldner Landwirtschaft vorsieht. Ab August konnten die Massnahmen LF1 (methanreduzierende Fütterungszusätze), LF2 (betriebs- und grünlandbasierte Fütterung) und LF3 (Kulturen für die menschliche Ernährung) in die Praxis umgesetzt werden. Insgesamt wurden im Rahmen dieser Massnahmen rund Fr. 78 000.– Beiträge des Kantons an die Obwaldner Landwirtschaft ausbezahlt.

433 Umwelt

4330 Abteilungsleitung

Langlebige Chemikalien belasten die Umwelt

Aktuell steht mit den per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) eine Gruppe langlebiger Chemikalien im Fokus. PFAS werden seit Jahrzehnten industriell hergestellt und in vielen Produkten eingesetzt. Sie schädigen die Gesundheit, sind sehr langlebig und werden in der Umwelt kaum abgebaut. Obwohl einzelne PFAS in der Schweiz mittlerweile verboten sind, finden sich in der Umwelt vielerorts Rückstände dieser Chemikalien.

Im Kanton wurden bisher vier Grundwassermessstellen und sechs Trinkwasserproben auf PFAS untersucht. Mit einer Ausnahme wurde in allen Proben Trifluoressigsäure (TFA) nachgewiesen, eine hochmobile und schwer abbaubare Substanz, die zu den PFAS gehört. Andere Substanzen aus der Gruppe der PFAS konnten nicht nachgewiesen werden. Die gemessenen TFA-Konzentrationen sind im schweizweiten Vergleich tief und werden für die menschliche Gesundheit als unbedenklich beurteilt.

PFAS wurden lange Zeit unter anderem in Feuerlöschschäumen eingesetzt. Deshalb muss bei Brandplätzen oder bei Übungsplätzen der Feuerwehren mit erhöhten PFAS-Konzentrationen gerechnet werden. 2025 sollen die Feuerwehr-Übungsplätze im Kanton ermittelt und gegebenenfalls auf das Vorkommen von PFAS geprüft werden.

4331 Gewässer- und Umweltschutz

Mobilfunkanlagen: Mühevoller Vollzug seit Einführung der 5G-Technologie

Der Widerstand gegen Mobilfunkanlagen wird im Kanton besonders heftig geführt. Gegen Neubaugesuche oder gegen Gesuche für Um- oder Ausbauten von bestehenden Anlagen werden von einer mobilfunkkritischen Organisation ausnahmslos alle möglichen Rechtsmittel ergriffen. Die Fundamentalopposition richtet sich gegen die neuste, mittlerweile aber auch schon vor fünf Jahren eingeführte Technologie 5G und gegen adaptive Antennen. Bei mehr als der Hälfte der Mobilfunkstandorte im Kanton werden derzeit Beschwerden geführt, nämlich rund 20 an der Zahl. Damit ist der Ausbau der Mobilfunknetze im Kanton massiv erschwert. In einem Fall hat das Bundesgericht mittlerweile die im Jahr 2020 erteilte Baubewilligung für eine Neuanlage bestätigt (1C_176/2022 vom 18. Juli 2024).

Im Jahr 2024 haben mehrere Leitentscheide des Bundesgerichts Klarheit für den Vollzug geschaffen. Dabei ging es um die Bewilligungspflicht bei geringfügigen Änderungen an Mobilfunkanlagen, die zu keinen nennenswerten umweltrechtlichen Auswirkungen führen (1C_414/2022 vom 29. August 2024), und um die Bewilligungspflicht bei der Anwendung eines Korrekturfaktors bei bestehenden adaptiven Antennen, welche im umweltrechtlichen Sinn nicht als Änderung einer Anlage gilt (BGE 150 II 379). Diese Entscheide führten dazu, dass schweizweit einige Tausend Anlagen nachträglich bewilligt werden müssen. Im Kanton sind nur wenige Anlagen betroffen. In einem weiteren Entscheid (1C_307/2023 vom 9. Dezember 2024) hat das Bundesgericht die Rechtskonformität der Korrekturfaktoren für adaptive Antennen bestätigt.

Neben der umweltrechtlichen Überprüfung der Gesuche hat das Amt für Landwirtschaft und Umwelt im Jahr 2024 auch Baukontrollen bei zwei bestehenden Anlagen durchgeführt. Dabei wurde überprüft, ob die Anlagen gemäss den Bestimmungen der Baubewilligung erstellt wurden. Bei einer Anlage musste die Betreiberfirma geringfügige Korrekturen vornehmen. Die Mängel hatten jedoch keinen Einfluss auf die Einhaltung der Grenzwerte.

Deponiekonzept vom Regierungsrat erlassen

Im Sommer 2024 wurde der Entwurf des Deponiekonzepts den Einwohnergemeinden zur Stellungnahme unterbreitet. Das Deponiekonzept bildet eine wichtige Grundlage zur Sicherung der zukünftigen Ablagerungskapazitäten im Kanton für unverschmutztes Aushub- und Ausbruchmaterial (Typ A-Deponien) sowie für wenig belastete mineralische Abfälle (Inertstoffe, Typ B-Deponien). Das aufgrund der Rückmeldungen der Einwohnergemeinden überarbeitete Deponiekonzept wurde vom Regierungsrat mit Beschluss vom 29. Oktober 2024 (Nr. 132) erlassen.

Als Ergebnis des Deponiekonzepts wurden fünf gut geeignete Deponiestandorte priorisiert, wobei es sich in drei Fällen um die Erweiterung bestehender Deponien handelt. In einem nächsten Schritt sollen diese Standorte raumplanerisch gesichert werden. Dies erfolgt mit einem Richtplaneintrag oder, bei der Erweiterung von bereits bestehenden Deponien, mit einem kantonalen oder kommunalen Nutzungsplanverfahren.

Emissionskataster Luftschadstoffe ist ein unverzichtbares Kontrollinstrument

Im Emissionskataster Luftschadstoffe werden die stationären Anlagen und Prozesse erfasst, die Luftschadstoffe emittieren. Der Kataster wird periodisch aktualisiert mittels Umfrage bei den Betrieben. Aktuell sind 434 Anlagen bzw. Prozesse erfasst. Für 152 Anlagen besteht eine periodische Mess- oder Kontrollpflicht. In dieser Zahl sind die rund 30 Benzintankstellen nicht inbegriffen. Diese werden vom Auto Gewerbe Verband Schweiz (AGVS) kontrolliert, mit dem eine Branchenvereinbarung zur Durchführung der Kontrollen besteht. Bei den messpflichtigen Anlagen stark vertreten sind die grossen Holzfeuerungen, für die das Amt für Landwirtschaft und Umwelt für den Vollzug der Luftreinhaltevorschriften zuständig ist. Diese Feuerungen müssen periodisch alle zwei Jahre gemessen werden. Dabei treten bei einem Teil der Anlagen immer wieder Mängel zutage, welche im besten Fall innert kurzer Frist durch eine Einregulierung der Anlage oder Reparatur des Feinstaubfilters behoben werden können. Für nicht ohne grösseren Aufwand behebbare Mängel wird eine Sanierungsfrist von längstens zehn Jahren gewährt.

Neue Massnahmen bei Gewässerwechseln von Schiffen

Per 1. August 2024 führte der Regierungsrat die Schiffsmelde- und Reinigungspflicht (SMRP) ein. Jeder Gewässerwechsel muss neu digital gemeldet werden und vor der Einwässerung in ein anderes Gewässer muss jedes Schiff in einem dafür autorisierten Betrieb gereinigt werden. Zusätzlich gilt für den Sarnersee, den Lurgerersee sowie den Melchsee noch bis zum 31. Juli 2025 ein befristetes Einwässerungsverbot für Schiffe mit ausserkantonalen Kennzeichen. Diese Massnahmen sind wirkungsvoll zum Schutz der Gewässer vor invasiven gebietsfremden Arten wie der Quaggamuschel.

Die SMRP wurde in enger Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen Nidwalden, Schwyz, Uri, Luzern und Zug entwickelt. Im September 2024 hat der Kanton Bern das System ebenfalls eingeführt, weitere Kantone werden sich im Jahr 2025 anschliessen. Die Erweiterung des Geltungsbereichs der SMRP ist erfreulich, da invasive gebietsfremde Arten keine Grenzen kennen, die Gewässer dringend geschützt werden müssen und ein schweizweit einheitliches System anzustreben ist.

Ökomorphologie der Fliessgewässer aktualisiert

Die Kantone sind verpflichtet, ihre Revitalisierungsplanung für Fliessgewässer bis Ende 2026 zu aktualisieren. Die Ökomorphologie, welche die Gestalt der Gewässer nach ökologischen Gesichtspunkten beschreibt, dient dabei als Grundlage. Je abwechslungsreicher und vielfältiger ein Gewässer und seine unmittelbare Umgebung sind, desto wertvoller ist der Gewässerlebensraum für Fische, Vögel, Kleintiere und Pflanzen.

2024 wurden jene Gewässerabschnitte neu beurteilt, die sich seit der letzten Erhebung der Ökomorphologie 2012 aufgrund von Bautätigkeiten oder Naturereignissen erheblich verändert haben. Insgesamt betraf dies 26 Abschnitte mit einer Gesamtlänge von 14 Kilometern. Auf Basis der aktualisierten Daten können die Arbeiten für die Aktualisierung der Revitalisierungsplanung im Jahr 2025 beginnen.

WebGIS Projekt Gewässerüberwachung

2024 wurde das WebGIS-Projekt „Gewässerüberwachung“ entwickelt und als Webkarte veröffentlicht. Im Sinne des Bundesgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung sind gewässerspezifische Daten und Berichte des Kantons Privatpersonen und Institutionen einfach zugänglich zu machen. Die Struktur der Webkarte ermöglicht es den Nutzenden, direkt auf die vorhandenen Daten zuzugreifen. In Fällen, in denen die Daten noch nicht aufbereitet wurden, dient die Karte als Katalog. Sie listet Daten auf, die auf Anfrage aufbereitet und bereitgestellt werden können. Zudem erlaubt der Aufbau der Karte eine gezielte Suche nach spezifischen Themenbereichen, wodurch sich die Nutzenden einen Überblick über die vorhandenen Informationen verschaffen können.

Das WebGIS-Projekt „Gewässerüberwachung“ ist eine Karte, die vom Amt für Landwirtschaft und Umwelt eigenständig bearbeitet und kontinuierlich erweitert werden kann. Dadurch wird die Verfügbarkeit

der Gewässerdaten fortlaufend ausgebaut. Neben den kantonal erhobenen Daten können und sollen auch nationale sowie projektbezogene Daten in der Karte verzeichnet werden.

4332 Fischerei

Abfischungen in der Sarneraa

Im Rahmen des Hochwasserschutzprojekts Sarneraatal werden in den nächsten Jahren über weite Teile der Sarneraa einschneidende wasserbauliche Massnahmen umgesetzt. Die Bauarbeiten im Gerinne der Sarneraa unterhalb des Wichelsees haben im vierten Quartal 2024 begonnen. Um den Schaden an der betroffenen Fischpopulation zu minimieren, wurde die Sarneraa abschnittsweise abgefischt. Das heisst, dass die Fische aus dem umzubauenden Abschnitt entnommen und unterhalb der Baustelle wieder eingesetzt wurden.

Unter Mithilfe von freiwilligen Fischereiaufsehern und Mitarbeitenden des Kantons fanden die Abfischungen an zwei Tagen statt. Dabei wurden 1 500 Meter Gewässerstrecke mit einer Gesamtfläche von 22 560 Quadratmetern abgefischt. Mit einem Aufwand von insgesamt 134 Arbeitsstunden konnten 1 200 Fische umgesiedelt werden. Es wurden 13 verschiedene Fischarten und der Steinkrebs nachgewiesen.

Umweltbildung in Gewässerökologie und Fischerei

Seit einigen Jahren führt die Abteilung Umwelt auf Anfrage Exkursionen für Kinder und Erwachsene zum Thema Gewässerökologie und Fischerei durch. Ziel ist es, insbesondere der jungen Bevölkerung das Ökosystem Gewässer und die Fischerei näherzubringen sowie ein Bewusstsein für die Bedeutung von naturnahen Gewässern zu schaffen.

Im Jahr 2024 wurden drei Exkursionen mit jeweils bis zu 30 Teilnehmenden zu den Fliessgewässern von Obwalden durchgeführt. Dabei wurden insbesondere die Lebensräume in den Bächen für Fische und wirbellose Kleintiere vorgestellt. Weiter fanden drei Führungen durch die Brutanlage in Beckenried statt, bei denen die Aufzucht von Bach- und Seeforellen sowie Felchen für den Besatz der Obwaldner Gewässer gezeigt wurde.

4.5 Bildungs- und Kulturdepartement

Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*			
	2023		2024	
	mit Schulverwaltung	LP	mit Schulverwaltung	LP
Departementssekretariat	2.30		2.30 ¹	
Amt für Volks- und Mittelschulen	17.05	35.88	18.45 ²	38.16
Amt für Berufsbildung	10.87	43.76	10.87	47.01
Amt für Kultur und Sport	7.30		7.30	
Insgesamt	37.52	79.64	38.92	85.17

* Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹Departementssekretariat: zusätzlich 2.0 Vollzeitstellen für Integrationsschule Ukraine, befristet bis 31. Juli 2024, sowie 0.4 Vollzeitstellen für Projektarbeit Bildungsgesetz, befristet bis 31. Dezember 2025

²Amt für Volks- und Mittelschulen: zusätzlich 0.5 Vollzeitstellen für Schulische Sozialarbeit, befristet bis 31. Juli 2027

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

2.1.1	Chancengerechtigkeit	Stand der Zielerreichung
	Jahresziel	
	Die Studentafel ist überarbeitet und durch den Regierungsrat erlassen.	erreicht
3.2.1	Wirtschaft, Bildung und Forschung	Stand der Zielerreichung
	Jahresziel	
	Die Vernehmlassung zur Revision der Bildungsgesetzgebung ist durchgeführt.	erreicht
4.1.1	Transformation	Stand der Zielerreichung
	Jahresziel	
	Die notwendigen Arbeiten für die Miete, die Ausstattung und den Betrieb des neuen Bibliothekgebäudes im alten OKB-Hauptsitz sind gemäss Projektplanung ausgeführt.	erreicht

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden

Im Volksschulbereich findet ein regelmässiger Austausch mit den Schulleitungen und der Schulpräsidienkonferenz statt, der nicht zuletzt auch der Diskussion gemeinsamer Regelungen dient. Im Berichtsjahr stellten die Einwohnergemeinden unter anderem die gemeinsame Finanzierung der Integrationsklasse für die Kinder mit Status S in Giswil sicher, und sie beschäftigten sich mit der anstehenden Revision der Bildungsgesetzgebung.

Erstmals fand auch ein Austausch zwischen den für den Sport zuständigen Mitgliedern der Gemeinderäte statt. In weiteren Bereichen wie dem Berufswahlprozess oder dem Bibliothekswesen findet auf operativer Ebene eine Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden statt.

Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) arbeiten die Kantone auf politischer, aber auch auf Verwaltungsebene gut zusammen. Dieser fachliche Austausch erlaubt es, in Fach- und Vollzugsfragen von den Konzepten und Erfahrungen der anderen Kantone zu profitieren und so die breiten Aufgabenfelder trotz knapper Personalressourcen zu bearbeiten. Ein wichtiges Thema in der interkantonalen Zusammenarbeit war die Weiterentwicklung der Hochschule Luzern. Die BKZ tauschte sich zudem mit den Rektorinnen der Zentralschweizer Pädagogischen Hochschulen aus.

Überprüfung Bildungsgesetzgebung

Der Regierungsrat verabschiedete Ende Jahr das überarbeitete Bildungsgesetz zuhanden des Kantonsrats. Von Mitte Mai bis Mitte August führte er zuvor eine Vernehmlassung durch, in welcher bei der Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden die zentralen Revisionspunkte unbestritten waren. Aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung und einer durch den Lehrerverband eingebrachten Petition nahm der Regierungsrat eine zweite Entlastungslektion für die Klassenlehrpersonen der Volksschule in die Vorlage auf.

Mit dem überarbeiteten Bildungsgesetz werden durch verschiedene Massnahmen der Schuleintritt der Kinder gestärkt, die Rahmenbedingungen für die Lehrpersonen verbessert sowie in diversen Punkten Aktualisierungen vorgenommen.

Neue Kantonsbibliothek im OKB-Gebäude

Der Kantonsrat behandelte an seiner Sitzung vom 25. Januar 2024 die Unterbringung der Kantonsbibliothek im ehemaligen OKB-Gebäude in Sarnen. Er wies das Geschäft an den Regierungsrat zurück, verbunden mit dem Auftrag, mit dem Investor den jährlichen Mietzins noch einmal zu verhandeln, da dieser zu hoch sei.

An der Sitzung vom 23. Mai 2024 brachte der Regierungsrat das Geschäft mit einem von Fr. 350 000.– auf Fr. 300 000.– reduzierten Mietzins wieder vor. Der Kantonsrat bewilligte in der Folge das Geschäft.

Ende 2024 erfolgte der offizielle Start des Umbaus des alten OKB-Gebäudes. Die Kantonsbibliothek wird das Gebäude im Sommer 2026 beziehen können.

50 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Tertiärstufe (Universitäre Hochschulen, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen sowie Höhere Berufsbildung), Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementsvorsteher in folgenden Bereichen: Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements; Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen; Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei; Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit; Verwaltungssteuerung (Controlling).

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Überarbeitung Bildungsgesetzgebung	ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung Vernehmlassungsvorlage – Auswertung Vernehmlassung – Überarbeitung Vorlage und Regierungsratsantrag Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Begleitung des Instituts für Justizforschung in der Aufbauphase	ausgeführte Aktivitäten: – Unterstützung Aufbau Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Digitalisierung des Stipendienwesens	ausgeführte Aktivitäten: – Keine Kommentar: Das Projekt Digitalisierung Stipendienwesen wurde aufgrund der Ablehnung des Budgets durch den Kantonsrat nicht umgesetzt.

Beschwerdestatistik

Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Bildungs- und Kulturdepartement)

	2023	2024
Anzahl Beschwerden / Einsprachen einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	9	12
Übertrag vom Vorjahr	3	1
Neueingänge	6	11

Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	4	4
– gutgeheissen		
– teilweise gutgeheissen	1	
– abgewiesen	2	1
– nicht eingetreten	1	3
Erledigt ohne Entscheid des Regierungsrats:	4	4
– abgeschrieben	4	4
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	1	4

Beschwerdeentscheide des Bildungs- und Kulturdepartements

	2023	2024
Anzahl Beschwerden / Einsprachen	3	6
Übertrag vom Vorjahr		2
Neueingänge	3	4
Erledigt durch Entscheid des Departements:	1	5
– gutgeheissen		
– teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen		5
– nicht eingetreten	1	
Erledigt ohne materiellen Entscheid des Departements:	0	1
– abgeschrieben		1
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	2	0

Vernehmlassungen

Im Jahr 2024 wurde eine eidgenössische Vernehmlassung von höherer politischer Relevanz zuhanden des Regierungsrats eingereicht:

- Massnahmepaket zur Stärkung der höheren Berufsbildung: Änderung Berufsbildungsgesetz (BBG) und Berufsbildungsverordnung (BBV)

Neben den Stellungnahmen, die durch den Regierungsrat erfolgen, ist es dem Departement vorbehalten, Stellungnahmen direkt an die betreffenden Bundesstellen bzw. interkantonalen Konferenzen einzureichen. Dabei handelt es sich in der Regel um Vorlagen mit geringer politischer Relevanz und um sogenannte technische Geschäfte. Das Bildungs- und Kulturdepartement reichte im Berichtsjahr fünf Stellungnahmen ein.

Integrationsschule Giswil

Zur Unterbringung der Flüchtlinge aus der Ukraine stellte der Kanton in Giswil eine Kollektivunterkunft bereit und vermittelte Unterkünfte bei Privaten. Schulpflichtige Kinder in Gastfamilien besuchen die

Gemeindeschulen in der Wohnortsgemeinde. Zur Unterstützung der Standortgemeinde der Kollektivunterkunft schuf das Bildungs- und Kulturdepartement mit Unterstützung der Einwohnergemeinde und der Schule Giswil eine Integrationsschule für die Kinder der Kollektivunterkunft. Der Betrieb der Schule war bis Ende Juli 2024 befristet.

In Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden entschied der Regierungsrat, die Integrationsschule im Sommer 2024 aufzuheben und eine Integrationsklasse zu schaffen, welche die Kinder die ersten Wochen nach Ankunft in der Schweiz besuchen. Nach dieser Integrationsphase besuchen die Kinder der Kollektivunterkunft eine Obwaldner Volksschule.

Petition für eine starke Schule und eine gute Obwaldner Bildungsqualität

Am 22. Mai 2024 reichte der Lehrerinnen- und Lehrerverein Obwalden die Petition für eine starke Schule und eine gute Obwaldner Bildungsqualität ein. Er fordert darin mindestens zwei Entlastungslektionen für die Klassenlehrpersonen, genügend und gut ausgebildetes Personal für die gezielte Förderung aller Schülerinnen und Schüler, eine gezielte Unterstützung von Lehrpersonen beim Berufseinstieg sowie die Angleichung der Löhne im Vergleich zu den Nachbarkantonen.

Motion betreffend Standesinitiative zur Förderung von Studienplätzen in Humanmedizin

Die Motion beauftragt den Regierungsrat, einen Beschluss des Kantonsrats zur Einreichung einer Standesinitiative vorzubereiten, wonach die Bundesversammlung beauftragt wird, die gesetzlichen und finanziellen Grundlagen zu schaffen, damit an den Schweizer Universitäten zusätzliche Studienplätze für Allgemein-, Hausarzt- und Kindermedizin angeboten werden sowie an den Fachhochschulen die Ausbildung zu Advanced Practice Nurse ausgebaut und gefördert wird.

Mit Hinweis auf das bereits laufende Sonderprogramm zur Erhöhung der Anzahl Abschlüsse in der Humanmedizin sowie der Pflegeinitiative beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat, die Motion abzulehnen, obwohl auch der Regierungsrat das Anliegen teilt, die hausärztliche Versorgung zu sichern.

53 Amt für Volks- und Mittelschulen

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Aufsichts-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Schwerpunkte der Arbeiten liegen auf den Themen Schulaufsicht, Schulqualität, Lehrpersonenweiterbildung, Medien und Informatik, Lehrmittel, Sonderpädagogik und Schulgesundheit. Die Abteilung Schuldienste umfasst den Schulpsychologischen Dienst, die Psychomotorische Therapiestelle und den Logopädischen Dienst. Der Schulpsychologische Dienst ist eine kinder- und jugendpsychologische Beratungsstelle für schulische und/oder erzieherische Fragestellungen im Spannungsfeld Eltern – Kind – Schule. Die Psychomotorische Therapiestelle befasst sich mit der psychomotorischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und führt Abklärungen, Therapien und Beratungen durch. Der Logopädische Dienst befasst sich mit Störungen der Kommunikation, der Sprache, des Sprechens und der Stimme und führt Abklärungen, Therapien und logopädische Beratungen durch. Die Abteilung Kantonsschule stellt die gymnasiale Bildung sicher.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Aufbau und Durchführung der begleiteten Selbstevaluation der Gemeindeschulen	ausgeführte Aktivitäten: – Begleitung einer weiteren Schule bei der internen Selbstevaluation mit erfolgreichem Abschluss des Evaluationsprojekts – Planung der Evaluationsprojekte der weiteren Schulen – Weiterentwicklung von Instrumenten und Schulungsunterlagen Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Überprüfung der kantonalen Vorgaben zur Beurteilung	ausgeführte Aktivitäten: – Abschluss der Arbeiten in der Projektgruppe Beurteilen – Anpassungsbedarf ist bekannt und intern besprochen Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Umsetzung des Kompetenzzentrums Verhalten	ausgeführte Aktivitäten: – Begleitung von Lehr- und Fachpersonen, Eltern und Kindern im Umgang mit herausforderndem Verhalten – Unmittelbare Bearbeitung der Fälle im Bereich herausforderndes Verhalten – Tägliches telefonisches Beratungsangebot über den Mittag für alle Lehr- und Fachpersonen Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Überprüfung der kantonalen Vorgaben zum Zyklus 1	ausgeführte Aktivitäten: – Überprüfung der Vorgaben und Erstellung einer Sammlung an Themen Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Überprüfung der Stundentafel Volksschule	ausgeführte Aktivitäten: – Auswertung der Vernehmlassung – Erarbeitung einer angepassten Vorlage unter Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse – Verabschiedung der neuen Stundentafel durch den Regierungsrat Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Überprüfung der Möglichkeiten der Stärkung der Qualität und des Angebots der schulergänzenden Tagesstrukturen	ausgeführte Aktivitäten: – Aufnahme des Anliegens der Motion schulergänzende Tagesstrukturen und familienergänzende Kinderbetreuung im Schulalter in die Arbeiten zur Revision der Bildungsgesetzgebung Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Technische, methodische, didaktische und pädagogische Umsetzung von „bring your own device“ in den Unterricht der Kantonsschule	ausgeführte Aktivitäten: – Einführung letzte Stufen (1. und 4. Klassen) in BYOD-Betrieb – Arbeit mit BYOD an der Kantonsschule (Lehrpersonen und Studierende) – Abschaltung von mit BYOD unnötig gewordene VDI-Infrastruktur (IT) – Installation von Druckermanagement ab privaten Endgeräten – Etablierung Peer-Support Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Einführung obligatorisches Fach Informatik an der Kantonsschule	ausgeführte Aktivitäten: – Einführung des obligatorischen Fachs Informatik gemäss Stundentafel ist auf allen Stufen (3./4./5. Klassen) – Abschluss der Einführung Kommentar: Das Ziel der Einführung des obligatorischen Fachs Informatik wurde gemäss Planung erreicht. Die Anstellung qualifizierter

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	Lehrpersonen erweist sich wegen des Fachkräftemangels als schwierig.
Umsetzung EDK-Projekt „Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität“	ausgeführte Aktivitäten: – Anpassung der kantonalen Ausführungsbestimmungen – Erarbeitung von Weisungen zur Förderung der basalen fachlichen Studierkompetenzen – Überarbeitung und Genehmigung der Stundentafeln der Kantonsschule, der Stiftsschule sowie der Sportmittelschule – Weiterbildung der Lehrpersonen zum Start der Überarbeitung der Lehrpläne Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Ausbau des psychosozialen Beratungsangebots an der Kantonsschule Obwalden	ausgeführte Aktivitäten: – Ausarbeitung des Konzepts Schulische Sozialarbeit – Befristete Einstellung Schulsozialarbeiterin (50%) – Einführung und Vernetzung Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

5300 Amtsleitung

Beschluss Studentafel Volksschule

Das Vernehmlassungsverfahren zur Vorlage der angepassten Volksschulstudentafel, zu welchem die Einwohnergemeinden, die politischen Parteien, die Verbände und die Privatschulen eingeladen wurden, dauerte bis am 31. Januar 2024. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden in einem Vernehmlassungsbericht zusammengefasst. Unter Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse wurde die Vorlage überarbeitet und vom Regierungsrat verabschiedet. Schliesslich kommunizierte das Bildungs- und Kulturdepartement die beschlossenen Änderungen sowie die Übergangsbestimmungen gegenüber den Schulen und der Öffentlichkeit. Die neue Studentafel gilt gemäss Beschluss des Regierungsrats ab dem 1. August 2025 und wird gestaffelt eingeführt.

Weiterentwicklung gymnasiale Maturität

Nach der Verabschiedung des überarbeiteten Maturitätsanerkennungsreglements (MAR) sowie des Rahmenlehrplans auf gesamtschweizerischer Ebene wurden auch auf kantonaler Ebene Anpassungen notwendig. Das Bildungs- und Kulturdepartement überarbeitete die Ausführungsbestimmungen über die Maturitätsprüfungen und die Ausführungsbestimmungen über die Kantonsschule und gab die beabsichtigten Änderungen bei der Kantonsschule Obwalden, der Stiftsschule Engelberg und der Sportmittelschule Engelberg vom 19. August bis am 13. September 2024 in eine Anhörung, bevor sie am 5. November 2024 durch den Regierungsrat erlassen wurden. Zudem genehmigte der Regierungsrat die angepassten Studentafeln aller drei Gymnasien. Die Einführung der neuen Grundlagenfächer Wirtschaft und Recht sowie Informatik führt an allen drei Schulen zu einzelnen Verschiebungen von Lektionen in anderen Fächern. Die kantonale Weiterbildungsveranstaltung vom 30. November 2024 bildete den Auftakt zur Überarbeitung der Schullehrpläne und informierte rund 80 Lehrpersonen der Kantonsschule Obwalden, der Stiftsschule Engelberg sowie der Sportmittelschule Engelberg über die weiteren Projektschritte.

Beurteilen: Stand der Arbeiten

Zwischen Februar und Juni 2024 fanden vier Sitzungen der Projektgruppe „Beurteilen“ statt, in der alle Schulen der Einwohnergemeinden vertreten waren. Die Projektgruppe diskutierte ausgewählte Themen rund um die Beurteilung im Kanton Obwalden. Sie prüfte mögliche Verknüpfungen zwischen summativer und formativer Beurteilung und kam zum Ergebnis, dass diesbezüglich kein Handlungsbedarf mehr besteht. Aufgrund der Diskussion in der Projektgruppe soll im Zeugnis die Anzahl Prädikate zur Beurteilung der überfachlichen Kompetenzen von drei auf vier erweitert werden. Zudem werden die Formulierungen der überfachlichen Kompetenzen geprüft.

Überprüfung der kantonalen Vorgaben zum Zyklus 1

Das Amt für Volks- und Mittelschulen überprüfte die kantonalen Vorgaben zum 1. Zyklus und klärte, ob weitere Vorgaben nötig sind. Unter Einbezug einer Vertretung des Lehrerinnen- und Lehrervereins diskutierten die Zyklusleitenden der Einwohnergemeinden die Studentafel im 1. Kindergartenjahr, Angebote im Bereich der frühen Kindheit, Regelungen zu Assistenzpersonen und die Verteilung des Klassenpools. Ergebnisse der Diskussion flossen in die Revision der Bildungsgesetzgebung sowie in die Überarbeitung der Studentafel ein.

Begleitete Selbstevaluation

Im Jahr 2024 wurde die Schule Giswil in einer begleiteten Selbstevaluation durch das Amt für Volks- und Mittelschulen unterstützt und beraten. Das Projekt der Schule Giswil konnte erfolgreich abgeschlossen werden und generierte wichtige Entwicklungshinweise für die Schul- und Unterrichtsentwicklung. In diesem Prozess wurden auch die fachspezifischen Schulungsunterlagen und Instrumente der Evaluationsbegleitung weiterentwickelt.

Schulgesundheitsfachperson

Das Amt für Volks- und Mittelschulen evaluierte im Jahr 2024 das zweijährige Pilotprojekt der Schulgesundheitsfachperson (vorher: School Health Nurse) und erstattete dem Regierungsrat Bericht. Mit dem vom Kantonsrat genehmigten Budget kann die Funktion der Schulgesundheitsfachperson mit 30 Stellenprozenten weitergeführt werden.

Beschluss Konzept und Ausführungsbestimmungen Sonderpädagogik

Am 23. Januar 2024 wurden das überarbeitete Sonderpädagogische Konzept und die Ausführungsbestimmungen über die Sonderpädagogik in den Bereichen Sonderschulung, Förderangebote und Nachteilsausgleich vom Regierungsrat verabschiedet und auf den 1. August 2024 in Kraft gesetzt. Die Erlasse wurden mit der Überarbeitung an die Schulrealität, wie sie sich über die Jahre entwickelt und etabliert hat, angepasst. Die Überarbeitung erfolgte im Austausch mit den Schulpartnern, der Stiftung Rütimattli, dem Lehrerinnen- und Lehrerverein Obwalden und den ausserkantonalen Kompetenzzentren.

Empfehlungen: Schule in einer digitalen Welt

Das Amt für Volks- und Mittelschulen erarbeitete zusammen mit der Fachberatung Medien und Informatik Empfehlungen zur Schule in einer digitalen Welt und berücksichtigte dabei einerseits die Ausgangslage in den Volksschulen und andererseits aktuelle Entwicklungen. Vor der Verabschiedung wurden die Empfehlungen mit dem Netzwerk Medien und Informatik, mit den Leitungen Zyklus 1 bis 3, mit den Schulleitungen sowie mit den Schulratspräsidien diskutiert. Die Empfehlungen thematisieren pädagogisch begründetes, innovatives und zeitgemässes Lernen mit digitalen Medien und Kompetenzen im Umgang mit den neuen Chancen und Risiken, welche die Digitalisierung mit sich bringen. Sie bieten den Schulen eine Hilfestellung für die Erarbeitung und Weiterentwicklung der schuleigenen ICT-Konzepte.

Überprüfung Weiterbildungsangebote für Neulehrpersonen

Der Regierungsrat hat das Amt für Volks- und Mittelschulen beauftragt, gemeinsam mit den Einwohnergemeinden die Angebote für neu einsteigende Lehrpersonen zu überprüfen und gegebenenfalls ergänzende Angebote zu schaffen. Damit soll verhindert werden, dass neu einsteigende Lehrpersonen das Berufsfeld rasch wieder verlassen. Das Amt für Volks- und Mittelschulen wird in einem ersten Schritt Lehrpersonen befragen, die 2023/2024 oder 2024/2025 neu als Lehrperson im Kanton Obwalden angestellt wurden.

5330 Schulpsychologischer Dienst

Fallzahlen und Warteliste

Im Schuljahr 2023/2024 wurden beim Schulpsychologischen Dienst insgesamt 443 Schülerinnen und Schüler angemeldet (zu bearbeitende Fälle). Im Vorjahr betrug die Anzahl der Anmeldungen 420, was einer Zunahme von 23 Fällen entspricht. Durch die grosse Zunahme an zeitintensiveren Fällen insbesondere im Bereich Verhalten, konnten trotz des zusätzlichen befristeten Pensums acht Fälle erst im Schuljahr 2024/2025 bearbeitet werden. Um der steigenden Anzahl zu bearbeitender Fälle und der zunehmenden Komplexität der Fälle zu begegnen, bewilligte der Kantonsrat mit dem Budget 2025 70 Prozent unbefristetes Pensum im Schulpsychologischen Dienst.

Im Schuljahr 2023/2024 wurden bei der Psychomotorischen Therapiestelle insgesamt 144 Schülerinnen und Schüler angemeldet (zu bearbeitende Fälle). Das sind elf Anmeldungen mehr als im Schuljahr 2022/23. Aufgrund der langen Wartezeit konnten erneut 28 Fälle erst im neuen Schuljahr 2024/25 bearbeitet werden. Um den langen Wartezeiten zu begegnen, bewilligte der Kantonsrat mit dem Budget 2025 30 Prozent unbefristetes Pensum für die Psychomotorische Therapiestelle.

Förderturnen

Aufgrund der steigenden Fallzahlen entwickelte die Psychomotorische Therapiestelle im Jahr 2024 das Angebot des Förderturnens. Das Förderturnen ist ein niederschwelliges psychomotorisches Angebot in Gruppen. Gestartet wurde nach den Sommerferien mit einer Abklärungsphase. Im Herbst besuchten sieben Kinder das Förderturnen. Nach den Weihnachtsferien konnten bereits drei Kinder aus dem Förderturnen entlassen werden und benötigten keine Einzeltherapie.

Kompetenzzentrum Verhalten

Im Sommer 2023 startete das Kompetenzzentrum Verhalten mit seiner Tätigkeit und begleitete bis Ende 2024 in 166 Fällen Eltern mit ihren Kindern sowie Lehr- und Fachpersonen im Umgang mit herausforderndem Verhalten. Das erweiterte Beratungsangebot des Schulpsychologischen Dienstes für Lehr- und Fachpersonen sowie Eltern wurde rege genutzt und wirkte gemäss den Rückmeldungen entlastend. Durch die prioritäre Bearbeitung der Fälle im Bereich herausforderndes Verhalten konnten frühzeitig unterstützende Massnahmen im niederschweligen Bereich aufgegleist, Eltern mit ihrem Kind beraten und Lehr- und Fachpersonen unterstützt werden.

5340 Logopädischer Dienst

Im Schuljahr 2023/2024 wurden 153 Kinder für eine Logopädietherapie angemeldet (zu bearbeitende Fälle). Im Vorjahr betrugen die Anmeldungen 133 Kinder, was eine Zunahme von 20 Kindern bedeutet. 33 Fälle konnten erst im neuen Schuljahr 2024/2025 bearbeitet werden. 25 Kinder konnten dank des zusätzlichen, befristeten Pensums bereits im Vorschulalter die Logopädietherapie besuchen. Um der steigenden Anzahl zu bearbeitenden Fälle zu begegnen, bewilligte der Kantonsrat mit dem Budget 2025 80 Prozent unbefristetes Pensum im Logopädischen Dienst.

5350 Kantonsschule

Kennzahlen

Im Schuljahr 2024/2025 besuchten 365 Studierende die Kantonsschule Obwalden in Sarnen, was im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von elf Studierenden bedeutet. Die durchschnittliche Klassengrösse im Schuljahr 2024/2025 liegt bei 18,3 Studierenden (Vorjahr: 19,6). Die Übertrittsquote aus der Volksschule betrug im Sommer 2024 19,7 Prozent (Vorjahr: 21,6 Prozent).

Einführung Schulsozialarbeit

Mit dem Schuljahr 2024/2025 wurde die Schulsozialarbeit an der Kantonsschule eingeführt. Das neue Beratungs- und Unterstützungsangebot wird von Studierenden, Lehrpersonen und der Schulleitung rege genutzt. Die Vernetzung mit anderen Fachstellen ist erfolgt, um die Koordination auch im Bereich der Prävention möglichst effizient und effektiv zu gestalten. Die Stelle ist bis Sommer 2027 befristet. Die Einführung der Schulsozialarbeit setzt das Ziel der Amtsdauerplanung „Ausbau des psychosozialen Beratungsangebots“ um.

Einführung BYOD (Bring Your Own Device) abgeschlossen

Im Schuljahr 2022/2023 führte die Kantonsschule Obwalden in den 1. und den 4. Klassen BYOD (Bring Your Own Device) ein. Nach den guten Erfahrungen wurde in den Folgejahren jeweils schrittweise jährlich in den 1. und 4. Klassen der BYOD-Betrieb erweitert. Seit August 2024 sind nun alle Stufen ausgerüstet und arbeiten damit im Unterricht. Der zielgerichtete Einsatz der privaten Endgeräte für das Lehren und Lernen mit den dazu passenden Technologien (Lernplattformen) hat sich bewährt und ist an der Kantonsschule Obwalden für alle zum Alltag geworden. Das Projekt „Einführung von BYOD“ ist damit abgeschlossen. Inhaltliches Ziel von BYOD bleibt die systematische Entwicklung der IT- und Medienkompetenz bzw. das Erreichen einer digitalen Mündigkeit der Studierenden mithilfe der Variation pädagogischer, didaktisch-methodischer Ansätze, der Erweiterung des Handlungsrepertoires und der Förderung der Individualisierung.

54 Amt für Berufsbildung

Das Amt für Berufsbildung sorgt in Zusammenarbeit mit Betrieben, Organisationen der Arbeitswelt und Berufsfachschulen dafür, dass in den verschiedenen Wirtschaftszweigen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und das Bildungsangebot laufend den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage der Jugendlichen und Erwachsenen angepasst wird. Es informiert und berät die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner in den Lehrbetrieben, die Lehrpersonen, die Lernenden sowie deren Eltern in allen Fragen rund um Grund- und Weiterbildung, Lehrverhältnis und Lehrvertrag und überprüft die Qualität der beruflichen Grundbildung gemäss den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Kantons. Es plant und steuert die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Kanton in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern im Interesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kantons (Standortattraktivität). Es arbeitet im Rahmen der zentralschweizerischen Kooperation in der Berufsbildung mit den anderen Kantonen zusammen und vollzieht die daraus resultierenden Verpflichtungen. Das Amt für Berufsbildung sorgt für die Durchführung der Qualifikationsverfahren (z.B. Teil- und Abschlussprüfungen) und stellt die entsprechenden Prüfungsdokumente aus.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Gute Verankerung der beruflichen Grundbildung und Stärkung der höheren Berufsbildung	ausgeführte Aktivitäten: – Veröffentlichung 14. Berufsbildungsmagazin – Veröffentlichung verschiedene Medienartikel – Durchführung 8. Berufsbildner Forum Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Förderung Vereinbarkeit Ausbildung und Leistungssport	ausgeführte Aktivitäten: – Gründung Sportnetz OW – Präsidium ArG Leistungssport und Berufsbildung Zentralschweiz – Mitarbeit OK Talent Day Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Umsetzung nationales Projekt „Grundkompetenzen für Erwachsene“	ausgeführte Aktivitäten: – Erfolgreiche Einführung Bildungsgutscheine – Kantonsratsbeschluss für die Leistungsvereinbarung 2025–2028 Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Evaluation überarbeiteter Führungsstruktur am BWZ	ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung Evaluation Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Erarbeitung Prozesslandkarte für Qualitätsentwicklung am BWZ	ausgeführte Aktivitäten: – Finalisierung Prozesslandkarte und Festlegung Überprüfungs-kadenz – Prüfung Zugang zu den Themen via ChatBot Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Überprüfung und Optimierung des Konzepts Brückenangebot	ausgeführte Aktivitäten: – Überprüfung Konzept in den letzten zwei Jahren – Überarbeitung einzelner Prozesse/Inhalte Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Aktiver Austausch unter den drei Lernorten	ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung von Berufsbildnertagungen – Intensivierung der Zusammenarbeit mit Bildung Gesundheit Zentralschweiz (XUND) Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Stärkung und Aufbau der interdisziplinären Zusammenarbeit unter den Lehrpersonen und mit Partnern	ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung Rektor/innenkonferenz Zentralschweiz zweimal pro Jahr – Fachlicher Austausch mit der Berufsmaturitätsschule des BWZ Uri – Austausch mit der Hochschule Luzern (HSLU) betreffend Übergang Berufsmaturitätsschule - Fachhochschule Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Prüfung von elektronischen Prüfungsformen	ausgeführte Aktivitäten: – Schwerpunkt in der Strategie 2023–2026 – Thematisierung im Schuljahr 2025/26 und 2026/27 Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Weiterbildungskursangebotes	ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung Studie mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) betreffend Weiterbildungs-Bedürfnis im Kanton Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Analyse und Massnahmenplanung bei den Angeboten für die Laufbahnberatungen	ausgeführte Aktivitäten: – Laufende quantitative Online-Befragung – Anpassung der Beratungen an Kundenbedürfnisse Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Neuausrichtung Berufsinformationstage (bit)	ausgeführte Aktivitäten: – Zeitliche Ausweitung der Berufsinformationstage (BIT) von einer Woche auf 2 x 2 Wochen – Quantitativer Ausbau des Angebots für die Schülerinnen und Schüler Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Prüfung Angebote der Berufsberatung für KMU	ausgeführte Aktivitäten: – Vorstellen der Dienstleistungen bei verschiedenen potenziellen Partnern – Pilot mit einem Unternehmen im Bereich „Laufbahnberatungen für Mitarbeitende“ Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

5400 Amtsleitung

Förderung Vereinbarkeit Ausbildung und Leistungssport

Der Kanton hat es sich auf die Fahne geschrieben, Leistungssportlerinnen und Leistungssportler zu fördern. Die Basis dazu findet sich in der Amtsdauerplanung 2022–2026 unter Punkt 4.1.1. Eine der Massnahmen im Bereich der Berufsbildung ist der 2021 gegründete Verein Sportnetz Obwalden. Der Verein setzt sich zum Ziel, möglichst optimale Rahmenbedingungen für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler zu schaffen, die eine berufliche Grundbildung absolvieren wollen. Dank dem Sportnetz Obwalden besteht die Möglichkeit, Leistungssport und Berufslehre bestmöglich miteinander zu verbinden und somit den positiven Nutzen von Sport für Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben.

Das Sportnetz Obwalden engagiert sich nebst der Beratung, Betreuung und Begleitung von jungen Athletinnen und Athleten auch an öffentlichen Veranstaltungen wie zum Beispiel dem regionalen „Talent Day“, der im Rahmen der Zebi stattfindet, oder dem vom Gewerbe Sarnen organisierten „Box Trail“.

Umsetzung nationales Projekt „Grundkompetenzen für Erwachsene“

Seit März 2024 fördert der Kanton mit der Kampagne „Einfach besser!“ die Grundkompetenzen der Bevölkerung. Viele Erwachsene in der Schweiz haben Schwierigkeiten mit Lesen, Schreiben, Rechnen oder digitalen Kenntnissen, was soziale und wirtschaftliche Folgen hat. Obwaldnerinnen und Obwaldner können seit März von Bildungsgutscheinen profitieren. Die Gutscheine im Wert von fünfhundert Franken erlauben Privatpersonen den kostenlosen Kursbesuch und somit die Erweiterung ihrer Grundkompetenzen. Das fördert soziale Integration, Arbeitsmarktfähigkeit und Lebensqualität. Das Programm wird 2025–2028 fortgeführt, mit Kooperationen zwischen Zentralschweizer Kantonen und Unternehmen. Ziel ist auch, Mitarbeitende in Betrieben durch bessere Kompetenzen flexibler einsetzbar zu machen und so dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Evaluationsergebnisse Berufsintegrationsberatung

Zur Evaluation der Berufsintegrationsberatung (BiB) in Obwalden wurden verschiedene Anspruchsgruppen mittels einer digitalen Erhebung befragt. Die Rückmeldungen aller Anspruchsgruppen zum Begleitprozess zeigen, dass dieser stimmig ist und die gesetzten Ziele klar erreicht werden. Mit dem zeitlichen Aufwand und dem Nutzen der Angebote sind alle Anspruchsgruppen (sehr) zufrieden. Weiter zeigen die Rückmeldungen, dass Lernende viel von den Angeboten profitieren konnten und diese sich positiv auf das Verhalten und die Leistungen der Jugendlichen zu Hause, im Lehrbetrieb und in der Berufsfachschule ausgewirkt haben. Die Rückmeldungen bestätigen, dass die Angebote wirksam sind, die Lernenden in ihrer Entwicklung weiterbringen und der zeitliche Aufwand in gutem Verhältnis zum Ertrag steht.

Erneuerung Bewilligung üK-Zentren und üK-befreite Betriebe

Die Lehraufsicht des Kantons prüft alle vier Jahre, ob in den bestehenden üK-Zentren und in den üK-befreiten Lehrbetrieben die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden, und bespricht Massnahmen zur Qualitätssicherung und -verbesserung. Dazu werden national entwickelte, standardisierte Instrumente eingesetzt. In dieser Beurteilungsperiode war das Hauptmerkmal auf der Frage, wie die Kurse seitens der Teilnehmenden evaluiert werden. Bei allen Kurszentren (Schreiner/in EFZ, Schreinerpraktiker/in EBA, Landwirt/in EFZ, Agrarpraktiker/in EBA) und üK-befreiten Lehrbetrieben wurde die Bewilligung erneuert.

8. Berufsbildner/innen Forum 2024

Das Berufsbildner/innen Forum des Kantons wurde am 17. Oktober 2024 zum achten Mal durchgeführt. Das Thema lautete „Siebesiech oder Sündenbock? Berufsbildner/innen im Spagat“. Nach der Begrüssung durch Landammann Christian Schäli, Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements, und einem Referat von Vera Steinmann, Leiterin Bildung von berufsbildner.ch, diskutierten in einem Podiumsgespräch Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, eine Lehrperson und die Referentin. Die Diskussion wurde durch Kurzfilme aufgelockert, in welchen Lernende und ihre Berufsbildnerinnen und Berufsbildner ihre Perspektiven einbrachten. Die Filme wurden im Rahmen eines Projekts des Basislehrjahres von Mediamatik-Lernenden der ICT-Berufsbildung Zentralschweiz produziert.

Lehrbetriebsportal: Datenaustausch, neue Funktionen, Nutzerzahlen

Das Lehrbetriebsportal des Kantons ist seit 2017 in Betrieb. In Zusammenarbeit mit anderen Deutschschweizer Kantonen wird es stetig erweitert und optimiert. Zwischenzeitlich werden neben der Ausschreibung von Lehrstellen, Meldung von Berufsbildnerinnen und Berufsbildner und Erstellung von Lehrverträgen auch die Verlängerung und Auflösung von Lehrverhältnissen sowie die Anmeldung für das Qualifikationsverfahren elektronisch über das Portal abgewickelt und den Lehrbetrieben die relevanten Dokumente elektronisch zur Verfügung gestellt. 90 Prozent der aktiven Obwaldner Lehrbetriebe nutzen das Lehrbetriebsportal.

5430 Berufs- und Weiterbildungsberatung

Analyse und Massnahmenplanung bei Angeboten für Laufbahnberatungen

Die Beratungen werden seit dem Herbst 2024 qualitativ mittels einer Online-Befragung evaluiert. Die Analyse läuft im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses. Die Beratungszeiten und die Angebote werden laufend den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden angepasst. 2024 und 2025 wird *viamia* als Projekt vom Bund zur Förderung der inländischen Arbeitskräfte weiter angeboten. Dabei erfolgt die Promotion zur Erreichung von Geringqualifizierten vor allem über Multiplikatoren.

Neuausrichtung Berufsinformationstage bit

Bereits zweimal wurden die neu ausgerichteten Berufsinformationstage bit erfolgreich durchgeführt. Während zweier Wochen in den Oster- sowie in den Herbstferien fanden jeweils rund 200 Veranstaltungen in Obwalden und Nidwalden statt. Über 90 verschiedene Berufe wurden im Frühling von 82 Lehrbetrieben aus Obwalden und Nidwalden vorgestellt, im Herbst beteiligten sich 115 Lehrbetriebe. Im Frühling durften neu Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse teilnehmen, 45 Prozent nahmen dieses Angebot in Anspruch. Die Organisation über die Plattform www.berufseinblick.ch hat sich bewährt. Das Ziel, ein möglichst breites Angebot mit mehr Veranstaltungen anbieten zu können, wurde erreicht.

Pilotphase Schulhaussprechstunden

Die Berufs- und Weiterbildungsberatung BWB durfte im Sommer 2024 mit zwei Pilotgemeinden die Schulhaussprechstunde starten. Ab August fanden einmal pro Monat sogenannte Kurzgespräche an den Schulen Engelberg und Sarnen statt. Zuerst profitierten vor allem Jugendliche der 3. Orientierungsschule von den 30-minütigen Gesprächen. Gegen Ende des Jahres kamen auch Schülerinnen und Schüler der 2. Orientierungsschule dazu. Die Nachfrage nach den Kurzgesprächen ist erfreulich hoch. Der Start wird von allen Beteiligten als sehr gelungen beurteilt, und es wird zurzeit über eine Ausweitung auf weitere Schulgemeinden diskutiert. Eine umfassende Evaluation ist für Februar 2025 geplant.

5440 Berufs- und Weiterbildungszentrum BWZ

Evaluation überarbeiteter Führungsstruktur am BWZ Obwalden

Seit August 2023 ist das BWZ Obwalden mit der überarbeiteten Führungsstruktur unterwegs. Mit Abschluss des ersten Jahrs in der Umsetzung wurde vom 4. Juli bis 30. August 2024 eine Evaluation durch die externe Beratung des Projekts bei allen Lehrpersonen durchgeführt. Die Auswertung ergab ein positives Ergebnis. Das ist für die weitere Führungsarbeit am BWZ Obwalden ein wichtiges Signal. Auch wurde bei der Auswertung der Ergebnisse klar, bei welchen Themen bei den Mitarbeitenden noch Unsicherheiten oder Unklarheiten bestehen. Aus diesem Grund hat die Arbeitsgruppe dieses Führungsentwicklungsprojekts einen Massnahmenplan erstellt. Die offenen Punkte wie auch die Auswertung allgemein werden im ersten Quartal 2025 an den Bereichssitzungen mit den Lehrpersonen, im Beisein der Rektorin, geklärt und besprochen.

ICT-Strategie 2024 bis 2028

Um für zukünftige Entwicklungen im Bereich ICT gewappnet zu sein, hat das BWZ Obwalden ein ICT-Strategiepapier 2024 bis 2028 erarbeitet. Es baut auf den Erfahrungen der letzten Jahre auf und setzt neue Schwerpunkte in den Bereichen schulinterne ICT-Infrastruktur, ICT-Support, ICT-Kompetenz der Lehrpersonen, Umgang mit künstlicher Intelligenz, E-Prüfungen, digitalisierte administrative Abläufe sowie Virtual Reality und Augmented Reality. Die Strategie umfasst auch technische Aspekte wie Inventarisierung, Datensicherheit und Datenschutz, um eine sichere und effiziente ICT-Umgebung zu gewährleisten. Das Dokument wird regelmässig überprüft und bei Bedarf angepasst. Die Umsetzung der sich daraus ergebenden Strategiejunkte erfolgt durch verschiedene Arbeitsgruppen.

Erarbeitung Prozesslandkarte für Q-Sicherung am BWZ Obwalden

Im vergangenen Schuljahr wurde im Rahmen der Qualitätssicherung eine digitale Prozesslandkarte erarbeitet, die sämtliche Prozesse des BWZ Obwalden abbildet. Ziel war es, die zentralen Abläufe und Verantwortlichkeiten transparent darzustellen und einen Überblick über die wesentlichen Prozesse im Schulalltag zu schaffen. Auch wurde ein Rhythmus festgelegt, welche Prozesse in welcher Regelmässigkeit überprüft und allenfalls überarbeitet werden. Sobald alle Prozesse detailliert aufgeführt sind, wird der Inhalt der Prozesslandkarte intern publiziert.

Photovoltaik-Anlage BWZ Obwalden

Seit April 2024 wird auf dem Dach des BWZ Obwalden in Sarnen mit einer leistungsstarken Photovoltaikanlage mit 524 Modulen Strom produziert. Die installierte Anlage hat bis heute 163,69 MWh Strom produziert. Rund 50 Prozent des erzeugten Stroms wird direkt vor Ort genutzt, die andere Hälfte wird ins öffentliche Netz eingespeist. Mit dieser Photovoltaikanlage konnte bis heute den Ausstoss von 77,75 Tonnen CO₂ vermieden werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung im Kanton geleistet.

55 Amt für Kultur und Sport

Das Amt für Kultur und Sport nimmt Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Archäologie, Kulturgüterschutz, Kantonsbibliothek, Jugend+Sport, Schulsport und Vereinssport wahr. Es unterstützt und berät Organisationen und Personen, die in den Bereichen Kultur und Sport tätig sind, entrichtet im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ordentliche Mittel und Swisslos-Gelder, bildet J+S-Leiterinnen und -Leiter aus und beaufsichtigt den Schulsport.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Anpassung der Strukturen der Kulturgüterschutz-Organisation an aktuelle Rahmenbedingungen	ausgeführte Aktivitäten: – Einsetzung neue Fachstellenleitung – Rekrutierung neues Personal für KGS-Zug – Planung eines neuen Notfallverbunds Obwalden Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Planung und Umsetzung neuer Standort der Kantonsbibliothek am alten OKB-Hauptsitz	ausgeführte Aktivitäten: – Verpflichtungskredit durch den Kantonsrat – Konstituierung Nutzergruppe unter Beteiligung des Departements – Start der Planung des Innenausbaus und der Innenausstattung Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Weiterentwicklung und verstärkte Zusammenarbeit der Obwaldner Museen	ausgeführte Aktivitäten: – Bedarfsabklärung bei den Museen durchgeführt – Nachhaltige Entwicklungsplanung gestartet Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Intensivierung und Förderung der Vernetzung der Sportvereine und –verbände im Kanton durch ein neues Austauschforum	ausgeführte Aktivitäten: – Start Planung – Evaluation mögliche Veranstaltungsformate Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

5500 Kulturförderung

Innerschweizer Kulturpreis 2024 an Hanspeter Müller-Drossaart

Am 21. September 2024 konnte der gebürtige Obwaldner Hanspeter Müller-Drossaart im Theater des Alten Gymnasiums Sarnen den Innerschweizer Kulturpreis 2024 entgegennehmen. Diese renommierte

Auszeichnung wird seit 1953 von der Innerschweizer Kulturstiftung vergeben. Hanspeter Müller-Drossaart ist einem internationalen Fernseh- und Kinopublikum als Schauspieler bekannt. In jüngerer Zeit beschäftigte er sich auch immer wieder mit der Kulturlandschaft der Urschweiz und veröffentlichte mehrere Gedicht- und Erzählbände in Obwaldner und Urner Mundart. Ausserdem widmete er letztes Jahr dem bescheidenen Leben seines Sarnen Grossvaters „Berg-Baschi-Sepp“ ein abendfüllendes Erzähltheater. Laudator Franz Enderli würdigte den Preisträger als „Sprachkünstler mit hörendem Herzen“, dem es meisterhaft gelingt, die Eigenart der Obwaldnerinnen und Obwaldner zu verstehen und sprachlich auszudrücken.

Unterwaldner Preis für Bildende Kunst 2024 an Paul Lussi

Im Rahmen der Kunstaussstellung „NOW 24“ hat der Nidwaldner Künstler Paul Lussi den Unterwaldner Preis für Bildende Kunst zugesprochen erhalten. Die Auszeichnung ist mit 20 000 Franken der höchstdotierte Preis, den die Kulturförderungen der Kantone Obwalden und Nidwalden gemeinsam vergeben. Eine Jury wählte den Sieger aus 18 Positionen regionaler Kunstschafter aus. Paul Lussi zeigte in seiner Arbeit „In der Schwebe“ dreizehn Tuschzeichnungen mit tiefschwarzen, expressiven Pinselstrichen. In ihnen erscheinen schemenhaft Figuren, Fragmente von Landschaften und Architekturen, die schwerelos im Raum schweben. Die offizielle Würdigung und Preisübergabe erfolgte am 30. Oktober 2024 im Winkelriedhaus in Stans im Beisein der beiden Kulturdirektoren Christian Schäli und Res Schmid.

Werkbeiträge OW/NW 2024 für Sandro Halter und Charlie Lutz

Die Kantone Obwalden und Nidwalden schreiben seit 2014 gemeinsam Werkbeiträge für Kulturschaffende aus. Im Rahmen der Vergabe 2024 wählte eine Fachjury zwei Preisträger aus. Der grosse Werkbeitrag in der Höhe von 20 000 Franken geht an Sandro Halter. Der Giswiler Künstler plant, mit drehwüchsigem Holz kreativ zu arbeiten. Den mit 10 000 Franken dotierten kleinen Werkbeitrag erhält Charlie Lutz aus Sarnen. In seinem Projekt „Omega – Ende und Vollendung“ will er Raster und Ordnungsprinzipien des Alltags künstlerisch erforschen.

Installation des Kunstwerks „Schlittenzeichen“ von Kurt Sigrist im Kantonsspital

Die Kulturkommission Obwalden kaufte anlässlich des achtzigsten Geburtstags des Obwaldner Künstlers Kurt Sigrist sein Werk „Schlittenzeichen“. Es handelt sich um eine rund zwei Meter lange Skulptur aus gerostetem Stahl in Form eines traditionellen Holzschlittens mit baumartigen Aufsätzen auf der Sitzfläche. Seit Herbst 2024 ist sie im Lichthof des Kantonsspitals dauerhaft installiert und ergänzt so die in der benachbarten Spitalkapelle bereits vorhandenen Kunstwerke. Die feierliche Präsentation des „Schlittenzeichens“ fand am 20. Dezember 2024 im Rahmen eines Mitarbeiteranlasses und in Anwesenheit des Künstlers statt.

Spontanpreis für die Jodlergruppe „Bärgröseli“

Die Kulturkommission Obwalden vergibt in unregelmässigen Abständen Spontanpreise. Sie sind mit 2 000 Franken dotiert. Damit bezweckt sie, eine offizielle Anerkennung für besondere kulturelle Leistungen unvermittelt auszusprechen. Im Dezember 2024 – zum Abschluss des 50-Jahre-Jubiläums – wurde diese Ehrung der Jodlergruppe „Bärgröseli“ zuteil. Die weitherum bekannten Jodler aus Alpnachstad zeichnen sich durch gesangliche Qualität, Charisma und Eigenwilligkeit aus. Dies lässt sich mit Zahlen belegen: Aus den 48 absolvierten Wettvorträgen an Eidgenössischen Jodlerfesten oder Unterverbandsfesten resultierten zwischen 1976 und 2024 insgesamt 39 „Klasse 1“-Benotungen sowie neun „Klasse 2“-Benotungen.

5501 Denkmalpflege und Archäologie

Rückweisung Schutzpläne Alpnach und Giswil und Motion betreffend Optimierung der kantonalen Denkmalpflege

Der Kantonsrat wies an seiner Sitzung vom 28. Juni 2024 die Schutzpläne Alpnach und Giswil an den Regierungsrat zurück und beauftragte ihn mit der Überarbeitung dieser Schutzpläne. In Zusammenarbeit mit der kantonalen Denkmalpflegekommission besprach das Departement das Vorgehen für die Überarbeitung. An der Kantonsratssitzung vom 5. Dezember 2024 reichte überdies der Kantonsrat Frank Henri Kurer, Engelberg eine Motion zur Optimierung der kantonalen Denkmalpflege ein.

Sanierung des Bauernhauses Huwel in Kerns

In Kerns wurde die Restaurierung des ehemaligen Bauernhauses Huwel begonnen. Es handelt sich um ein bedeutendes, national geschütztes Baudenkmal. Die ältesten Gebäudeelemente gehen auf die Jahre 1606 oder 1607 zurück. Um 1850 erfuhr das Haus eine grössere Umgestaltung im Biedermeier-Stil. Ziel der Restaurierung ist es, die Charakteristik der historischen Substanz zu erhalten. Zu diesem Zweck führte eine Bauforscherin eine Untersuchung durch, um diverse baugeschichtliche Fragen zu klären. Es ist vorgesehen, das Haus im Rahmen der Europäischen Tage des Denkmals 2025 der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Europäische Tage des Denkmals 2024

An den Europäischen Tagen des Denkmals vom 7. und 8. September fanden im Kanton drei Führungen statt. Im Heintzlihaus in Sarnen konnte das interessierte Publikum die neusten Entdeckungen besichtigen: Hinter neueren Verkleidungen sind Wandmalereien aus den 1730er Jahren zum Vorschein gekommen. In Alpnachstad führte ein kurzer Spaziergang beim Café Chalet am Bahnhofplatz vorbei zum neu restaurierten Direktionsgebäude der Pilatusbahnen. Weitere Erläuterungen gab es zu prägenden Bauten wie dem Majorenhaus, der Wagen- und Lokremise sowie dem frisch restaurierten Schiffsteg von 1956. Eine längere Tour absolvierten hingegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kapuzinerwanderung, die von Pro Historia Brünig, der Heimatkundlichen Vereinigung Giswil und dem Tal- und Sagenmuseum Lauterbrunnen organisiert wurde. Auf der Etappe Sarnen – Sachseln stand das Wirken der Sarner Kapuziner im Kontext von Geisterspuk und Hexenwerk im Zentrum der Ausführungen.

5520 Kantonsbibliothek

Kooperationsprojekt mit der Stiftung Pro Humanitate

Mit der Unterstützung der gemeinnützigen Stiftung Pro Humanitate mit Sitz in Schaan (Liechtenstein) setzte die Kantonsbibliothek diverse ergänzende Projekte und Anlässe zur Sprach- und Leseförderung bei Kindern im Vorschulalter um. So konnte neben der Beschaffung von Materialien zur Leseförderung (Kamishibai) die Veranstaltung „Bücherspielplatz Glücks-Reise-Glück“ – ein Projekt von zehn ausgebildeten Leseanimatorinnen des Schweizerischen Instituts für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM) zur frühen literalen Förderung – nach Sarnen geholt werden. Die Buchstart-Veranstaltungen gastierten zusätzlich auch bei externen Vorschulinstitutionen wie dem Chinderhuis Obwalden. Ausserdem wurde auch die Planung eines Buch-Kinder-Konzerts in Angriff genommen.

5600 Sportabteilung

Verleihung des Sportpreises 2023 an Janik Riebli

Am 28. März 2024 wurde dem Langläufer Janik Riebli im Restaurant Bahnhof in Giswil rückwirkend der kantonale Sportpreis 2023 verliehen. Im familiären Rahmen würdigte Laudator Roland Bösch den bisherigen Werdegang, ehe der Ausgezeichnete den mit 5 000 Franken dotierten Preis aus den Händen vom Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements Christian Schäli entgegennehmen durfte. Nach diversen Top-10-Platzierungen erlebte Janik Riebli im Januar 2023 in Livigno (Italien) seinen bisherigen Karrierehöhepunkt, als er zwei Podestplätze im Sprint Weltcup errang. Neben seinen sportlichen Erfolgen überzeugte der gelernte Landwirt das Wahlgremium – die kantonale Sportkommission – auch durch sein engagiertes Eintreten für sportliche Ethikwerte wie Respekt und Teamgeist, wodurch er zu einem Vorbild für junge Obwaldner Sportlerinnen und Sportler geworden ist.

Swisslos-Beiträge 2024

Im Jahr 2024 konnten verschiedene Sportbereiche mit Beiträgen aus dem Swisslos-Fonds unterstützt werden: Vereine, Verbände und Einwohnergemeinden erhielten rund 379 000 Franken, Sportanlässe rund 60 000 Franken, Sportanlagen und -grossmaterial rund 15 000 Franken und die Begabten- und Nachwuchsförderung rund 57 000 Franken (für 35 Personen). Zudem wurden erstmalig zehn Obwaldner Athletinnen und Athleten im Rahmen der Spitzensportförderung mit Swisslosmitteln in der Höhe von 92 000 Franken unterstützt.

J+S-Kaderbildung und -Vereinstätigkeit

Im Rahmen des Förderprogramms Jugend und Sport konnten 25 Obwaldner Kaderbildungskurse erfolgreich durchgeführt werden. Die Teilnehmendenzahlen der Ausgebildeten sowohl aus Obwalden als auch aus anderen Kantonen entsprachen jenen der Vorjahre, und auch die hohe Qualität der Kurse konnte dank grossem Engagement der Expertenteams gehalten werden. Weil die Obwaldner Vereine und Sportorganisationen ausserdem ihre Lagerteilnahmen und Trainingstage im Rahmen der J+S Tätigkeiten steigerten, erhielten sie 2024 insgesamt auch höhere Bundesbeiträge.

Massnahmen zur Stärkung der Inklusion im Sport

Das vorerst auf zwei Jahre ausgelegte, interkantonale Pilotprojekt „UNIFIED – Inklusion im Sport“ ging 2024 unter der Leitung von Céline Jost in sein zweites Betriebsjahr. Dank der offenen und unkomplizierten Zusammenarbeit mit Sportträgerschaften – dem Sportclub Hütli, dem Rütimattli und verschiedenen Einzelpersonen – erhielten drei Obwaldner Sportklubs das Label „Unified Engagement“. Diese drei Klubs zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Trainings für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung zugänglich sind. In zahlreichen Gesprächen mit Vereinen und Veranstaltern zeigte sich ausserdem immer wieder ein grosses Interesse, inklusive Angebote zukünftig zu entwickeln. Aufgrund dessen entstand eine überkantonale Resonanzgruppe, in welcher auch zwei Vertreter aus dem Kanton mitwirken. Neue inklusive Angebote sind bereits für 2025 geplant (u.a. auch an Grossanlässen wie dem „Sarnersee Lauf“ und dem „Swiss City Marathon“).

Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Obwaldner Verein für Sport in der Schule (OVSS)

2024 konnte die Zusammenarbeit mit dem „Obwaldner Verein für Sport in der Schule“ auf unterschiedlichen Ebenen verstärkt werden. Informationen zu den bestehenden Angeboten im Bereich des freiwilligen Schulsports wurden mittels zusätzlicher Kommunikationskanäle und einem neuen, zeitgemässen Erscheinungsbild besser und weitreichender vermittelt. Zudem gelang es, die Obwaldner Vereine stärker in die Aktivitäten des (freiwilligen) Schulsports miteinzubeziehen: Rund 1 400 Obwaldner Kinder und Jugendliche nahmen im Schuljahr 2023/2024 an den entsprechenden Angeboten des OVSS teil, was eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von rund 40 Prozent bedeutet. Einige Angebote verzeichneten neue Teilnehmerrekorde.

4.6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement

Das Sicherheits- und Sozialdepartement (SSD) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*	
	2023	2024
Departementssekretariat	3.15	3.15
Tiefbauamt	16.10	16.10
Amt für Wald und Landschaft	13.80	14.00 ¹
Amt für Raumentwicklung und Energie	6.05	6.15 ^{2, 3}
Hochbauamt	21.15	21.05 ^{3, 4}
Insgesamt	60.25	60.45

*Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen per 1. Januar des Berichtsjahrs. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹ Amt für Wald und Landschaft: zusätzlich 1.0 Vollzeitstellen für Oberbauleiter HWS bis 30. April 2027 befristet und zusätzlich 0.6 Vollzeitstellen für Projektleitung Hochwassersicherheitsstollen Sarneraatal bis 30. April 2025 befristet.

² Amt für Raumentwicklung und Energie: zusätzlich 0.8 Vollzeitstellen Projektleitung Mountainbike bis 31. Dezember 2025 befristet.

³ Departementsinterne Bereinigung.

⁴ Hochbauamt: zusätzlich 0.5 Vollzeitstellen Sachbearbeitung Baukoordination bis 31. Dezember 2025 befristet.

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

1.1.1	Abwehr Naturgefahren	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Hochwassersicherheit Sarneraatal:</i> – Innenausbau Hochwasserentlastungsstollen ist abgeschlossen – Bauarbeiten am Einlaufbauwerk inklusive Stahlwasserbau sind gestartet – Bauarbeiten Hauptlos Sarneraa Alpnach WBP I sind gestartet	erreicht
	<i>Programmvereinbarungen mit dem Bund im Umweltbereich</i> – Ökologische Infrastruktur ist erarbeitet – Risikoanalyse mit aktuellen Gefahrenkarten und gemäss minimalem Geodatenmodell des Bundes ist erarbeitet – Rahmenkredit Programmvereinbarungen 2025 bis 2028 mit dem Bund im Umweltbereich ist dem Regierungsrat zur Verabschiedung an den Kantonsrat vorgelegt – Programmvereinbarungen 2025 bis 2028 mit dem Bund im Umweltbereich sind abgeschlossen	erreicht

2.3.2.	Öffentliche Infrastruktur	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Areal Foribach (Polizeigebäude) Sarnen: Entwicklung</i> – Machbarkeitsstudie ist durchgeführt – Kreditvorlage für die Durchführung des Wettbewerbs ist dem Regierungsrat zur Verabschiedung an den Kantonsrat vorgelegt	teilweise erreicht: Die Machbarkeitsstudie ist durchgeführt. Das Raumprogramm musste aus Kostengründen überarbeitet werden, weshalb der Kreditantrag für den Wettbewerb noch nicht erfolgen konnte.
	<i>Kantonsbibliothek: Neuer Standort am alten OKB-Hauptsitz</i> – Mietvertrag ist unterschrieben	erreicht
	<i>Psychiatriegebäude Sarnen: Sanierung und Erweiterung</i> – Rohbau und Fassade sind abgeschlossen	teilweise erreicht: Im Südflügel ist das Ziel erreicht resp. hat bereits der Innenausbau gestartet. Beim Nordflügel ist der Rohbau in Bearbeitung. Im Mittelteil inkl. Anbau Ost ist der Rohbau abgeschlossen.
	<i>Zentrumsüberbauung Sarnen</i> – Umsetzung der Strategie zur Bebauung ist gestartet	erreicht
3.1.1	Langsamverkehr	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>K-04 Siedlungsverträgliche Gestaltung Rütli-Wilerstrasse inkl. Velostreifen</i> – Abschnitt Wilerstrasse ist realisiert	teilweise erreicht: Die Wilerstrasse befindet sich noch in der Realisierung.
	<i>K-03 Neubau Veloverkehrsanlage Sarnen-Kerns</i> – Vorprojekt liegt vor	teilweise erreicht: Das Vorprojekt verzögert sich aufgrund knapper Ressourcen. Die Beschaffung der Planerleistungen (Projektierung und Realisierung) sowie eine erste Grundeigentümerinformation sind erfolgt. Der einjährige Pilotbetrieb für die Fahrbahnhaltestelle Postplatz ist am Laufen.
	<i>Mountainbikerouten Sarneraatal</i> – Öffentliche Auflage Mountainbike-Konzept Obwalden ist gestartet	teilweise erreicht: Um Mountainbikerouten festzulegen, ist gemäss den heute geltenden Vorgaben ein Velowegrichtplan zu erarbeiten und die nötige Vollzugsgesetzgebung zum eidgenössischen Velowegnetz ist zu erlassen. Die Grundlagenarbeit konnte im Berichtsjahr abgeschlossen und der Einbezug der betroffenen und interessierten Kreise aufgegleist werden. Weil der Einbezug der Öffentlichkeit zum Richtplan und zur Vollzugsgesetzgebung koordiniert erfolgen soll, verschiebt sich die

		öffentliche Auflage des Richtplans auf das Jahr 2025.
3.1.2	ÖV / MIV	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Alpnach, Nationalstrasse N8, Vollanschluss Alpnach Süd: Teilprojekte K-01 Unterhalts- und flankierende Massnahmen Brünigstrasse und K-10 Kreisel Industrie</i> – Einspracheverhandlungen sind geführt – Strassenplanverfahren ist abgeschlossen – Kreisel Industrie ist realisiert (exkl. Deckbeläge)	teilweise erreicht: Einspracherückzug erreicht mit projektergänzenden Verkehrssicherheitsmassnahmen auf der Hofmättelstrasse, die ab November 2024 öffentlich auflagen. Neue Einsprachen gegen die projektergänzenden Verkehrssicherheitsmassnahmen verzögern das Strassenplanverfahren und die Realisierung des Kreisels Industrie weiter.
	<i>Umsetzung kantonales Gesamtverkehrskonzept</i> – Einführung Stundentakt auf den Buslinien im Sarneraatal ist erfolgt	erreicht
4.2.1	Nachhaltiges Ressourcenmanagement	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Umsetzung Energie- und Klimakonzept 2035</i> – Konzept für PV-Anlagen über alle kantonalen Liegenschaften und Dekarbonisierung Fahrzeugpark der kantonalen Verwaltung liegen vor	teilweise erreicht: Grundsatzentscheid zur Vermietung der kantonalen Liegenschaften für PV-Anlagen wurde getroffen und erste Baulose wurden vergeben. Der Beschaffungsplan für den kantonalen Fahrzeugpark ist weit fortgeschritten.
4.3.1	Digitalisierung	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Einführung elektronisches Baubewilligungsverfahren mit den Gemeinden</i> – Vorprojekt Einführung elektronisches Baubewilligungsverfahren mit den Gemeinden ist abgeschlossen – Planung Umsetzungsprojekt ist gestartet	nicht erreicht: Im Herbst stimmte der Regierungsrat dem Projekt zu und erteilte den Verpflichtungskredit. Infolge Nichtzustandekommens des erforderlichen Quorums (2/3-Mehrheit) unter den Einwohnergemeinden verzögert sich das Projekt.
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Revision kantonale Baugesetzgebung (Baugesetz und Verordnung zum Baugesetz)</i> – Externe Vernehmlassung ist durchgeführt	erreicht

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2024	Stand der Umsetzung
Nachtrag kantonales Waldgesetz: Anpassung der im Anhang definierten Beitragsreihen für Programmvereinbarungen im Umweltbereich	in Kraft: 1. Januar 2025
Revision Baugesetzgebung (Baugesetz und Verordnung zum Baugesetz): Umsetzung Vorgaben Raumplanungsgesetz (RPG) und kantonaler Richtplan 2019, Verfahren, punktuelle Anpassungen im Kapitel Bauvorschriften, Formelles	in Arbeit gemäss Zeitplan (vgl. die Ausführungen zu Querschnittfragen unten).

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Revision Baugesetzgebung

Das Projekt ist in drei Teilprojekte gegliedert (Allgemeine Bestimmungen/Formelles, Planung, Bauvorschriften). Den Projektteams gehören Vertretungen der Einwohnergemeinden, der Planenden, der betroffenen kantonalen Amtsstellen und Juristen an. Die Projektleitung nimmt das Bau- und Raumentwicklungsdepartement, Departementssekretariat, wahr. Die Einwohnergemeinden haben im Frühjahr 2024 die „Mustervorschriften kommunale Bau- und Zonenreglemente“ (Muster-BZR) genehmigt. Das Projekt hat Einfluss auf die Revision der Baugesetzgebung, die Arbeiten werden koordiniert.

Im Sommer 2024 fand die öffentliche Vernehmlassung des Planungs- und Baugesetzes statt. An drei Informationsveranstaltungen und im Internet konnte sich die Bevölkerung über die Vorlage informieren. Insgesamt gingen 44 Stellungnahmen ein mit total 977 Rückmeldungen. Sämtliche Einwohnergemeinden, sieben politische Parteien, eine Korporation sowie mehrere Verbände, Einzelpersonen und Unternehmen haben sich zur Vorlage geäußert. Mit der Analyse und Auswertung der Rückmeldungen aus der öffentlichen Vernehmlassung wurde im Oktober 2024 gestartet. Die Ergebnisse fliessen in die Weiterbearbeitung der Vorlage ein. Im Rahmen der halbjährlich stattfindenden Bauämtersitzungen informierte die Projektleitung über den Stand der Gesetzgebungsarbeiten.

60 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation sowie Leitung der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen. Ihm obliegen die Koordination innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei sowie die Verwaltungssteuerung (Controlling). Zu seinen Aufgaben zählen ferner Rechtsberatung, Beschwerdebearbeitung, Gesetzgebungsprojekte und Führen von Gerichtsprozessen (insbesondere im Bereich Submission) sowie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Gesetzgebung:	ausgeführte Aktivitäten:
Revision kantonale Baugesetzgebung und Neuauflage Erläuterungen zum Baugesetz:	– vgl. Departementsaussagen zu Querschnittsfragen oben
Umsetzung kantonaler Richtplan 2019, Verfahren, punktuelle Anpassungen im Kapitel Bauvorschriften, Formelles	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Revision Strassengesetzgebung (Strassengesetz, Strassenverordnung)	ausgeführte Aktivitäten: – Keine Aktivitäten
	Kommentar: Die Arbeiten wurden auf die Jahre 2026/2027 terminiert.
Vollzugsgesetzgebung zum Bundesgesetz über Velowege (Veloweggesetz)	ausgeführte Aktivitäten: – Start der Arbeiten
	Kommentar: Der Entwurf liegt auf der Fachebene vor.
Unterstützung Grossprojekte	ausgeführte Aktivitäten:
Behandlung Einsprachen, Rechtsberatung, Projektgenehmigungen, Submissionswesen, Grundstücksgeschäfte, Kreditgeschäfte	– Einsprachebehandlung und Entscheidungsfertigung Hochwasserschutzprojekt Kleine Schliere – Einsprachebehandlung A8 Vollanschluss Alpnach Süd
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Grundlagen und Schulungen:	ausgeführte Aktivitäten:
Prozesse/Abläufe/Ablagen (z.B. elektronische Liegenschaftsverwaltung, Vorlagen, Internetauftritt), Baukoordination, Submissionswesen	– Schulung Rechtsgrundlagen Bauen ausserhalb der Bauzone (intern) – Projektbegleitung „elektronische Liegenschaftsverwaltung“
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

Beschwerdestatistik

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Bau- und Raumentwicklungsdepartement)

	2023	2024
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	25	32
Übertrag vom Vorjahr	11	19
Neueingänge Geschäftsjahr	14	13
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	3	7
– gutgeheissen		3
– teilweise gutgeheissen		2
– abgewiesen	1	2
– nicht eingetreten	2	
Ohne Entscheid des Regierungsrats: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	3	1
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	19	24

Das Departement instruierte im Geschäftsjahr zwölf neue Beschwerden und eine Einsprache in Bau- und Raumplanungsangelegenheiten zuhanden des Regierungsrats. Sieben Beschwerden wurden durch Entscheid des Regierungsrats und eine Beschwerde durch Nichteintretensentscheid des Departements erledigt. Die durchschnittliche Verfahrensdauer vom Eingang der Beschwerde bis zum Entscheid durch den Regierungsrat lag bei 17,9 Monaten.

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Bau- und Raumentwicklungsdepartements

	2023	2024
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	13	8
Übertrag vom Vorjahr	2	7
Neueingänge Geschäftsjahr	11	1
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats: (Einsprachen Hochwasserschutzprojekt Kleine Schliere)	0	5
– teilweise gutgeheissen		4
– abgewiesen		1
Ohne materiellen Entscheid des Departements: (Abschreibung, Vergleich, Rückzug und dgl.)	6	3
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	7	0

Im Geschäftsjahr konnten von den sieben verbliebenen Einsprachen gegen das Hochwasserschutzprojekt Kleine Schliere in Alpnach fünf durch Entscheid des Regierungsrats entschieden und zwei auf Stufe

Departement infolge Rückzugs abgeschrieben werden. Ebenfalls infolge Rückzugs konnte eine Beschwerde gegen eine Wiederherstellungsverfügung des Amts für Wald und Landschaft betr. Heckenrodung erledigt werden.

Vernehmlassungen auf Stufe Departement

Neben Vernehmlassungen, die durch den Regierungsrat verabschiedet werden, reicht auch das Departement Stellungnahmen direkt an die zuständigen Bundesstellen ein. Diese betreffen Vorlagen mit departementsspezifischer politischer Relevanz und fachtechnische Vernehmlassungsgeschäfte. Das Bau- und Raumentwicklungsdepartement reichte im Berichtsjahr 15 solcher Stellungnahmen an den Bund ein.

Gesetzgebung

Vergleiche die Departementsaussagen zu Querschnittfragen oben.

Grundstücksgeschäfte

Im Berichtsjahr tätigte der Kanton rund 39 Grundstücksgeschäfte. Diese betrafen insbesondere Dienstbarkeiten, Kauf- und Verkaufsgeschäfte, Grundbuchbereinigungen oder Bautätigkeiten auf Grundstücken des Kantons.

61 Tiefbauamt

Das Tiefbauamt ist verantwortlich für die Strasseninfrastruktur (Wiederbeschaffungswert 233 Millionen Franken). Die Abteilung Strassenbau ist zuständig für die Planung und den Bau der Kantonsstrassen sowie den Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen. Bei der Nationalstrasse ist sie verantwortlich für die Projekte der Netzvollendung, aktuell für die Strassenabschnitte A8 Lungern Nord – Giswil Süd. Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte Strassenbau	Stand der Bearbeitung
<i>Nationalstrasse N8 Abschnitt Lungern Nord – Giswil Süd, Tunnel Kaiserstuhl:</i> Netzfertigstellung Nationalstrasse	ausgeführte Aktivitäten: <i>Detailprojektierung (DP):</i> – DP04 Wasserversorgung – DP09 Trasse – DP10a Vormassnahmen Griffeldossen ⇒ vom ASTRA genehmigt im Juli 2024 – DP10b Kunstbauten Griffeldossen ⇒ vom ASTRA genehmigt im August 2024 – DP10c Kunstbauten Trasse Nord und Süd – DP10d Anschlussbereiche Veloverkehrsanlage Trasse Süd – DP11 Wasserbauliche Massnahmen – DP12 BSA ⇒ vom ASTRA genehmigt im November 2024 – DP13 Signalisation und Markierung – DP14 Ökobrücke Aawasserkanal – DP15 Ökologische Ersatzmassnahmen <i>Submissionen / Beschaffungen:</i> – Baulos 20 Griffeldossen - Buochholz – Baulos 24 Trasse und Kunstbauten Süd <i>Bauausführung:</i> – Baulos 17 Verlegung Zentralbahn (zb) ⇒ abgeschlossen und abgerechnet – Baulos 17a Voreinschnitt Tunnel Nord ⇒ abgeschlossen und abgerechnet – Baulos 18 Fahrleitungen Verlegung zb ⇒ abgeschlossen und abgerechnet – Baulos 19 Tunnel Kaiserstuhl ⇒ Baubeginn im Mai 2024 – Baulos 19a Verwertung Ausbruch Tunnel Nord ⇒ Baubeginn im Juli 2024
	Kommentar: Das Grossprojekt verläuft planmässig im Kosten- und Zeitrahmen.

<i>Alpnach, Nationalstrasse N8, Vollanschluss Alpnach Süd:</i> Realisierung Teilprojekte K-01 Unterhalts- und flankierende Massnahmen Brünigstrasse sowie K-10 Kreisel Industrie abgestimmt mit Netzausbauprojekt N8 / Ausbau Vollanschluss Alpnach Süd (VAS) des ASTRA	ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung und öffentliche Auflage des vorgezogenen Strassenbauprojekts der projektergänzenden Verkehrssicherheitsmassnahmen Hofmättelstrasse. Kommentar: Die projektergänzenden Verkehrssicherheitsmassnahmen (Kosten 1,7 Millionen Franken) beheben Sicherheitsdefizite, die durch den Mehrverkehr entstehen. (siehe auch Departementsziele 3.1.2 ÖV/MIV)
<i>Sarnen, K-04 Wilerstrasse, Abschnitt Sarneraa - Blattibach</i> Realisierung des Strassenbauprojekts K-04 Siedlungsverträgliche Gestaltung Rüti-/Wilerstrasse; inkl. Velostreifen und zweites Trottoir in Zusammenarbeit mit der Einwohnergemeinde Sarnen	ausgeführte Aktivitäten: – Realisierung Etappe 2 Peterhof bis Blattibach Kommentar: Die Arbeiten verlaufen in Zusammenarbeit mit der Einwohnergemeinde Sarnen planmässig im Kosten- und Zeitrahmen.
<i>Sachseln, K-08 Flüelistrasse, Abschnitt Salzbrunnenbrücke - Sattel:</i> Realisierung des Strassenbauprojekts K-08 Erneuerung und Ausbau Salzbrunnen – Sattel; inkl. Velostreifen bergwärts (Realisierung in drei Etappen)	ausgeführte Aktivitäten: – Realisierung aller Etappen abgeschlossen exkl. Deckbelagseinbau (witterungsbedingte Verschiebung) Kommentar: Die Arbeiten verlaufen in Zusammenarbeit mit der Einwohnergemeinde Sachseln planmässig im Kosten- und Zeitrahmen.
<i>Kerns, K-07 Melchtalerstrasse; Abschnitt St. Niklausen – Melchtal:</i> Realisierung des Strassenbauprojekts K-07 Erneuerung und Ausbau Melchtal, 3. Etappe (Abschnitte 5, 6, 2, 3)	ausgeführte Aktivitäten: – Realisierung Abschnitt 6 der dritten Etappe Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig im Kosten- und Zeitrahmen.
<i>Sarnen/Kerns, Radroutenverbindung Sarnen – Kantonsgrenze NW</i> Projektierung und Realisierung der Strassenbauprojekte K-03 Neubau Veloverkehrsanlage Sarnen – Kerns (Abschnitt Foribach bis Hinterflüeweg), K-03 siedlungsverträgliche Gestaltung Dorfkern Kerns sowie K-03 Erneuerung und Ausbau Sand-Chabisstein (inkl. Neubau Veloverkehrsanlage Sand–St. Jakob).	ausgeführte Aktivitäten: – Kenntnisnahme Machbarkeitsstudien durch Regierungsrat – Erfolgreicher Start Pilotbetrieb Fahrbahnhaltestelle Postplatz – Grundeigentümerinformation – Planerbeschaffungen für Projektierung / Abschluss Ausführung Kommentar: Die Arbeiten verzögern sich aufgrund knapper Ressourcen um knapp ein Jahr.
Schwerpunkte Strasseninspektorat	Stand der Bearbeitung
Unterhalt Kantonsstrassen inkl. Lärmschutz: Belagssanierungen zur Werterhaltung der Kantonsstrassen gemäss Unterhaltsplanung	ausgeführte Aktivitäten: – Realisierung aller geplanten Belags- und Kunstbautensanierungen

Kommentar:
Die Unterhaltsarbeiten konnten planmässig umgesetzt werden.

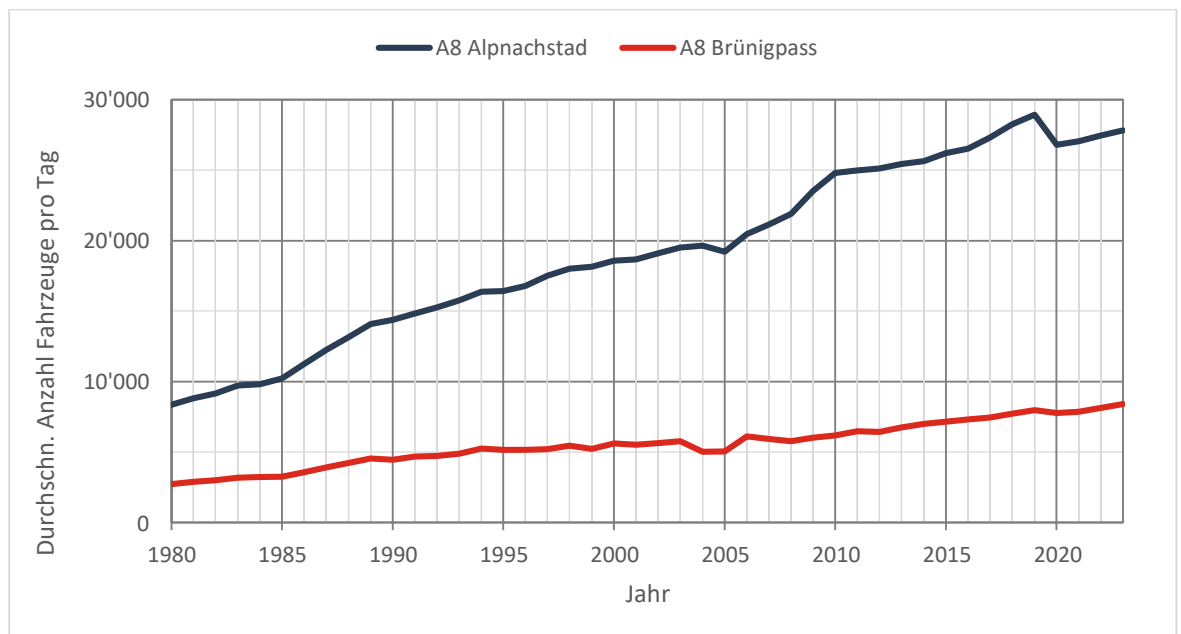
610 Kantonsstrassennetz

6100 Strassenverwaltung

Verkehrsentwicklung

Nach den coronabedingten Erhebungslücken in den vergangenen Jahren wurden im Jahr 2024 die Verkehrszahlen auf den Kantonsstrassen wieder vollständig erhoben. Damit liegen nach der Auswertung der Erhebungen ab Mitte 2025 aktuelle Zahlen zum motorisierten Individualverkehr vor, die für verkehrssicherheits- und lärmtechnische Abklärungen genutzt werden können.

Die nachfolgende Grafik stellt die Verkehrsentwicklung an den Messstellen der A8 in Alpnachstad und auf dem Brünigpass dar. Der Verkehr nahm im Jahr 2023* um 1,3 Prozent (Alpnachstad) und 3,2 Prozent (Brünigpass) zu. Die Verkehrsentwicklung liegt auf dem gesamten Kantonsstrassennetz etwa in dieser Bandbreite.



Grafik: Verkehrsentwicklung auf der Nationalstrasse A8*

*Hinweis: Da die Verkehrszahlen zum vorliegenden Berichtsjahr jeweils erst im Folgejahr ausgewertet und verfügbar sind, beziehen sich die Aussagen zur Verkehrsentwicklung jeweils auf das Vorjahr (2023).

Finanzierung Strassenwesen

Einnahmequellen	Rechnung 2024 (Franken)
Beitrag aus Strassenverkehrssteuern	11 383 420.70
Beitrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)	2 952 209.–
Nicht werkgebundene Beiträge (Anteile aus dem Mineralölsteuerertrag, inkl. Kantonsanteil am Reinerlös der Autobahnvignette)	1 568 267.–
Globalbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen (aus Infrastrukturfonds des Bundes)	986 585.–

Einnahmequellen	Rechnung 2024 (Franken)
Bundesbeiträge Lärmschutz (gemäss Programmvereinbarung im Bereich Lärm- und Schallschutz an Strassen)	22 060.–
Rückerstattung von Projektkostenanteilen durch Gemeinden und Dritte	315 948.90
Total Einnahmen (gerundet)	17 228 490.60

Tabelle: Übersicht über die Einnahmen aus Strassenverkehrsabgaben, -steuern und Kostenbeteiligungen Dritter

Verwendung	Rechnung 2024 (Franken)
Kantonsbeiträge für Neubau, Ausbau und Unterhalt öffentlicher Strassen der Einwohnergemeinden und übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften	3 526 390.75
Aufgaben der Kantonspolizei	6 825 313.–
Förderung des öffentlichen Verkehrs	590 441.80
Bau, Betrieb, Unterhalt, Abschreibung und Verwaltung des Kantonsstrassennetzes inklusive kantonale Velorouten und Beiträge an den Nationalstrassenbau	5 695 903.25
Allgemeiner Staatshaushalt	590 441.80
Total Ausgaben (gerundet)	17 228 490.60

Tabelle: Übersicht über die Verwendung der Einnahmen des Kantons für das Strassenwesen

Lärmschutz

Die Bekämpfung des Strassenlärms wurde mit der Revision der Lärmschutzverordnung (LSV) zur Daueraufgabe erklärt, wodurch die finanzielle Unterstützung durch den Bund zeitlich uneingeschränkt weitergeführt werden kann.

Zu den Programmvereinbarungen im Umweltbereich 2025–2028 im Fachbereich Lärm und Schallschutz erfolgten die Verhandlungen mit dem BAFU im August 2024. Aufgrund der detaillierten langfristigen Projektplanung (Strassenbauprogramm) des Tiefbauamts bestätigte das BAFU die beantragten Bundesbeiträge in der Höhe von 1 029 700 Franken. Aufgrund der Bestimmungen des neuen Handbuchs zu den Programmvereinbarungen müssen künftig für eine Auszahlung des Bundesbeitrags die Projekte abgeschlossen und die Wirksamkeit der Massnahmen an der Quelle nachgewiesen sein.

Basierend auf der Strategie Nachsanierung Strassenlärm 2020–2040 vom 7. September 2020 wurden folgende Massnahmen ausgeführt:

- Mit der Belagssanierung an der Engelbergerstrasse in Engelberg auf dem Abschnitt Eugenisee-Bahnhofstrasse wurde ein lärmindernder Belag eingebaut.
- Mit der siedlungsverträglichen Gestaltung an der Rüti- und Wilerstrasse in Sarnen wurde auf dem Abschnitt Sarneraa–Blattibach ein lärmindernder Belag eingebaut.
- Mit der Umsetzung von Verkehrs- und Sicherheitsmassnahmen an der Schwander- und Glaubenbergstrasse wurde in vier Abschnitten zwischen Spis und Golpi eine Temporeduktion von 80 km/h auf 60 km/h umgesetzt, mit welcher auch eine Lärminderung erreicht werden kann.
- Bei mehreren weiteren Vorhaben wurden Lärmuntersuchungen als projektvorbereitende Massnahmen durchgeführt.

Nachsanierungsbedarf Überschrittene Immissionsgrenzwerte entlang von Kantonsstrassen	Stand per Ende 2018 (Abschluss Erstsanierung)	Stand per Ende 2024	Reduktion durch Massnahmen 2024
Anzahl betroffener Liegenschaften	411	397	9
Anzahl betroffener Personen	3201	3132	42
Länge betroffener Kantonsstrassenabschnitte	24,4 km	18,4 km	5,03 km

Tabelle: Nachsanierungsbedarf Strassenlärm

6103 Strassenbetrieb und Unterhalt (Strasseninspektorat)

Betrieblicher Strassenunterhalt

Der betriebliche Strassenunterhalt beinhaltet Reinigung, Grünpflege, Winterdienst, technischer Dienst, bauliche Reparaturen, Unfalldienst und Einsätze bei ausserordentlichen Ereignissen. Er hat zum Ziel, eine möglichst hohe Verfügbarkeit des Kantonsstrassennetzes sicher zu stellen.

- Die Verfügbarkeit aller Kantonsstrassen war ganzjährig uneingeschränkt gewährleistet.
- Der Winter 2023/24 verursachte einen unterdurchschnittlichen Winterdienstaufwand.
- Die Wintersperre Glaubenbielenpass dauerte vom 9. November 2023 bis 8. Mai 2024.
- Intensiv anhaltende Regenschauer erforderten im Herbst auf der Panoramastrasse, im Bereich Kalbersteingräbli und Stössi, ausserordentliche Einsätze infolge von Materialablagerungen auf der Kantonsstrasse, verursacht durch bergseitige Erdrutsche.

Baulicher Strassenunterhalt

Die Verkehrs- und Bauwerksicherheit konnte im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet werden. An insgesamt 15 Kunstbauten wurden Bauwerksinspektionen durchgeführt. Folgende Unterhaltsmassnahmen wurden nebst einer Vielzahl von kleineren Belagsreparaturen und Sicherungsmassnahmen ausgeführt:

- K-01 Brünigstrasse, Sachseln: Belagssanierung Steinibachbrücke
- K-01 Brünigstrasse, Lungern: ausserplanmässige Realisierung Steinschlagschutz Tschorren
- K-02 Engelbergerstrasse, Engelberg: Instandstellung Bachdurchlass Erlenbach
- K-02 Engelbergerstrasse, Engelberg: Instandsetzung der Steilböschung im Bereich Millionenkurve
- K-02 Engelbergerstrasse, Engelberg: Belagssanierung Eugenisee bis Bahnhofstrasse

Der bauliche Zustand der Kantonsstrassen ist im Vergleich mit anderen Kantonen unterdurchschnittlich.

6105 Kantonsstrassen inkl. kantonale Velorouten

Bauprogramm Kantonsstrassen 2022–2027

Grundlage für die Berichterstattung bildet das vom Kantonsrat am 2. Dezember 2021 verabschiedete Bauprogramm Kantonsstrassen 2022–2027. Es enthält folgende Vorhaben:

A = Projekt mit rechtskräftig erteiltem Objektkredit (ein Strassenbauprojekt mit Objektkredit vor 2021, vier Strassenbauprojekte mit Objektkredit aus Rahmenkredit Bauprogramm Kantonsstrasse 2022–2027)

B = Projekt ist Bestandteil des Bauprogramm Kantonsstrassen 2022–2027; Objektkredit ist noch nicht erteilt (zehn Strassenbauprojekte).

C = Projekt ist Bestandteil einer späteren Programmperiode (2028–2033 oder später)

K-01 Brünigstrasse:

Alpnach: Unterhalts- und Flankierende Massnahmen (Status B)

- Die Einspracheverhandlungen (Projektauflage: Oktober 2022) führten zum Rückzug der Einsprachen. Dabei zeigte sich die Notwendigkeit zusätzlicher Verkehrssicherheitsmassnahmen für die Hofmättelstrasse.

Alpnach-Sarnen: Veloverkehrsanlage (Status B)

- In einer Machbarkeitsstudie wurden die Linienführung und Dimensionierung der Veloalltagsrouten von Alpnach nach Sarnen ermittelt. Die Hauptverbindung des Veloalltagsverkehrs wird entlang der Brünigstrasse geführt. Die Linienführung rechtsseitig der Sarneraai erschliesst kommunal wichtige Ziele wie das Industriegebiet und wird daher als Nebenverbindung für den Alltagsverkehr festgelegt. Der abschliessende Bericht befindet sich noch in Erarbeitung.

Sarnen: Siedlungsverträgliche Gestaltung Ortsdurchfahrt (Status B)

- Das Vergabeverfahren für die Ingenieurleistungen (Projektierung und Bauleitung) musste wegen Unklarheiten im Bereich der kommunalen Strassen und Werkleitungen abgebrochen werden. Die Ausschreibungsunterlagen wurden überarbeitet und erneut publiziert.

Lungern: Siedlungsverträgliche Gestaltung Ortsdurchfahrt (Status C)

- Der Regierungsrat nahm die Machbarkeitsstudie für die siedlungsverträgliche Gestaltung der Ortsdurchfahrt inkl. Veloverkehrsanlage zur Kenntnis.
- Kanton und Gemeinde informierten von Land- und Rechtserwerb betroffene Grundeigentümer auf Basis eines Vorprojekts.
- Die Planerbeschaffung für Projektierung und Ausführung wurde gestartet.

K-03 Stanserstrasse:

Kerns: Neubau Veloverkehrsanlage Sarnen – Kerns (Status B)

- Kanton und Gemeinde informierten von Land- und Rechtserwerb betroffene Grundeigentümer.
- Die Planerbeschaffung für Projektierung und Ausführung wurde erfolgreich durchgeführt.

Kerns: Siedlungsverträgliche Gestaltung Ortsdurchfahrt (Status B)

- Der Pilotbetrieb für eine Fahrbahnhaltestelle Postplatz wurde erfolgreich gestartet.
- Die Planerbeschaffung für Projektierung und Ausführung wurde erfolgreich durchgeführt.

Kerns: Erneuerung und Ausbau, Sand – Chabisstein (Status B)

- Kanton und Einwohnergemeinde informierten von Land- und Rechtserwerb betroffene Grundeigentümer.
- Die Planerbeschaffung für Projektierung und Ausführung wurde erfolgreich durchgeführt.

K-04 Wilerstrasse:

Sarnen: Siedlungsverträgliche Gestaltung Rüti-Wilerstrasse (Status A)

- Die zweite Etappe von Peterhof bis Blattibach (inkl. Teilersatz des Bachdurchlasses) wurde realisiert.

K-05 Glaubenbergstrasse:

Sarnen: Verkehrssicherheitsmassnahmen Sarnen-Stalden-Golpi (Status B)

- Die Herabsetzung/Verlängerung der Höchstgeschwindigkeit aus Sicherheits- und Lärmschutzgründen von 80 km/h auf 60 km/h wurde nach Abweisung einer Beschwerde umgesetzt.

K-06 Kernserstrasse:

Kägiswil / Sarnen: Knotenumgestaltung Kägiswilerstrasse (Status A)

- Die Knotenumgestaltung wurde realisiert. Der Deckbelageeinbau verzögert sich witterungsbedingt.

K-07 Melchtalerstrasse:

Kerns: Erneuerung und Ausbau St. Niklausen – Melchtal, 3. Etappe (Status A)

- In den Abschnitten 5 und 6 (vor und nach Blattibach) wurde der Deckbelageeinbau realisiert.
- Der Abschnitt 2 (Engiberg West) wurde inklusive der Massnahmen Bettenebnungskurve realisiert (exkl. Deckbelag).

Kerns: Instandsetzung Blattibach-Brücke (Status B)

- Für die Brücke, die in einem schlechten Zustand ist, wurden erste Zustandsuntersuchungen durchgeführt.

K-08 Flüelistrasse:

Sachseln: Erneuerung und Ausbau, Salzbrunnen-Sattel, (Status A)

- Alle Etappen sind realisiert exkl. Deckbelageeinbau, der sich witterungsbedingt verzögert.

K-10 Hofmättelistrasse:

Alpnach: Ersatz Ableitung Strassenabwasser (Status A)

- Die Ableitung für das Strassenabwasser der Hofmättelistrasse wurde ersetzt.

Alpnach: Verkehrssicherheitsmassnahmen Hofmättelistrasse (Status B)

- Für die Hofmättelistrasse wurden als Folge von Einsprachen gegen die Unterhalts- und flankierenden Massnahmen Brünigstrasse zusätzliche, projektergänzende Verkehrssicherheitsmassnahmen erarbeitet.
- Gegen das im November 2024 öffentlich aufgelegene Strassenbauprojekt gingen Einsprachen ein.

Alpnach: Kreisel Industrie (Status B)

- Die Vorbereitungsarbeiten für die Beschaffung der Baumeisterarbeiten wurden gestartet.

611 Nationalstrassen

Für die Fertigstellung der Nationalstrasse A8 ist der Kanton zuständig (Netzvollendung). Bei den Ausbau- und Erhaltungsprojekten der Nationalstrasse A8 unterstützt der Kanton das ASTRA.

Alpnach: Ausbau A8, Ausbau Anschluss Alpnach Süd zu einem Vollanschluss (Bauherr: ASTRA)

- Das Detailprojekt wurde durch die Fachunterstützung genehmigt.
- Die Vorbereitungen für die Planerbeschaffung (Bauausführung) wurden gestartet.

Alpnach/Sarnen: Ausbau A8, Abschnitt Lopper – Sarnen Süd (Bauherr: ASTRA)

- Das ASTRA startete die Projektierung des Erhaltungsprojekts, in dem unter anderem ein normkonformer Mittelstreifen realisiert wird.

Sarnen: Umgestaltung A8 Anschluss Sarnen Nord (Bauherr: ASTRA)

- Das ASTRA stellte in Aussicht, die Umgestaltung zusammen mit dem Erhaltungs- und Ausbauprojekt Lopper – Sarnen Süd umzusetzen.

Sarnen: Erschliessung und Neubau VSZ auf dem Werkhofareal beim A8 Anschluss Sarnen Nord

- In einer Machbarkeitsstudie wurde der Umbau des A8-Anschlusses Sarnen Nord für die künftige Erschliessung eines Neubaus für das VSZ auf dem Werkhofareal Foribach definiert und ein entsprechendes Projekt aufgelegt.

Sarnen: Planungsstudie und Zweckmässigkeitsbeurteilung A8 Halbanschluss Kägiswil

- Der Kanton führte die Planerbeschaffung vorbehaltlich Krediterteilung durch den Kantonsrat durch.

Giswil/Lungern: Fertigstellung A8, Abschnitt Lungern Nord – Giswil Süd mit Tunnel Kaiserstuhl (Bauherr: Kanton Obwalden)

Detailprojektierung:

- Das ASTRA genehmigte die Detailprojekte DP10a Vormassnahmen Griffeldossen am 25. Juli 2024, DP10b Kunstbauten Griffeldossen am 5. August 2024 sowie DP12 BSA am 18. November 2024.
- Aktuell sind elf von insgesamt 19 Detailprojekten genehmigt.

- Die Detailprojekte DP04 Wasserversorgung, DP09 Trasse, DP10c Kunstbauten Trasse Nord und Süd, DP11 Wasserbauliche Massnahmen sowie DP15 Ökologische Ersatzmassnahmen wurden weiterbearbeitet.
- Bei den Detailprojekten DP10d Anschlussbereiche Veloverkehrsanlage Trasse Süd, DP13 Signalisation und Markierung sowie DP14 Ökobrücke Aawasserkanal wurde mit der Erarbeitung gestartet.

Bauausführung:

- Bei der Verlegung der Zentralbahn (Baulos 17), dem Voreinschnitt Tunnel Nord inkl. Vorzone (Baulos 17a) sowie den Fahrleitungen zur Verlegung Zentralbahn (Baulos 18) konnten die Arbeiten abgeschlossen und die Schlussrechnung bereinigt werden.
- Für den Tunnel Kaiserstuhl (Baulos 19) starteten die Vortriebsarbeiten offiziell mit der Anspitzfeier vom 1. Juli 2024. Die Tunnelarbeiten verlaufen plangemäss.
- Das Ausbruchmaterial aus dem bergmännischen Sprengvortrieb Nord wird aufbereitet und anschliessend innerhalb des Projekts für Foundationen oder Schüttungen eingesetzt oder durch den Baumeister verwertet (Baulos 19a).
- Per Ende 2024 sind 16 der 37 Baulose fertiggestellt. Bei drei weiteren Baulose sind die Baumeisterarbeiten vergeben.

62 Amt für Wald und Landschaft

Das Amt für Wald und Landschaft ist die kantonale Fachstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Jagd sowie Abwehr von Naturgefahren.

Die Abteilung Wald und Natur ist zuständig für die Bereiche nachhaltige Waldentwicklung und forstliche Förderungsmassnahmen, den Forstschutz, die Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, den Schutz der Wildtiere und die Erhaltung ihrer Lebensräume sowie für die Jagdplanung. Die Abteilung Naturgefahren und Wasserbau befasst sich mit der Erkennung und Reduktion von Risiken bei Naturgefahren, übt die Oberaufsicht über die Gewässer sowie die Aufsicht über Stauanlagen aus. Sie leitet die kantonalen Grossprojekte Hochwassersicherheit Sarneraatal (Sarneraa mit Hochwasserentlastungstollen Ost, Regulierung Sarnersee), Sarneraa Alpnach und Aufwertung Südufer Alpachersee.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte (abteilungsübergreifend)	Stand der Bearbeitung
Programmvereinbarungen mit dem Bund im Umweltbereich, 4. NFA Periode 2020 bis 2024: Umsetzung und Jahresberichterstattung an den Bund	ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung Programmvereinbarung gemäss Budgetvorgabe Kommentar: Die vereinbarten Leistungen konnten mehrheitlich erbracht werden. Die noch ausstehenden Leistungen können im kommenden Jahr nachgebessert werden.
Programmvereinbarungen mit dem Bund im Umweltbereich, 5. NFA Periode 2025 bis 2028: Rahmenkredit Kanton und Abschluss Programmvereinbarungen mit dem Bund	ausgeführte Aktivitäten: – Genehmigung Rahmenkredit durch den Kantonsrat – Erfolgreicher Abschluss der Programmverhandlungen mit dem Bund Kommentar: Die Verhandlungen inkl. Rahmenkredit konnten planmässig und erfolgreich abgeschlossen werden.
Schwerpunkte Wald und Natur	Stand der Bearbeitung
Schutzwald: Umsetzung nachhaltiger Schutzwaldpflege im Umfang von mindestens 350 Hektaren pro Jahr sowie zeit- und fachgerechte Behebung der Waldschäden	ausgeführte Aktivitäten: – Pflege von 402,7 ha Schutzwald – Zeitgerechte und fachgerechte Behebung von 12 169 m³ Waldschäden Kommentar: Trotz grösseren ungeplanten Waldschäden konnte die Zielvorgabe der Schutzwaldpflege übertroffen werden.

Waldrecht: Nachführung Amtliche Vermessung Bodenbedeckung Wald	ausgeführte Aktivitäten: – Bearbeitung der Einwohnergemeinde Sachseln – Information der Grundeigentümer über die Veränderungen in den Einwohnergemeinden Alpnach und Kerns Kommentar: Die korrekte Nachführung der Bodenbedeckung ist zeitintensiv, ergibt jedoch klare Abgrenzungen zwischen Wald und übrigen Flächen.
Rotwildmanagement: Intensivierung jagdliche Massnahmen und kantonsübergreifende Zusammenarbeit zur Senkung des Rotwildbestands sowie zur Verminderung von Wildschäden im Landwirtschaftsland und im Wald gemäss Wald-Wild-Lebensraum-Konzept	ausgeführte Aktivitäten: – Enge Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen im Bereich Bestandserfassung und -management – Erfolgreicher jagdlicher Eingriff im gesamten Kantonsgebiet im Rahmen der Hoch- und Regulationsjagd Kommentar: Die durch Rothirsche verursachten Schäden in der Landwirtschaft konnten weiter verringert und der Bestand leicht gesenkt werden.
Naturschutz: Erarbeitung Naturschutzkonzept / Ökologische Infrastruktur	ausgeführte Aktivitäten: – Genehmigung der Fachplanung der Ökologischen Infrastruktur und des Gesamtkonzepts Naturförderung durch den Regierungsrat am 22. Oktober 2024 – Umsetzung durch das Amt für Wald und Landschaft Kommentar: Die Fachplanung und das Gesamtkonzept wurden erstellt. Im Berichtsjahr wurde damit gestartet, die formulierten Massnahmen in Zusammenarbeit mit den Betroffenen umzusetzen.
Naturschutzzonen Städerried und Schlierenrüti, Alpnach: Überarbeitung Schutz- und Nutzungsplanung	ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung einer Vegetationskartierung in der Naturschutzzone Städerried, als Basis für ein Pflegekonzept Kommentar: Die Überarbeitung der Schutz- und Nutzungsplanung hat sich verzögert, weil der zeitliche Ablauf der Revisionen in enger Abhängigkeit mit den Planungen der Naturgefahrenprojekte stehen.

Naturschutzzone Siechenried, Kerns: Antrag an den Regierungsrat zum Erlass und zur Unterbreitung an den Kantonsrat zur Genehmigung	ausgeführte Aktivitäten: – Erstellung einer Vegetationskartierung und eines Pflegekonzepts als Grundlage für weitere Planungsschritte Kommentar: Die Erarbeitung der Schutz- und Nutzungsplanung hat sich verzögert, weil das Pflegekonzept zuerst noch mit den Bewirtschaftern besprochen werden soll.
Schwerpunkte Naturgefahren und Wasserbau	Stand der Bearbeitung
Hochwassersicherheit Sarneraatal (Sarneraa mit Stollen Ost) Teilprojekt Hochwasserentlastungsstollen Ost: Leitung, Überwachung und Umsetzung der Bauarbeiten gemäss Zeitplan	ausgeführte Aktivitäten: – Innenausbau des Tunnels über die ganze Tunnellänge – Montage Wasserableitungen (Wasserfassungen und Leitblech) – Arbeiten am Einlaufbauwerk – Ausschreibung und Vergabe der Baumeisterarbeiten Auslaufbauwerk Kommentar: Seit dem Durchschlag im März 2023 verlaufen die Arbeiten im Zeitplan.
Hochwassersicherheit Sarneraatal (Sarneraa mit Stollen Ost) Teilprojekt Regulierung Sarnersee: Leitung, Überwachung und Abschluss Massnahmen an der Sarneraa sowie Umsetzung Wehrreglement	ausgeführte Aktivitäten: – Ausschreibung Baumeisterarbeiten – Start Ausführung Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig.
Hochwassersicherheit Sarneraatal (Sarneraa mit Stollen Ost) Teilprojekt Sarneraa: Leitung, Überwachung und Umsetzung der Bauarbeiten gemäss Zeitplan	ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung Detailkonzept für das Umweltmonitoring – Ausschreibung, Vergabe und Start der Arbeiten zur Leittechnik („Regelung, Steuerung, Messung“) Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig.
Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach I: Leitung, Überwachung und Umsetzung der Wasserbaumassnahmen gemäss Zeitplan	ausgeführte Aktivitäten: – Vergabe Arbeiten Hauptlos – Start Bauarbeiten im September Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig.
Aufwertung Südufer Alpnachersee, Teilprojekt Mündungsbucht: Leitung, Überwachung und Umsetzung der Materialschüttungen sowie Kultivierung Flachmoor	ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung Wirkungskontrolle

	Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig.
Schutzbautenprojekte der Gemeinden: Begleitung der Gemeinden bei der Planung und Realisierung gemäss Masterplan Abwehr Naturgefahren	ausgeführte Aktivitäten: – Erstaufnahmen Monitoring – Beobachtung Flachmoor
	Kommentar: Die Arbeiten sind abgeschlossen.
Risikoübersichten/Risikoanalyse: Aktualisierung Risikoanalyse mit aktuellen Gefahrenkarten und gemäss minimalem Geodatenmodell des Bundes	ausgeführte Aktivitäten: – Projektierung und Umsetzung gemäss Masterplan – Behebung von Schutzdefiziten durch Hochwasserschutzprojekte: Überlastsicherung Laui Lungern – Instandsetzung und Ersatz von alten Schutzbauten, u.a. Entwässerungen Rotmoosgraben/Mettenlauri, Giswil; Schlierentäler, Alpnach, Dündelbach, Lungern und Dürrbach, Engelberg – Sofortmassnahmen Altibach, Giswil
	Kommentar: Die Ziele wurden gemäss Planung erreicht.
Gefahrengrundlagen (Ereigniskataster, Gefahrenkarten und Alarmierungs- und Notfallkonzepte, Schutzbautenmanagement): Aufbau Schutzbautenkataster und -management in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Nachführung Gefahrengrundlagen, Aus- und Weiterbildung lokaler Naturgefahrenberater sicherstellen	ausgeführte Aktivitäten: – Migration Geodaten der Gefahrenkarten in neues Datenmodell – Überarbeitung Nachführungsworkflow
	Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig.

621 Wald und Natur

6214 Wald

Waldpflege

Im Rahmen des Teilprogramms Schutzwald wurden im Berichtsjahr 402,7 ha Schutzwald gepflegt. Damit konnte die Zielsetzung im durch den Regierungsrat am 20. Juni 2017 erlassenen Waldentwicklungsplan von 380 ha pro Jahr leicht übertroffen werden. Die Behebung der Käferschäden band bei den Forstbetrieben weiterhin viele Ressourcen. Über das Teilprogramm Waldbewirtschaftung wurden 63 ha Jungwald ausserhalb des Schutzwaldes gepflegt. Aufgrund des Klimawandels kommt der Jungwaldpflege eine grosse Bedeutung zu, weil damit Stabilität, Zusammensetzung, Vielfalt und Funktionserfüllung der zukünftigen Wälder massgeblich beeinflusst werden können.

Im Rahmen der Umsetzung der Massnahmen zur Aufwertung der Lebensräume von Auerwild sowie Reptilien wurden über das Teilprogramm Waldbiodiversität 6,9 ha gepflegt. Weiter wurden über 7,3 km Waldränder aufgewertet.

Leichter Anstieg bei Windwurf- und Käferholz

Die im Berichtsjahr abgerechnete Schadholzmenge belief sich über den gesamten Kanton auf 12 169 m³. Sie lag damit rund 15 Prozent höher als im Vorjahr (10 575 m³). Im Winterhalbjahr traten

keine grösseren Sturm- und Lawinenschäden auf. Der Hauptanteil des angefallenen Schadholzes war bedingt durch Käferbefall. Zusätzlich entstand durch diverse Sommergewitter Fallholz. Die Schadholzmenge lag bei rund 18 Prozent der regulären jährlichen Holznutzungsmenge und damit weiterhin deutlich über den langjährigen Erfahrungszahlen.

Waldverjüngungskontrolle

Seit 2016 werden auf Stichprobenpunkten, die systematisch über den Kanton in den Verjüngungsflächen verteilt sind, Aufnahmen zur Situation der Waldverjüngung erhoben. Im Jahr 2024 wurde die vierte Aufnahme im Sarneraatal West durchgeführt.

In den unteren Lagen (bis 900 m ü.M.) dominiert in der Verjüngung anteilmässig die Buche. Die Verbissintensität ist bei den meisten Baumarten mit sechs Prozent unter dem Grenzwert. Sechs Prozent bedeutet, dass bei sechs von 100 Bäumen jährlich der Terminaltrieb durch Wildtiere abgebissen wird. Einzig bei Tanne ist er an der oberen Grenze und sie kann nicht wie gewünscht aufwachsen. Insgesamt hat der Verbiss in den unteren Lagen tendenziell etwas abgenommen.

In den oberen Lagen (über 900 m ü.M.) dominiert in der Verjüngung anteilmässig die Fichte. Ahorn, übrige Laubbäume und Buche legen zu. Die Vogelbeere und Tanne werden spärlicher. Bei Tanne fällt auf, dass ihre Verbreitung im Anwuchs (bis 40 cm Höhe) gross ist, im Aufwuchs (grösser als 40 cm) hingegen stark abnimmt. Die Verbissintensität ist bei Buche, Esche und Fichte unter dem Grenzwert. Bei Ahorn und Vogelbeere ist sie in dessen Bereich. Bei Tanne ist der Verbiss über dem Grenzwert. Insgesamt hat der Verbiss in den oberen Lagen in den letzten Jahren nicht abgenommen.

Waldrecht und Walderhaltung

Die Richtlinien „Waldfeststellung und Waldbegriff“ wurden fertig erarbeitet und rückwirkend per 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt. Für die Richtlinien „Bauten und Anlagen im Wald“ liegt ein überarbeiteter Entwurf vor.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt neun Rodungsgesuche bewilligt oder, im Fall der Bundeszuständigkeit, Stellung dazu genommen. Die gesamte Rodungsfläche betrug 15 671 m² Wald, davon 12 878 m² temporär und 2 793 m² definitiv. Die hauptsächlichen Rodungszwecke waren: Sanierung von Bahninfrastruktur, Hochwasserschutzprojekte und Schutz vor weiteren Naturgefahren, Tourismus sowie militärische Anlagen. Alle bewilligten Rodungen wurden in Form von Realersatz kompensiert. 17 Rodungsgeschäfte konnten abgeschlossen und die Plangrundlagen dazu nachgeführt werden. Der Fachstelle Wald wurden vier neue Widerhandlungen gegen das Waldgesetz gemeldet, 21 Fälle konnten erledigt werden. Bezüglich der separat erfassten Widerhandlungen entlang der statischen Waldgrenzen wurden in verschiedenen Einwohnergemeinden die erforderlichen Schritte zur Wiederherstellung des rechtlichen Zustandes eingeleitet und einige Fälle erledigt. Verschiedene Projekte im Bereich des Hochwasserschutzes, der Zentralbahn, von Abbau- und Deponievorhaben und weitere wurden im Berichtsjahr waldrechtlich begleitet und es gab mehrere Waldfeststellungen durchzuführen.

Im Berichtsjahr wurde die „Waldmobiltournee“ des Vereins Naturiamo, welche Schulklassen den Wald anhand von praktischen Exkursionen näherbrachte, fachlich begleitet.

Revision amtliche Vermessung/Bodenbedeckung

Im Berichtsjahr wurde die Überarbeitung der Bodenbedeckung in der Einwohnergemeinde Sachseln bezüglich des Waldes abgeschlossen. Zusätzlich wurden in den Einwohnergemeinden Alpnach und Kerns die Anträge der Grundeigentümer bzw. Bewirtschafter bearbeitet und abgeschlossen.

6218 Natur und Landschaft

Ökologische Infrastruktur

Im Rahmen der Programmvereinbarung Natur 2020 bis 2024 sind die Kantone für die Planung der Ökologischen Infrastruktur in ihrem Gebiet zuständig. Die Fachplanung besteht aus zwei Teilen: Zum einen soll der Zustand der Ökologischen Infrastruktur zum heutigen Zeitpunkt (Ist-Zustand) erfasst und zum anderen eine Fachplanung (Soll-Zustand) ausgelegt und bis 2040 erarbeitet werden. Parallel dazu wurde mit dem „Gesamtkonzept Naturförderung“ die Umsetzungsplanung erarbeitet. Im Berichtsjahr wurden die Fachplanung der Ökologischen Infrastruktur sowie das Gesamtkonzept Naturförderung planmässig

abgeschlossen und am 22. Oktober 2024 vom Regierungsrat genehmigt. Das Amt für Wald und Landschaft wurde mit deren Umsetzung beauftragt. Massnahmen des Gesamtkonzeptes Naturförderung wurden in der Programmverhandlung mit dem Bund im Bereich Natur 2025 bis 2028 berücksichtigt. Mit der Umsetzung einzelner Massnahmen, wie der Unterhalt und die Aufwertung bestehender Teiche innerhalb der Naturschutzzone Wichelsee, wurde bereits im November 2024 gestartet.

Kantonale Schutz- und Nutzungsplanungen Naturschutzzonen Städerried, Alpnach

Die Revision der Naturschutzzone Städerried ist stark vom Fortschritt der anstehenden Hochwasserschutzprojekte Kleine Schliere, Sarneraa-Alpnach sowie dem Aufwertungsprojekt Südufer Alpnachersee abhängig. Aufgrund der kontroversen Rückmeldungen der Betroffenen zum ersten Entwurf wurden weitere Abklärungen getroffen und als Grundlage eine Vegetationskartierung durchgeführt. Ein revidierter Vorschlag ist aufgrund der genannten Abhängigkeiten noch ausstehend.

Schlierenrüti, Alpnach

Ein erster interner Entwurf zur Revision der Schutz- und Nutzungsplanung wurde erarbeitet. Es besteht eine enge Verknüpfung mit dem Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach I und der darin enthaltenen Sanierung des Geschiebesammlers Schlierenrüti. Die Revision wird pendent gehalten, bis die baulichen Massnahmen am Geschiebesammler in Ausführung sind.

Siechenried, Kerns

Der Auftrag zur Festsetzung der Schutz- und Nutzungsplanung besteht aufgrund des kantonalen Richtplans und der Flachmoorverordnung des Bundes. Nach Rückweisung der ersten Fassung der Schutz- und Nutzungsplanung durch den Kantonsrat im Jahr 2016 wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Landwirtschaft und Umwelt die Planung einer zweiten Fassung in Angriff genommen. Aufgrund kontroverser Rückmeldungen zum Entwurf wurde im Sommer 2023 eine umfassende Vegetationskartierung durchgeführt und im Berichtsjahr ein auf das Gebiet abgestimmtes Pflegekonzept erarbeitet. Diese Grundlage dient als Basis für die Überarbeitung des Entwurfs der Schutz- und Nutzungsplanung und soll sowohl die Schutz- wie auch die Nutzungsansprüche besser berücksichtigen.

Rangerdienst Moorlandschaft Glaubenberg

Im Rahmen der Programmvereinbarung Natur 2020 bis 2024 unterstützt das BAFU einen Rangerdienst in der Moorlandschaft Glaubenberg. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit Obwalden Tourismus und Pro Natura Unterwalden im Herbst 2020 gestartet. Die Hauptaufgaben der Rangerin sind die Information und Lenkung der Besucher und Besucherinnen, das Anbieten von Exkursionen und die Kontrolle der geltenden Bestimmungen aus den Schutz- und Nutzungsplanungen über die Moore im Sömmerungsgebiet, der Naturschutzzone Hinteregg-Andresen und der Moorlandschaft. Der Rangerdienst trägt wesentlich zur Sensibilisierung in der Moorlandschaft Glaubenberg bei und wird von den Erholungssuchenden als Auskunftsstelle und Exkursionsleitung sowie als Anlaufstelle bei Konflikten (z.B. Langlauf und Hundeleinepflicht) geschätzt. Der Rangerdienst hat sich bewährt und wird auch in der nächsten Programmperiode (2025–2028) in der bisherigen Form weitergeführt werden. Die notwendigen Abklärungen und Vereinbarungen wurden im Berichtsjahr mit den involvierten Stellen getätigt.

Bewirtschaftungsvereinbarungen Natur- und Heimatschutzgesetz

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 42 Bewirtschaftungsvereinbarungen überarbeitet oder neu abgeschlossen.

Artenschutz / Amphibienschutz

Gefässpflanzen

Im Berichtsjahr wurden Aktionspläne für die national prioritären Pflanzenarten Scheiden-Segge (*Carex vaginata*), Torf-Segge (*Carex heleonastis*) und Seguer-Hahnenfuss (*Ranunculus seguieri*) erarbeitet. Die Bestände von Alpenmannstreu (*Eryngium alpinum*), Graues Felsenblümchen (*Draba incana*) und Frauenschuh (*Cypripedium calceolus*) wurden überprüft.

Amphibien- und Reptilienschutz

Im Rahmen des Amphibien- und Reptilienschutzes wurden Aktionspläne für die Barrenringelnatter und den Feuersalamander erarbeitet. Neben diesen Grundlagenarbeiten wurden Schwerpunkte auf den Erhalt und die Aufwertung der ökologischen Qualität in den nationalen Amphibienlaichgebieten (IANB) gelegt sowie der Aufwertung von bestehenden Amphibienlaichgewässern. Zusätzlich wurde eine Broschüre mit den Amphibien im Kanton Obwalden und Nidwalden erarbeitet.

Fledermausschutz

Für die Fledermausart „Kleine Hufeisennase“ wurden drei Quartiere aufgewertet und die Suche nach geeigneten Ersatzquartieren fortgeführt. Auch wurden diverse Eigentümer im Rahmen von vorgesehenen Bauvorhaben beraten.

6219 Wildtiere und Jagd

Wildbestandeszahlen

Im Vergleich zum Vorjahr war eine marginale Zunahme des Rehwildbestands, eine leichte Zunahme des Gämsbestands sowie eine Abnahme beim Rotwildbestand zu verzeichnen. Der Regierungsrat berücksichtigte die veränderten Bestandeszahlen mit Anpassungen in den Ausführungsbestimmungen über die Jagdausübung 2024.

Rothirschmanagement

Die kantonsübergreifende Zusammenarbeit mit Bern, Luzern und Nidwalden in der Bewirtschaftung des Rothirschbestands findet weiterhin statt und ein gemeinsames Abschusskontingent wurde definiert. Massnahmen zur Verminderung von Wildschäden in der Landwirtschaft und im Wald wurden gemäss Wald-Wild-Lebensraum-Konzept eingeleitet oder bereits erfolgreich umgesetzt. Die Zeitpunkte der Bestandserfassung und der Jagd, die Anpassung der Dunkelziffer bei der Bestandserfassung oder die Abschussplanung wurden kantonsübergreifend koordiniert. Zusammen mit den Nachbarkantonen wird nach wie vor das Ziel einer Reduktion des heutigen Rothirschbestands verfolgt.

Wildschäden Rothirsch

Die durch Rothirsche verursachten Verbissschäden an der aufkommenden Verjüngung im Wald liegen im Bereich der vergangenen Jahre und gebietsweise auf hohem Niveau. Die durch Rothirsche verursachten Schäden in der Landwirtschaft bedingt durch Tritt und Frass lagen unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre.

Grossraubtiere: Präsenz und Wildschäden

Im Berichtsjahr wurde vereinzelt Wolfspräsenz festgestellt. Es handelte sich um transiente (durchziehende) Einzelwölfe. Luchspräsenz wurde analog den Vorjahren im ganzen Kanton festgestellt. Übrige Grossraubtiere wie Bär oder Goldschakal wurden nicht festgestellt. Nutztierrisse waren keine zu verzeichnen. Feststellungen von Grossraubtieren können auf der kantonalen Homepage (www.ow.ch, Stichwort Grossraubtiere) verfolgt werden. Somit kann sich die Bevölkerung jederzeit aus erster Hand über die Präsenz von Grossraubtieren informieren.

622 Naturgefahren

Unwetterereignis Altibach, Giswil

Am Abend des 12. August 2024 zogen teils heftige Gewitter über die Schweiz. Eines davon richtete grossen Schaden in Brienz an, der Kanton war im Bereich Arni/Mändli/Alpoglerberg von diesen Starkniederschlägen ebenfalls betroffen. Am Altibach kam es dadurch an verschiedenen Stellen zu Schäden, bevor er oberhalb der Brücke Kleinteilerstrasse aus dem Gerinne ausbrach. Dabei wurde ein Strommasten umgerissen, welcher im Gebiet Kleinteiler einen Stromausfall zur Folge hatte, und es wurde der Keller der Liegenschaft im Gehri geflutet. Das Wasser floss anschliessend über Landwirtschaftsland und via Panoramastrasse in den Bluwelbach. Nebst den Aufräumarbeiten auf dem Landwirtschaftsland und der Strasse waren Sofortmassnahmen notwendig, um die Brücke Kleinteilerstrasse zu sichern und Ausbrüche bei allfälligen weiteren Hochwasserabflüssen im Bereich zwischen der Emmeti- und Kleinteilerstrasse möglichst zu verhindern.

Schwemmholzräumungen auf den Seen

Die Schwemmholzsituation auf dem Sarner- und Alpnachersee wird durch das Amt für Wald und Landschaft laufend überwacht. Auf dem Sarnersee wurde Mitte August eine grössere Schwemmholzansammlung festgestellt und eine Räumung in Auftrag gegeben.

Permanente Rutschungen

Im Berichtsjahr waren keine besonderen Vorkommnisse zu verzeichnen.

Sturzereignisse

Das Berichtsjahr zeigte eine ähnlich kleine Anzahl an Sturzereignissen wie das Vorjahr. Die Ereignisse führten nur zu geringen Sachschäden an den Verkehrswegen. Personen waren keine betroffen. Am eindrücklichsten war ein Blockschlag Anfang Februar im Bereich Gigers Eien in Engelberg. Auf dem Gebiet Geissberg löste sich eine Felspartie. Mehrere Grossblöcke (bis ca. 6 m³) sind bis in die Talebene vorge-
drungen.

Spontanrutschungen und Hangmuren

Aufgrund des ausserordentlichen Starkniederschlagsereignisses am 12. August 2024 in Brienz wurden in den angrenzenden Einwohnergemeinden Giswil und Lungern einige kleinere Hangmuren ausgelöst. Unter anderem war die Panoramastrasse davon betroffen. Die Wiederherstellungsmassnahmen wurden durch die betroffenen Grundeigentümer und das Strasseninspektorat ausgeführt.

Lawinen und Gleitschnee Winter 2023/2024

Der Winter 2023/2024 war geprägt von milden Temperaturen und wenig Schnee in tiefen Lagen. Entlang der Hauptverkehrsachsen und im Siedlungsgebiet traten keine Situationen auf, welche Massnahmen erfordert hätten.

Ausgewählte Hochwasserschutzprojekte unter Trägerschaft der Einwohnergemeinden, begleitet durch den Kanton:

Hochwasserschutzprojekt Kleine Schliere, Alpnach

Das Projekt beabsichtigt die Behebung von erheblichen Schutzdefiziten – rote und blaue Gefahrenzonen im Dorfkern von Alpnach – und die Instandsetzung des bestehenden Geschiebetriebkanals. Nach der öffentlichen Auflage Ende 2022 wurde im Berichtsjahr mittels Regierungsratsbeschluss die Behandlung der Einsprachen abgeschlossen und das Projekt bewilligt. Die Bewilligung ist unterdessen rechtskräftig und der Subventionsantrag konnte beim Bund eingereicht werden.

Kernmattbach

Die Baumeisterarbeiten zum Vertikalschacht Kernmattbach wurden neu ausgeschrieben. Nach der Genehmigung des Zusatzkredits durch die Einwohnergemeinde Sarnen und den Regierungsrat im Mai/Juni 2024 konnten die Arbeiten vergeben werden. Die Bauarbeiten starteten am 8. Juli 2024 mit dem Spatenstich und sind im Zeitplan.

623 Hochwassersicherheit Sarneraatal

Hochwasserschutzprojekte unter Trägerschaft des Kantons:

Hochwassersicherheit Sarneraatal

Bau Hochwasserentlastungstollen

Der Innenausbau des Stollens (Auskleidung mit Spritzbeton), der von Süden nach Norden ausgeführt wurde, konnte per Ende 2024 abgeschlossen werden. Zwischen Stollenmeter 2000 und dem Portal Nord wurde seitlich ein Leitblech montiert. Für die grösseren Wassereintritte wurden Fassungen erstellt, die das Bergwasser in das Leitblech einleiten. Das Bergwasser wird so zum Portal Nord abgeleitet. Weiter wurden die Stahlröhren in der Sohle, die zum Abpumpen des Bergwassers benötigt wurden, ausgebaut und neu betoniert.

In der Baugrube des Einlaufbauwerks konnten die Arbeiten des Betonbaus und des Stahlwasserbaus plangemäss ausgeführt werden. Die Schlosserei/Stahlbauarbeiten des Einlaufbauwerks wurden vergeben.

Die Baumeisterarbeiten des Auslaufbauwerks wurden vergeben. Die Schlosserei/Stahlbauarbeiten des Auslaufbauwerks wurden ausgeschrieben und die Offerten sind per Ende 2024 eingegangen.

Sarneraa

Das Ausführungsprojekt für die wasserbaulichen Massnahmen zwischen der Kantonsstrassenbrücke Bitzighofen oberhalb des Flugplatzes Kägiswil bis zur Zentralbahn-Brücke liegt vor. Die Erstellung der Submissionsunterlagen ist erfolgt. Die Submission erfolgt gemeinsam mit der Einwohnergemeinde Sarnen und dem Entsorgungszweckverband Obwalden. Parallel zu den planerischen Arbeiten sind die Landverhandlungen gut vorangeschritten.

Regulierung Sarnersee

Die Leittechnik („Regelung, Steuerung, Messung“) zur Steuerung aller Anlagen wurde ausgeschrieben und vergeben. Die ersten Arbeiten zur Erstellung des Realisierungspflichtenhefts sind Ende 2024 gestartet. Weiter wurde das Detailkonzept für das Umweltmonitoring zur Seeregulierung abgeschlossen und das weitere Vorgehen und die nötigen Feldaufnahmen definiert.

Wasserbauprojekte Sarneraa Alpnach

Das Gesamtprojekt Sarneraa Alpnach ist in zwei Projektabschnitte unterteilt. Das Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach I wird prioritär behandelt, um die bereits bestehenden Hochwasserschutzdefizite zu beheben und die zusätzlichen Wasserabflüsse nach Fertigstellung des Hochwasserentlastungsstollens schadlos abzuleiten. Mit dem Spatenstich vom 19. September 2024 konnte die Realisierung des Hauptloses angegangen werden. Diese Bautätigkeiten dauern voraussichtlich bis ins Jahr 2027.

Das Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach II (Flussabschnitt ab Wasserrückgabe Kraftwerk Sarneraa bis zum Alpnachersee) ist sistiert. Am 22. August 2024 wurde die kantonsrätliche Wasserbaukommission darüber orientiert, dass im aktuellen Zustand des Gewässerabschnitts ab Inbetriebnahme des Hochwasserentlastungsstollens alle zwei bis fünf Jahre mit Überschwemmungen und Schäden zu rechnen ist. Diese müssten vom Kanton und der Einwohnergemeinde Alpnach getragen werden. Der Kanton haftet zudem für Schäden Dritter, wenn der Abschnitt nicht ausgebaut wird. Daher unterstützt die kantonsrätliche Wasserbaukommission die Vorbereitung eines Planungskredits zuhanden des Kantonsrats.

Aufwertung Südufer Alpnachersee, ASA+

Beim Teilprojekt Mündungsbucht wurde eine Wirkungskontrolle durchgeführt, um den Erfolg der umgesetzten Massnahmen zu beurteilen. Die bisherigen Erkenntnisse sind sehr vielversprechend. Nach Abschluss des Teilprojekts Mündungsbucht startet das nächste Revitalisierungsprojekt zur Aufwertung des Südufers am Alpnachersee, das ASA+. Mit überschüssigem Aushubmaterial aus dem Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach I und Hochwassersicherheit Sarneraatal werden in der mittleren Bucht Seeschüttungen vorgenommen, tiefe Baggerlöcher aufgefüllt und ökologisch wertvolle Flachwasserzonen wieder hergestellt, indem der Übergang zu den Landflächen gestaltet wird. Der Kantonsrat hat im September 2024 den Kredit von fünf Millionen Franken gesprochen. Das Revitalisierungsprojekt wurde als Auflageprojekt erarbeitet und genehmigt.

63 Amt für Raumentwicklung und Energie

Das Amt für Raumentwicklung und Energie leitet die kantonale Richtplanung. Es ist zuständig für die raumplanerischen Grundlagen, prüft kommunale Nutzungsplanungen sowie jene Quartierplanungen, die vom Regierungsrat zu genehmigen sind. Weiter bearbeitet das Amt die Gesamtverkehrsplanung, den öffentlichen Verkehr, den Fuss- und Veloverkehr, die Luftfahrt, die Schifffahrt und die kantonalen Bewilligungen der Kleinluftseilbahnen und Skilifte. Im Amt sind zudem die Bereiche Energie und Klima mit der Energiefachstelle und die Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts 2035 angesiedelt.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte kantonale Planung	Stand der Bearbeitung
Aufbau Raummonitoring	ausgeführte Aktivitäten: – Austausch mit dem Bundesamt für Raumentwicklung zur laufenden kantonalen Richtplanung im Dezember 2024 Kommentar: Das Raummonitoring wurde aufgrund mangelnder Ressourcen und anderer Prioritätensetzung noch nicht gestartet.
Eignungsgebiete Windenergie und Bezeichnung Gewässerstrecken für energetische Nutzung: Ausscheidung und Festsetzung im kantonalen Richtplan	ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung Potenzialstudie Wind-, Wasser- und Solarenergie – Vorbereitungsarbeiten für Vernehmlassung bei den betroffenen und interessierten Kreisen Kommentar: Die Potenzialstudie bildet die Grundlage für die notwendigen Anpassungen im kantonalen Richtplan.
Öffentlicher Verkehr: Einführung Stundentakt, Umsetzung Pilotprojekte im Bereich bedarfsorientierte Angebote (Bus Alpin, Rufbus, etc.)	ausgeführte Aktivitäten: – Ergänzung im Angebot Spätverbindung nach Stans (Bus 60.312) – Veränderung der Fahrlage Bus Stalden - Langis (Bus 60.344) und Anpassung der Verkehrsperiode Winter – Abschluss der Planung für Bus Alpin-Linie Alpnach Dorf – Lütholdsmatt und Aufnahme dreijähriger Pilotbetrieb Bus Alpin im Frühjahr 2024 durch Einwohnergemeinde Alpnach

	Kommentar: Aufgrund der Erfahrungen mit dem Pilotbetrieb wird über einen Dauerbetrieb des Bus Alpin entschieden.
Mountainbikerouten Sarneraatal: Planung und Erstellung des Mountainbike-Konzepts Obwalden in Zusammenarbeit mit dem Volkswirtschaftsamt	ausgeführte Aktivitäten: – Workshops mit den relevanten Interessensgruppen im ersten Halbjahr 2024 – Bereinigung und Vertiefung der Planung je Einwohnergemeinde und Vorbereitung für Entwurf des Richtplans und der gesetzlichen Grundlage Kommentar: Die Arbeiten schreiten planmässig voran.
Schwerpunkte kommunale Planung	Stand der Bearbeitung
Masterplanungen: Fachliche Unterstützung der Gemeinden	ausgeführte Aktivitäten: – Kantonale Stellungnahmen zu Alpnach, Giswil, Lungern, Sachseln, Sarnen – Begleitung Kerns durch Fachgremium Kommentar: Die Masterplanung Kerns ist in Erarbeitung.
Gesamtrevision Nutzungsplanungen: Vorprüfung und Vorbereitung Genehmigung Gesamtrevision kommunale Nutzungspläne	ausgeführte Aktivitäten: – Vorprüfungen und Genehmigungen von Teilrevisionen in diversen Einwohnergemeinden – Erstellung Arbeitshilfe und Vorlage für Gesamtrevisionen Kommentar: Die Arbeiten schreiten planmässig voran.
Schwerpunkte Energie und Klima	Stand der Bearbeitung
Energie- und Klimakonzept 2035: Umsetzung gemäss Umsetzungsplanung	ausgeführte Aktivitäten: – Rahmenkredit für Umsetzung 2024 bis 2029 – Einführung Förderung Klimamassnahmen Landwirtschaft (LF1-3) – Vorbereitung Förderung winteroptimierte PV-Anlagen (E1) – Erarbeitung Potenzialstudie Erneuerbare Energien (E4) – Erarbeitung Potenzialstudie Trinkwasserkraftwerke (E5) – Erarbeitung Biomassekonzept (E7) – Vorbereitung Förderung Ladestationen (M2) – Vergabe Vermietung 5 Dächer für Erstellung PV-Anlagen (V1) – Erarbeitung Beschaffungsplan kantonaler Fahrzeugpark (V2)

Kommentar:

Die Arbeiten schreiten planmässig voran.

631 Raumentwicklung und Energie

6311 Raumentwicklung

Umsetzung kantonalen Richtplan 2019

Am 7. Dezember 2021 beschloss der Regierungsrat eine Umsetzungsplanung mit prioritären Massnahmen. Dazu gehören neben diversen Auflagen des Bundes auch die wichtigsten Handlungsanweisungen an die kantonale Verwaltung. Untenstehend findet sich ein Überblick über den Umsetzungsstand der gestarteten Massnahmen.

Massnahme	Beschreibung	Zeitraum
Tourismus/Freizeit (Hotel Bänklialp, Freizeitfischerei Lungern)	Ein gesamtheitliches Nutzungskonzept für das Gebiet Bänklialp/Sprungschanzen wurde erarbeitet. Das gleiche gilt für die Freizeitfischerei in Lungern. Die Unterlagen zur Richtplananpassung wurden öffentlich aufgelegt. Der Vorprüfungsbericht wurde vom Bund am 12. Dezember 2024 zugestellt.	2021–2025
Windenergie und Wasserkraft (Festlegung von Eignungs- / Ausschlussgebieten)	Die Potenzialstudie erneuerbare Energien Kanton Obwalden (Wind, Wasser und Solar) wurde im Sommer 2023 gestartet. Die Studie dient als Grundlage für die Festlegung von Eignungs- und Ausschlussgebieten im Richtplan.	2021–2025
Innenentwicklung	Die Unterlagen zur Richtplananpassung betreffend Mobilisierung der Baulandreserven wurden öffentlich aufgelegt. Der Vorprüfungsbericht wurde vom Bund am 12. Dezember 2024 zugestellt.	2021–2025
Entwicklungsschwerpunkte Wirtschaft	Der Bund genehmigte am 19. April 2024 die Richtplananpassung zur Arbeitszonenbewirtschaftung.	2024
Mountainbike-Strategie Obwalden	Die Grundlagen für den Mountainbike-Richtplan und die gesetzliche Grundlage wurden erarbeitet.	2023–2026
Abbau- und Deponieplanung	Die Grundlagen zur Richtplananpassung wurden erarbeitet.	2021–2025

Tabelle: Umsetzungsstand der gestarteten Massnahmen aus dem kantonalen Richtplan 2019

Anpassungen kommunaler Nutzungsplanungen (Ortsplanungsrevisionen)

Im Berichtsjahr wurden vier Vorprüfungen und eine Genehmigung abgeschlossen:

- Technische Revision der Ortsplanung, Einwohnergemeinde Sarnen (Vorprüfung)
- Wohn- und Arbeitszone im Feld, Einwohnergemeinde Sarnen (Vorprüfung)
- Teilrevision Ortsplanung Brünig Mega Safe AG, Einwohnergemeinde Lungern (Genehmigung)
- Zonenplanänderung Kiesabbau Oberwald, Einwohnergemeinde Kerns (Vorprüfung)
- Zonenplanänderung Freizeitfischerei Lungern, Einwohnergemeinde Lungern (Vorprüfung)

Im Vergleich zum Vorjahr haben somit sowohl die Anzahl Vorprüfungen (2023: 5, 2024: 4) als auch die Anzahl Genehmigungen (2023: 3, 2024: 1) leicht abgenommen.

Quartierpläne

Im Berichtsjahr wurden keine Quartierpläne durch den Regierungsrat behandelt. Für fünf Quartierpläne fanden Vorprüfungen statt.

Quartierplanverfahren	2023	2024
Quartierpläne vorgeprüft / in Vorprüfung	7	5
Quartierpläne mit Genehmigung	4	0

Tabelle: Anzahl Quartierplanverfahren 2024

Gebietsmanagement

Mit Beschluss vom 27. Oktober 2022 befürwortete der Kantonsrat die Prüfung des Einsatzes eines Gebietsmanagers. Damit soll die Verfügbarmachung von Gewerbeland und die koordinierte Gesamtplanung von Gewerbeland professionell vorangetrieben werden. Die Funktion wird in Mandatsform vom Verein Standortpromotion Obwalden (iOW) für eine Pilotphase von drei Jahren übernommen, sofern die Finanzierung sichergestellt werden kann. Die Sicherstellung der hierfür notwendigen finanziellen Mittel von 360 000 Franken ist in Vorbereitung. Im Berichtsjahr wurden Gespräche mit möglichen Funktionsträgern (Regionalverband Sarneraatal, Verein Standortpromotion Obwalden) und den Einwohnergemeinden betreffend dem Gebietsmanagement und einer Mitfinanzierung geführt.

Höchstspannungs-Leitung Innertkirchen-Mettlen

Die Leitung zwischen Innertkirchen und Mettlen wird aufgrund ihres Alters ersetzt und von 220 auf 380 Kilovolt verstärkt. Der Kanton wirkte im Berichtsjahr bei der Erarbeitung des Planungskorridors durch die nationale Netzgesellschaft Swissgrid mit.

6313 Verkehrsplanung

Gesamtverkehrskonzept Obwalden

Das Gesamtverkehrskonzept Obwalden dient als Planungs- und Koordinationsinstrument innerhalb der kantonalen Stellen, mit den Einwohnergemeinden, den Nachbarkantonen, dem Bund und weiteren Organisationen. Im Berichtsjahr wurden die Einrichtung einer Bus Alpin-Linie von Alpnach Dorf nach Lütholdsmatt eingeführt.

Verkehrsentslastung Engelbergertal

Im Berichtsjahr wurde die Umsetzung von sieben Massnahmen beschlossen, wobei drei in Umsetzung sind: Erneuerung Parkgebührenreglement der Einwohnergemeinde Engelberg, attraktive Tarifgestaltung im ÖV, Stärkung bestehende Entlastungszüge. Der Betrieb von Extrabussen wurde aufgrund mangelnder Nachfrage im Berichtsjahr eingestellt.

Flugplatz Kägiswil

Nachdem per Ende 2023 keine Betriebsbewilligung und kein genehmigtes Betriebsreglement für den Flugplatz Kägiswil vorlagen, ist gemäss Regelung im Baurechtsvertrag der Heimfall des Flugplatzes an armasuisse eingetreten. Gegen die vom BAZL erlassene Zwischenverfügung zum Umnutzungsgesuchs hat die Flugplatzgenossenschaft Obwalden (FGOW) im Berichtsjahr beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde erhoben. Die nähere Zukunft des Flugbetriebs in Kägiswil ist unsicher. Bezüglich einer künftigen Nutzung liegen – in Umsetzung der vom Kantonsrat am 24. Mai 2024 beschlossenen Motion betreffend Änderung von Kapitel D6 (Zivilluftfahrt) des kantonalen Richtplans – bereits weitgehende Ideen und Pläne vor.

Plangenehmigungsverfahren (Bereich Mobilität)

Bauten und Anlagen für Nationalstrassen, Eisenbahn-, Seilbahn-, Starkstrom- und Flugplatzanlagen, militärische Bauten und Anlagen bedürfen einer Plangenehmigung. Auf kantonomer Ebene sind dafür die

Planungsunterlagen öffentlich aufzulegen sowie auf kantonaler und kommunaler Ebene zu beurteilen bzw. zu koordinieren. Viele Plangenehmigungsverfahren laufen über mehrere Jahre, weshalb nachfolgend alle in Bearbeitung befindlichen Verfahren aufgeführt werden.

Laufende Plangenehmigungsverfahren	2023	2024
Eisenbahnanlagen	3	
Seilbahnanlagen mit Bundeskonzession (Klein-Titlis)	1	1
Total	4	1

Tabelle: Laufende Plangenehmigungsverfahren im Bereich Mobilität

Die Plangenehmigung für den Neubau einer Baustellenseilbahn von Engelberg bis Klein-Titlis wurde 2024 eingereicht.

Kleinseilbahnen und Skilifte

Im Berichtsjahr wurde bei einer Anlage die Betriebsbewilligung sistiert. Es wären grosse kostenintensive Anpassungen nötig. Je nach Periodizität werden die Anlagen alle ein bis vier Jahre vom Fachpersonal vom Interkantonalen Konkordat für Seilbahnen und Skilifte (IKSS) technisch geprüft. Im Jahr 2024 wurden von den 41 Anlagen im Kanton mit kantonaler Bewilligung 23 Anlagen geprüft. Alle Inspektionsberichte bestätigten die gute Wartung der Anlagen und den sicheren Betrieb.

Fachstelle Langsamverkehr

In Ausführungsbestimmungen des Regierungsrats zum Bundesgesetz über Velowege (GDB 720.725) wurden Zuständigkeit und Verfahren geregelt für den zu erarbeitenden Richtplan Radwegnetz. Mit der Mountainbike-Strategie wurden die Grundlagen für den Richtplan Mountainbike und eine gesetzliche Grundlage unter Beteiligung der relevanten Anspruchsgruppen erarbeitet. Zudem wurden im November 2024 die Arbeiten für den Richtplan Velowegnetz aufgenommen. Die Fachstelle leistete daneben diverse Unterstützungsarbeiten wie die Beurteilung von Baugesuchen, um die Interessen des Langsamverkehrs zu wahren. Auf Stufe Projektteam wurden Gesetzgebungsarbeiten an die Hand genommen, für die vom Bund geforderte Vollzugsgesetzgebung zum Veloweggesetz.

6314 Öffentlicher Verkehr

Finanzierung der Bahninfrastruktur

Aus dem 2016 eingeführten Bahninfrastrukturfond (BIF) werden der Unterhalt sowie die Aus- und Neubauten der Bahninfrastruktur finanziert. Die Höhe des Kantonsbeitrags wird jeweils vom Bund vorgegeben und betrug für den Kanton im Jahr 2024 4,458 Millionen Franken. Der Beteiligungsschlüssel richtet sich nach den bestellten Personen- und Zugskilometern im regionalen Personenverkehr. Gegenüber 2023 fielen im Berichtsjahr für den Kanton 557 630 Franken tiefere Beiträge an.

Die Fahrgastzahlen im ÖV steigen weiter

Die Anzahl der beförderten Personen im Berichtsjahr 2024 konnten weiter gesteigert werden. Bei der S55 erhöhten sich die Werte um 9,7 Prozent. Vor dem Unwetter Brienz vom 12. August 2024 lagen die Steigerungen der Einsteiger im zweistelligen Prozentbereich. Trotz des darauffolgenden dreimonatigen Unterbruchs der Strecke Meiringen–Interlaken Ost und Bahnersatz durch Busse konnte der Panoramaexpress (PE) die beförderten Personen um 14,5 Prozent steigern. Die Fahrgastzahlen des Interregio (IR) Engelberg stiegen um 5,2 Prozent und auf der S5 um 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Gesamtzunahme der beförderten Personen der Zentralbahn beträgt 8,5 Prozent. Somit wurden die Werte des Rekordjahrs 2019 nochmals übertroffen. Die Anzahl der asiatischen Reisegruppen liegt noch unter den Werten von 2019. Jedoch stieg die Anzahl der Einzelreisenden aus den asiatischen Ländern markant an.

		2019	2023	2024	Veränderung zum Vorjahr in %
IR	Luzern-Interlaken Ost	95 831 584	99 078 373	111 045 823	12,1 %
IR	Luzern-Engelberg	33 645 860	37 269 005	37 640 957	1,0 %
S5	Luzern-Giswil	28 944 478	36 622 197	38 391 531	4,8 %
S55	Luzern-Sachsln	1 018 305	1281 778	1 374 397	7,2 %

Tabelle: Personenkilometer im ÖV

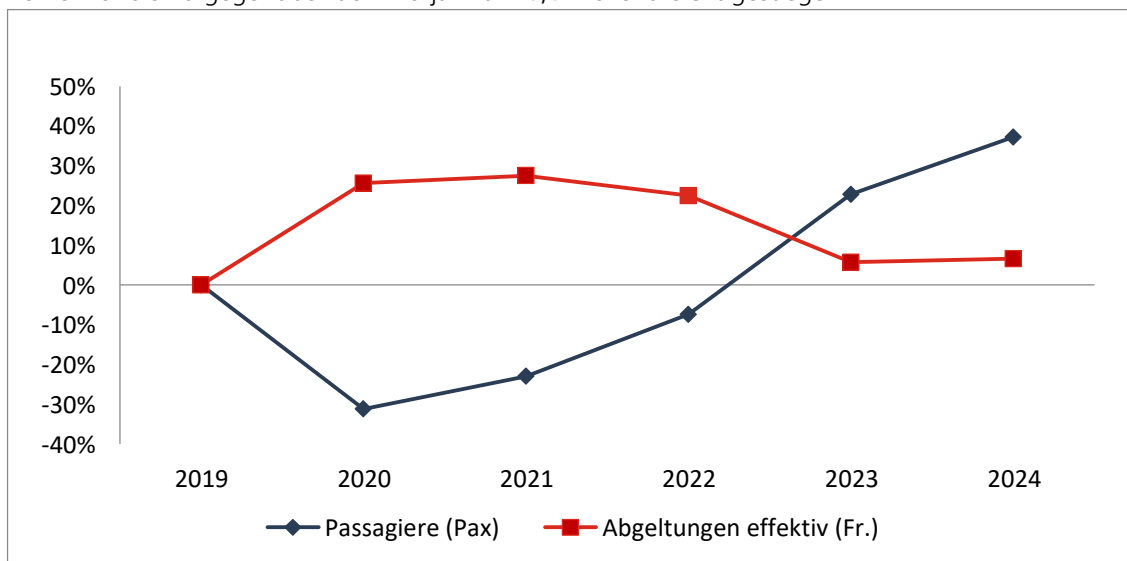
Die Postauto AG als Betreiberin der Buslinien im Kanton spürte den Verkehrszuwachs ebenfalls. Auf den Buslinien mit dem neu eingeführten Stundentakt stiegen die Fahrgastzahlen kontinuierlich an.

Angebotsfinanzierung im öffentlichen Verkehr

Die Anzahl der transportierten Passagiere und die Personenkilometer stiegen im Berichtsjahr weiter an. Die Abgeltungen erhöhten sich deshalb lediglich um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies entspricht einer Mehrabgeltung von 32 900 Franken. Die budgetierten Gesamtkosten des bestellten Verkehrs für das Berichtsjahr betrugen für den Kanton 4 109 107 Franken.

Entwicklung von Angebot und Nachfrage

Die nachfolgende Grafik zeigt, dass das Passagieraufkommen nach der Covid-19 Pandemie sogar den Wert von 2019 weit übertrifft. Mit dem grossen Anstieg der Passagierzahlen im Berichtsjahr sind die Zuwachswerte stetig am Steigen. Die Abgeltungen hingegen pendeln sich wieder um vier Millionen Franken ein und sind gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozent leicht gestiegen.



Grafik: Entwicklung der Nachfrage und der Abgeltungen im öffentlichen Verkehr seit 2019

Der im Vorjahr geplante Angebotsausbau auf den Buslinien wurde im Fahrplan 2024 per Dezember 2023 umgesetzt. Die Einführung des systematisierten Stundentakts auf den Buslinien um Sarnen, die neue Linienführung der Buslinie nach Kägiswil-Alpnach via Sarnen Industrie sowie das verbesserte Abendangebot steigern die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs. Die Angebotsplanungen im Berichtsjahr werden per Ende 2024 umgesetzt. So kann vor allem Lungern von einem zusätzlichen Kurspaar Luzern (ab 22.05 Uhr) nach Meiringen profitieren. Mittel- bis langfristig sind steigende Frequenzen, ein höherer Kostendeckungsgrad und somit tiefere Abgeltungen zu erwarten.

6315 Energie- und Klimafachstelle

Energieförderprogramm 2025

Für das Berichtsjahr waren 1,94 Millionen Franken zur Förderung von energiesparenden Massnahmen an Gebäuden budgetiert; wegen tieferen Bundesbeiträgen von 0,92 Millionen standen schliesslich 1,7 Millionen Franken zur Verfügung. Die Energiefachstelle bearbeitete über 160 Gesuche. Die eingesetzten Fördergelder für energetische Baumassnahmen lösten ein Gesamtbauvolumen von über 13 Millionen Franken aus, welches vorwiegend durch das lokale Gewerbe umgesetzt wurde. Der Erfolg des Energieförderprogramms bedeutet gleichzeitig, dass die zur Verfügung stehenden Gelder bereits im Oktober 2024 aufgebraucht waren.

6316 Umsetzung Energie- und Klimakonzept

Energie- und Klimakonzept 2035

Im Mai 2024 wurde ein Rahmenkredit für die Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts 2035 für die Jahre 2024 bis 2029 vom Kantonsrat gesprochen. Im Berichtsjahr wurde die Förderung von Klimamassnahmen in der Landwirtschaft eingeführt (Massnahmen LF1-3) und die Vorbereitung für Förderungen ab Januar 2025 von winteroptimierten PV-Anlagen (Massnahme E1) und Ladestationen (Massnahme M2) abgeschlossen. Zudem wurden Grundlagen erarbeitet wie das Biomassekonzept (Massnahme E7) und die Potenzialstudie erneuerbare Energien, welche die energetischen Potenziale für Wasser-, Wind- und Solarenergie aufzeigt und räumlich darstellt (Massnahme E4). Das Potenzial der kantonalen Dächer für die Stromproduktion wurde geprüft und die ersten fünf Dächer für die Erstellung von PV-Anlagen durch Dritte vermietet (Massnahme V1). Die Erarbeitung eines Beschaffungsplans für die Dekarbonisierung des kantonalen Fahrzeugparks ist weit fortgeschritten (Massnahme V2).

6317 Wasserzinsen und Konzessionen

Wasserzinsen, Konzessionen, Beteiligungen und Herkunftsnachweise

Die Erträge aus Wasserzinsen betrugen im Jahr 2024 insgesamt rund vier Millionen Franken. Die Hälfte der Erträge des Kantons wurde den Einwohnergemeinden weitergeleitet (ca. zwei Millionen Franken). Darüber hinaus resultierten Erträge aus dem Verkauf von Herkunftsnachweisen der Kraftwerke Obermatt AG sowie weiteren, spezifischen Vergütungen für verschiedene Kraftwerke.

Ertragsart	Rechnung 2024 (Franken)
Wasserzinse (KW Obermatt, KW Sarneraa, Lungererseewerk und KW Dallenwil und Trübsee)	4 121 560
Vergütungen gemäss Wasserrechtsverleihungen/Konzessionen	74 683
Ertrag aus Verkauf Herkunftsnachweise	69 884
Total	4 266 127

Tabelle: Wasserzinsen und weitere Erträge im Bereich Wasserkraft

Die Erträge aus den Beteiligungen des Kantons an Wasserkraftwerken werden im Geschäftsbericht des Finanzdepartements ausgewiesen.

64 Hochbauamt

Das Hochbauamt kümmert sich um das kantonale Liegenschafts- und Immobilienportfolio mit einem Gebäudeversicherungswert von 300 Millionen Franken.

Es ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte, die Gebäudebewirtschaftung, die Werterhaltung sowie die Bewirtschaftung und Verwaltung der kantonalen Liegenschaften. Im Amt angesiedelt ist die kantonale Baukoordination. Sie ist zuständig für die Koordination und die Gesamtbeurteilung von Bauvorhaben, die kantonale Bewilligungen bedürfen.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2024 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2024 bis 2029)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Kantonsbibliothek: Neuer Standort am alten OKB-Hauptsitz, Sarnen (Anpassung Immobilienstrategie, Einholen der nötigen Kredite, Abschluss Mietvertrag, Inbetriebnahme)	ausgeführte Aktivitäten: – Genehmigung Kredite – Baustart – Unterzeichnung Mietvertrag Kommentar: Die Arbeiten schreiten planmässig voran.
Psychiatriegebäude Sarnen: Sanierung und Erweiterung	ausgeführte Aktivitäten: – Bauarbeiten, Start Innenausbau – Aufrichte-Feier – Abschluss Submissionen zu 90 Prozent Kommentar: Die Kosten und die Qualität entsprechen den Vorgaben. Aufgrund von statischen Herausforderungen ist man leicht im Verzug.
Areal Foribach (Polizeigebäude) Sarnen: Entwicklung	ausgeführte Aktivitäten: – Abschluss Machbarkeitsstudie – Überarbeitung Raumprogramm Kommentar: Aufgrund der hohen Kostenschätzung musste das Raumprogramm überarbeitet werden. Auf Basis der Machbarkeitsstudie mit überarbeitetem Raumprogramm kann der Wettbewerb gestartet werden.
Zentrumsüberbauung Sarnen: Umsetzung Strategie zur Bebauung	ausgeführte Aktivitäten: – Entscheid Abgabe Grundstücke im Baurecht – Entscheid Durchführung Bieterverfahren für Investoren – Entscheid bezahlbarer Wohnraum prüfen Kommentar: Die Vorbereitungen für das Bieterverfahren sind gestartet.

Erarbeitung und Weiterentwicklung in Zusammenarbeit mit den Fachstellen und den Einwohnergemeinden	ausgeführte Aktivitäten: – Intensiver Austausch mit Bauämtern und Fachstellen
	Kommentar: Die Baukoordination ist laufend im Austausch mit den Bauämtern und Fachstellen.
Digitalisierung: Einführung elektronisches Baubewilligungsverfahren mit den Einwohnergemeinden	ausgeführte Aktivitäten: – Genehmigung Projektauftrag – Erteilung Verpflichtungskredit durch Regierungsrat – Anfrage an Gemeinden um Zustimmung zu Projektauftrag und Verpflichtungskredit
	Kommentar: Die Nidwaldner Gemeinden haben ihre Zustimmung erteilt. Bis Ende des Berichtsjahrs kam das Quorum der Obwaldner Einwohnergemeinden noch nicht zustande. Auf Grund dessen verzögert sich das Projekt.

640 Hochbau und Liegenschaften

6400 Verwaltung HBA

Immobilienstrategie Kanton Obwalden

Die angepasste Immobilienstrategie vom 28. August 2023 nahm der Kantonsrat zur Kenntnis. Wesentliche Änderungen ergaben sich in folgenden Punkten:

- Arealstrategie „Quartier Latin“ entfällt grossmehrheitlich.
- Arealstrategie Dorf wird um Unterbringung Kantonsbibliothek im ehemaligen OKB-Hauptgebäude ergänzt.
- Arealentwicklung Foribach wird mit Staatsarchiv erweitert.
- Arealentwicklung Spital wird ergänzt in Abhängigkeit von der Versorgungsstrategie im Akutbereich.
- Nachführung Stand laufender Projekte sowie Anpassung von Departements- und Amtsbezeichnungen aufgrund Verwaltungsreorganisation per Amtsdauer 2022 bis 2026.

Gebäudeunterhaltsprogramm Stratus

Die Liegenschaftsverwaltung aktualisierte den hinterlegten Baupreisindex und führte die getätigten Instandsetzungs- und Instandhaltungsmassnahmen 2024 an den jeweiligen kantonalen Immobilien in der Fachapplikation nach.

6401 Baukoordination

Eingang Geschäfte 2024

	2023	2024
Informelle Voranfragen	156	142
Formelle Vorabklärungen	6	3
Baugesuche	519	499

	2023	2024
Abparzellierungen	9	9
Bauanzeigen	68	60
PGV* Militärische Bauten und Anlagen	4	2
PGV* elektrische Anlagen (ESTI-Verfahren)	8	11
Total	770	726

Tabelle: Im Berichtsjahr bei der kantonalen Baukoordination eingegangene Geschäfte nach Verfahrensart (*Plangenehmigungsverfahren)

Bei der kantonalen Baukoordination gingen im Jahr 2024 insgesamt 726 Geschäfte ein (Vorjahr 770) gegenüber 2023. Ein leichter Rückgang war bei den informellen Voranfragen, Baugesuchen und Bauanzeigen zu verzeichnen. Die formellen Vorabklärungen bewegten sich auch im Geschäftsjahr 2024 in einem tiefen Bereich, was auf die Nutzung der informellen Voranfrage zurückzuführen ist. Die Anzahl der Abparzellierungen lag bei neun Gesuchen gleich wie im Vorjahr. Zusätzlich zum Tagesgeschäft ist die kantonale Baukoordination zuständig für Plangenehmigungsverfahren des Bundes für militärische Bauten und Anlagen sowie für elektrische Anlagen.

Koordination und Behandlung Geschäfte 2024

(Informelle Voranfragen, formelle Vorabklärungen, Baugesuche, Abparzellierungen und Bauanzeigen)

Einwohnergemeinde	Übertrag Vorjahre	Total Eingänge 2024	Eingänge 2024 Geschäfte innerhalb der Bauzonen	Eingänge 2024 Geschäfte ausserhalb der Bauzonen	Eingänge 2024 informelle Voranfragen	Ausgänge 2024	In Bearbeitung per 31. Dezember 2024
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Alpnach	24	84	29	37	18	91	17
Engelberg	31	117	49	39	29	117	31
Giswil	29	87	19	45	23	96	20
Kerns	37	99	26	60	13	110	26
Lungern	17	65	22	31	12	76	6
Sachseln	30	93	47	35	11	112	11
Sarnen	55	168	72	60	36	186	37
Total	223	713	264	307	142	788	148

Tabelle: Koordination und Geschäftsbehandlung je Gemeinde ohne Plangenehmigungsverfahren

Per Ende des Berichtsjahrs waren 148 Geschäfte hängig. Ihr Bearbeitungsstand ist wie folgt:

- Sechs Geschäfte befinden sich in der Eingangskontrolle;
- 40 Geschäfte werden aktuell durch die kantonalen Fachstellen beurteilt;
- 26 Geschäfte wurden durch die kantonalen Fachstellen beurteilt und es ergaben sich keine divergierenden Beurteilungen, die zu bereinigen sind; das heisst, bei diesen Geschäften wird nun der kantonale Gesamtentscheid verfasst;
- 65 Geschäfte sind aufgrund divergierender Beurteilungen durch die kantonalen Fachstellen sistiert. Bei den meisten dieser Geschäfte besteht Klärungsbedarf zwischen den Fachstellen, teilweise unter Einbezug der zuständigen Einwohnergemeinde oder der Bauherrschaft bzw. der Planenden. Ein kleiner Teil dieser Geschäfte ist sistiert, weil die eingereichten Bauvorhaben nicht bewilligungsfähig sind. Die Gesuchstellenden haben in diesen Fällen vom Bauamt der Einwohnergemeinde ein Schreiben erhalten, in dem ihnen eröffnet wurde, dass sie entweder ein überarbeitetes Baugesuch einreichen, ihr Baugesuch zurückziehen oder einen beschwerdefähigen Entscheid verlangen können;
- Elf informelle Voranfragen sind in Bearbeitung.

6402 Hochbauprojekte

Sanierung und Erweiterung der Psychiatrie Sarnen

Die Bauarbeiten erfolgen in Etappen. Im Nordflügel des Gebäudes wird die Statik von Stockwerk zu Stockwerk mit einem „Haus im Haus“-System bis zum Dachstock ertüchtigt. Dies geschieht, indem die bestehende Holzstruktur mit neuen Holzelementen ergänzt wird. Der Südflügel ist bereits aufgerichtet und der Innenausbau hat gestartet. Die Aufrichte-Feier fand im November 2024 statt. Der neue Anbau Ost sowie der neue Liftschacht mit Treppe sind betoniert. Bei der Fassade wurden die Fenster montiert und der Südflügel ist bereits verputzt. Rund 90 Prozent der Bauaufträge sind vergeben.

Altes Gymnasium, Ersatz Technik Theatersaal

Die Startsituation mit der Steuerungsgruppe fand im Berichtsjahr statt. Die fachliche Unterstützung für die Bedürfnisanalyse wird offeriert.

Berufs- und Weiterbildungszentrum BWZ Obwalden, Übergangslösung Sarnen

Im Februar 2024 starteten die Bauarbeiten für die PV-Anlage und E-Ladestationen (PKW). Anfang Mai 2024 konnten die PV-Anlage und die vier E-Ladestationen planmässig in Betrieb genommen werden.

Entwicklung Areal Foribach

Die Machbarkeitsstudie wurde in drei Phasen durchgeführt und abgeschlossen. In der Vertiefungs-Phase wurde ein alternativer Standort für das Verkehrssicherheitszentrum VSZ gesucht, da das Wachstum (Prüfhalle) und die Anforderung an die Umgebung (Teststrecke) eine Überbauung des Areals Foribach stark einschränken. Mit einer Anpassung der Erschliessung soll der Standort Werkhof Foribach (kantons-eigenes Grundstück) für ein VSZ weiterverfolgt werden.

Aufgrund der hohen Kostenschätzung wurde das Raumprogramm überarbeitet. Ein wesentlicher Beitrag zur Kostenreduktion ist möglich, da die Parkierung ohne das VSZ auf dem Areal oberirdisch realisiert werden kann. Die Erstellung eines zweiten, kostenintensiven Untergeschosses ist daher nicht erforderlich. Zusätzlich konnten weitere Flächen optimiert und verkleinert werden.

Werkhof Foribach, Neubau VSZ mit Erschliessung

Mit einer Machbarkeitsstudie wurde aufgezeigt, dass mit einer angepassten Erschliessung des Werkhofareals die Realisierung des VSZ auf dem Werkhofareal möglich ist. Für die Anpassung der Erschliessung (Vorprojekt) und die Planerausschreibung zum Ausführungsprojekt wurde ein Kredit bewilligt. Zusammen mit dem Kanton Nidwalden wurden Abklärungen zur Realisierung eines gemeinsamen Standortes auf dem Werkhofareal in die Wege geleitet.

Kantonsschule Obwalden, Sanierung der Beschattung / Ersatz Gebäudeleitsystem

Die Aufrüstung mit der adiabatischen Kühlung wurde im Lüftungssystem eingebaut.

Kantonsspital, neue Hausarztpraxis

Mit einer Machbarkeitsstudie wurde ein Lösungsvorschlag für eine neue Hausarztpraxis am Standort Kantonsspital erarbeitet. Aufgrund der hohen Kostenschätzung werden mögliche Alternativ-Optionen zu einem Anbau am bestehenden Kantonsspital in Absprache mit OW-cura und dem Regierungsrat noch geprüft.

Kantonsspital, Rezertifizierung Rettung

Mit einer Machbarkeitsstudie wurde ein Lösungsvorschlag von optimierten Räumlichkeiten für den Rettungsdienst erarbeitet, welche den aktuellen Anforderungen für eine Rezertifizierung entsprechen. Aufgrund der angespannten Finanzlage des Kantons und einer Neueinschätzung der Dringlichkeit einer Rezertifizierung hat der Regierungsrat entschieden, das Projekt zurzeit nicht weiterzuverfolgen.

Kantonsspital, Ersatz der Netzersatzanlage

Im April 2024 meldete das Kantonsspital den Ausfall der Netzersatzanlage (Notstrom). Damit war der Betrieb bei einem Stromausfall nicht mehr gewährleistet. Um den Betrieb des Kantonsspitals sicherzustellen, musste eine temporäre Netzersatzanlage als Sofortmassnahme installiert werden. Die Neuanlage wurde geplant, ausgeschrieben und konnte im Dezember vergeben werden.

Historisches Museum, Sanierung technische Installationen, Brandschutz und Statik

Die Untersuchung von Statik und Brandschutz des bestehenden Gebäudes hat ergeben, dass umfangreiche Massnahmen notwendig sind, um den Museumsbetrieb sicher weiterführen zu können. Ein Sanierungs-Konzept ist in Bearbeitung.

Landenberg Schützenhaus, Ersatz Heizung

Ein Sanierungs-Konzept ist in Bearbeitung.

6403 Gebäudebewirtschaftung

Instandhaltung der kantonalen Gebäude

Für Instandhaltungsmassnahmen, Reparaturen und kleinere Nutzeranpassungen an kantonalen Gebäuden realisierte das Hochbauamt im Berichtsjahr rund 750 Massnahmen für rund 1,9 Millionen Franken (Budget 1,9 Millionen Franken). Grössere Massnahmen waren:

- Von Wyl Haus, Dorfplatz 9, Sanierung der gesamten Fassade.
- Altes Kollegium, Brünigstrasse 178, (BKD), Sanierung Fassadensockel, Turm und Fensterläden mit Gewänden
- Kantonsspital, Brünigstrasse 181, Gebäude A, Umrüstung auf LED Beleuchtung.
- Kantonsspital, Brünigstrasse 181, Gebäude C, Ersatz Fenster und Storen beim Labor.
- Werkhof Foribach, Modernisierung Liftanlage im Werkstattgebäude.
- Juko-Pavillon, Bänzenmätteli, Planung und Eingabe des Baugesuchs für Instandhaltungsmassnahmen (Ersatz Elektroheizung, etc.)

Kontrollen/Kontrollarbeiten allgemein

Es wurden Dachkontrollen sowie Service- und Kontrollarbeiten an den Haustechnikanlagen bei 50 kantonalen Gebäuden ausgeführt. Die periodischen Elektrokontrollen zum Sicherheitsnachweis wurden durchgeführt. Rund 50 Bäume wurden kontrolliert und wo nötig Baumpflege-Massnahmen ausgeführt, um die Sicherheit zu gewährleisten (Eigentümerhaftung).

Flugplatz Kägiswil

Im Februar 2024 wurde der Flugplatz offiziell an den Bund zurückgegeben. Der Kanton ist nicht mehr Baurechtsnehmer der Grundstücke und Eigentümer der Bauten und Anlagen zum Flugplatz Kägiswil.

Logistikzentrum Kägiswil

Im April 2024 konnte der Kanton das im Baurecht gehaltene Grundstück vom Bund abkaufen. Mit dem Kauf sind nicht nur die getätigten Investitionen für den Neubau Logistikzentrum gesichert, sondern

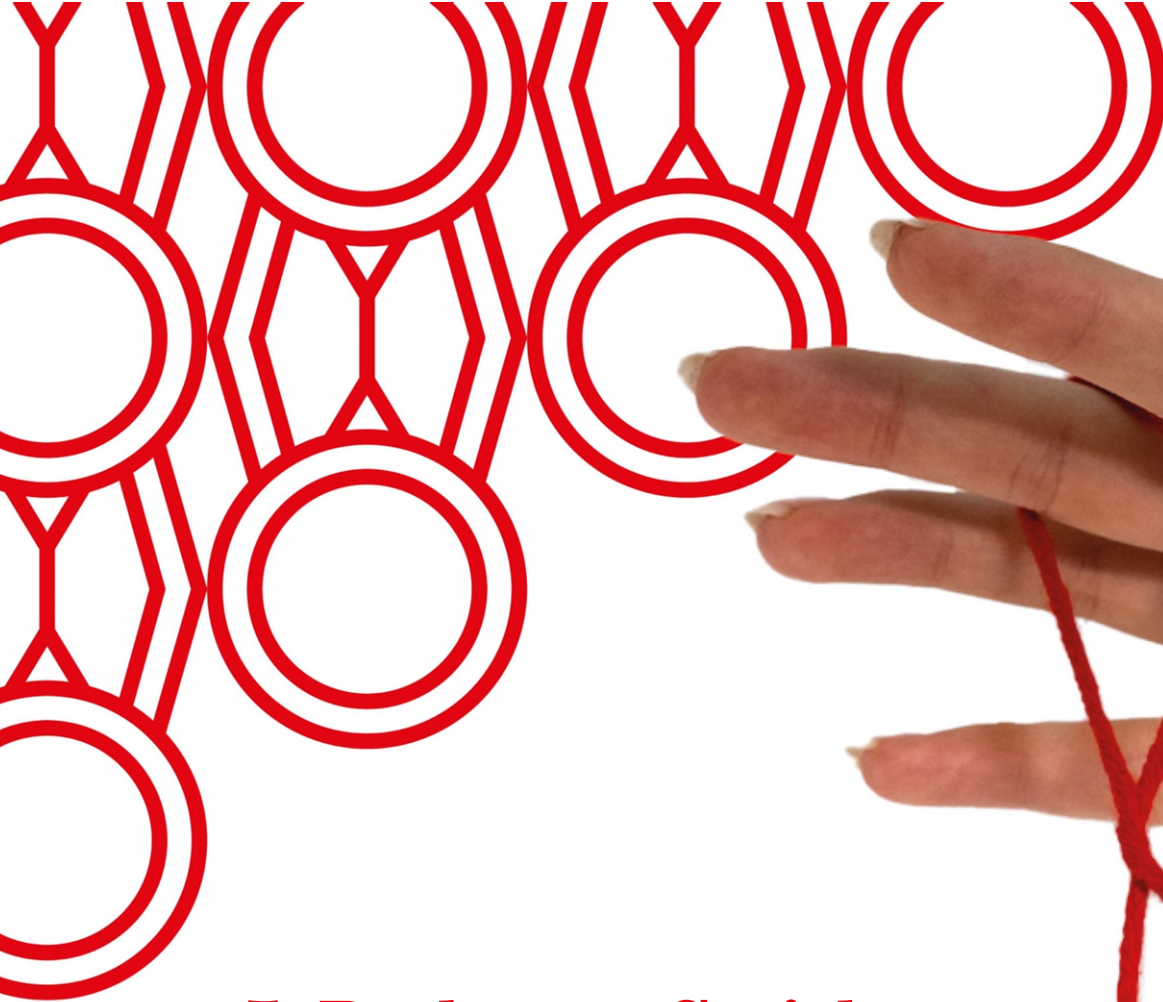
auch der Standort für die kantonalen Verwaltungsaufgaben des Zivilschutzes Obwalden und des Museumslagers.

Kantonsbibliothek in alter OKB

Der Mietvertrag wurde nach erfolgter Kreditgenehmigung finalisiert und Ende Oktober unterzeichnet. Die Vorbereitungsarbeiten für den Mieterausbau starteten im Sommer. Der Baustart erfolgte Ende Jahr.

Liegenschaftsgeschäfte allgemein

Neuabschlüsse von Vereinbarungen und Verträgen sowie diverse Anpassungen wurden erstellt. Die Abrechnungen für Gebühren (Seeflächen), Miet- und Pachtzinsen wurden fristgerecht zugestellt. Aufgrund des angestiegenen hypothekarischen Referenzzinssatzes im Jahr 2024 wurden diverse Mietverträge des Kantons angepasst.



5. Rechnung Gerichte



Bericht des Obergerichts zur Rechnung der Gerichte des Kantons Obwalden für das Jahr 2024

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

In Vollzug von Art. 41 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968 sowie Art. 76 Abs. 1 Bst. a des Finanzhaushaltsgesetzes des Kantons (FHG) vom 11. März 2010 unterbreiten wir Ihnen in der Beilage die Rechnung der Gerichte 2024.

I. Rechnung

Der nachfolgende Vergleich zwischen der Rechnung 2024 und dem Budget 2024 sowie der Rechnung 2023 weist folgende Ergebnisse auf:

	Rechnung 2024 Fr.	Budget 2024 Fr.	Rechnung 2023 Fr.
<i>Ergebnis Erfolgsrechnung</i>			
<i>Artengliederung</i>			
Personalaufwand	2'456'629.55	2'445'000.00	2'381'280.95
Sach- und übriger Aufwand	684'577.88	772'300.00	549'986.38
Transferaufwand	692'144.20	0.00	17'664.00
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	0.00	0.00	0.00
Interne Verrechnungen	121'900.00	121'900.00	121'900.00
<i>Total Aufwand</i>	<u>3'955'251.63</u>	<u>3'339'200.00</u>	<u>3'070'831.33</u>
Entgelte	483'687.68	466'500.00	354'415.12
Verschiedene Erträge	3'990.00	2'100.00	5'741.20
<i>Total Ertrag</i>	<u>487'677.68</u>	<u>468'600.00</u>	<u>360'156.32</u>
Netto-Aufwand Erfolgsrechnung	<u>3'467'573.95</u>	<u>2'870'600.00</u>	<u>2'710'675.01</u>

Mit Beschluss vom 30. November 2023 genehmigte der Kantonsrat den vom Obergericht vorgelegten Budgetentwurf für das Jahr 2024. Die Erfolgsrechnung weist bei einem Gesamtaufwand von 3'955'251.63 Franken einen Netto-Aufwand von 3'467'573.95 Franken aus. Der budgetierte Aufwandüberschuss wird insgesamt um 596'973.95 Franken überschritten. Der Grund für die Überschreitung des Netto-Aufwandes ergibt sich grösstenteils aus den nachfolgenden Abweichungs-Begründungen.

Investitionen waren für das Jahr 2024 keine vorgesehen.

II. Abweichungen

Folgende Abweichungen der Rechnung 2024 gegenüber dem Budget 2024 werden speziell begründet:

Gerichte

<u>9100</u>	<u>Obergericht</u>	
4210.00	Gebühreneinnahmen	– 20'520.70
	Die geringeren Erträge gegenüber dem Budget sind auf weniger grosse Fälle mit hohen Gebühreneinnahmen (z.B. hohe Streitwertsummen) zurückzuführen. Die Einnahmen sind jedoch um Fr. 13'975.80 höher als gemäss Rechnung 2023. Gestiegen sind sie auch beim Verwaltungsgericht.	
<u>9150</u>	<u>Verwaltungsgericht</u>	
3010.05	Aushilfspersonal: Löhne	– 15'000.00
	Es musste – wie beim Obergericht – kein Aushilfspersonal beschäftigt werden.	
3133.05	Informatikaufwand	– 8'386.00
	Der Informatikaufwand konnte (wie angekündigt) durch verschiedene Massnahmen reduziert werden.	
<u>9300</u>	<u>Kantonsgericht</u>	
3010.00	Personal Besoldungen	+ 35'712.05
	Die Gründe sind neben der personellen Vollbesetzung, die strukturellen Lohnerhöhungen des Kanzlei- und Gerichtsschreiberpersonals; die Anstellung eines älteren Gerichtsschreibers und einer älteren Gerichtsschreiberin mit entsprechend höheren Einstiegsgehältern; dasselbe gilt für zwei Kanzleimitarbeiterinnen, die durch ältere ersetzt worden sind.	
3132.38	Arbeiten durch Dritte; unentgeltliche Rechtspflege, amtliche Verteidigung	– 74'245.17
	Budgetiert wurde wie immer aufgrund eines Durchschnitts der letzten Jahre; daher sind keine genauen Vorhersagen möglich. Der Betrag liegt im Bereich der Rechnung 2023.	
3199.07	Expertisen, Zeugengelder, Parteientschädigungen	+ 67'115.24
	Budgetiert wurde wie immer aufgrund eines Durchschnitts der letzten Jahre; daher sind keine genauen Vorhersagen möglich. Angefallen sind im Rechnungsjahr 2024 eine grössere Expertise im Umfang von Fr. 34'000.-- und eine grössere Parteientschädigung im Strafrecht von Fr. 12'000.--.	

3611.06 Kosten Straf- und Massnahmenvollzug + 692'144.20

Aufgrund der kurzfristig geänderten Kostentragungspflicht durch das Kantonsgericht wurde für 2024 kein Ausgabenbetrag budgetiert (vorher Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug). Die grosse Summe resultiert von vier Personen, wobei eine Person im vorzeitigen Massnahmenvollzug Kosten von Fr. 478'000.-- verursachte.

9500 Gerichte allgemein + 4'666.24

3103.00 Fachzeitschriften, Literatur, Mediothek, Bibliothek

Nachdem im letzten Jahr diese Budgetposition um Fr. 8'561.88 unterschritten wurde, resultiert dieses Jahr wegen verspäteter Rechnungsstellung und ausserordentlicher Bindungskosten von Zeitschriften, die in den letzten Jahren nicht erfolgt ist eine Überschreitung von Fr. 4'666.24.

III. Antrag der Gerichte

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, die vorliegende Rechnung 2024 der Gerichte zu genehmigen.

Sarnen, 11. März 2025

Im Namen des Obergerichts:

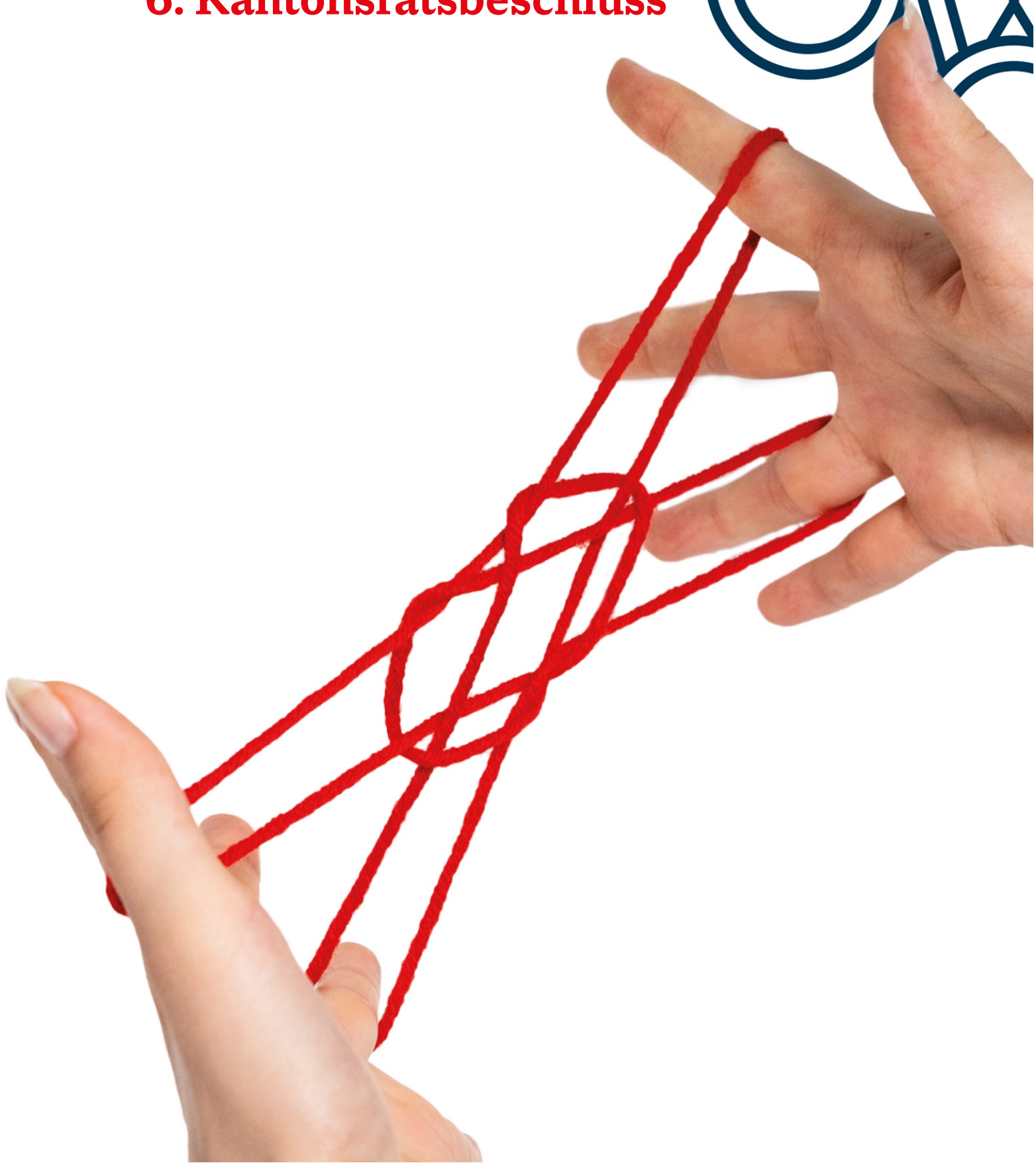
Der Obergerichtspräsident I:
Dr. Stefan Keller

Der Gerichtsschreiber:
MLaw Alex Wallimann



11. März 2025

6. Kantonsratsbeschluss



Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Geschäftsberichts des Regierungsrats und der Staatsrechnung 2024

vom 23. Mai 2025

Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 70 Ziffer 3 und 4 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968¹ und Artikel 21 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 11. März 2010², nach Kenntnisnahme des Berichts und Antrags des Regierungsrats vom 18. März 2025 sowie des Obergerichts vom 11. März 2025,

beschliesst:

1. Der Geschäftsbericht des Regierungsrats 2024 wird genehmigt.
2. Die Staatsrechnung 2024 wird wie folgt genehmigt:
 - a. Vornahme der ordentlichen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens von Fr. 4 441 609.10 und der Abschreibungen der Investitionsbeiträge von Fr. 3 144 999.-;
 - b. Vornahme von zusätzlichen Abschreibungen auf das Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal in der Höhe von Fr. 2 750 071.77 (Anlage 1402.0002);
 - c. Auflösung der finanzpolitischen Reserve um Fr. 3 500 000.-;
 - d. Abbuchung des Saldos der Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 455 357.66;
 - e. Aktivierung der Nettoinvestitionen von Fr. 24 882 398.50.

Sarnen, 23. Mai 2025

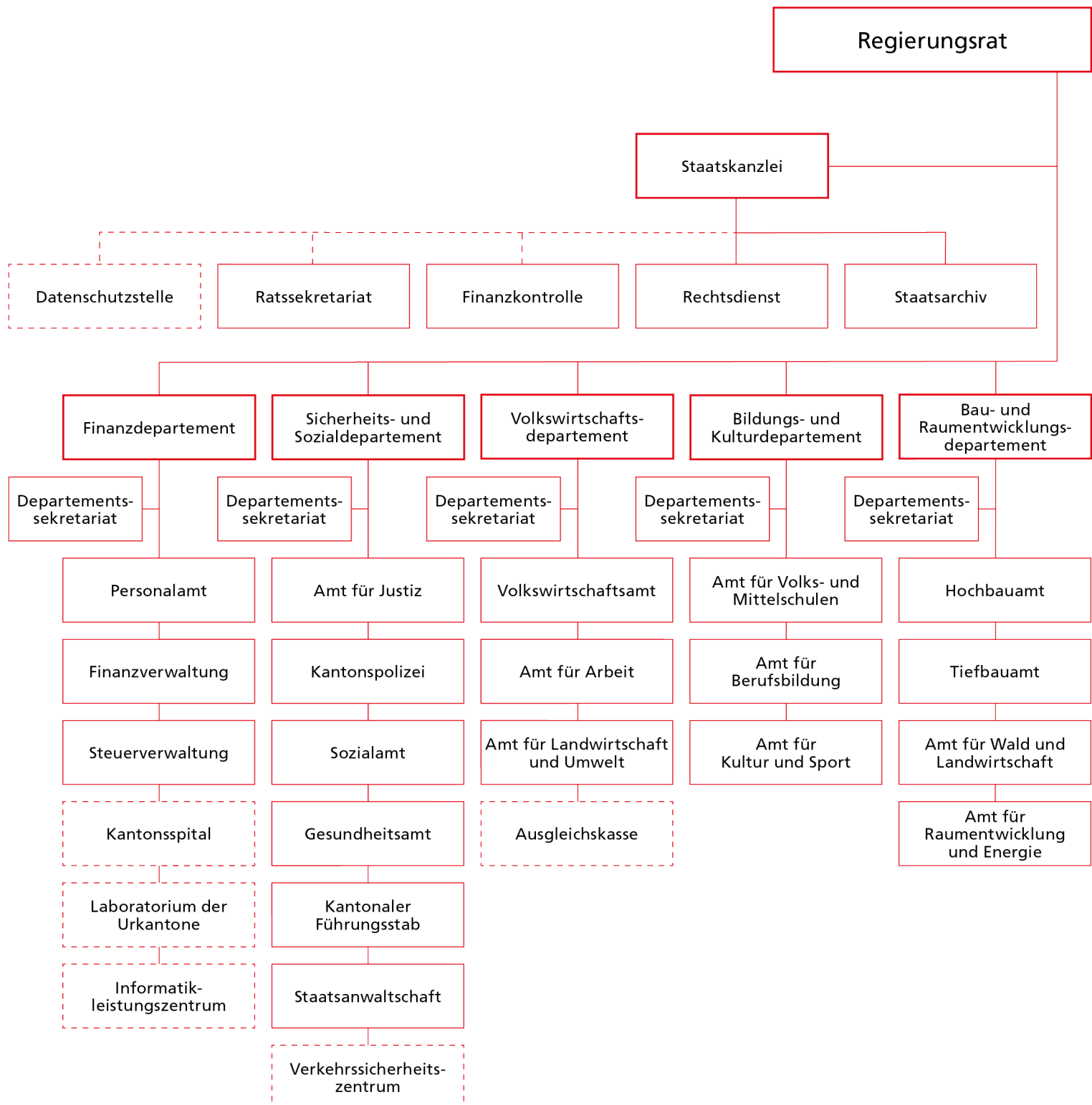
Im Namen des Kantonsrats
Der Ratspräsident: Andreas Gasser
Der Ratssekretär: Beat Hug

¹ GDB 101
² GDB 610.1

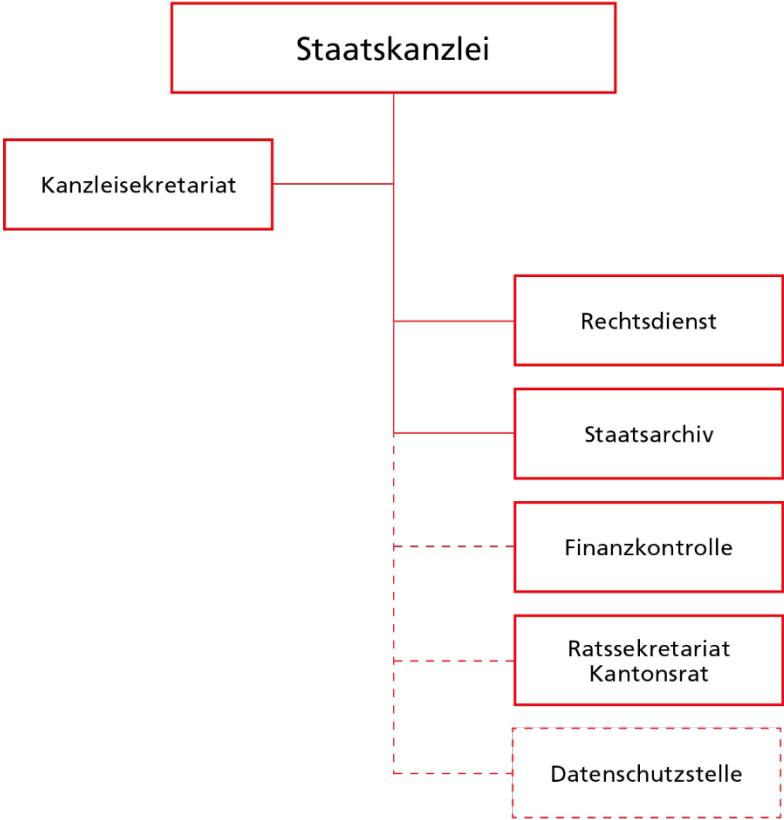
7. Anhang

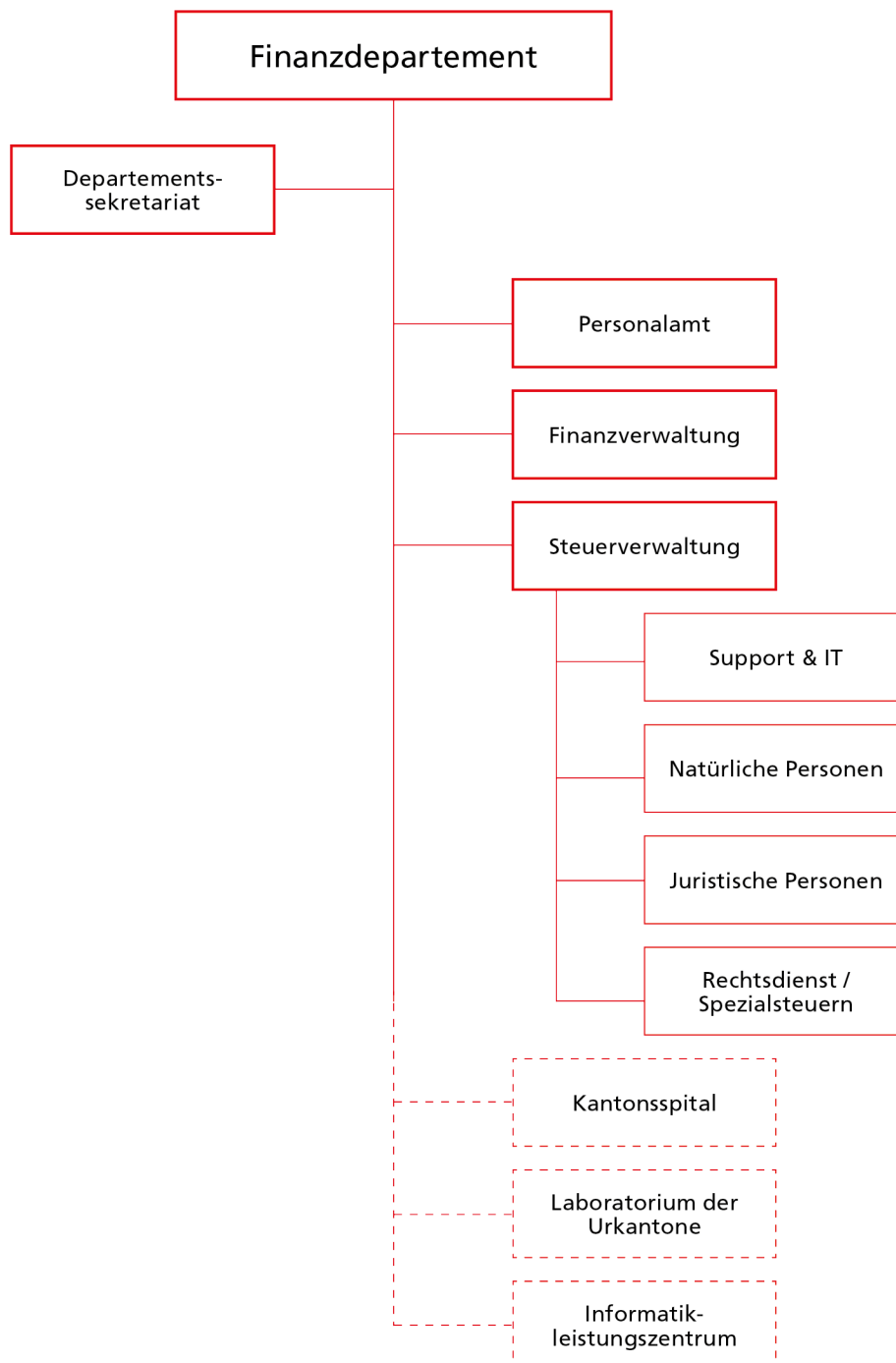


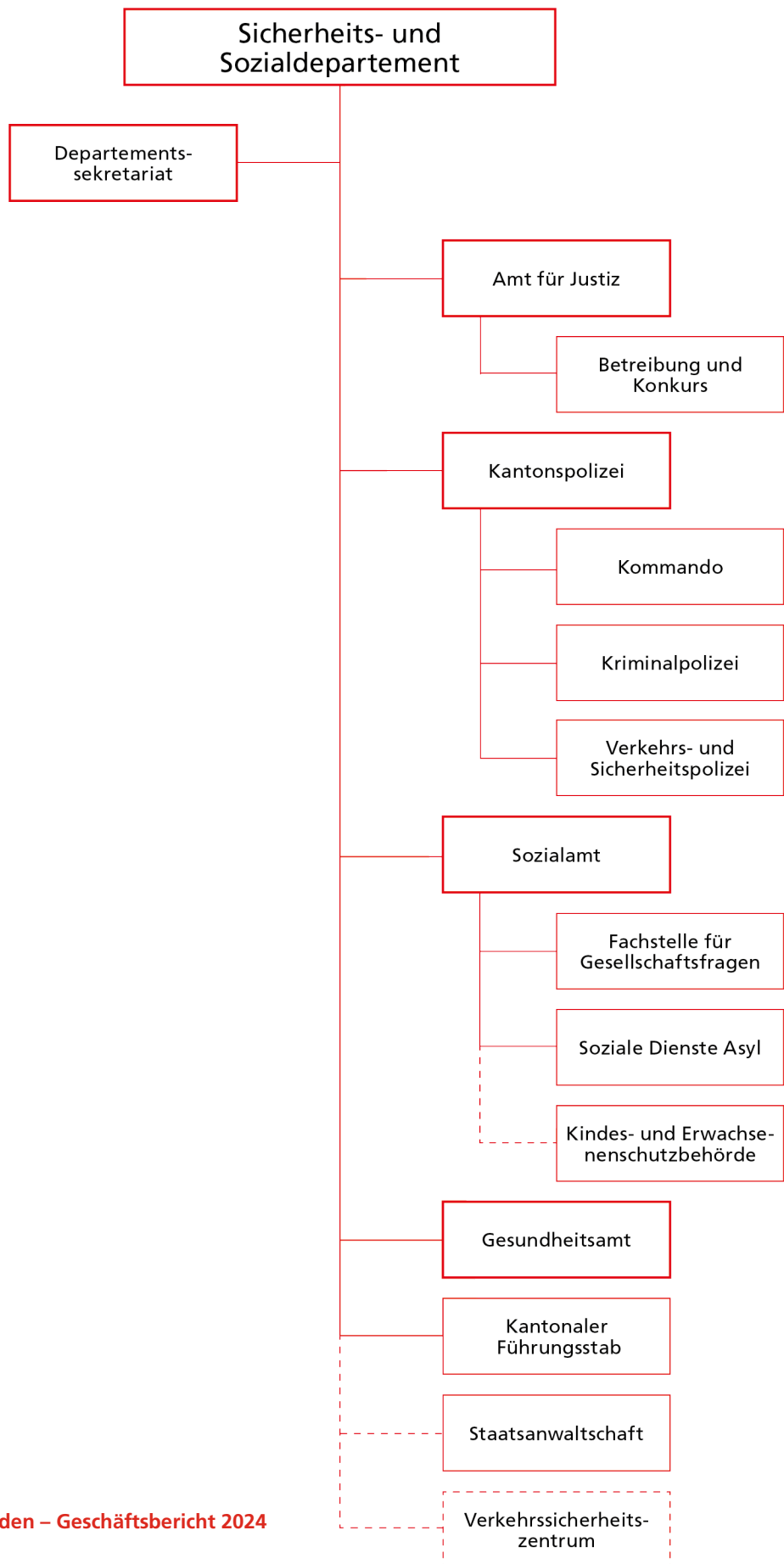
7.1 Organigramm Gesamtverwaltung

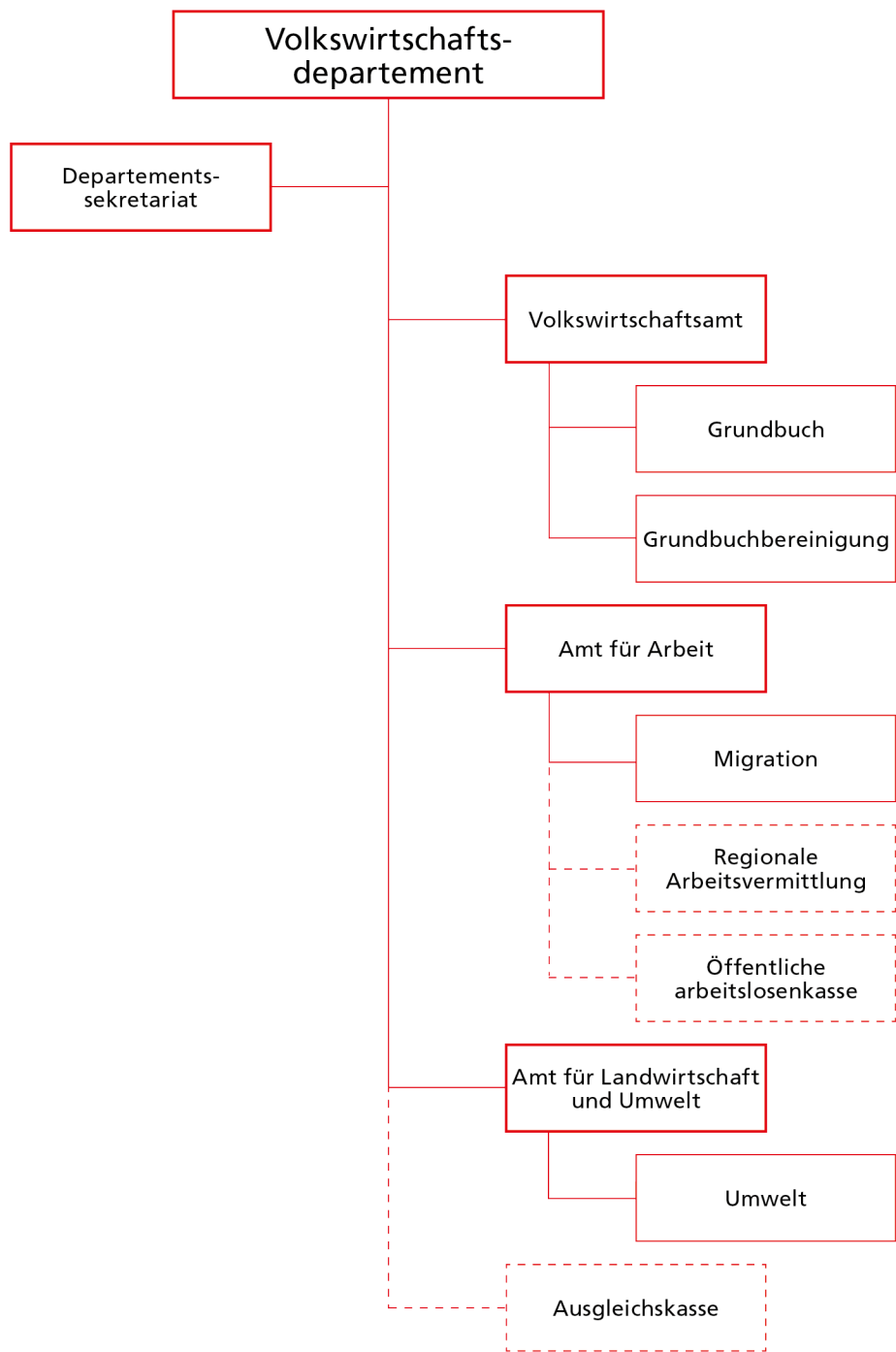


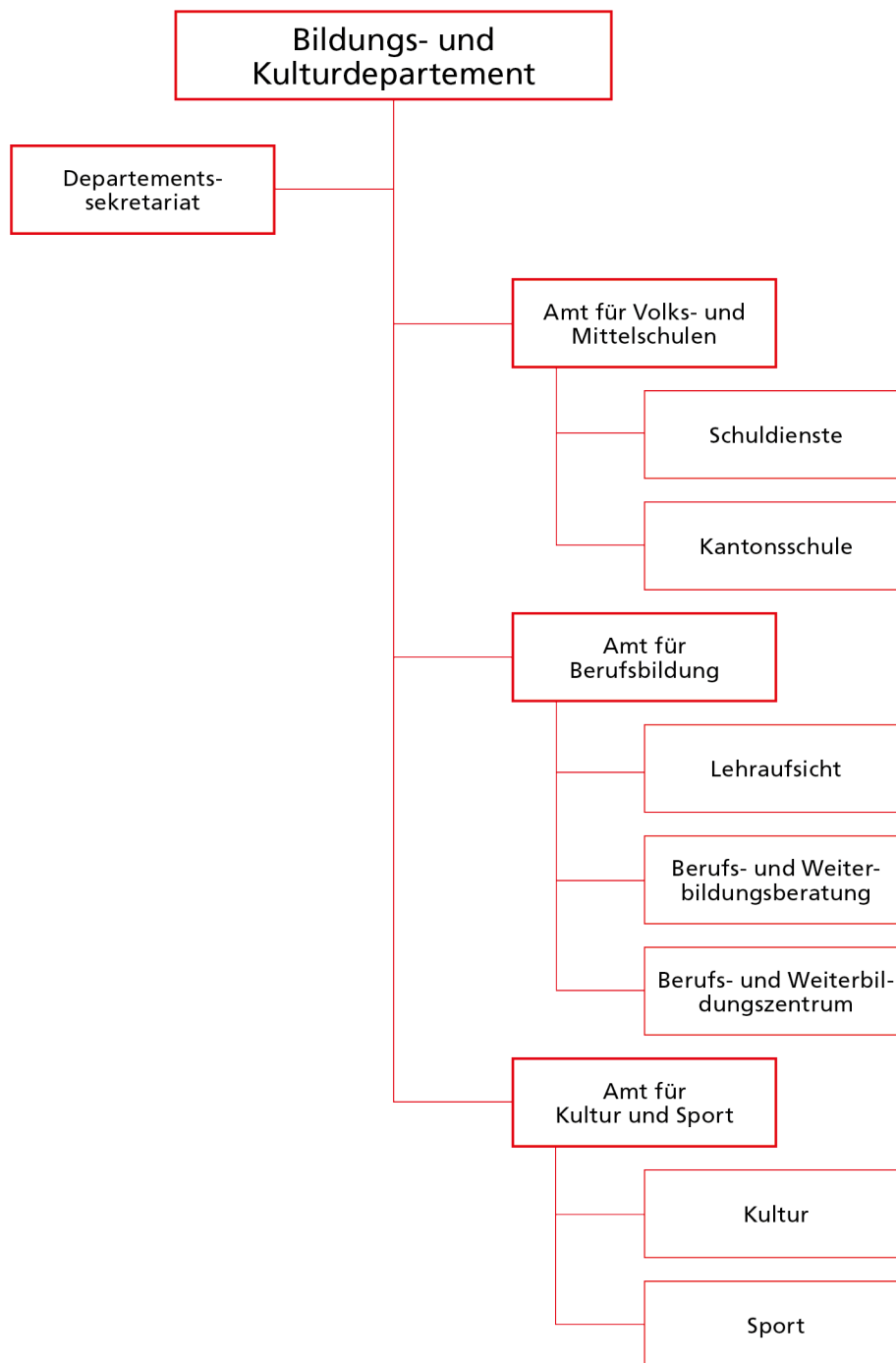
7.2 Organigramme Departemente und Ämter

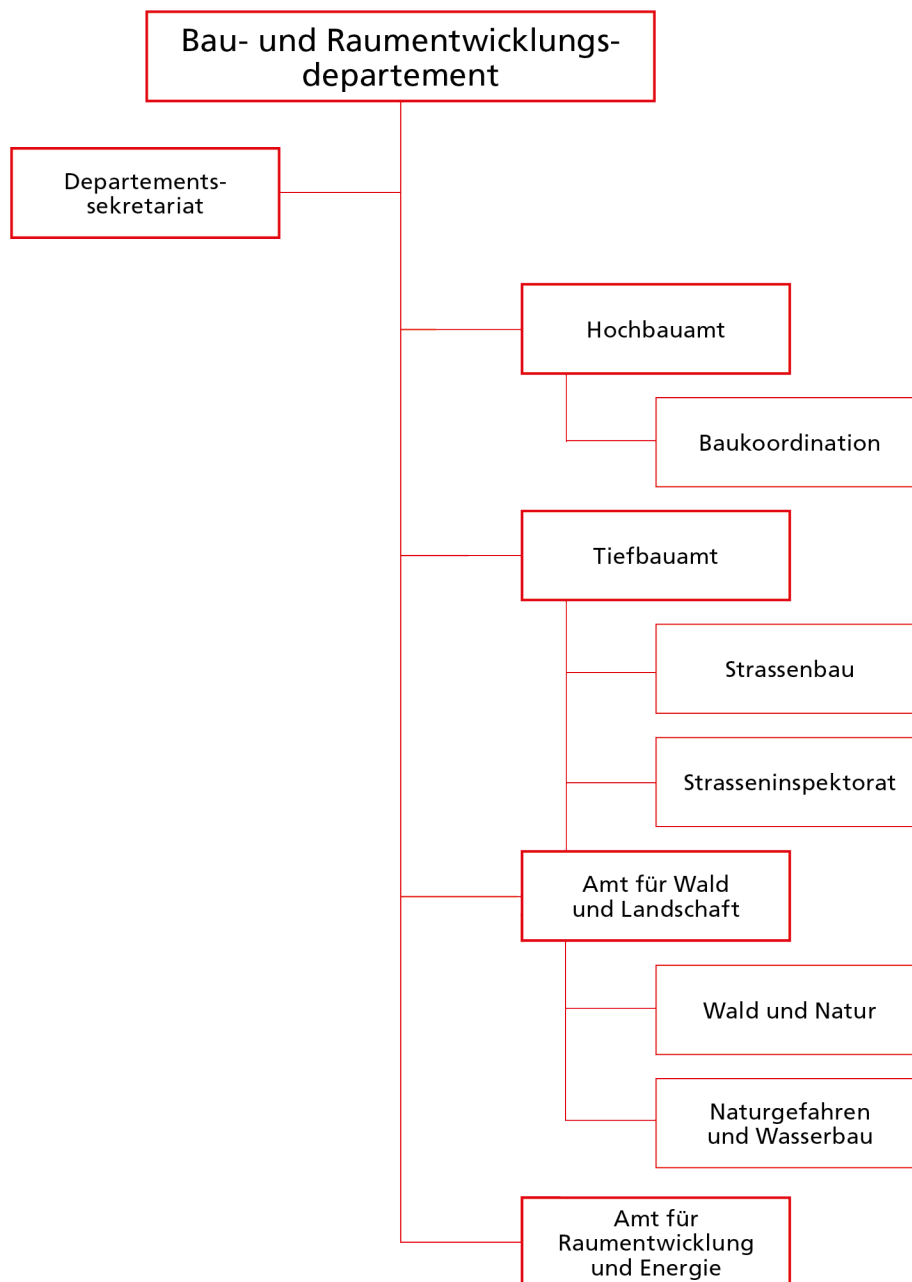


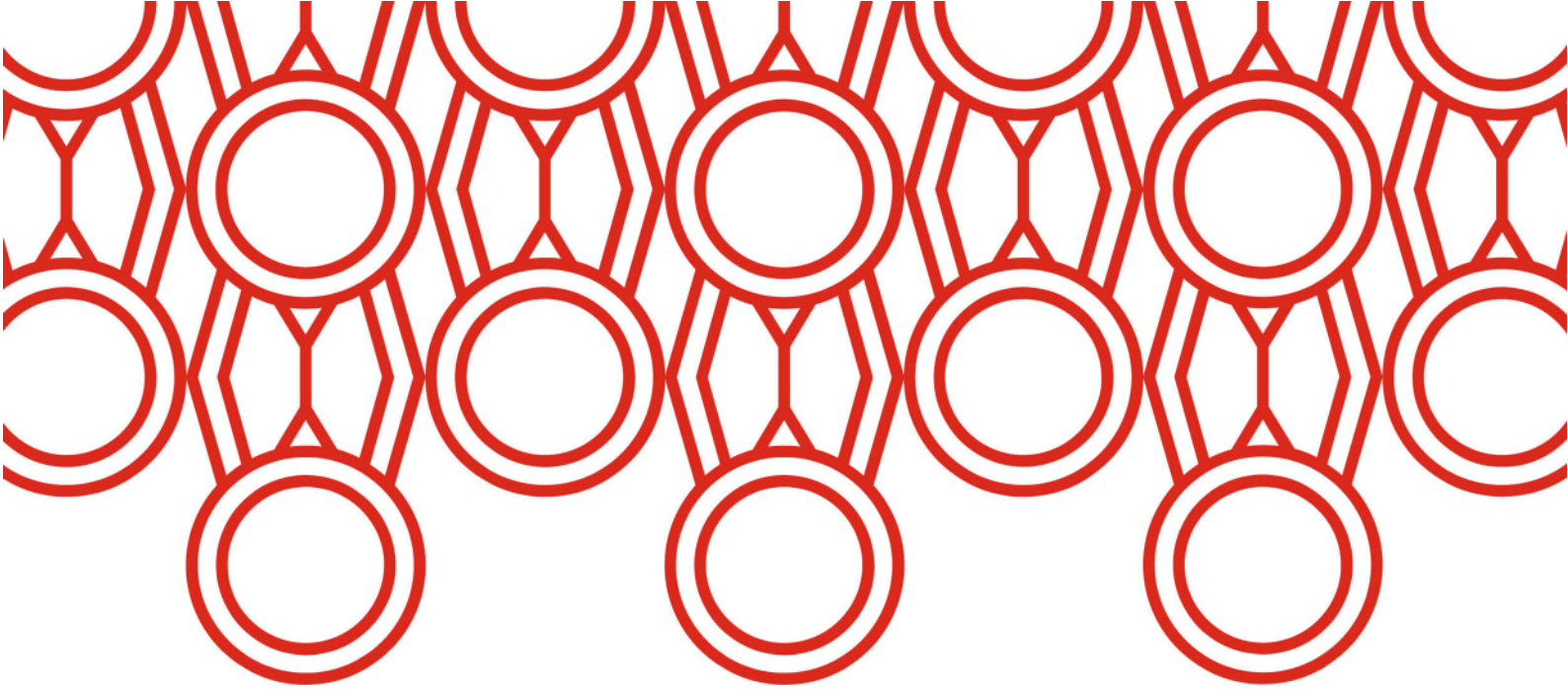












Geschäftsbericht des Regierungsrats 2024

Obwalden – wo wir mittendrin sind.

Kanton Obwalden
Rathaus
Dorfplatz 8
6061 Sarnen
Tel. 041 666 62 03
staatskanzlei@ow.ch

ow.ch